

erhaltung über das Massenwesen der einzelnen Organisationen eine wesentliche Besserung eingetreten ist. 340 Wahlkreisorganisationen haben uns in diesem Jahre Massenberichte eingeschickt und wenn wir die Zuschüsse der Zentralkasse an die Wahlkreise und die Beiträge, die die Wahlkreise an die Zentrale abführten, außer Acht lassen, denn darüber gibt ja unserer Bericht Auskunft, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Diese 340 Wahlkreise hatten im letzten Geschäftsjahr eine Einnahme von 3 852 852 Mark. Unter diesen Einnahmen befinden sich u. a. an Beiträgen der männlichen Mitglieder 2 285 203 Mark, Beiträge der weiblichen Mitglieder 98 506 Mk. Außerordentliche Einnahmen 875 150 Mk. und Zuschüsse von den Bezirks- und Landesorganisationen 63 723 Mk. Die Ausgaben dieser 340 Wahlkreisorganisationen betragen 2 746 022 Mk. und zwar befinden sich darunter u. a.: Gemeindevahlen 58 827 Mk., Landtagswahl 129 000 Mk., Reichstagswahlen 52 155 Mk., allgemeine Agitations- und Bildungszwecke 637 439 Mk., Strafen- und Prozesskosten 36 854 Mark, Zuschüsse an die Bezirks- und Landesorganisationen 445 044 Mk. und sachliche und persönliche Verwaltungskosten 327 205 Mk. Am Schlusse des Geschäftsjahres hatten diese 340 Wahlkreisorganisationen einen Massenbestand von 480 048 Mark. Dazu kommen noch 112 367 Mark als Bestand der Landes- und Bezirkskassen. Ich glaube, daß diese Zahlen zusammen mit dem Bericht der Zentralkasse dazum, daß überall im ganzen Lande unsere Organisationen nicht allein äußerlich erstarkt, sondern auch innerlich finanziell getränkt worden sind.

Nun noch einige Worte zum Bericht über den Stand der Parteipresse. Im Laufe des letzten Geschäftsjahres ist nur ein Parteiblatt eingegangen, das dreimal wöchentlich erscheinende „Offenburger Volksblatt“; dagegen sind mehrere neue Blätter erschienen, so die „Neue Donaupost“ in Regensburg und das „Bayerische Wochenblatt“ in München. Die Partei besitzt heute 78 Tageszeitungen, außerdem erscheinen 2 Blätter dreimal wöchentlich, eins zweimal und eins einmal wöchentlich. Hierzu kommt noch die alle 14 Tage erscheinende „Gleichheit“. Zusammen also 78 Parteiblätter. In den letzten Jahren hat unsere Parteipresse und ihre Entwicklung unter den Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis sehr zu leiden gehabt. Im Jahre 1908 hatten wir in einer ganzen Anzahl von Bezirken Verluste an Abonnenten zu verzeichnen, die nur ausgeglichen werden konnten durch den Gewinn in anderen Bezirken. Die Zunahme der Abonnenten im Jahre 1908 betrug daher nur 11 582. Im Vorjahre hatten wir sogar einen Verlust von 19 791 Abonnenten. Das letzte Jahr zeigt dagegen einen recht erfreulichen Fortschritt. Nur 3 Zeitungen haben einen geringen Verlust von Abonnenten aufzuweisen, alle übrigen haben zum Teil sehr erhebliche Zunahme an Abonnenten zu verzeichnen. Wir hatten im Jahre 1909 1 041 498 Abonnenten, am Schlusse 1910 1 160 016. Das ist eine Zunahme von 118 518 Abonnenten. (Bravo!) Die Einnahme aus Abonnements ist im letzten Jahre um 259 000 Mk. gestiegen und die Einnahme aus Inseraten um 616 000 Mk. Wir haben also, außer der schon von Pfannkuch hervorgehobenen, sehr erfreulichen Zunahme von Mitgliedern unserer Parteiorganisation in Höhe von rund 86 000, auch einen Gewinn an Abonnenten von 118 518 zu verzeichnen. Das zeugt von fleißiger und erfolgreicher Parteiarbeit, wofür der rastlosen und mühevollen Kleinarbeit unserer Parteiorganisationen besonders Anerkennung gezollt werden muß. Selbstverständlich ist bei der Zunahme unserer Abonnentenzahl auch die Gunst der politischen Verhältnisse mit in Betracht zu ziehen. Durch die Steuerausplünderung und vor allem infolge der Wahlrechtskämpfe sind Scharen von Proletariern, die uns bisher gleichgültig oder gar feindlich gegenübergestanden haben, unseren Organisa-

tionen zugeführt worden und unserer Parteipresse ist der Eingang erleichtert worden in die Hütten von Hunderttausenden von Proletariern. Wenn wir uns dieser Erfolge erfreuen können, so dürfen wir aber nicht vergessen, daß immer noch weite Schichten des Proletariats uns fremd gegenüberstehen, die für unsere Organisation, für unsere Sache gewonnen werden können, bei rastloser und treuer Parteiarbeit. Deshalb muß es angeht, der großen und bevorstehenden Kämpfe unserer Parteigenossen zur Pflicht gemacht werden, insbesondere im bevorstehenden Winter alle Kraft einzusetzen, um unsere Organisationen noch mehr als bisher auszubreiten, innerlich zu festigen und unserer Parteipresse möglichst weitgehende Verbreitung zu sichern. Wenn wir in dieser Hinsicht alle unsere Schuldigkeit tun, können wir frohen Mutes der Zukunft entgegensehen, dann werden wir uns nicht nur vorbereiten für die kommenden Reichstagswahlen, es wird auch künftigen Parteitagungen berichtet werden können über gleiche Erfolge, die Etappen sind in unserem Vormarsch zu unserem großen Ziele (Lebhafter Beifall.)

#### Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Haben: Trotz der Änderungen des Parteistatus auf dem Leipziger Parteitag, wodurch ein großer Teil der Arbeiten der Kontrollkommission anderen Instanzen überwiesen worden sind, muß ich doch einige Zeit Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, da eine Anzahl älterer Sachen noch durch die Kontrollkommission zu erledigen waren. So stellte eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins Schweidnitz den Antrag, den Genossen Reinhold Seidel aus dem Wahlverein wegen schwerer verleumderischer Beleidigungen von Parteigenossen auszuschließen. Das eingesetzte Schiedsgericht konnte in dem Verhalten Seidels, der seine beleidigenden Äußerungen in der Sitzung des Schiedsgerichts zum Teil zurücknahm, weder einen Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch eine ehrlöse Handlung nach § 2 des alten Organisationsstatus erblicken und lehnte daher den Antrag auf Ausschluß einstimmig ab. Die Kontrollkommission trat den Gründen des Schiedsgerichts bei und wies die Berufung zurück.

Dem Genossen Adolf Stasch-Wreslau wurden Handlungen zur Last gelegt, welche eines Parteigenossen unwürdig sind. Auf einen Beschluß der Breslauer Parteigenossen wurde ein Schiedsgericht eingesetzt. Die Untersuchung ergab zum Teil das Unhaltbare der Behauptungen und das Schiedsgericht lehnte daher den Ausschluß mit der Begründung ab, daß die vorgebrachten Beweismittel nicht ausreichten, jedoch erkannte das Schiedsgericht mit Rücksicht auf die Vorgänge, die zeitlich weit zurückliegen, den Genossen Stasch zur Velleidung von Parteiführern für ungeeignet. Durch die Bezugnahme auf jene Vorgänge fühlte sich Genosse Stasch zum Parteigenossen zweiter Klasse degradiert und forderte Wenderung des Urteils, da ein Schiedsgericht nicht die Kompetenz habe, Rügen zu erteilen. Die Kontrollkommission beschloß, der Berufung stattzugeben und den fraglichen Abschluß des Schiedsgerichts aufzuheben, da nach den Bestimmungen des Status vor der Wenderung durch den Leipziger Parteitag das Schiedsgericht seine Kompetenz überschritten.

Dem Genossen Paul Fiedler-Berlin wurde zur Last gelegt, wissentlich die Unwahrheit gesagt und dadurch die Genossen über seine Handlungen getäuscht, parteigenossische Mitglieder der freireligiösen Gemeinde Berlin des Betruges und der Unterschlagung bezichtigt, den Vorstand der Gemeinde bei der Behörde denunziert, in einer gegnerischen Zeitung die Einrichtungen der Partei verächtlich gemacht und in Versammlungen die Vertrauensmänner der Partei herabgewürdigt zu haben. Im sechsten Wahlkreis Berlin für diese Handlungen vor ein Schiedsgericht gestellt, konnte er den Beweis der Wahrheit nicht an-

bringen und wurde deshalb aus der Partei ausgeschlossen. Die Kontrollkommission konnte das Urteil der Schiedsgerichtskommission nur bestätigen und den Ausschluß aus der Partei für berechtigt erklären.

In dem Prozesse Kollwagen-Gottschling in Augsburg waren u. a. auch die Genossen Thiel, Greifenberg und Rebele als Zeugen geladen, welche unter Eid die Glaubwürdigkeit des Genossen Kollwagen bezweifelten, weshalb sie vor ein Schiedsgericht gestellt wurden; dieses erteilte den Genossen eine Rüge.

Der Genosse Rebele bestritt dem Schiedsgericht das Recht, Rügen zu erteilen, und rief deshalb die Kontrollkommission an, dieselbe müßte sich nach Verlesung der vorliegenden Akten dem Rekurs anschließen und hob das Urteil des Schiedsgerichts auf.

Der Genosse Knöfler in Gößnitz war Lagerhalter im dortigen Konsumverein und wurde 1906 aus seiner Stellung entlassen. Entlassen wurde auch eine Verkäuferin. Die Mutter der Letzteren und ein Angestellter des Konsumvereins haben sodann gegen die im Vorstande des Konsumvereins tätigen Genossen die Beschuldigung erhoben, sie hätten von Lieferanten Geschenke angenommen und zum Schaden des Konsumvereins mit den Lagerhaltern unter einer Decke gesteckt.

Der Vorstand klagte gegen die Urheber und Verbreiter dieser Beschuldigungen, welche den Beweis der Wahrheit nicht erbringen konnten, sondern sich auf das Zeugnis Knöflers beriefen. Knöfler war als Zeuge geladen, wurde aber nicht vernommen.

Knöfler wurde nun zum Vorwurf gemacht, sich als Zeuge angeboten zu haben, ja vielleicht sie zu den Verleumdungen angestiftet zu haben. Da die Verleumdungen führende Parteigenossen sind, wurde darin eine ehrlose Handlung erblickt und Knöfler vor ein Schiedsgericht gestellt, das aus den Verhandlungen die Ueberzeugung gewann, daß trotz hoher Wahrscheinlichkeit der strikte Beweis doch nicht erbracht sei dafür, daß Knöfler sich als Zeuge angeboten und zu den Beschuldigungen das Material geliefert habe. Das Gericht lehnte den Antrag auf Ausschluß aus der Partei ab.

Die Kontrollkommission trat diesem Urteil bei und wies die Berufung zurück.

In der Redaktion der „Gleichheit“ sollte eine Sekretärin ausbilsweise auf 6 Monate eingestellt werden, von der Redaktion wurde Genossin Gewehr im Vorschlag gebracht, gegen die jedoch verschiedene Anschuldigungen erhoben wurden, die den Parteivorstand veranlaßten, den Vorschlag abzulehnen. Gegen diese Entscheidung und ihre Begründung wurde Beschwerde bei der Kontrollkommission eingelegt. Die Kontrollkommission fand die gegen die Genossin Gewehr erhobenen Anschuldigungen nach gründlicher Prüfung für ungerichtet. Da aber die Angelegenheit praktisch vorläufig ihre Erledigung gefunden hatte, sah die Kontrollkommission davon ab, der Entscheidung des Parteivorstandes selbst entgegenzutreten.

Genosse Schröder-Witz wurde auf Antrag des Wahlvereins zu Witz und des Zentralvereins von Teltow-Beestow-Charlottenburg wegen groben Verstoßes gegen § 2 des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen. Schröder weigerte sich, den Beschlüssen des Nürnberger Parteitagess nachzukommen und seine Zugehörigkeit zu dem anarcho-sozialistischen syndikalistischen Metallarbeiterverband aufzugeben. Gegen dieses Urteil legte Schröder bei der Kontrollkommission Berufung ein. Die Kontrollkommission beschloß, die Berufung zurückzuweisen und das Schiedsgerichtsurteil aufrecht zu erhalten. Die Tatsache, daß Schröder einer Organisation angehört, die im grundsätzlichen Gegensatz zur Partei steht und diese bewußt in der geschäftigsten Weise bekämpft,

erachtete die Kontrollkommission als hinreichend, den Ausschluß aus der Partei zu rechtfertigen.

1907 machte sich in Brauel eine Bewegung zugunsten der Lokalfisten geltend, die auch zu einer Versammlung führte. Genosse Schlisio, welcher seit drei Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Kreisorganisation war, wurde beschuldigt, das Haupt der Bewegung zu sein und deshalb von der Kreisversammlung aus der Partei ausgeschlossen. Ein Schiedsgericht lehnte seinen Ausschluß ab, es verneinte die Schuldfragen und erteilte Schlisio nur in einem Punkt eine scharfe Rüge. Die Kreisorganisation legte gegen den Schiedspruch Berufung an die Kontrollkommission ein. Die Kontrollkommission hob das Urteil des Schiedsgerichts auf, da ein Verstoß gegen den § 27 des Organisationsstatuts vorlag, und wies die Angelegenheit zur erneuten Prüfung an das Schiedsgericht zurück.

Der Genosse Adolf Ged teilte in einem Schreiben der Kontrollkommission mit, daß auf dem letzten badischen Parteitag der Genosse Süßkind-Mannheim die Beschuldigung erhoben habe, „Ged habe seine Stellung als Mitglied der Kontrollkommission benutzt, um die badische Parteigenossenschaft zu schädigen“. Die Kontrollkommission erachtet diesen Vorwurf für gänzlich unbegründet, sieht aber davon ab, den Fall als eine Beschwerde zu erledigen, sie gibt dem Parteitag von der eingegangenen Zuschrift Kenntnis, um dem Genossen Ged die Möglichkeit zu verschaffen, eine Genugtuung zu erhalten. Zum Schluß habe ich noch zu erklären, daß die Kontrollkommission die ihr überwiesenen Revisionen sorgfältig vorgenommen und sowohl in Berlin als in Stuttgart alles in vortrefflicher Ordnung gefunden hat. Deshalb beantrage ich namens der Kontrollkommission, dem gesamten Parteivorstand Decharge zu erteilen. (Brauel)

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß die in der gedruckten Vorlage unter Agitation verzeichneten Anträge 4 und 5 zur Presse und Literatur, der Antrag 7 zur Budgetfrage, der Antrag 17 gleichfalls zur Budgetfrage und der Antrag 14 unter die sonstigen Anträge gehört.

Von den zur Organisation gestellten Anträgen 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 18 werden nur die Anträge 6, 8, 11, 16 und 18, von den Anträgen 23 bis 27, die sich auf die Presse und Literatur beziehen, werden nur die Anträge 24, 25, 26, 27, 29, 30, 32, 33, 34 und außerdem noch die vorher erwähnten Anträge 4 und 5 unterstützt.

Zunächst werden nur die Anträge zur Organisation zur Debatte gestellt.

Außerdem ist ein genügend unterstützter Antrag Wötiger eingegangen, die Angelegenheit Ged-Süßkind der Beschwerdef Kommission zu überweisen.

Süßkind: Es ist schade, daß Kleinigkeiten hier auf dem Parteitag wieder das Präliminum spielen sollen. Ich meine, daß die Anpassungen, die ich dem Genossen Ged habe angebeihen lassen und deren Wahrheit ich auch beweisen werde, nicht auf den Parteitag gehören, schon deshalb, weil sonst aller möglicher Dreck hier bekannt würde. Ich befürworte deshalb die Ueberweisung an die Beschwerdef Kommission; dieser werde ich das Material zur Verfügung stellen.

Adolf Ged: Ich möchte Sie bitten, dem Antrage nicht stattzugeben. Wie Sie vom Vorsitzenden der Kontrollkommission gehört haben, ist an der gegen mich öffentlich erhobenen Anschuldigung kein wahres Wort. Die Kontrollkommission lehnt es einmütig ab, mir das Zeugnis auszustellen, ich hätte meine Stellung in der Kontrollkommission dazu benutzt, die badische Parteigenossenschaft zu schädigen. Nun sagt Süßkind, es schade sich nicht, derartige

## Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. September 1910. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet um 9¼ Uhr die Verhandlungen.  
Zur Verhandlung steht:

## Die badische Budgetbewilligung.

Zur Resolution 90 ist der Zusatzantrag 93 eingegangen.

Vorsitzender Dietz: Dieser Antrag soll bereits eine starke Zahl von Unterschriften gefunden haben, ich will aber vorläufig noch nichts darüber sagen, bis die Unterschriften hier vorliegen.

Reil-Stuttgart (zur Geschäftsordnung): Die Mitglieder der badischen Landtagsfraktion, die in diesem Jahre für das Budget gestimmt haben, sollen jetzt bei der Beratung dieses Gegenstandes der Tagesordnung vor Ihnen als Angeklagte auftreten. Da muß es selbstverständlich sein, daß man ihnen auch die Möglichkeit der ausgiebigen Verteidigung gewährt. (Zurufe: Selbstverständlich!) Deswegen schlage ich vor, daß sofort nach dem Genossen Webel ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion mit unbeschränkter Redezeit zu Worte kommt. (Psannluch ruft: Das haben wir als selbstverständlich angenommen!) Bis jetzt ist es noch nicht festgesetzt. Aber damit ist den badischen Parteigenossen noch nicht die ausreichende Möglichkeit zu ihrer Verteidigung gegeben. In einem Prozeßverfahren ist es natürlich das Wichtigste, daß man auf unrichtige und falsche Darlegungen, die sich im Verlaufe der Verhandlungen herausstellen können, zum Schluß wieder antworten kann, um sie richtig zu stellen. Daher ist erforderlich, daß ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion auch am Schluß der Debatte zum Worte kommt. Dieses Recht des Schlusswortes wird jedem Angeklagten vor dem bürgerlichen Gericht eingeräumt. Daher werden wir es auch den hier Angeklagten nicht verweigern können. Ich beantrage also, daß Sie nicht nur einen Vertreter der badischen Landtagsfraktion nach Webel mit unbeschränkter Redezeit hören, sondern daß Sie ihm auch die Rechte eines Korreferenten einräumen.

Webel: Wenn offiziell gemeldet worden wäre, wer von Seiten der badischen Genossen in deren Namen das Wort führen soll, so wäre ihm bereits von unserer Seite erklärt worden, daß es selbstverständlich sei, daß er in umfangreichem Maße nach mir und auch später zu Worte kommen soll. Ich kann konstatieren, daß in der Sitzung, die der Parteivorstand und die Kontrollkommission am Sonntag gehabt haben, darüber einmütiges Einverständnis herrschte. Selbstverständlich wird der sozialdemokratische Parteitag nicht hinter bürgerlichen Gerichten in bezug auf Austeilung von Recht und Gerechtigkeit zurückstehen wollen. (Zustimmung.)

Vorsitzender Dietz: Ich hoffe, daß die Erklärung des Genossen Webel völlig ausreicht, um alle Bedenken zu zerstreuen. Ich hätte dieselbe Erklärung abgegeben, wenn wir vor der Eröffnung der Diskussion gestanden hätten, aber wir stehen erst vor der Entgegennahme des Referats. So wie Webel es gesagt hat, wird verfahren werden.

Auer-Winchen: Dem Vorsitzenden des Parteitages ist gemeldet worden, daß ein Genosse der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion, und zwar der Genosse Dr. Frank, Korreferent in Betracht kommen sollte. Es wurde uns auch zugesagt, daß vor dem Referat Webels diese Erklärung abgegeben werden sollte. Wir glaubten damit das zu tun, was notwendig ist, um eine geordnete und gerechte Behandlung der strittigen Frage herbeizuführen.

Vorsitzender Dietz: Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Webel: Parteigenossen, als wir vor zwei Jahren in Nürnberg auf dem Parteitag über dieselbe Frage, die uns jetzt beschäftigt, eine Resolution faßten,

nahmen wir wohl an, daß nunmehr, wenigstens auf absehbare Zeit hinaus, die Budgetfrage einen Parteitag nicht mehr beschäftigen werde. Die Resolution erklärt positiv und kritisch, daß aus grundsätzlichen Anschauungen heraus die Vertreter der Partei in den geschickenden Körperschaften, im Reichstage und in den Landtagen verpflichtet seien, gegen das Budget zu stimmen. Es ist daher für mich sehr angenehme Aufgabe, heute abermals dazu das Wort nehmen zu müssen. Ich wäre lieber fern von Madrid geblieben. Aber nachdem die Dinge so gekommen sind, wie sie im Augenblicke liegen, habe ich mich verpflichtet gesehen, alle sonstigen Rücksichten zurückzustellen, und das Referat zu übernehmen.

In der Resolution von Nürnberg sowohl, wie in der Ihnen heute vorgelegten, ist ausdrücklich Bezug genommen worden auf eine Reihe gleicher Beschlüsse, die von früheren Parteitagen, in Lübeck und Dresden beschlossen worden sind; insbesondere ist der Dresdener Beschluß in dieser Beziehung der formell schärfste, den je ein Parteitag gefaßt hat. Er verpflichtet nicht nur die Abgeordneten, die Mittel zur Weiterführung des Regimes der herrschenden Klassen ihrer Regierungen zu verweigern, sondern er verbietet auch auf das entschiedenste jeden Versuch der Annäherung an bürgerliche Parteien. Unter denjenigen, die damals in Dresden der Resolution zustimmten, befanden sich mit ein bis zwei Ausnahmen fast alle süddeutschen Delegierten, die Delegierten aus Baden, Württemberg, Baden und Hessen und es befanden sich unter ihnen auch die Genossen Kolb, Frank, v. Bollmar, Segitz, Adolf Müller, Reil, Lindemann usw. usw. (Hört! hört!)

Wir hätten also schon in Nürnberg alles Recht gehabt, mit Hinweis auf den Dresdener Beschluß viel schärfer vorzugehen, als tatsächlich geschehen ist, denn jene süddeutschen Genossen, die vor dem Nürnberger Parteitag das Budget bewilligt hatten, haben damals gegen ihren eigenen Beschluß gehandelt. Das muß festgestellt werden! Es muß weiter festgestellt werden, daß nach dem Nürnberger Parteitag bei der Berichterstattung in Mannheim von dem Genossen Segitz beantragt worden ist, die Mannheimer Genossen möchten dem Beschluß des Nürnberger Parteitages ihre Zustimmung geben, und dies ist auch einstimmig geschehen. (Hört! hört!) Ich konstatiere also, in welchen Widerspruch man sich mit sich selbst gesetzt hat.

Die Genossen Kolb, Frank usw., die jetzt in Baden dem Budget zustimmten, haben also direkt gegen ihre eigenen früheren Beschlüsse gehandelt. Es ist eine durchaus falsche Auffassung, wenn man ganz allgemein immer nur von Disziplinbruch redet. Ein Disziplinbruch liegt allerdings vor, aber es liegt mehr vor, es liegt ein Bruch grundsätzlicher Festlegungen der Partei auf drei Parteitagen vor. (Sehr richtig!) Ob die Parteigenossen der Minorität mit dieser Auffassung der Mehrheit über die Bedeutung jener Beschlüsse einverstanden sind oder nicht, das kommt nicht in Betracht. (Sehr richtig!) Denn bekanntermaßen wird selten Einstimmigkeit erzielt, und namentlich, wenn es sich um wichtige Fragen handelt, ist es öfter eine ziemlich starke Minorität, die anderer Meinung ist, sich aber der Majorität fügen muß. Ohne die Fügung der Minorität unter die Beschlüsse der Mehrheit ist ein Parteileben unmöglich. (Sehr wahr!) Fügen muß man sich unter allen Umständen, man hat aber selbstverständlich das Recht, gegen Beschlüsse, die einem nicht gefallen, zu opponieren, man kann sich darüber beschweren, man kann in Versammlungen, in der Presse und überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, Opposition dagegen machen und versuchen, die Beschlüsse umzustürzen. Das ist das gute Recht der Minorität, und doch spricht man von Unabergehörigkeit, der verlangt werde. (Sehr gut!) Die unterlegenen Genossen können dies Recht der Opposition ausüben, und wenn es ihnen gelingt, die Mehrheit der Partei

auf ihre Seite zu bringen, dann sind sie die Sieger und die anderen die Unterlegenen. (Sehr wahr!)

Nun haben die Genossen in Baden eine Reihe von Gründen geltend gemacht, die sie gezwungen hätten, bewußt den Nürnberger Beschluß zu brechen. Selbst wenn gezwungen mehr Gründe vorlägen, die alle so berechtigt wären, wie ich die angeführten als unberechtigt ansehe, auch dann wäre das Vorgehen der badischen Genossen nicht gerechtfertigt. (Sehr richtig!) Glaubten sie, nicht gegen das Budget stimmen zu können, dann konnten sie vor die Partei treten und sagen: Man hat uns verpflichtet wollen, gegen das Budget zu stimmen, wir sind aber aus den und den Gründen nicht in der Lage, dagegen zu stimmen, wir sind infolgedessen hinausgegangen und haben uns der Abstimmung enthalten. Das wäre in einem solchen Falle das einzig Korrekte gewesen, dann war die Sache klar, die Genossen hätten dem Nürnberger Beschluß dann nicht entgegengehandelt, und hätten getan, was sie tun konnten. (Zustimmung.) Nun hat Frank in einem Artikel der Nr. 49 der „Neuen Zeit“ unter der Überschrift: „Die Wahrheit über den badischen Aufstand“ versucht, die Sache auf ein anderes Gleis zu schieben. Er führt dort aus:

„Der Nürnberger Parteitag hat dagegen keine Anweisung gegeben für den Fall, daß eine sozialdemokratische Fraktion zwar nicht die Mehrheit, aber einen Teil einer parlamentarischen Arbeitsmehrheit bilde. Es war auch nicht nötig, für diese Möglichkeit Vorkehrung zu treffen, weil sich bis dahin noch keine bürgerliche Partei gefunden hatte, die bereit und groß genug war, mit uns ein solches Bündnis zu schließen. Zum ersten Male in Deutschland bot sich nun für die badischen Genossen die Gelegenheit zum „Großblod“, und wir hielten uns für berechtigt und verpflichtet, im Interesse unserer Bewegung darauf einzugehen. War aber dieses Zusammenarbeiten erlaubt, so mußte die notwendige Konsequenz die Zustimmung zum Budget sein, auf dessen Inhalt wir in monatelanger Arbeit Einfluß geübt hatten.“

Das ist eine durchaus falsche Auffassung! Wir haben uns mit der Großblodfrage gar nicht beschäftigt. Das war vielleicht ein Fehler, aber wenn wir es getan hätten, dann wäre wieder das Geschrei entstanden, man wolle die Genossen in den Einzelstaaten bevormunden, man wolle ihnen alle möglichen Verpflichtungen auferlegen usw. Den Blod zu bilden, ist den Parteigenossen in Baden nicht erlaubt worden, es ist ihnen aber auch nicht verweigert worden, sie haben gehandelt, ohne daß der deutsche Parteitag dazu Stellung genommen hat, und wenn sie glaubten, daraus eine Übertretung des Nürnberger Beschlusses herleiten zu dürfen, dann befinden sie sich auf dem Holzwege. (Sehr richtig!) Nun ist in den Parteidebatten auch gesagt worden, das Verhalten der Badenser sei die Folge davon, daß wir in Nürnberg die Erklärung der 66 stillschweigend hingehen ließen. Das ist grundfalsch. Die Erklärung der 66 ist nichts weiter als eine Deklaration ihrer Ansichten, und über Ansichten entscheiden wir nicht, sondern nur über Tatsachen. Solange bloße Anschauungen und Behauptungen aufgestellt werden, können wir mit Achselzucken darüber hinweggehen, wir können auch darüber diskutieren, aber daß einer aus der Abgabe einer Erklärung über einen Beschluß diesen Beschluß bereits übertrete, ist falsch. Wie lautet die Erklärung:

„Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den tatsächlichen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren.“

Na, das ist doch wohl selbstverständlich.

„Wir sind aber auch der Ansicht,“

es handelt sich also um eine Ansicht, die die Genossen haben,

„daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorgani-

tionen die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß.“

Also es handelte sich nur um Ansichten. Die Genossen meinen, die Landesorganisation allein habe zu entscheiden, nicht aber der Gesamtparteitag. Darüber streiten wir ja in einem fort, darüber streiten wir heute wieder, aber solange einer solchen Erklärung nicht die Tat der Übertretung des Beschlusses folgte, hatten wir kein Recht, einzugreifen. Viel schärfer als diese Erklärung sind die mündlichen Erklärungen gewesen, die süddeutsche Genossen im Laufe der Debatte in Nürnberg abgegeben haben. Ich zitiere nach der Broschüre von Kolb, wobei ich bemerken will, daß Kolb für seine Ansicht viel schärfere Stellen aus dem Nürnberger Protokoll hätte abschreiben können. Danach sagte Timm:

„Eine Resolution wie diese, die Sie uns aufzwingen — ich spreche das in aller Ruhe aus —, ist für uns unannehmbar. Hier gibt es keine Unternehmung, sondern nur entschiedenen Widerstand . . . Wenn Sie der Partei einen Dienst bereiten, und wenn Sie den mutwillig heraufbeschworenen Parteistreit und den damit begangenen Fehler wieder gut machen wollen, so setzen Sie die Partei keiner Kraftprobe aus.“

Weiter sagte Frank:

„Diese Resolution würde unsere parlamentarische Stellung untergraben.“

Das sagte Frank, obgleich sie selbst 24 Stunden lang in Karlsruhe gegen das Budget stimmen wollten. (Hört! hört! und Sehr gut!) An einer anderen Stelle sagt Frank:

„Ich bitte Sie im Namen der Einigkeit, die wir brauchen und die wir wollen: Treiben Sie es nicht zum Äußersten . . .“

Also eine förmliche Drohung. Er sagt weiter:

„Wir betrachten die Resolution als das Gegenteil des Entgegenkommens, sie ist für uns durchaus und unbedingt unannehmbar.“

Ganz ähnlich äußerten sich Hildenbrand-Stuttgart, Nauch-Hannover und David, der damals schon von einem Kadavergehorsam sprach. Na, wer den Kadavergehorsam so benutzt hat, wie David durch seine Reden und Artikel, der kann sich wahrhaftig nicht beschweren. Würde in der Armee ein „Kadavergehorsam“ herrschen wie in unserer Partei, wir wollten mal sehen, wo die Armee bliebe. Jedenfalls würden die Herren an der Spitze der Armee aus der Haut fahren vor Entsetzen und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht.

Nun liegt ja die Tat der Beschlußmißachtung vor. Man hat sich nicht gefügt, man hat den Nürnberger Beschluß übertreten. Man hat zur Rechtfertigung dieser Handlung erklärt, wenn man das Budget nicht bewilligte, hätte man der Partei einen furchtbaren Schaden zugefügt. Parteigenossen, vor Tische las man es anders. Ich denke da zum Beispiel an eine Stelle, die schon in Nürnberg eine Rolle gespielt hat; sie ist aber so gut, daß ich sie wiederholen muß. Schon 1908 hat die bayerische Partei in ihrem parlamentarischen Handbuch die Frage der Budgetabstimmung erörtert. Da wird zunächst ausgeführt, was die Partei alles getan habe für das arbeitende Volk, man könne ihr nicht vorwerfen, daß sie negierend gehandelt habe, dann heißt es weiter: „In dem die Sozialdemokraten bei der Schlußabstimmung über das Finanzgesetz sich ablehnend verhielten, verweigerten sie doch alle Mittel für die Staatsbedürfnisse.“



— sagt die Broschüre, also der bayerische Parteivorstand. — „Diese Behauptung ist aber grundfalsch und zeugt, soweit es sich nicht um eine verwerfliche absichtliche Irreführung der Wähler handelt (Hört! hört!), von einer ungewöhnlich geringen Kenntnis des inländischen und ausländischen Parlamentarismus.“ (Hört! hört!) Und nun, Genossen aus Baden, merkt Euch namentlich folgende Stelle: „Denn es ist eine alte Art auch bei den bürgerlichen Parteien, wenn sie sich in einer scharfen Oppositionsstellung befinden, daß sie die Gesamtstimmung über das Budget benutzen, um ihre ablehnende Haltung gegen das herrschende System zum Ausdruck zu bringen.“ (Hört! hört!) Da wir nun aber in schroff ablehnender Haltung dem herrschenden System gegenüberstehen, da wir an Stelle der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung setzen wollen, also dem heutigen System so prinzipiell gegenüberstehen, wie nie eine bürgerliche Partei ihm gegenüberstehen kann, ist es auch ganz in der Ordnung, daß wir über das Beispiel der bürgerlichen Parteien hinaus das Budget verweigern. (Sehr richtig!) Aber es kommt hier nicht allein dies Urteil des bayerischen Parteiaususses über die Budgetablehnung in Betracht. Auf dem Parteitag in Lübeck, die Stelle findet sich auf Seite 274 des Protokolls, hielt Keil, der damals noch auf der radikalen Seite stand (Heiterkeit), eine sehr entschiedene Rede gegen Fendrich. Er sagte damals: „Fendrich lobt es, daß unsere badischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt wurden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Bescheidenheit für einen Sozialdemokraten. Seit wann müssen wir denn eine Gegenleistung dafür gewähren, daß man uns die selbstverständliche Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parlamentsmitgliedern einräumt?“ Keil kommt dann auf die Tätigkeit der Parteigenossen in Württemberg zu sprechen und sagt: „Wir haben unsere Justizverwaltung, das Steuerwesen, den Kultusetat, auch die Eisenbahnverwaltung auf das bestmögliche kritisiert, wir haben mit unserer Kritik Erfolge gehabt, überall haben wir Zustimmung geerntet und die Sympathie, die uns das Volk entgegenbringt, ist gewachsen. Diese Schmach würde schwinden, wenn wir durch schließliche Zustimmung zum Budget unserer eigenen Kritik ins Gesicht schlagen würden.“ (Hört! hört! und Sehr richtig!)

Ich frage die badischen Genossen, wo war denn in den Jahren, wo Ihr gegen das Budget gestimmt habt, der Schaden, der daraus für unsere Partei erwachsen ist? Nirgends könnt Ihr ihn nachweisen. (Sehr richtig!) Aber über die badischen Genossen ist auf einmal die Erleuchtung gekommen und ihr Prophet ist der Genosse Kolb. Er hat im Karlsruher „Volkstreuer“ Artikel über Artikel veröffentlicht, ferner eine Broschüre, endlich zwei sehr lange Reden auf dem Offenburger Parteitage gehalten, in denen er laut und siegesdrunken verkündet: „Was wir wollen, ist der einzig richtige Weg, wir sind die Avantgarde für die neue Taktik, unserem Beispiel in Baden, so heißt es ungefähr, wird man in Deutschland, in Europa folgen, ich glaube sogar in der Welt.“ (Heiterkeit.) Genosse Kolb hat bei dieser Gelegenheit nicht nur einen Jubelhymnus über ihre Taktik angestimmt und hat auch eine so scharfe Verurteilung der allgemeinen Taktik der Partei, namentlich der Reichstagsfraktion ausgesprochen, daß ich sagen muß, mit dieser Rede und diesen Artikeln hat die Frage ein ganz neues Gesicht bekommen. (Sehr richtig!)

Wir wären danach voll berechtigt, heute in eine Debatte über die Gesamttaktik der Partei einzutreten. Ich will diese Debatte nicht, ich will sie nicht aus Rücksicht auf das kommende Jahr. Aber erspart wird sie uns nicht, sie muß kommen. (Sehr richtig! auch bei den Süddeutschen.) Es wird einmal die Frage entstehen, wenn zum Beispiel in den sogenannten „Sozialistischen Monatsheften“ Dr. Bloch Artikel vertritt, die darauf hinauslaufen, daß wir für alle agrarpolitischen Maßnahmen, für das Reichsbudget usw. stimmen sollen und

ähnliche Anschauungen in der badischen Presse, in Mannheim und Karlsruhe ausgesprochen werden. (Frank: Ist niemals geschehen.) Dann haben wir es sehr notwendig, uns einmal darüber zu unterhalten, ob die Taktik, die wir seit 48 Jahren im Parlament verfolgen, die uns groß gemacht hat, eine falsche war. (Sehr richtig! Sehr gut!)

Das letzte Jahr hat gezeigt, wie richtig unsere Taktik war. Wodurch ist denn die Partei gewachsen, warum laufen uns jetzt die Wähler in Scharen zu? Weil wir die einzige prinzipienfeste Partei sind, die gegen Volksausbeutung, Volksdrud, Volksnebelung, wie sie im Parlament beschlossen wurde, auf das energischste Front gemacht hat. (Stürmischer Beifall. — Zuruf bei den Süddeutschen: Da waren wir doch auch dabei.) Wenn ein Gegner von Negation der Sozialdemokratie redet, so lasse ich mir das gefallen und denke mir, es ist ein dummer oder böswilliger Kerl, der kann nicht anders schreiben. Aber wenn ein Parteiführer wie Genosse Kolb von Negation redet, die die Partei treibe, und sagt, daß alles, was wir bisher getan, falsch gewesen sei, auch im Reichstag hätten wir anders auftreten müssen, so haben wir alle Ursache, uns zu fragen, ob derartige Angriffe auch nur die mindeste Berechtigung haben. (Sehr richtig!) Ich komme später noch darauf.

Die Haltung der badischen Fraktion in der Budgetfrage konnte gar nicht widerspruchsvoller sein, als sie gewesen ist. (Sehr richtig!) Wie lag die Sache? Herr v. Bodman hat in der Kommission bei Veraltung der Gemeindeordnung die Erklärung abgegeben, von einer Gleichberechtigung der Sozialdemokratie könne keine Rede sein, sozialdemokratische Bezirksräte würden nicht akzeptiert werden. Genosse . . . Herr v. Bodman (Große Heiterkeit) — ja, Parteigenossen, wenn ich in der Frage objektiv urteilen soll, war eigentlich Herr v. Bodman viel korrekter als unsere Leute — also Herr v. Bodman hat diese Erklärung abgefordert als unsere Leute — also Herr v. Bodman hat diese Erklärung abgegeben. Darauf große Entrüstung unter unseren Genossen! Das sei eine Beleidigung, das könne sich die Partei nicht gefallen lassen. Der Genosse Frank erklärte in einem Artikel in der „Mainzer Volkszeitung“, sie hätten zwar seit Monaten bereits für das Budget stimmen wollen, aber nach dieser ungeheuerlichen Erklärung hätte davon keine Rede mehr sein können, das wäre die größte Beleidigung gewesen, die man der Partei habe antun können. Parteigenossen, wenn ein Minister des heutigen Staates, ein Vertreter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung — und der heutige Staat hat als politische Institution den Zweck, die Verteidigung und Aufrechterhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gegen alle Angriffe von sozialdemokratischer Seite zu übernehmen, nötigenfalls mit Gewalt — wenn also ein solcher Minister sagt, er anerkenne diese Gleichberechtigung nicht, so hat er von seinem Standpunkt aus ganz recht. (Frank: Unerhört!) Ich finde das ganz natürlich. (Frank: Unerhört!)

Eine Beleidigung liegt darin ganz und gar nicht. Ist das nicht und ähnliches tausendmal gesagt worden? Als man uns das Sozialistengesetz um den Hals warf, haben wir uns nicht „beleidigt“ gefühlt, wir waren empört, wir waren von Zorn und Haß erfüllt gegen die Urheber und Entheber dieses Gesetzes, und hätten wir damals gekonnt, wie wir innerlich wollten, wir hätten losgeschlagen und hätten alles zertrümmert, was uns im Wege lag. (Stürmische Zustimmung.) Wir wären Verräter an unserer Sache gewesen, wenn wir das nicht getan hätten. (Sehr richtig!) Aber wir konnten es nicht und da ließen wir es bleiben. Also, es ist keine Beleidigung für uns, wenn ein Minister Neußerungen macht, wie die angeführten. Vergleichen wird uns alle Zeit überall gesagt. Wer im Besitze der Macht ist, sucht eben drin zu bleiben und unsere Aufgabe ist, unsere Gegner aus der Macht zu vertreiben. (Sehr richtig!)

Der von den Badenfern beschrittene Weg ist grundfalsch. Frank sagte einmal, Herr v. Bodman ist eine komplizierte Natur. Ich meinerseits kenne Herrn v. Bodman nicht. Ich habe auch sehr wenig von ihm gehört, aber das Wenige hat mir gezeigt, daß er eine sehr einfache Natur ist. (Heiterkeit.) Ich kann dem Genossen Frank die Versicherung geben, daß er für mich eine weit kompliziertere Natur ist als Herr v. Bodman. (Große Heiterkeit.) Ich habe auf den Genossen Frank einstmals große Hoffnungen gesetzt. (Hört! hört!) Er war eine Zeitlang sogar mein Liebling, mein Benjamin (Große Heiterkeit), aber ich habe mich getäuscht, er hat meine Hoffnungen betrogen. (Hört! hört!) Und da ich so getäuscht worden bin, habe ich mich gefragt: Zum Teufel, woher kommt das? Was spielen da für innere Motive mit, die ihn zu so merkwürdigen Sprüngen veranlassen? Ich bin mir bis heute darüber noch nicht ganz klar geworden. Er ist nach wie vor für mich eine komplizierte Natur. Aber seine Taten sind nicht kompliziert! Ueber diese bin ich mir sehr klar. Wenn ich die Motive nicht beurteilen kann, die Taten kann ich beurteilen, und gegen diese wende ich mich auf das entschiedenste.

Ganz ähnliche Erklärungen wie kürzlich in der Kommission hat Herr von Bodman früher schon im Landtag abgegeben, die sich gegen die Gleichberechtigung unserer Partei mit anderen Parteien richteten. Es war Genosse Frank, der 1908 in Kürrenberg von einer Hezrede des Herrn v. Bodman sprach, weil Herr v. Bodman auch damals schon klipp und klar erklärte: von einer politischen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie kann keine Rede sein! Also auch hier keine Kompliziertheit der Gedanken, sondern einfach und klar. Nun haben die badischen Parteigenossen das Glück gehabt, daß sie ungerufene Bundesgenossen bekommen haben; so haben die Karlsruher Konservern gegen Herrn v. Bodman gedonnert, die „Kreuzzeitung“ wettete, und die konservativ-christlichen Vereine erklärten sich ebenfalls gegen ihn. Es täte mir leid, wenn über diese Strohhalm Herr v. Bodman stolpern würde, nicht weil ich etwas Besonderes in ihm sehe, sondern weil in einem solchen Froch-Mäufzrieh nicht gleich ein Minister zu fallen braucht. Am wenigsten brauchte Herr Erzberger den Mund allzu sehr aufzureißen, da er doch wissen muß, daß viel höherstehende Personen als Herr v. Bodman der Sozialdemokratie ganz andere Komplimente gemacht haben. (Sehr richtig! Hört! hört!) Darüber werde ich noch sprechen. Schließlich entschloß man sich, für das Budget zu stimmen. Brachte die erste Erklärung Herrn v. Bodmans unsere Genossen aus der Fassung, so kam es halb anders. Erst treten sie zusammen und beschließen: jetzt verweigern wir das Budget. Der Beschluß ist ihnen sicher sehr schmer geworden. Er ist auch weiterhin bekannt geworden und zu Ehren des Herrn v. Bodman gekommen. Und als dieser das hörte, sagte er sich: Die Sozialdemokraten wollen wegen meiner Erklärung gegen das Budget stimmen! Taufendwetter, es ist doch schön für mich, für das Land und die bürgerlichen Parteien, wenn ich die Sozialdemokraten einfangen könnte. Und da gab er eine neue Erklärung ab, die durch einen Junker in der ersten Kammer provoziert wurde, und worin es heißt, die sozialdemokratische Bewegung sei eine großartige Bewegung, eine Erscheinung, die man beachten müsse und nicht ignorieren dürfte. Ueber diese nichts sagende Erklärung waren unsere badischen Landtagsgenossen so entzückt, daß sie eilig zusammentraten und jetzt beschlossen, für das Budget zu stimmen. (Heiterkeit.) Alle Gefahren, die damit zusammenhängen, waren in diesem Augenblick ver-  
gessen.

Herr v. Bodman hat außerordentlich geschickt operiert, er hat mit seinen nichts sagenden Reden eine ganze sozialistische Fraktion eingefangen, wer das kann, der ist ein Staatsmann (Heiterkeit), aber diejenigen, die sich so fangen lassen, das sind keine Staatsmänner (Große Heiterkeit), wenn sie sich auch noch

so sehr für große Staatsmänner halten. Da kommt nun der Genosse Frank und erklärt, in diesem offenen, mutigen Bekenntnis des Ministers, daß die Sozialdemokraten eine großartige und innerhalb gewisser Grenzen berechnete Bewegung sei, liege etwas Großes, obgleich sich der Minister wie selbstverständlich gegen unsere Grundforderungen, Aenderung der Gesellschafts- und Staatsordnung, erklärte, die auf das entschiedenste zu beurteilen und zu bekämpfen seien. Genosse Frank meinte, „in diesem offenen, mutigen Bekenntnis“ schien uns eine Zurücknahme jener in der Kommission getanen Bemerkung des Ministers zu liegen, die unsere Partei so sehr verletzten, und — nach kurzer Beratung kam die große Mehrheit der Fraktion zu dem Beschlusse, das Finanzgesetz zu bewilligen, wie es angeblich die politische Lage verlangte. (Hört! hört!)

Ich vertrage vieles und begreife vieles und wir haben im Laufe der Jahre in der Partei manches so kosten bekommen, aber ein solcher totaler Umfall auf eine nichts sagende Bemerkung hin, ist mir noch nicht vorgekommen. Wo liegt in den Worten des Herrn v. Bodman — und Genosse Frank ist Jurist, und er hat sachgemäß gelernt, Worte und Begriffe scharf zu definieren —, wo liegt denn in den Worten v. Bodmans die Anerkennung unserer Gleichberechtigung, wo sagt er, daß, wenn wir Bezirke wählen, diese beständig würden (Sehr richtig!), wo? (Zu Dr. Frank: O, Sie gläubiger Thomas! (Heiterkeit.) Es gehört große Interpretationskunst dazu, solches herauszulefen. (Sehr richtig!) Der Minister hat gar nichts versprochen, er ist konsequent auf seinem ablehnenden Standpunkt stehen geblieben — nur Ihr seid es (zu den Badenfern), die umgefallen sind. (Sehr richtig!) Aber da kommt Kolb und setzt in einer enthusiastischen Rede auseinander, die großen Vorteile, die angeblich die Budgetbewilligung der badischen Partei bringe, die einflußreiche Stellung, die sie im Lande sich erobert hat. Die Nationalliberalen liegen zu unseren Füßen, die Regierung ebenfalls und in 10 Jahren wird jeder Beamte Sozialdemokrat sein dürfen usw. usw. (Große Heiterkeit, Bewegung.)

Vor zehn Jahren, im Februar 1901, hat Kolb auch prophezeit. Damals äußerte er: Wir werden noch eine Menge Programmballast gehörte nach ihm die Fordern des Stimmrechtes für die Frauen (Hört! hört!) und die Befreiung der Minimalgrenze für das Alter der Wahlberechtigung in unserm Programm, 20 Jahre; im Nachbarlande Badens, in der Schweiz, wählt heute jeder 20jährige Mann bei den Kantonal- und Nationalratswahlen, er wählt die Schullehrer, die Richter, die Regierungsräte, Dinge, die wir im Programm ebenfalls fordern, die wir aber in Deutschland noch nicht erreicht haben. Soll man in Deutschland für das zu unreif sein, was man in der Schweiz schon besitzt? Wer mit 20 Jahren zum Heere muß, soll auch über das Wohl des Landes abstimmen können.

Und nun das Frauenstimmrecht! Wenn eine Forderung jemals einen großen Siegeszug gemacht hat, dann ist es diese (Sehr richtig!), und Kolb ist oft genug gezwungen gewesen, in seinem Blatte Erfolge mitzuteilen, die im Gegensatz zu seinen Prophezeiungen standen.

Der Minister v. Bodman hat also nichts zurückgenommen, kein Wort von seinen Erklärungen; derselbe Minister hat aber schon vor drei Jahren bei den Reichstagswahlen lebhaft bebauert, daß damals zum Teil bei den Stichwahlen Bürgerliche für sozialdemokratische Kandidaten eingetreten sind. Er hat damals bis zum letzten Augenblick danach getrachtet, eine Einigung zwischen Zentrum und Nationalliberalen zustande zu bringen gegen die Sozialdemokratie. Nebenfalls hieß es damals, es sei tief bedauerlich, daß nicht das gesamte Bürgertum gegen die Sozialdemokraten zusammengeschlossen sei und daß selbst

Bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie durch Wahlhilfe Vorstübchen leisteten. (Hört! hört!) Der Minister hat auch damals erklärt, daß er sozialdemokratische Beamte nicht dulde, er ist also nach jeder Richtung seinen Ansichten treu geblieben. Wie leicht es freilich den badischen Genossen wird, für das Budget zu stimmen, darauf machte eine Mitteilung des Genossen Mollenbuhr aufmerksam: Frankfurt hat in Nürnberg als eines der Hauptmotive für die damalige Budgetbewilligung angeführt, daß eine Gehaltserhöhung für die Weichensteller durchgesetzt wurde, die man doch nicht durch die Budgetverweigerung habe ablehnen können; die Weichensteller erhalten nach dieser Erhöhung 1000 bis 1400 Mark. Mollenbuhr stellt nun fest, daß der preussische Landtag im Jahre 1907 den Weichenstellern erster Klasse ein Gehalt von 1390 bis 1790 Mk., denen der zweiten Klasse von 1090 bis 1590 Mk. bewilligte. Das haben also die preussischen Junker beschlossen, weit mehr, als die Badener Weichensteller bekommen (Seiterzeit), und 1910 haben sie die zweite Klasse auf 11—1600 Mk. aufgebessert. Die Junker haben also viel mehr getan, als die badische Parlamentsmehrheit und Regierung, und doch war letzteres für unsere badischen Genossen ein Grund, für das Budget zu stimmen.

Was hat nun Herr v. Bodman gesagt: Die Bewegung der Sozialdemokratie kann man doch nicht schlechtlich als eine Krankheit bezeichnen; in bezug auf ihre Verneinung der Monarchie und ihre Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mag man sie utopistisch nennen — aber sie ist zugleich eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes, und man muß versuchen, ihren Bestrebungen in bezug auf die Hebung der Arbeitermassen gerecht zu werden. Darauf folgte der berühmte Unfall und der Karlsruher „Volksfreund“ schrieb: Mannhaft und mutig war die Stellung v. Bodmans, der sie mit gehobener Energie und Offenheit verteidigte; es zeigte sich wieder, wie seine Stellung zur Sozialdemokratie von seinen Stimmungen abhängig ist. Am Tage zuvor war man empört über seine Stellung und am nächsten Tage hatte man dafür Achtung und Anerkennung. Man sollte solche Ausführungen seitens eines Sozialdemokraten kaum für möglich halten. (Sehr richtig.)

Als im Jahre 1878 das Sozialistengesetz uns gebracht wurde, hielt zwei Jahre danach der erste deutsche Kaiser, der diesem Gesetze seine Zustimmung gab, eine Rede, in der er ausdrücklich erklärte, es gelte nicht bloß, Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu ergreifen, man müsse auch mit positiven Maßregeln kommen, dem berechtigten Kern in den Forderungen der Sozialdemokratie müsse man Rechnung tragen. Ist hier nicht viel mehr vom Deutschen Kaiser 1880 gesagt worden, als jetzt Herr v. Bodman sagte? (Zustimmung.) Das wird doch kein Mensch bestreiten wollen.

Am 24. November 1884 gab es eine große Debatte im Reichstage darüber, wer der Haupt Urheber der Sozialpolitik sei, und unser verstorbener Genosse Auer erklärte, das ist die Sozialdemokratie! Ohne sie wäre die Reform nicht vorhanden. Als das bürgerlicherseits bestritten wurde, trat Bismarck auf und antwortete: wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und nicht eine Menge sich vor ihnen fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform gemacht haben, nicht existieren. (Hört! hört!) Bismarck erklärt also hier positiv und direkt die Sozialdemokratie als die Urheberin der Sozialpolitik. Und da spricht man auf unserer Seite von Negation, wie das Kolb getan hat.

Die Regierer haben in der Welt oft mehr erreicht als die sogenannten positiven Arbeiter. (Bewegung.) Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt alle Zeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unsere ist gewiß berechtigt. (Sehr richtig!)

Es kamen alsdann die Februarverträge von 1890, die der jetzige Kaiser erließ, und worin gesagt ist: „Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten in der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, so doch abschwächen. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen beabsichtigen, die Bestrebungen zur Hebung der Arbeiterschaft einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche Bestrebungen die Arbeiter internationale Untersuchungen und Verhandlungen führen, nationaler Art, will ich, daß Deutschland mit Frankreich, England usw. in Verbindung trete usw.“ Hier ist also direkt hingewiesen auf den großen internationalen Kongress zu Paris von 1889. Was die internationale Vereinigung der Arbeiter will, und sagte damals der Kaiser, muß in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Und in einem weiteren Erlaß an den Handelsminister, diese war damals ebenfalls Bismarck, heißt es: Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung sind die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Arbeitern einer Prüfung zu unterziehen und den lautgewordenen Klagen und Beschwerden der Arbeiter soll Rechnung getragen werden. Ganz klar ist doch hier ausgesprochen, daß deshalb an diese gesetzgeberische Aktion gegangen wird, weil die Arbeiter es verlangen, und es wird weiter gesagt, es sei die Aufgabe der Staatsgewalt, die Arbeitszeit so zu regeln, daß den Rücksichten der Wohlfahrt, Gesundheit und Sittlichkeit Rechnung getragen werde und der Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibe. Kann man denn eine großartigere Anerkennung unserer Bestrebungen anführen, als in diesen Worten des Kaisers liegt? Nicht! — sagem d' dagegen die Rede v. Bodmans. Weiter ist in jenen kaiserlichen Erlässen hingewiesen auf die sozialpolitischen Aufgaben für die Bergwerke und staatlichen Fabriken, die Musterwerkstätten werden sollen. Das alles sagte damals der Kaiser. Wie weit geht das alles über die Rede des Herrn v. Bodman hinaus. Herr Erzberger, der jetzt glaubt, gegen Herrn v. Bodman gehen zu müssen, sollte diese kaiserlichen Ausführungen beachten, dann würde er sehen, wieviel mehr als von dem badischen Minister von allerhöchster Stelle gesagt wurde. (Sehr richtig!)

Im Jahre 1900 hatten wir den großen Kampf um die lex Heinze. Unsere Haltung ihr gegenüber war auch eine Negation. (Bewegung.) Unsere Fraktion hat damals die Vorlage durch ihre Obstruktion zu Falle gebracht; da war es der freikonservative Professor Delbrück, der in einem Aufsatz schrieb, die allgemeine Erregung der literarischen und künstlerischen Kreise gab die Unterlagen ab, aber den Sieg verlieh die Geschäftlichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen. (Hört! hört!) Das sagte einer der ersten konservativen Schriftsteller. Ähnlich sprach sich ein Korrespondent in der „Neuen Züricher Zeitung“ aus. Dann kommt der Oberbürgermeister von Dresden, Weüller, einer unserer fanatischsten Gegner — er war es schon als Bürgermeister von Meerane, als ich den Kreis im Deutschen Reichstag vertrat. Am 26. November 1900 sagte er in einer Besprechung über die Bekämpfung der Schundliteratur: „Ich glaube, daß wir auf die Kreise (die von der Schundliteratur bedröht sind) um so besser einwirken können, wenn auch die Führer der Arbeiterschaft für diesen Kampf gewonnen werden; ich kann mit Freude konstatieren, daß wir bei unseren Maßnahmen für die Verbreitung guter Lektüre die größte Unterstützung bei der Leitung der Gewerkschaften und bei der Sozialdemokratie gewonnen haben. (Hört! hört!) Und

so könnte ich Lobreden, die angeſehene Gegner über die Sozialdemokratie gehalten haben, noch viele hier anführen. Wenn hiſtoriſche Ereigniſſe der Partei beſprochen werden, dann ſaune ich oft, was unſere Schriftſteller darüber produzieren (lebhafter Heiterkeit), ſo grobe Fehler werden mandmal gemacht. Es iſt nicht immer möglich, dieſe Irrtümer richtig zu ſtellen. Als vor einigen Jahren die Geſonnen Ulrich und David im beſſiſchen Landtage in einer Debatte mit den Gegnern über das Verhalten der Sozialdemokratie zur Sozialreform ſtritten, erklärte Geher: „Wir haben ja nie etwas gewollt, wir haben ja gegen alles geſtimmt.“ Darauf antwortete der Fortſchrittler Dr. Gutfleiſch: „Es iſt wahr, daß die Sozialdemokratie gegen die drei Sozialreformgeſetze ſtimme, aber es iſt ein großer Unterſchied, ob ich gegen ein Geſetz ſtimme, weil ich es nicht mag, oder ob ich gegen ein Geſetz ſtimme, weil es mir zu wenig bietet, und das Letztere war bei der Sozialdemokratie der Fall.“ (Hört! hört!) Unſere Negation hat zweifellos ſehr wohlthätig gewirkt, und Parteigenoſſen, da man Euch beim Wahlkampfe wahrſcheinlich wieder mit ſolchen Vorwürfen kommen wird, will ich folgendes erwähnen, obwohl es mir unangenehm iſt, bon mir ſelbſt ſprechen zu ſehen: Der erſte im Reichstag eingebrachte Entwurf über die Unfallverſicherung der Arbeiter, im Jahre 1882, war ſo, daß der Abgeordnete Bamberger damals ſagte, er verſtehe nicht, warum Nebel nicht Geheimrat ſei und den Geſetzentwurf vertrete, denn der enthalte ja das alles, was er in ſeiner Rede ein Jahr zuvor als Grundlagen des Geſetzes gefordert habe. (Hört! hört!) Dieſer Geſetzentwurf war aber dem Centrum und den Liberalen zu weitgehend, ſie ſtimmten ihn nieder. (Hört! hört!)

Die Freisinnigen haben nicht bloß gegen die Unfallverſicherung, ſondern auch gegen die Krankenverſicherung, die Invaliden- und Altersverſicherung geſtimmt. (Hört! hört!) Sie wollten von einem ſtaatlichen Eingreifen nichts wiſſen. Das Centrum hat gegen die Invaliden- und Altersverſicherung geſtimmt, und für die Unfallverſicherung nur, weil die Grundlage der Organiſation die Unfallgenoſſenſchaften der Unternehmer wurden. (Hört! hört!) Und dieſe Parteien können, ohne entſchiedenen Widerſpruch in unſerer Partei zu finden, behaupten, ſie hätten torrett gehandelt und wir falſch, weil eben die Partei nicht weiß, wie unwahr und ungerecht dieſe Behauptungen ſind.

Wer die Geſchichte der letzten fünf Jahrzehnte kennt, wer da weiß, wie im den 60er und 70er Jahren alle bürgerlichen Gelehrten, die ganze Kapitaliſten-Klaſſe, alle Staatsgewalten ohne Ausnahme es auf das entſchiedenſte ablehnten, daß die Staatsgewalt zum Beſten der Arbeiter einzutreten hätte, der denkt anders über vieles. Es vollzog ſich innerhalb von zwei Jahrzehnten ein ganz gewaltiger Umſchwung in den Anſchauungen, wie er kaum je vorhanden war in der Geſchichte eines Volkes. Dieſer gewaltige Umſchwung in der Auffaſſung der Pflichten des Staates gegen die Arbeiterklaſſe war das Werk der Sozialdemokratie, und zwar das Werk ihrer Kritik, ihrer Negation. Sie zwang die Gelehrten, die Staatsmänner, die Parlamente, ſich mit dieſen Fragen zu beſchäftigen. Es war im Jahre 1871, als junge nationalökonomiſche Gelehrte, darunter Adolf Wagner, auch ein alter Kerl wie ich, ſogar noch etwas älter, zu ſagen wagten: ſo geht es nicht weiter! Der Staat muß eingreifen, und ſie verlangten unter anderem den geſchlichen Zehnjtudenten! Da war es der ſogenannte Nationalökonom Oppenheim, der längſt tot iſt, und alſo nicht mit dem noch lebenden Dr. Oppenheimer zu verwechſeln iſt, der für dieſe Männer das Wort „Kathederſozialiſten“ erfand. Es galt damals als ein Schimpfwort. Noch unter dem Sozialiſtengeſetz haben Bamberger und Eugen Richter auf Lob und Leben gegen unſere Auffaſſung vom Eingreifen des Staates in die ſozialen Beziehungen von Arbeit und Kapital gekämpft. Richter ſogar ſo ziemlich bis

zu ſeinem Tode, wenn er auch ſchließlich merkte, Du biſt unterlegen, Du biſt im Strom der Zeit mit deinen Anſchauungen untergegangen. Mit Fug und Recht kann die Sozialdemokratie behaupten, daß ſie die Wiſſenſchaft, die Staatsmänner und die Parlamentarier gezwungen hat, ihre alten Anſchauungen zu verlaſſen. Dieſen gewaltigen Erfolg kann die Sozialdemokratie auf ihre Konto ſchreiben. Er war die Wirkung der viel verſäfferten Negation, die wir dem Staat und der bürgerlichen Geſellſchaft gegenüber einnahmen. (Sehr gut!)

Wie kann man überhaupt von Negation reden, wo wir eine Menge poſitiver Forderungen an den heutigen Staat in unſerm Programm haben. (Sehr richtig!) Wo wir allmählich dazu übergegangen ſind, in die Gemeindevvertretungen, abgeſehen vom Reichstage, einzubringen. Es iſt dort doch ein ungeheures Stück Arbeit geleistet worden. (Sehr richtig.) Ich ſage es ohne zu prahlen, weil es wahr iſt: es gibt in der ganzen Welt keine Sozialdemokratie, die ſo viel Poſitives geleistet und errungen hat als die deutſche Sozialdemokratie. (Stürmiſcher Beifall.) Und da kommen Männer aus den eigenen Reihen, da kommen die Preſorgane der Partei in Baden uſw. und ſagen: die ganze Taktik muß anders werden. Ihr habt nur negiert, wir müſſen jetzt poſitiv arbeiten. Das heißt alſo, wir müſſen alles, für das wir gekämpft haben, durch das wir groß geworden ſind, aufgeben und umſatteln. Wir müſſen das aufgeben, was uns zur ſtärkſten Partei in Deutschland gemacht hat, die heute ſchon über drei Millionen zählt und das nächſte Mal vier Millionen Anhänger haben wird. Trotz aller dieſer Erfolge ſollen wir auf einmal ſagen: wir haben gerirt, wir müſſen andere Wege wandeln! Wir verbinden uns mit den Nationalliberalen, unſeren Lobſeinden, und machen praktiſche Arbeit. (Lachen und Sehr gut!)

Das ſchlägt ja in das Kapitel des Blocks ein. Wer ſind denn die Nationalliberalen? Die nationalliberale Partei iſt die Partei der Schachmache par excellence. (Sehr richtig!) Sie ſind die Kapitaliſtenpartei, die erſte Kapitaliſtenpartei. Sie haben im Reichstage für alle Ausnahmegeſetze geſtimmt, für die Ausnahmegeſetze gegen die Geſch-Lothringer, gegen das Centrum, gegen die Sozialdemokraten, gegen die Dänen, die Polen uſw. Und heute erſcheint in der nationalliberalen Preſſe Süddeutſchlands ein Artikel, der nächſtens ſtattfindende nationalliberale Parteitag müſſe ſich auf die Heidelberger Erklärung zurückziehen, und die forderte ein Ausnahmegeſetz gegen die Sozialdemokratie. (Stürmiſches Hört! hört!)

Das ſind die Bundesgenoſſen unſerer Freunde in Baden. (Lebhaftes Hört! hört!) Sie haben gemeint, Sie mühten Thron, Altar und Geldſack retten, indem Sie für das Budget ſtimmten, Sie dürften dieſe Arbeit nicht dem Centrum überlaſſen. Ach, Ihr konntet ruhig gegen das Budget ſtimmen. Solange das neue Deutschland beſteht, iſt kein einziges Beiſpiel da, daß eine bürgerliche Partei gegen das Budget zu ſtimmen gewagt hat. In den heftigſten Zeiten des Kulturkampfes, als das Centrum mit Ruten und Storpionen geächtigt wurde, hat es gehorſam die Hand geküßt, von der es geprügelt wurde und hat für das Budget geſtimmt, auch im Reich. Gibt es eine Partei in Deutschland, die ſchlimmere Verſolgungen unmenschlicher Art zu erdulden hatte, als die Polen? Und auch die Polen haben die Hand geküßt, die ſie prügelt und haben für das Budget in Preußen geſtimmt, für das Budget im Reich, für alle Flottenvorlagen, für alle indirekten Steuern uſw. (Zuruf: Und für die Finanzreform!) Die Nationalliberalen ſind die Verteidiger aller Militär-, aller Marine- und aller Flottenvorlagen, ebenſo jeder Kolonialpoſitiv. Sie ſind die Freunde der indirekten Steuern. Wenn ſie im letzten Jahre bei der Finanzreform dagegen

stimmten, so taten sie es, weil sie den schwarz-blauen Bloß nicht unterstützen wollten. Aber auf dem Programm der Nationalliberalen stand auch die Biersteuer, die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer. Auch heute noch stimmen sie für die Liebesgaben, die Agrarzölle, die Lebensmittelzölle, die Einfuhrverbote, die Sperrmaßregeln. Als die Zuchthausvorlage kam, weil in Frankreich ein Wahnsünniger den Präsidenten der Republik ermordet hatte, war es der verstorbene Großherzog von Baden, der an die Spitze einer Agitation mit den Nationalliberalen trat, die für die Umsturzworlage eintreten. (Hört! hört!) Demselben Großherzog haben dann die Genossen Frank und Kolb bei seiner Weerbigung das Geleit gegeben. (Lebhafte Hört! hört!) Der hohe Herr hatte mich speziell in sein Herz geschlossen. (Heiterkeit.) Meinen Namen hat er zwar nicht genannt, aber es war auf dem Hohentwiel und in Billingen, wo ich gesprochen hatte und nach jeder dieser Reden, die ich hielt, hat er in einem Militärverein oder bei einem Militärvereinsfest eine Rede gegen mich gehalten. (Heiterkeit.)

Der verstorbene Großherzog ging weiter, als die übrigen deutschen Fürsten, er war unser bewährter Feind, er hat bei jeder Gelegenheit gegen uns polemisiert, aber das hat Sozialdemokraten nicht abgehalten, ihn zu Grabe zu leiten. (Hört, hört!) Er hätte sich wohl gehütet, Sozialdemokraten die gleiche Ehre zu erweisen, und wären es selbst Kolb oder Frank gewesen. (Heiterkeit.) Über die ich mich im übrigen sehr freue, daß wir sie noch unter uns haben. Ich könnte das Sündenregister der Nationalliberalen noch vergrößern. Die Nationalliberalen sind die entschiedensten Feinde des allgemeinen Wahlrechts. Ihr in Baden, die Ihr Euch mit den Nationalliberalen verbrüderet habt, Ihr hättet heute noch nicht das allgemeine Wahlrecht, wenn Euch nicht das Zentrum dazu verholfen hätte, natürlich nicht um Eurer schönen Augen willen, sondern einzig und allein in seinem eigenen Interesse. Als das Zentrum das allgemeine Wahlrecht forderte, da mußten natürlich die Liberalen, wollten sie nicht unter den Schlitzen kommen, auch diese Forderung aufstellen. Und so kamt Ihr dazu, ohne daß Ihr Euch sonderlich die Hände zu verrenken brauchtet. (Sehr richtig! Widerspruch bei den Süddeutschen.) Kolb spottet auch über den preussischen Wahlrechtskampf, was dabei herausgekommen wäre. Ja, Ihr seid zum Wahlrecht gekommen, wie jener zur Ohrfeige. (Heiterkeit.) Euch ist die gebratene Taube des allgemeinen Stimmrechts in den Mund geflossen, Ihr habt sie nur zu verspeisen gehabt. (Sehr richtig! Widerspruch bei den Badenfern.) Auch die Bayern sind nicht mit viel mehr Mühe dazu gekommen. Aber der Kampf in Preußen bedeutet etwas ganz anderes. (Lebhafte Zustimmung.) Da schimpft man auf dem badischen Parteitag darüber, daß sich die Preußen und Sachsen in die badischen Verhältnisse mischen. Der stärkste Partikularist konnte es nicht toller treiben. (Sehr gut.) Ich habe schon früher gesagt: der preussische Staat ist ein ganz anderes Ding als jeder andere Staat. Er ist in seiner Art einzig in der Welt. Es gibt keinen zweiten dem preussischen ähnlichen Staat, aber wenn wir einmal diesen Staat in der Gewalt haben, haben wir alles. (Sehr richtig.) Aber das kostet Mühe, das kostet Arbeit, das kostet Schweiß, das kostet eventuell noch weit mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Damit könnt Ihr in Süddeutschland Euch nicht messen, Ihr habt nicht die Möglichkeit, über dieses Preußen richtig zu urteilen, im Süden versteht man nicht diesen Junkerstaat in seiner ganzen Schönheit, Kolb könnte sonst unmöglich diese höhnischen Redensarten über die preussischen Genossen und den Kampf machen. Ich denke, die preussischen Genossen haben Bewundernswertes geleistet. (Zustimmung), und sie werden es weiter leisten, aber sie haben es auch mit einem ganz anderen Gegner zu tun, wie Ihr in Süddeutschland. Das spricht ja innerhalb gewisser Grenzen zu Euren Gunsten. Das macht ja allein bei

greiflich, daß Ihr so seid, wie Ihr seid. Freilich die Wandlungen, die die badischen Genossen jetzt bei der Budgetfrage gemacht haben — monatelang für das Budget, dann 24 Stunden dagegen, dann wieder dafür — wenn diese Wandlungen bei den Nationalliberalen vorgekommen wären, das heißt bei jener Partei, die wir unausgesetzt als Partei der Dreißcheibe bezeichnen, dann hätte wohl der „Volksfreund“ geschrieben über diese politischen Baschlappen, diese Jammerlappen. (Sehr gut!) Ich wage nicht zu sagen, was die Konsequenz ist. (Heiterkeit.) Einzelne in der Partei fangen überhaupt an, national-liberal zu werden. Als neulich in Berlin über die badischen Vorgänge debattiert wurde und als ein Redner im zweiten Wahlkreis auf die Artikel von Dr. Bloch in den „Sozialistischen Monatsheften“ hinwies, die eine rein nationalliberale Politik verteidigten, antwortete Richard Fischer, den doch wohl niemand für einen Radikalen halten wird. . . . (Heiterkeit.) Richard Fischer ruft: Das war auch nie mein Ehrgeiz. Doch ehemals, aber lang, lang ist's her. (Heiterkeit.) Was geniert uns der Bloch, ist ja nationalliberal. (Große Heiterkeit.) Das hieß den Nagel auf den Kopf treffen. Ich habe mir damals gesagt, nie hat Richard Fischer etwas Besseres gesagt. (Stürmische Heiterkeit.) Aber ich denke, wir sind eine Partei von Sozialdemokraten, und wenn Nationalliberale unter uns sind, dann müssen sie hinaus, sie können in der Partei nicht bleiben. (Sehr gut!) Wir haben mehr solcher Nationalliberalen, die nationalliberale Politik machen, die die Partei ins nationalliberale Lager führen wollen, zum Bruchbund mit derselben Partei, die wir seit Jahrzehnten auf Tod und Leben bekämpfen. Doch ich will darüber heute nicht weiter reden, das wird Gegenstand weiterer Erörterungen zu gegebener Zeit sein.

Nun reden die Genossen in Baden von den großen Errungenschaften, die sie mit der Blochpolitik gemacht haben. Parteigenossen in Baden, ich bin der Meinung, zu keiner der sogenannten Errungenschaften wäre der Bloch notwendig gewesen. (Sehr richtig!) Freilich, ich bin sehr im Zweifel, ob ich als Sozialdemokrat z. B. für ein Gemeindevahlrecht gestimmt hätte, das statt der Zwölftelung die Sechstelung einführt, aber doch immer ein Klassenwahlrecht ist. Würden unsere Genossen im preussischen Landtage für eine derartige „Verbesserung“ des Dreiklassenwahlrechts stimmen, dann könnten sie darauf gefaßt sein, daß ihnen die Berliner den Stuhl vor die Türe setzten. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat leider wegen viel geringerer Dinge Parteigenossen schon den Stuhl vor die Türe gesetzt. Aber wo sind denn die so viel gerühmten badischen Errungenschaften? Ich überlasse es Frank, sie aufzuzählen, er wird es ja tun und sie in bengalischer Beleuchtung erscheinen lassen. (Heiterkeit.) Den Errungenschaften stehen nach den Behauptungen von badischen Genossen auch Verschlechterungen gegenüber, jedenfalls aber lassen sich politische Fortschritte, die man mit Hilfe der Nationalliberalen erzielte, halten. (Sehr richtig!) Davon brauchen wir kein Aufhebens zu machen. Und dabei begibt man sich ganz in die Abhängigkeit von dem verbündeten Gegner. Das man sich ganz in die Abhängigkeit von dem verbündeten Gegner. Das man sich selbstverständlich bestritten, es wird gesagt: Das Gegenteil ist wahr, wir sind es, die das Best in der Hand haben. Nun, der Führer der Nationalliberalen, Herr Nehmann, erklärte: Wir sind um kein Jota von unserem Standpunkt abgewichen, aber die Sozialdemokraten haben große und schwere Opfer gebracht. (Hört! hört!) Das ist wahr, wir haben die Opfer gebracht, Opfer gebracht. (Hört! hört!) Das ist wahr, wir haben die Opfer gebracht, die Nationalliberalen dagegen haben nicht das allergeringste von ihrem alten Standpunkt aufgegeben. Das sagen auch die „Kölnische Zeitung“, die „Straßburger Post“ und andere nationalliberale Blätter rund heraus. Natürlich gibt es auch solche, die das Gegenteil behaupten. (Frank: Hunderte!) Für uns kommt es darauf an, was vorliegt, und da sage ich: das war nicht davon angetan, daß wir unser Erstgeburtsrecht verkaufen. (Sehr richtig!)



Man sagt weiter, wir hätten einen ungeheuren Schaden gehabt, wenn wir anders gehandelt hätten. Ich habe bisher auf den Beweis dafür vergeblich gewartet, ich habe bis jetzt nicht das geringste davon bemerkt, aber wie ist es denn mit dem Bloß? Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien eintrete, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. (Sehr richtig!) Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich lieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt. (Sehr wahr!)

Den besten Beweis dafür habt Ihr ja selbst an dem von Euch so bespotteten Bülow-Bloß gehabt. Das war dasselbe im großen, was Ihr in Baden im kleinen gemacht habt. (Sehr richtig!) Was ist die notwendige Folge, wenn ich ein solches Bündnis eingehe mit meinen geschworenen Feinden, die ganz anders denken und handeln müssen wie ein Sozialdemokrat? Wenn ich in ein politisches Freundschaftsverhältnis mit einer mir grundsätzlich gegenwärtigen Partei trete, dann muß ich notwendigerweise meine Laktit, d. h. meine Kampfweise, darauf einrichten, damit das Bündnis nicht breche. (Sehr richtig!) Ich darf also nicht mehr darauflos kritisieren, ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen, denn damit verlege ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen, zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu beden, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen läßt, zu vertuschen, was nicht vertuscht werden darf usw. Das sind die notwendigen Folgen des Bloßs, die sich auch auf anderen Gebieten gezeigt haben. (Sehr richtig!)

Was haben denn die Gewerkschaften bisher von Eurem Bloß gewonnen? Die Gewerkschaften, deren Führer heute in ihrer großen Mehrheit auf dem Standpunkte stehen, daß die Frage der Budgetbewilligung Sache der Einzel-Landtage ist, Genossen aus den Gewerkschaften, ich sage Euch, der Tag wird kommen, wo auch Ihr ebensogut wie der deutsche Parteitag gezwungen sein werdet, zu fragen, was haben die sozialdemokratischen Vertreter für die Gewerkschaften in den Landtagen getan. (Sehr gut!)

Die Frage wird bald entstehen. Ihr werdet auf Euren Generalversammlungen, auf Euren allgemeinen Gewerkschaftskongressen, so gut wie wir heute auf dem allgemeinen deutschen Parteitage, diese Frage erörtern müssen. In einem Flugblatt des süddeutschen Eisenbahnerverbandes heißt es z. B.: „Der Landtag ist geschlossen, die Petitionen, die von den Organisationen in den letzten Tagen eingereicht worden sind, sind erledigt. Erledigt in kaum 2 Stunden. Die Eisenbahner sind um eine Hoffnung ärmer, aber desto reicher an Enttäuschungen. (Hört! hört!) Unter der Signatur der Finanzklemme wurden alle Anträge auf Erhöhung der Löhne, auf Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, auf Beseitigung der Akkordarbeit, auf Erhöhung der Zusatzrente für Invaliden, Witwen und Waisen usw., von der Regierung kurzerhand abgelehnt.“ (Hört! hört!) Der Genosse Koppe in Berlin sagte in einer Versammlung: „In keinem Lande Deutschlands hat der Textilarbeiterverband so viel Gemäßregelunterstützung zu zahlen, wie in dem badiischen Mutter-Lände.“ (Hört! hört!) Und ein großer Teil der Unternehmer sind National-Liberale. Die badiische Regierung erklärte, sie habe keine hunderttausend Mark zur Unterstützung der armen brotlos gewordenen Zigarrenarbeiter. Das badiische Ländchen hat heute die Haupttabakfabrikation, die schlechtest entlohnten Tabakarbeiter wohnen in Baden. Das Gesetz über die Tabaksteuerung hat so fürchtbar gewirkt, das im Februar dieses Jahres dort über 6000 Zigarrenarbeiter brotlos waren. (Hört! hört!) Noch heute sind Tausende brotlos, denn schon seit Monaten wird keine Unterstützung mehr gegeben. Da wäre es doch die verdamnte Pflicht der badiischen Regierung gewesen, die mit für diese

schreckliche Gesetz gestimmt hat, diese Armen der Armen zu unterstützen. (Sehr richtig!) Aber sie hat es abgelehnt, und da ist es geradezu himmelschreiend, daß man einer solchen Regierung auch noch das Budget bewilligt. (Lebhafte Zustimmung.)

Man gehe die ganzen Verhandlungen unserer Landtage durch und frage einmal, wie unsere Parteigenossen das Verhältnis ihrer Regierung zu der Militärs-, Flotten-, Kolonial- und Steuerpolitik usw. behandeln. Ihr hättet alle Ursache gehabt, da wir im Reichstag nur die Reichsregierung paktieren können, die einzelstaatlichen Regierungen über ihre Haltung zu interpellieren und ihnen aufs Schärfste zu opponieren. (Sehr richtig!) Diese Regierungen haben alle für die schauerhafte Finanzpolitik gestimmt und sie mitgemacht, wenn auch zum Teil vielleicht nicht ganz freiwillig. Aber mitgegangen, mitgegangenen. Es ist unerhört, daß es Sozialdemokraten gibt, die einer Regierung, die eine solche Politik, wie sie im Reiche betrieben wird, wodurch in der ungeheuerlichsten Weise die arbeitenden, die notleidenden Klassen belastet werden, ein Vertrauensvotum geben. (Lebhafte Zustimmung.) Wie hat es dann die badiische Regierung bei Rheinfeinden gehalten in diesem Frühjahr, und wie in Mannheim usw.?

Ja, unsere Gewerkschaften hätten alle Ursache, ein gehöriges Sündenregister aufzurollen, und das wird auch noch geschehen. Auf die Dauer lassen sich das die Massen nicht gefallen. Videant consules! Die Konsuln sollen darauf sehen, daß das Gemeinwesen keinen Schaden erleidet, lautete ein in Rom geltender Satz. Ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun. (Lebhafte Beifall.) Demokratisches Mittrauen und nochmals demokratisches Mittrauen gegen alle ohne Ausnahmen, auch gegen mich. (Sehr gut!) Seht den Führern auf die Finger, seht auch Euren Redakteuren auf die Finger. (Stürmischer Beifall.) Man sollte glauben, unsere Preßkommissionen schliefen. Wenn eine Redaktion noch so berechtigt 30, 40 M. mehr Ausgaben verlangt, gibt es Debatten, die die halbe Nacht dauern. Aber ob die Parteizeitung auch die Parteinteressen wahr, ob sie die Genossen unterrichtet über die Konflikte in der Partei wie in Dresden, wie damals bei den Redakteuren des „Vorwärts“, wie jetzt mit den Badenfern, daß die Parteigenossen einigermaßen wissen, was vorgeht — da wird in manchen Mättern in einer geradezu skandalösen Weise alles unterdrückt, was der Redaktion nicht paßt. (Zuruf: „Leipziger Volkszeitung“.) Es wird auch in Zion gesündigt, aber hundertmal mehr außer Zion, und Ihr in München habt ein ganz besonderes Exemplar für Eure Kritik. (Heiterkeit.)

Ich habe oft gesagt: „Wären unsere Gegner bis hoch hinauf nicht so fürchtbar dumme Esel, sie könnten uns ganz anders in die Bude schneien lassen, als es geschieht.“ (Heiterkeit.) Ich freue mich ja, daß sie so sind. Es gibt leider viele sozialistische Gimpel, die sich sehr gern fangen ließen. (Sehr gut!) Unsere Regierung braucht es nur danach anzufangen — den Weg, wie sie es machen sollen, will ich ihnen aber nicht zeigen. (Heiterkeit.) Aber wenn der Gimpelsang weiter stattfinden sollte, reden wir auch darüber.

Freilich, Herr Wassermann sagt: „Von dem Bloß von Wassermann bis Bebel will ich nichts wissen.“ Parteigenossen, ich kann Ihnen sagen, daß nicht nur Wassermann, sondern auch Bebel von diesem Bloß nichts wissen will. (Heiterkeit und Sehr gut!) Als die Parole vom Pfarrer Neumann zum ersten Male im „Berliner Tageblatt“ stand, im Anfang dieses Jahres, wollte es der Zufall, daß ich bald danach den Abgeordneten Wassermann im Foyer an einem Tische sitzend traf. Ich gehe auf ihn zu und sage: „Nun, verehrter Bloßbruder, wie steht es denn mit uns?“ (Große Heiterkeit.) Darauf antwortet er: „Ach was, Unsinn, Blödsinn!“ Ich sage: „Jawohl, einverstanden!“



(Große Heiterkeit und fürstlicher Weisheit.) Sogar Genosse Peus sieht ein, daß ein solcher Blod Unfinn und Blödsinn ist. (Heiterkeit.) Peus vergaß ja manchmal in seinem Blättele Dinge, daß mir oft die Haare zu Berge stehen, aber wenn er nach Brandenburg vor seine Wähler kommt, ist er ein ganz anderer Kerl. Neulich, als es sich darum handelte, seine Kandidatur aufzustellen, war er merkwürdig radikal; ich habe mich sehr über ihn gefreut und ich hoffe, Genosse Peus, Sie bleiben eine lange Weile bei diesem Standpunkt stehen. (Unter großer Heiterkeit des Parteitag) begibt sich Genosse Peus zum Bureau, um sich zum Worte zu melden.)

Nun hat man ausgeführt: was diesmal die Wadenser gemacht haben, das sei auch bei anderen Fragen geschehen, und ganz besonders sei ich der Sündenbock, der dergleichen angerichtet haben soll. Genosse David hat die vergangenen Protokolle genau studiert und hat in einem Artikel oder einer Rede ausgeführt, 1887 auf dem Kongreß in St. Gallen habe der Parteitag einstimmig beschlossen, bei den nächsten Wahlen für keinen Freisinnigen in der engeren Wahl einzutreten. Aber dann habe 1890 das Zentralwahlkomitee das Gegenteil getan. Die Tatsache ist vollkommen richtig. In St. Gallen kamen wir genau vor 23 Jahren im Auslande zusammen, weil wir im Inlande keinen Kongreß halten konnten. Da wurde die erwähnte Parole herausgegeben. Die Partei ist damals unserer Parole gefolgt, wir haben unser Wort gehalten wie immer, aber die Fortschrittler haben uns im Stich gelassen. Wir hatten zwar 230 000 Stimmen gewonnen, 89 Proz. mehr als 1884, waren aber in den Mandaten stark zurückgeblieben genau wie 1907. Auf dieses Verhalten der Fortschrittler wurde der von uns gestellte Antrag in St. Gallen gefaßt. Dann kam 1890 und jetzt fordern wir entgegen dem Beschluß von St. Gallen die Partei auf, auch bei der engeren Wahl für die Vinsliberalen zu stimmen. Mittlerweile war nämlich eine gewaltige Umgestaltung der Dinge eingetreten, das Sozialistengesetz wollte Bismarck bereuigen, es war gefallen. Ein großer Teil der bürgerlichen Parteien war wütend über den Fall, Nationalliberale und Konservern usw. Da sagten wir uns: Jetzt kann es im neuen Reichstag auf eine Stimme ankommen, und wir bekommen das Sozialistengesetz für i m u r e r, da müssen wir alles aufbieten können, um das zu verhindern. (Sehr richtig!) Ich hatte, wie bemerkt, in St. Gallen selbst den Antrag auf Stimmenthaltung gestellt, jetzt war ich es wieder, der beantragte, diesen von mir beauftragten Beschluß aufzuheben. (Zuruf v. d. Süddeutschen: Das verstehen wir.) Nun ja, das hat damals die gesamte Partei verstanden. Als wir in Halle zusammenkamen, war großer Brach über unser Verhalten. Die Jungen lagten uns an, daß wir den Beschluß des Parteitages gebrochen hätten. Darauf habe ich erklärt: Sowohl, das Kardinalverbrechen haben wir begangen; noch ehe wir den Beschluß faßten, kamen von allen Seiten aus Deutschland Briefe mit der Erklärung, der St. Galler Beschluß ist unmöglich, wir müssen anders handeln. Daraufhin trat das Komitee, zu dem damals Auer, Liebknecht, Grillenberger, Singer und ich gehörten, in meiner Wohnung in Blauen zusammen und änderte auf meinen Vorschlag die Parole. Ich hatte damals in der Verteidigung betont: Den Rednern, die darüber voll sittlicher Entrüstung sind, gebe ich zunächst zu erwägen, daß diese Frage keine Frage des P r i n z i p s, sondern eine Frage der Taktik ist. (Sehr richtig.) Was wir jetzt haben, ist eine prinzipielle Sache, über die drei Parteitage beschlossen haben. Sie (zu den Süddeutschen) haben das Recht, das nicht zu billigen, aber es ist beschlossen und wohl oder übel müßt Ihr Euch fügen. Ich habe damals in Fulda ausgeführt, es ist ein Unterschied, ob ein Beschluß ad hoc für einen bestimmten Fall gefaßt wird, oder ob es sich um eine dauernde Vorschrift im parlamentarischen Leben der Partei handelt. Schließlich habe ich in Halle erklärt, ich hätte von Euch Jungen

erwartet, daß Ihr ein Mißtrauensvotum gegen uns beantragt, das ist nicht geschehen, nun stelle ich den Antrag: „Der Aufruf des Zentralwahlkomitees bezüglich der engeren Wahl entspreche der politischen Lage zur Zeit der Wahl. Der Parteitag spricht nachträglich seine Billigung zu dem Vorgehen des Zentralwahlkomitees aus“, und mit glänzender Mehrheit hat der Parteitag so beschlossen. Das ist also eine ganz andere Sache als die, um welche es sich hier handelt. Auch bei den nächsten Wahlen werden wir voraussichtlich eine engere Wahlparole ausgeben müssen. Daß diese auf alle Fälle paßt, ist unmöglich. Der Parteivorstand hat immer die Vollmacht gehabt, in bestimmten Fällen eine andere Weisung zu geben. Unberühmten Beschlüssen gegenüber hat aber auch die Partei versagt. Als z. B. 1870, also vor 40 Jahren, der Vorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins auf Antrag seines Präsidenten von Schweitzer beschloß, den Kandidaten der sogenannten Ehrlichen, d. h. unseren Eisenachern und speziell Liebknecht und mir, bei keiner Wahl eine Stimme zu geben, wurde dieser Beschluß allgemein mißachtet. Es hieß in jenem Beschluß, wenn ein Liberaler und ein Eisenacher (Ehrlicher) in engere Wahl kämen, müßte der L i b e r a l e gewählt werden, und wenn ein Konservern und ein Eisenacher zur engeren Wahl ständen, sollte man sich der A b s t i m m u n g enthalten. So wurde beschlossen, aber gehandelt haben die „Allgemeinen Deutschen“ nicht danach. Bei der Wahl im März 1871 haben sämtliche Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Leipzig mich als ihren Vertreter gewählt. So wird es alle Zeit sein.

Auch nach dem Münchener Beschluß von 1902 stellte sich bei den Wahlen heraus, daß die beschlossene Parole auf die kleine „Freisinnige Vereinigung“ nicht paßte. Die Kandidaten dieser Partei erklärten zwar für Militär- und Marinevorlagen zu stimmen, aber sie traten auch für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Stimmrechts, gegen Ausnahmegeetze, Lebensmittelfrage usw. ein. Da sagten wir uns, sollen wir lieber für ein Mitglied der freisinnigen Vereinigung oder durch Stimmenthaltung einen Bauernbündler zum Siege verhelfen? Damals wußten wir im voraus, wenn wir für die freisinnige Vereinigung eintreten würden, stand die Partei hinter uns, und die Haltung des Dresdener Parteitages hatte uns recht gegeben. Also die deswegen gegen uns gerichteten Vorwürfe treffen in keiner Weise zu. Hier haben wir es mit einem prinzipiellen Beschluß, in den anderen Fällen mit taktischen Beschlüssen zu tun.

Nun ist es selbstverständlich, daß die Parteigenossen es sich nicht gefallen lassen, daß ein Teil der Partei den mit gewaltiger Mehrheit angenommenen Beschluß grundlegender Natur für ihre praktische Betätigung im Landtage mißachtet, daß er so handelt, als ob dieser Beschluß gar nicht vorhanden wäre. Das läßt sich keine Partei gefallen. Dabei kann keine Partei auf die Dauer bestehen. (Lebhafte Weisheit.) Das geht nicht, daß ein Kollegium von Abgeordneten eigene Wege wandelt, vielleicht, weil sie sich für Wesen höherer Art halten. (Heiterkeit.) Es gibt nämlich Leute unter uns, die glauben, daß sie höhere Wesen sind, sobald sie ein Mandat haben. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn Sie meinen, Sie könnten mit der Partei umspringen wie Sie wollen, dann hätte auch jeder Parteigenosse das gleiche Recht. Wenn die berühmte persönliche Freiheit entscheiden soll, wo kommen wir da hin, was soll da werden, wenn jeder sagt: ich fühle mich durch einen Beschluß in meinem Gewissen bedrückt und handle dagegen. Unter solchen Verhältnissen ist kein Parteileben mehr möglich. Wenn ein gewöhnlicher Parteigenosse sich viel geringer gegen einen Parteitagbeschluß vergangen hat als die Wadenser, dann wird er ausgeschlossen aus der Partei, dann weist man ihm den Weg. (Lebhafte Zustimmung.)

Man ist in Norddeutschland selbst soweit gegangen — ich habe dagegen angelämpft und es nicht gebilligt —, daß man Parteigenossen ausgeschlossen hat, weil sie sich an der öffentlichen Klassenwahl nicht beteiligt haben. Ich sage, das ist unrecht. Wie können sich kleine Geschäftsleute selbst denunczieren? Stimmt einer gegen die Partei, dann raus mit ihm! Ihr aber herauszuwerfen, weil er sich enthält, das geht zu weit. Aber wenn so in Norddeutschland verfahren wurde, begreift man doch die ungeheure Erbitterung, die das Verhalten der Badenser hervorgerufen hat, dann begreift man es, daß eine Menge von Anträgen gekommen sind, die erklären: hinaus mit ihnen! Sie gehören nicht mehr zur Partei, denn sie haben Parteitagsschlüsse verletzt und bewußt gegen den Willen der Partei gehandelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun mache ich gar kein Hehl daraus, ich habe mich eine Weile besonnen, ob ich einen solchen ähnlichen Antrag wie den Zubeilischen einbringen soll. (Bewegung.) Ich habe auch eine Fassung dafür gehabt, ich will es Ihnen ruhig sagen, es sind keine Staatsgeheimnisse. Wir haben dann darüber beraten, und man hat mir Gründe dagegen gebracht, so daß ich sagte: Nein, wir lassen das weg. Aber ich habe mir gesagt: Wenn es wieder vorkommt, dann gibt es keine Gnade mehr. (Lebhafter Beifall.)

Wir können zusehen, daß die Abgeordneten im guten Glauben handelten, und daß es sich tatsächlich ergeben hat, daß die badische Partei Ihren Schritt billigte. Das sprach zu Ihren Gunsten. Ich halte es für ungerecht, wenn man bei den Anklagen so weit gegangen ist, daß man gesagt hat: Sie haben Verrat an der Partei begangen. (Hört! hört!) Wenn ein Parteigenosse wirklich Verrat begangen hat, gibt es kein Erbarmen, kein Mitleid, dann muß er aus der Partei. (Stürmische Zustimmung.) Aber um das zu beweisen, genügt es nicht, daß der eine oder andere die Vermutung hat, die Badenser seien Verräter. Das müßte bewiesen werden, da müssen Tatsachen vorliegen. Die bloße Tatsache, daß man gegen einen sehr klaren und wiederholt ausgesprochenen Beschluß der Partei gehandelt hat, stempelt einen noch nicht zu einem Verräter. Verräter ist einer, der mit Absicht die Partei verderben will oder hofft, Vorteile zu gewinnen, sagen wir, vielleicht Geheimrat zu werden. (Seiterkeit.) Wenn das nachgewiesen werden könnte, wenn einer so dumm gewesen wäre, das zu sagen, wäre er ein Verräter. Den können wir alsdann in der Partei nicht mehr brauchen. Wie die Dinge heute liegen, könnten wir Geheimräte nicht als Parteigenossen ansehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich erkläre weiter, ich glaube das auch im Namen meiner Vorstandsgenossen und der Kontrollkommission, deren Gesamtprodukt in der von mir hier vertretenen Resolution vorliegt, daß wir dem Zusatzantrag der 211 Genossen nicht zustimmen können. Wir bitten die Parteigenossen dringend, das betreffende Amendement zurückzuziehen. (Beifall.)

Aber ich erkläre auch wieder, daß es in unserer Resolution klar und deutlich heißt: „Die Mißachtung von Parteitagsschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.“ Wenn nun, nachdem wiederum eine breite Diskussion stattgefunden hat, nachdem die Partei wochenlang in der furchtbarsten Aufregung gehalten wurde, nachdem bestimmte Parteitagsschlüsse vorliegen, wieder anders gehandelt werden sollte, dann hört alles auf! Das lassen wir uns nicht gefallen, dann mag passieren was will. Dann sage ich: Schluß! Mag dann in Frage kommen wer will. (Stürmischer Beifall.)

Nun ist die Frage aufgeworfen worden, welche Befugnisse der Partei zukommen und welche nicht. Ich habe schon auf die Erklärung der 66 hingewiesen. Der bayerische Parteivorstand hat ja etwas Ähnliches in Er-

langen verfähret. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich sage, diese Erklärung Auer's ist präpariert worden im Parteausschuß in München. Es wird darin gesagt, daß über alle speziellen Fragen der Landespolitik die Landesorganisationen selbständig zu bestimmen haben sollen. Es ist inzwischen ein Streit unter den bayerischen Genossen entstanden über die Bedeutung dieser Erklärung. Sie enthält in der Hauptsache daselbe, was die 66 in Nürnberg sagten. Demgegenüber erkläre ich, und ich bin eventuell entschlossen, diese Erklärung als Resolution dem Parteitag vorzulegen:

„Der Parteitag der Gesamtpartei ist die oberste Instanz der Partei. Als solche hat der Parteitag das unbestreitbare Recht, als letzte Instanz in allen Parteianglegenheiten, seien sie prinzipieller, taktischer oder sachlicher Art, endgültige Entscheidung zu treffen, sobald er dazu angerufen wird. Es gibt keine Organisation, kein Kollegium, keine Person, die sich dem letztinstanzlichen Entscheide des Parteitages der Gesamtpartei entziehen kann. Diese autoritative Stellung des Parteitages ergibt sich naturgemäß aus der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie eine einheitliche Partei ist mit einer einheitlichen Organisation, mit einem gemeinsamen Programm und mit gemeinsamen Zielen.“ (Lebhafte Zustimmung.)

Nun will ich hören, ob jemand diesen Standpunkt auftritt und sagt: „Nein, das gestehen wir dem Parteitag nicht zu, dazu hat er kein Recht! Dann wollen wir darüber entscheiden. Es wäre doch merkwürdig, wenn der deutsche Parteitag seine eigene Autorität herabsetzen würde, weil es da Leute in Neuch, Schleiz, Lobenstein, Budeburg, Lübeck, Bayern, Baden, Württemberg gibt, die da meinen, wir müßten anders verfahren. Wir haben diese traurigen Gebilde deutscher Zerrissenheit, aber so weit zu gehen, daß jeder Staat und jedes Städtchen das Recht haben soll, selbstherrlich und endgültig zu entscheiden, was er tun und lassen soll, selbst wenn es noch so toll da zugeht, nein, das geht nicht. (Sehr richtig!) Davor werden wir uns hüten. Das wäre schließ- lich darauf hinaus, daß jeder machen kann was er will. Dabei ginge die Partei zugrunde. Ich sage es ganz offen: Ihr Süddeutschen seid ganz famos Kerle, sogar in Capua (Seiterkeit), vielleicht verbringe ich gar den Rest meiner Tage in Capua (hört! hört!), aber Capuaner werde ich nicht. (Lebhafter Beifall.) Ihr Süddeutschen habt zubiel Gemüt, Ihr seid zu weich, Ihr laßt Euch zu leicht kneten. (Auer ruft: Sehr richtig! — Seiterkeit.) Wir brauchen aber stramme, aufrechte, rüdgroßstarke Männer. Wir brauchen entschiedene Leute, die auftreten und wissen, was sie wollen, und die auch danach handeln, die den Gegner nicht im Zweifel darüber lassen, was wir sind. Aber wenn es vorkommt, daß in Bayern, wo der Ultramontanismus gegenwärtig in der tollsten Weise regiert, wo die Regierung ganz im Sinne der Ultramontanen steht, wenn es da vorkommen kann, daß in der Fraktion noch ein kleiner Teil vorhanden ist, der unter solchen Verhältnissen für die bayerische Regierung das Budget bewilligen will, da hört der Spaß auf. Da wollen wir die Kontrolle haben. Wenn wir da freie Hand ließen, könnte es der Partei schlecht gehen, darunter leidet die Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun ist noch anderes vorgekommen, das sehr beachtlich ist. In dem erregten Kampfe, der sich entwickelt hat, haben die Badenser gesagt: Da mißden sich in unsere Angelegenheiten nicht nur die Preußen und die Sachsen, sondern auch die Ausländer, die Rosa Luxemburg und Pannekoek ein. Das ist also der internationale Standpunkt der Badenser. Rosa Luxemburg ist allerdings so gut deutsch wie Auer, Pannekoek ist Ausländer, man hat ihn bekanntlich um seine Stellung gebracht. Da kommt nun die Pforzheimer „Freie Presse“, nennt die vier Bremer Abgeordneten zum Parteitag und druckt den Namen Pannekoek fett. (Hört! hört!) So wird denuncziert. Das

ist abſcheulich und erbärmlich und ſollte nicht vorkommen. Auch Kolb hat in das gleiche Horn geſtoßen; auch er iſt gegen die Ausländer. Wie heißt es doch im Lied:

„Ausländer, Fremde ſind es zumeiſt,  
Die unter uns geſäet den Geiſt  
Der Rebellion; dergleichen Sünder,  
Gottlob, ſind ſelten Landeskinder.“

(Heiterkeit.)

So ſchallt es aus Baden. Die Badener ſind zu zahm erzogen, Ihr erzieht eben Eure Leute zur Zahmheit. Ich erinnere nur an den Artikel über Goethe im Karlsruher „Volkſfreund“. Ich will erklären, daß Kolb daran nicht ſchuld iſt. Aber es handelte ſich um einen Verein, wo Pfaffen und Muder und Nationalliberale und leider auch Sozialdemokraten mitwirken. Wie konnte ein ſozialdemokratiſches Blatt ein derartiges Reſerwat bringen? Während da geeifert wird gegen die Parteigenoſſen, die ſich eingemifcht haben, hat Kolb ſelbſt im Mai dieſes Jahres, als ſich Herr in Rom dem italieniſchen König gegenüber ſehr merkwürdig benahm, geſchrieben: „Jeder Menſch hat das Recht, ſich zum Narren zu machen ſobiel er will, aber keiner hat das Recht, ſeine Partei zum Narren zu machen.“ Ich wünfchte, das würde von uns ſtets beachtet, beſonders von den Badenern.

Wir ſind jezt in einer Zeit, wo wir uns auf ſaule Kompromiſſe nicht einlaſſen dürfen. Die Klaſſengegenſätze werden nicht milder, ſie werden ſchärfer. (Lebhafte Zuſtimmung.) Wir marſchieren ſehr, ſehr erſten Zeiten entgegen. (Lebhafte Zuſtimmung.) Was kommt nach den nächſten Wahlen? Das wollen wir abwarten. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäiſches Kriegsgewitter losbricht, dann ſollt Ihr ſehen, was wir erleben und wo wir zu ſtehen haben. (Bewegung.) Sicherlich ganz wo anders, als man jezt in Baden ſteht. (Auer ruft: Da ſind wir ja auch noch da!) Das will ich ja. Glaubt Ihr, ich will Euch excluſiv? Eure Taktik aber erregt Verbitterung, ſie hemmt die Entſchloſſenheit, die Schlagfertigkeit, das Vorwärtsmarſchieren in feſtem Schritt und Tritt. In Reih und Glied ſoll marſchieren werden, wir können keine Seitensprünge brauchen. Das wollte ich mit meinen Worten ſagen. (Lebhafte Beifall.)

Auch die Hoſgängererei verbittet ſich die Partei. (Zurufe von den Badenſern: Wir waren doch nicht dabei!) War das nicht auch ein Hoſgang, daß man ganz überflüſſigerweiſe zu dem feierlichen Landtagsſchluß ging? Im Karlsruher Schloß wird man Euch das wohl angerechnet haben? Die wollen doch aber auch keine Leute mit Seitensprüngen! Ihr verdirbt es mit uns und mit ihnen. (Lebhafte Zuſtimmung.) Ihr ſiſt zwiſchen zwei Stühlen. (Lebhafte Zuſtimmung. — Widerſpruch Frank.) Jawohl, mein lieber Frank! Das habt Ihr mit Eurer Weiſheit, mit Eurer ſtaatsmänniſchen Klugheit, mit Eurer Diplomatie erreicht, die ſo unklug war, wie ſie nur ſein konnte. (Stürmiſche Zuſtimmung.) Niemals haben Parteigenoſſen ſich ſo blamiert vor den Gegnern wie Ihr. (Stürmiſche Zuſtimmung.) Im Schloß zu Karlsruhe findet heute die Hoſcour zum Ehejubiläum des Großherzogpaars ſtatt. Es freut mich, daß die von der Fraktion erwählten Vertreter Gaß und Pfeiffle hier in unſerer Mitte ſind. (Heiterkeit.) Die Mannheimer Parteigenoſſen haben ſich wohl geſagt: Die ſchiden wir nach Magdeburg, da ſind ſie aus der Verlegenheit heraus! (Große Heiterkeit.) Aber wie iſſen es denn mit § 74 der Geſchäftsordnung des badiſchen Landtags? Der ſollt Euch doch zwingen, daß Ihr die Deputation mitmachtet. (Frank ruft: Jeder iſt doch mal verſindert!) Das wird man ja wohl auch im Schloß zu Karlsruhe einſehen. Der § 74 binde Euch, ſagtet Ihr, ich freue mich aber, daß Ihr Euch

nicht habt binden laſſen; ebenſo freut es mich, daß Ihr wenigſtens 24 Stunden lang gegen das Budget ſtimmen wolltet. (Heiterkeit.) Damit habt Ihr zugeſtanden, es geht, daß wir gegen das Budget ſtimmen. (Sehr richtig!) Ihr habt es ſelbſt bewieſen, Ihr könnt nunmehr reden was Ihr wollt. Die Tatſache, daß Ihr 24 Stunden lang entſchloſſen wartet, das Budget zu verweigern, wirkt alle Eure Argumente für die Budgetabſtimmung über den Haufen. (Lebhafte Sehr richtig!)

Sicher hat man in Karlsruhe in Hoſ- und Regierungskreiſen über die Schlaumeierei gelacht, mit der Ihr den höflichen Feſtlichkeiten ferngeblieben ſeid, man lacht in Karlsruhe noch über manches. (Heiterkeit.) Kolb hat in Offenbourg wiederholt erklärt: Zwingt mich nur nicht, daß ich mehr ſage, das ſchadet uns! Dabei hat er dort ſo vieles geſagt, was er nicht hätte ſagen dürfen, daß ich mir ſagte, ſo ein Schlaumeier iſt mir noch nicht vorgekommen. (Heiterkeit.) Der das Gegenteil deſſen tut, was er eigentlich tun will und tun ſollte.

Nein, Genoſſen, ſo geht es nicht weiter, wir müſſen Glied an Glied, Kopf an Kopf marſchieren in geſchloſſener Reihe. (Lebhafte Zuſtimmung.) Sollte jemand ſo tollkühn ſein, zu ſagen, ich gehe meinen eigenen Weg, ich kann nicht akzeptieren, was Ihr beſchloſſen habt, — nun, ſo ſoll er es tun. (Stürmiſcher Beifall.)

Es ſind Epifoden in der Geſchichte der Partei, wo ähnliches vorkam. Ich erinnere an Bräuer, der 1876 von der Vereinigung nichts wiſſen wollte, der aus der Partei ausſchied und mit ſeinem kleinen Gäuflein jahrelang unbemerkt wie ein Weilchen am Wege geblüht hat. Kein Lahn hat nach ihm gekräht. Haſſelmann verſuchte ebenfalls die Partei zu ſprengen. Auch Noß verſuchte es, Sie ſind aus der Partei hinausgeſchoben worden und die Partei iſt weiter marſchiert. (Zuruf von den Süddeutſchen: Wollen wir denn die Partei ſprengen?)

Aber ich bitte Euch, hört doch, was ich ſage. Wenn einer da wäre, der es wollte, den erinnere ich an die geſchichtlichen Vorgänge, und wenn es mehrere wären, ſelbſt die Angeſehenſten unter uns, und wenn ich es machen wollte, ich wäre ſehr bald ein General ohne Armee. (Sehr richtig!) Wir können unſere Stellung als Führer nur behaupten, wenn wir im Sinne und Geiſte der Partei arbeiten und tätig ſind. (Bravo!) Nur das allein kann uns die Stellung geben. Wir führen nicht, wir werden weit mehr geſchoben als wir führen und das iſt gut ſo. Denn wenn es manchmal auf die Führer ankäme, würden ſich ihre irren gehen. (Sehr richtig!) Aber ich finde mich in dieſe Rolle, obgleich auch ich ſchon Dummheiten gemacht habe. (Heiterkeit.) Ich habe es aber ſtets zugegeben, ſobald ich es eingesehen habe. (Zuſtimmung. — Heiterkeit.) Das iſt der Unterſchied zwiſchen Euch und mir, auch habe ich mich gehüet, einen zweiten Fehler in der gleichen Sache zu machen. Jezt heißt es, geſchloſſen marſchieren, den Ereigniſſen, die kommen, die Stirn bieten, nicht nach rückwärts ſchauen, ſondern nach vorwärts, und zu marſchieren drauf und durch. (Stürmiſcher, lang anhaltender, mehrfach wiederholter Beifall.)

Korreferent Dr. Frank-Mannheim: Soweit ein Sünder überhaupt mit der Rede ſeines Anklägers zufrieden ſein kann, war ich von den Worten Debel's angenehm überrafcht. Ich muß ſagen, es hat bei allem Ernſt eine gewiſſe Zärtlichkeit für uns Badener herausgeſchaut. (Heiterkeit.) und ich habe an den Vers denken müſſen aus der Weiſheit des Brahminen:

„Was ſoll ein Vater tun, wenn ihm ein Sohn mißrathen?  
Der Vater bleibt ihm Lieb, ſo leid ihm ſind die Taten.“

Bebel hat sich damit auf jenen Boden gestellt, auf den überhaupt nur eine kameradschaftliche Diskussion möglich ist. (Sehr richtig!) Er hat anerkannt, daß wir in guter Absicht, in der Meinung, unserer Bewegung zu nützen, gehandelt haben, er hat anerkannt, daß unsere Personen und unsere Ueberzeugungen zu respektieren sind bei aller sachlichen Gegnerlichkeit. Ich bin zu meiner Freude durch diese Tatsache der unangenehmen Aufgabe überhoben, mich mit jener Gruppe von Genossen auseinanderzusetzen zu müssen, die geglaubt haben, andere Wege gehen zu sollen, die nicht nur unsere Meinung zu bekämpfen, sondern außerdem unsere Motive und unsere Personen zu verächtigen sich verpflichtet glaubten. Ich kann nicht alle aufzählen und will es nicht tun; daß die „Leipziger Volkszeitung“ dabei war, ist selbstverständlich (Sehr richtig!), aber für ihre Verhältnisse, ich sage es offen, war sie direkt anständig. (Heiterkeit.) Sie hat bloß behauptet, daß wir parlamentarische Krems und Kleinbürger sind; das nehmen wir dem Genossen Lenck nicht übel, wir wissen, daß er gewohnt ist, die Dinge und Menschen vom hohen Noß herab zu beurteilen. (Heiterkeit.) Genosse Stadthagen sagte uns ja allerdings hündisches Benehmen nach, und es kam auch Genosse Antrick und das Blatt des Genossen Gewehr, das uns bezeichnete als Byzantiner und als Streber, die nach Ministersefeln spielen. (Lachen.) Ich halte es für unter der Würde des Parteitages und der badischen Genossen liegend, auf diese Dinge auch nur mit einem Worte zu erwidern. (Zustimmung.)

In die eine Waagschale lege ich die Meinung Bebels und in die andere das Urteil von Stadthagen, Antrick, Gewehr und Lenck, und ich überlasse getrost der Ueberzeugung des Parteitages die Entscheidung, auf welcher Seite das wichtigere Urteil ist. (Sehr gut!)

Wir kommen zu Ihnen nicht reumütig, sondern wir kommen mit dem Bewußtsein, daß wir das Gute getollt und getan haben. Wir sind der Auffassung, daß wir die Partei nicht provoziert und nicht überfallen haben, wie behauptet worden ist, sondern wir meinen, daß man gar nicht offener und klarer hätte zu Werke gehen können, als es der Fall war. Bebel hat Ihnen schon erzählt, daß in Nürnberg von allen Seiten die möglichen Folgen eines verfehlten Beschlusses vorausgesagt wurden. Die Warnungen waren umsonst, es kam die Resolution, und es hat dann Segitz jene Erklärung abgegeben, die in der als Materialien vorliegenden Drucksache, glaube ich, nicht enthalten ist. Nun hat man gesagt und auch Bebel sagte das, diese Erklärung sei nur eine Art Rechtsbegründung gewesen. Ich meine, wer in Nürnberg hören und sehen wollte, der wußte, daß die Erklärung Segitz mehr gewesen ist als eine Stillübung, daß sie den ersten und festen Entschluß ausdrücken sollte, bei aller Achtung vor der Gesamtpartei und den Beschlüssen des Parteitages die Verhältnisse der einzelnen Länder dabei nicht zu vergessen, die sich nicht alle einheitlich bewerten lassen, und wor noch im Zweifel war, wurde befehrt durch die an den Parteitag anschließenden Proklamationen des bayerischen und badischen Landesvorstandes, die beide jene Erklärung der 66 zur ihrigen gemacht haben. Daß diese Erklärung verstanden worden ist, dafür will ich von vielen Beweismitteln nur eines bringen. Ein so vorständig geleitetes Organ wie das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat nach dem Nürnberger Parteitag eine Würdigung der Ergebnisse gebracht und hat damals zu der bekannten Resolution und zu der daran anschließenden Erklärung der 66 folgendes geschrieben:

„Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein? Das ist die Frage, über die nunmehr in der Parteipresse lang und breit geleitert wird. Man hätte sich diese Frage besser vor dem Parteitag vergegenwärtigt, denn sie führt fast allgemein zu ruhigerer Erwägung der Dinge und zu dem

lebhaften Wünsche, die Süddeutschen möchten keinen Schritt tun, der zu einer Trennung führen könne. Die Frage ist aber auch gar nicht unmittelbar zu beantworten, weil sich eben Budgetabstimmungen nicht auf Jahre hinaus dirigieren lassen. Eben deshalb, weil es sich um eine Frage der parlamentarischen Taktik handelt, sind die süddeutschen Genossen gar nicht imstande, jetzt schon zu erklären, was sie bei der in zwei Jahren wiederum fälligen Abstimmung zu tun gedenken. Sie werden durch den Gang der Landespolitik bestimmt, zu handeln, wie es notwendig erscheint.

Sie werden dabei selbstverständlich nicht den Wunsch haben, neue Auseinandersetzungen mit den Genossen jenseits des Mains oder der Elbe zu provozieren und die kostbare Zeit eines Parteitages für ihre Landesangelegenheiten in Anspruch zu nehmen — sie werden bei ihrer Entscheidung also auch dieses Maß von Verantwortlichkeit berücksichtigen müssen. Man kann indes nicht von ihnen verlangen, daß sie automatisch das Budget verweigern und eine entsprechende Menge von Gründen aufzählen, sondern man muß ihnen in ihrem Kampfe mit bürgerlichen Parteien sozial Elbogensfreiheit gewähren, um im Dienste der Arbeiterbewegung politisch erfolgreich tätig sein zu können. Es werden also für die Folge Budgetabstimmungen doppelt so vorichtig etwogen werden, aber auch da werden Budgetbewilligungen nicht absolut ausgeschlossen sein. Möge dann von allen Seiten rechtzeitig der Weg der Verständigung beschritten werden, um einer Entzweiung der Auseinandersetzungen vorzubeugen, die diesmal der Partei die Gefahr der Spaltung nahe gebracht hätten.“

Daß auch Kreise außerhalb der Partei dieselbe Auffassung gehabt haben, dafür könnte ich Ihnen leicht urkundliche Beweise bringen. Ich will nur erinnern an das Buch des Jesuiten Victor Kathrein — man hat uns gegenüber ja auch viele bürgerliche Artikel zitiert —, ich könnte aus diesem Buch die gleiche Auffassung dieses Gegners vorlegen, wie sie im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission ausgesprochen ist.

Ich bringe diese Dinge nicht etwa deshalb vor, um aus den Vorgängen von Nürnberg, aus der Resolution, aus der Erklärung der 66, Schuldbiligkeit für uns abzuleiten; ich will aus der politischen Frage keine Rechtsfrage machen; ich bringe das nur deshalb vor, um zu sagen, es war kein Zufall, daß gegenüber diesen Dingen, gegenüber der Erklärung Segitz und den Proklamationen der Landesvorstände die Partei und der Leipziger Parteitag vollkommen geschwiegen haben. Sie taten das deshalb, weil ein großer Teil von ihnen nach Nürnberg das Gefühl hatte, wir haben einfach den Bogen überspannt (Zustimmung und lebhafter Widerspruch, Gelächter), ja wohl, wir haben auf eine große Unberücksichtigung in der Partei nicht jene Rücksicht genommen, ohne die eine demokratische Partei auf die Dauer nicht gedeihen kann und die die notwendige Ergänzung ist für die Aufrechterhaltung der Mehrheitsbeschlüsse. (Zustimmung, Rufe: Schon zu viel Rücksicht!)

Ich will mich auf diese Dinge nicht stützen. Wenn diese Erklärung der 66 und Ihr Schweigen auch nicht vorhanden wären, wir hätten trotzdem nicht anders handeln können und nicht anders gehandelt, als wir gehandelt haben. Warum? Wir erkennen unbedingt an, daß eine große Partei, eine große Organisation ohne Disziplin nicht bestehen kann und nicht bestehen darf. (Sehr richtig!) Aber wir sind der Auffassung, daß gegenüber der Pflicht zur Disziplin auch die Pflicht besteht, diese Disziplin vernünftig auszulagern, und daß es Umstände gibt, in denen der Disziplinbruch zur Pflicht wird. (Bewegung.)

Das oberste Gesetz, unter dem wir alle stehen, ist, alles tun, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zur politischen Macht fördert (Zustimmung) und alles unterlassen, was die Arbeiterklasse in diesem Aufstieg hemmt. (Sehr

richtig! Zuruf: Wer entscheidet das?) Ich werde darauf kommen, die Komptenzfrage ist für Sie immer die wichtigste!

Wenn die Ausführung eines Parteibeschlusses der Bewegung schweren Schaden brächte, dann kann ein Disziplinbruch zur Pflicht werden. Die Partei will keinen automatischen Gehorsam; sie gibt Vertrauen und verlangt von ihren Vertrauenspersonen an der Stelle, an die sie gestellt sind und innerhalb des Machtkreises, der diesen Personen zugewiesen ist, daß sie nach ihrer freien, festen Ueberzeugung, im Rahmen des Programms und unter Verantwortung gegenüber der Organisation zu handeln haben. Nebel hat das vollständig zugegeben; denn das entspricht der Tradition und Taktik der Partei. Jeder Beschluß eines Parteitagcs, das ist wohl stillschweigend die Ueberzeugung aller, gilt unter dem Vorbehalt, daß die für die Ausführung verantwortlichen Personen nicht als Maschinen, sondern als vernünftige Menschen handeln.

Nebel hat selbst zugegeben, daß der St. Galler Beschluß lautele: Enthaltung bei den Stichwahlen und daß der Vorstand oder das Komitee die gegenteilige Parole ausgaben. Singer hat später, auf dem Parteitage, erklärt, ja, wir waren eben gezwungen, der Situation Rechnung zu tragen, und dann kam ein Genosse an die Reihe zu reden, der aus dem Geiste heraus, der jetzt bei einigen Genossen spukt, aus dem Geiste der unbedingten Morbidisziplin heraus, die gestern Stadthagen so ausgezeichnet verspottete (Sehr gut!), gesagt hat, ja, das mag richtig sein, daß Singer und das Komitee der Situation Rechnung tragen wollten, aber der Kongreß von St. Gallen hat meines Erachtens die Parteileitung nicht beauftragt, der Situation Rechnung zu tragen. Das war richtig — er hat sie vielmehr beauftragt, unbedingt für Stimmhaltung zu sorgen. Und doch hat Singer mißrecht erklärt, wir wären Verräter gewesen, wenn wir Stimmhaltung proklamiert hätten. Der diesen Vorhalt machte, das war der damalige Genosse Wilbberger. . . .

Nebel sagte, das mag alles zutreffen, aber es sei etwas anderes, wenn von der leitenden Stelle, vom Parteivorstand, solche von den Beschlüssen abweichende Stellungnahme ausgeht (Nebel: Das habe ich nicht gesagt!), von denen, die die Ueberzeugung haben, daß sie den Willen der Gesamtpartei hinter sich haben. Nebel hat weiter Bezug genommen auf die vielen Zuschriften, und daß er selbst nachher um Indemnität ersucht hat. Nun, Genosse Nebel, wenn ich wüßte, daß ich die Mehrheit bekomme, würde ich auch um Indemnität bitten (große Heiterkeit — Nebel: Das ist eben der Unterschied!); Nebel hat gesagt, es ist ein Unterschied, ob sich der betreffende Beschluß auf die Taktik oder das Programm bezog, und er hat gemeint, daß der Nürnberger Beschluß ein Prinzip aufgestellt hat. Es ist furchtbar schwer, auf dieses Argument einzugehen und hier herauszufinden, worin der Unterschied zwischen den Beschlüssen liegt, die sich auf die Taktik und denen, die sich auf das Programm beziehen.

Wenn man beschließt, einmal eine Dummheit zu machen, dann ist das ein taktischer Beschluß, wenn man aber beschließt, die Dummheit immer zu machen, dann ist es ein prinzipieller Beschluß. (Große Heiterkeit.) Auf Grund des Wortlautes des Nürnberger Beschlusses kann man einfach nicht sagen, daß dort ein Prinzip aufgestellt ist (Sehr richtig!), denn ein Prinzip läßt keine Durchlöcherung zu. Wenn das Prinzip verlangt, daß wir dem Klassenstaat die Mittel verweigern, dann dürfen keine Ausnahmen zugelassen werden. (Sehr richtig!) Sie haben aber Ausnahmen zugelassen, Sie haben vernünftigerweise gesagt, wenn ein schlechteres Budget die Folge wäre, dann dürfen wir zustimmen. Das sind doch taktische Erwägungen. Sie haben zugegeben, wenn wir die Mehrheit haben, dann dürfen wir das Budget bewilligen. Ja, das sind doch auch taktische Erwägungen. Ein Sprichwort sagt:

Das englische Unterhaus kann alles in der Welt, es kann nur nicht aus einem Mann eine Frau machen. (Heiterkeit.) Ich habe eine hohe Meinung und alle Achtung vor der Macht und der Bedeutung des Parteitages. Aber auch er kann nicht aus einem Mann eine Frau machen, wir können nicht die Natur der Dinge ändern, wir können nicht aus taktischen Dingen prinzipielle machen, wenn ihre Natur eine andere ist.

Wie sind wir nun zu unserem Verhalten und zu unserem sogenannten Disziplinbruch gekommen? Ich sage ausbrüchlich, daß für den Teil des Parteitages, der sich auf den disziplinarrechtlichen, auf den parteistrafrechtlichen Standpunkt stellt, meine Ausführungen wertlos sind. Wer lebendig sagt, es kommt nur darauf an, daß Ihr gegen einen Parteitagbeschluß gehandelt habt, alles andere geht uns gar nichts an, für den ist es gleichgültig, ob ich durch die Befolgung oder die Nichtbeachtung eines Beschlusses der Partei Schaden zugefügt hätte oder nicht. (Sehr richtig!) Der sagt einfach, es muß Order pariert werden, gleichviel was daraus folgt. Aber aus den Ausführungen von Nebel glaube ich entnehmen zu dürfen, daß dieser rein formale Standpunkt niemals der Standpunkt der Partei gewesen ist. Nebel hat schon gesagt, daß wir in Baden nach langen Kämpfen — sie seien nach seiner Meinung leicht gewesen — zum direkten Wahlrecht gekommen sind. Diese Kämpfe hatten wir geführt Seite an Seite mit den bürgerlichen Demokraten und dem Zentrum, zunächst gegen die Liberalen. Später haben die Liberalen mitgemacht. 1905 haben wir zum erstenmal unter dem direkten Wahlrecht gewählt, das Zentrum bekam von den 78 Sitzen im ersten Wahlgang 28, und unsere Parteipresse schrieb sofort: Hannibal ante portas, die Schwärzen wollen unsere Politik machen. Und da sind wir, von den Massen dazu getrieben, dazu gekommen, jenes Gebilde zu schaffen, das unter dem Namen Großblock jetzt so viel beredet wird. Es gehört bei manchen Genossen in der letzten Zeit zum guten Ton, über diesen Großblock zu lächeln und zu wipeln. Es muß doch ein lebensfähiges Gebilde sein, denn sonst wäre es in fünf Jahren schon totgeredet und totgeschrieben worden. (Heiterkeit.)

Aber wir dürfen doch nicht mit Worten spielen. Seit Jahrzehnten stimmt unsere Partei im zweiten Wahlgang überall für die Liberalen gegen weiter rechtsstehende Parteien. Es hat bei den letzten Reichstagswahlen ja einzelne Unstimmigkeiten mit Quippe und Wumental gegeben, aber das Prinzip wird dadurch nicht durchbrochen. Immer wurde darüber geklagt, es sei ein einseitiges Verhältnis, daß wir die Liberalen wählen und daß sie uns durchfallen lassen. Nun, der Großblock in Baden 1905 bestand darin, daß wir erklärt haben, wir machen das nicht weiter mit. Wir wählen die Liberalen, wenn sie sich schriftlich verpflichten, auch uns zu wählen, diesen Vertrag veröffentlichten und auch halten. (Sehr richtig!) Und der Vertrag ist gehalten worden. Also der Großblock, gegen den anzukämpfen, manchen Leuten als ein Verdienst scheint, ist nichts weiter, als die Herstellung der Gegenseitigkeit im zweiten Wahlgang, eine Forderung, die unsere norddeutsche Presse Tag für Tag erhebt, die wir aber in Norddeutschland durchzusetzen bisher noch keine Gelegenheit hatten. (Sehr richtig!) Nun weiß ich, daß unter dem Großblock, wie so oft unter demselben Wort, zwei Dinge verstanden werden, nicht bloß das Vorgehen bei den Wahlen, sondern auch das, was nach den Wahlen folgt. Im Jahre 1905 haben sich Nationalliberale und Zentrum nach den Wahlen sehr bald wieder in den Armen gelegen. Sie haben zusammen ein agrarisches Vermögenssteuergesetz gemacht, sie haben Rückschritte im Verkehrswesen beschlossen, sie haben sogar in Schulfragen zusammengearbeitet, und durch Verschulden eines Teils der Nationalliberalen wurde ein Antrag abgelehnt, den zwei bisher noch konfessionelle Lehrerseminare zu konfessionell gemischten



halten machen wollte. So war der Stand bis zum Jahre 1909. Nun kamen die vorjährigen Wahlen. Auf Grund der Tatsache, daß die Liberalen sich von 1905 bis 1909 im Landtag so fürcht benommen hatten, haben sie eine Niederlage erlitten, wie sie sie nicht erwartet haben; sie brachten im ersten Wahlgang nur vier Kandidaten durch, die einst so stolze Beherrscherin des Landes wurde auf vier Mandate herabgedrückt. Da waren die Liberalen durch die Verhältnisse gezwungen, wieder mit uns diesen Großblock zu schließen. Wir haben ausdrücklich in allen Bezirken, wo die Wahl eines Merikalen oder Konservativen nicht zu befürchten war, kein Abkommen getroffen. Wir haben im zweiten Wahlgang vier Mandate gegen die Liberalen erobert. Das Endergebnis war, daß von 73 Mandaten 20 Sozialdemokraten, 17 Nationalliberale, 7 Linksliberale, 26 Merikale und 3 Konservative waren. Nun war die Situation wieder genau wie 1905. Zur Bildung einer Mehrheit mußten die Liberalen entweder zum Zentrum gehen oder bei uns Anschluß suchen. 1905 sind sie zum Zentrum gegangen, und weil sie bei den Wahlen dann so jämmerliche Geschäfte machten, weil sie fürchten mußten, noch mehr Stimmen an uns oder an die Linksliberalen zu verlieren, deshalb wagten sie nicht mehr das gleiche zu tun und sind nach links gegangen. Wir erhielten dann im Landtag den ersten Vizepräsidenten und einen Sekretär, aber das sind repräsentative Dinge, denen ich keine ausschlaggebende Bedeutung beimesse.

Vor allem gewannen wir bei den Arbeiten in der Kammer selbst eine andere Stellung. Früher bestand ein Monopol für die beiden großen bürgerlichen Parteien, Zentrum und Liberale. In den kleinen Landtagen hat die Art der Geschäftsbeteiligung eine viel größere Bedeutung als im Reichstag (Sehr richtig!), namentlich die Verteilung der Richterstattung. Wir bekamen in verschiedenen Kommissionen den Vorstoß und außerdem wurden uns wichtigere Referate übertragen. In der Budgetkommission waren uns jahrelang die Müngwerkhütten und ähnliche wichtige Dinge zum Bericht überwiesen; wir verlangten nun, daß den Nationalliberalen die Richterstattung für das Volksschulwesen abgenommen und uns übertragen würde, und das Zentrum hat aus Haß gegen die Liberalen mit uns gestimmt. Eine Stunde später, als die Fabrikinspektion herankam, verlangten wir, daß darüber kein Zentrumsmittglied berichte, sondern ein Vertreter der Arbeiter, und da haben die Liberalen aus Erbitterung gegen das Zentrum mit uns gestimmt, und wir bekamen auch dieses Referat.

Es braucht mir niemand zu sagen, daß ich diese Dinge überschätze. (Zurufe: Doch!) Ich bringe sie lediglich vor als äußerliches Symptom für das Wachsen unseres Einflusses. Freilich kam es nicht durch unser Verdienst, sondern durch die Umstände, die wir auszunutzen gesucht haben. Das hat sich auch bei der Beratung aller Gesetze gezeigt. Ich will mich auf einige beschränken. Zunächst das Schulgesetz! Wir haben in Baden bekanntlich die Simultanen, wir haben keine geistliche Schulaufsicht. Es kam ein Volksschulgesetz, das uns verschiedene wertvolle Änderungen gebracht hat. Die Schulzeit für Mädchen wurde von 7 auf 8 Jahre verlängert, für Städte mit über 10 000 Einwohnern wurden obligatorisch Schulärzte eingeführt, während für kleinere Gemeinden die Bezirksärzte von Amts wegen diesen Posten auszufüllen haben. Die Lehrergehälter wurden erheblich erhöht und endlich wurde durchgesetzt, daß künftig die Kinder der Dissidenten auf Antrag des Vaters oder des sonst Erziehungsberechtigten vom Besuch des Religionsunterrichts befreit sind; sie brauchen nicht zu beweisen, daß sie freireligiösen Unterricht haben, sondern es genügt die einfache Erklärung des Vaters, daß er nicht wünscht, daß das Kind in den Religionsunterricht geht. Das Zentrum hat gegen das Schulgesetz gestimmt, einmal wegen dieses Dissidentenparagrafen.

Das Zentrum, das im Reichstage in seinem Toleranzantrage verlangte, kein Kind kann gegen den Willen des Vaters gezwungen werden, den Religionsunterricht zu besuchen, hat sowohl gegen unseren weitergehenden Antrag, als auch gegen den eben erwähnten Paragraphen gestimmt. Es hat sich weiter gegen das Gesetz erklärt wegen einer Bestimmung, wonach es den Kirchen ohne Zustimmung der Landstände nicht gestattet sein soll, Schulen zu errichten. Wir waren der Meinung, daß wir auf Grund unseres Programms nicht zugeben können, daß der Kirche mit ihren großen Mitteln der Weg zur Verpflanzung der Schule geöffnet wird. (Sehr richtig!) Hätten wir gegen das Gesetz gestimmt, was wäre dann geschehen? Die Merikalen hätten dann die Erfüllung ihrer Bedingungen verlangt, einmal, daß die Dissidentenkinder, wenn die Regierung es will, wie in Preußen durch die Polizei zum Religionsunterricht geholt werden können, und zweitens, daß die Volksschule an die mit Geldmitteln ausgestattete Kirche ausgeliefert wird. Hätten wir das verantworten können? Wären wir nicht Narren oder Tröpfe gewesen, wenn wir dem Zentrum diesen Weg eröffnet hätten?

Es ist wahr, daß nicht alle unsere Forderungen erfüllt sind. So haben wir die vollkommene Lehrmittelfreiheit nicht durchsetzen können. Wir haben aber eine Bestimmung in dem Gesetz, daß jedem bedürftigen Kind auf Antrag die Lehrmittel gegeben werden müssen, ohne daß das als Armenunterstützung gilt. Wir haben durchgesetzt, daß die Kinder der Dissidenten aus dem Religionsunterricht herausbleiben dürfen. Sind wir damit nicht den Weg gegangen, der zur Erfüllung unseres Schulideals führt? (Zustimmung.) Wir haben einen Teil unseres Schulideals zur Wirklichkeit gemacht. Wenn wir anders gehandelt hätten, dann hätte man uns mit Recht gesagt: Ihr seid daran schuld, daß die Merikalisation der Volksschule weiter fortschreitet, Ihr habt es in der Hand gehabt, ohne Verzicht auf programmatische Forderungen etwas durchzusetzen, aber Ihr habt das nicht getan. (Anerk: Alle Grundsätze habt Ihr preisgegeben!) Wir haben Grundsätze preisgegeben? Wir haben die Abschaffung des Religionsunterrichts verlangt, und als dieser Antrag niedergestimmt war, haben wir verlangt, daß wenigstens Dissidentenkinder nicht am Religionsunterricht teilzunehmen brauchen. Haben wir damit einen Grundsatz preisgegeben? Werden wir jemals anders unsere Grundsätze durchsetzen können, als indem wir zunächst unsere weitergehenden Forderungen erheben, und wenn es nicht anders geht, wenigstens einige Fortschritte erreichen. Ist das eine Preisgabe unseres Programms? (Anerk: Das ist ja un wahr!) Ich habe erklärt, daß wir die Abschaffung des Religionsunterrichts gefordert haben. (Anerk: Nein!) Sowoil, aber dieser Antrag ist niedergestimmt und dann ist der andere Antrag angenommen worden. Deutlicher kann ich mich schon gar nicht ausdrücken. Dann hatten wir ein Steuergesetz zu beraten. Es tut mir leid, daß ich Ihnen alle diese Einzelheiten vorzutragen muß, die natürlich nur einen kleinen Teil interessieren können, aber das sind ja die Folgen Ihrer Beschlüsse, daß den Parteitag Aufgaben aufgetragen werden, die nicht zu erfüllen sind, und daß Sie Neben an hören müssen über Dinge, die Ihren Interessen fernliegen. Aber das ist nicht meine Schuld. Also, das Steuergesetz kam, es ist uns gelungen, für die niederen Einkommen bis zu 1200 bzw. 1400 M. Erleichterungen durchzusetzen, es besteht jetzt das Recht, von dem Einkommen die Versicherungsbeiträge abzuziehen, und außerdem haben wir Erleichterungen für kinderreiche Familien erzielt. Das war das einzige, was nach langen Verhandlungen überhaupt bei dem Gesetz über die direkten Steuern zu erreichen war. Die Regierung hatte wiederholt zu Protokoll erklärt, daß jede weitere Änderung des Scheitern der Steuerborlage, die wir wünschten, herbeiführen würde. Nach



dieser Erklärung der Regierung brachte dann das Zentrum einen Antrag ein, für einige Einnahmen die Steuersätze im Jahre um je 50 Pf. herabzusetzen. Wir haben diesen Antrag niedergestimmt, wir hätten uns geschämt, wenn wir ihm zugestimmt hätten; denn wir haben unsere Aufgabe darin erblickt, die demagogische Heuchelei zu enthüllen, die darin bestand, daß das Zentrum seinen Antrag nur stellte, weil es wußte, daß damit die Vorlage unter keinen Umständen zustande kommen würde. Ich nehme den Genossen die Vorwürfe nicht übel, weil sie die Verhältnisse nicht kennen. Aber ich bemerkte, daß der Wortlaut dieser Vorwürfe genau übereinstimmt mit den Artikeln der badischen Zentrumspresse. Bei der Beratung der Gemeindeordnung haben wir alle Forderungen unseres Programms erhoben, wir haben das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts verlangt. Wenn Kolb, was ich nicht weiß und auch nicht glaube, sich 1901 gegen die Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen unter 21 Jahren ausgesprochen haben sollte, dann hat er jedenfalls gründlich ungelesen, er hat in der Kommission, genau so wie wir anderen, energisch für das Frauenwahlrecht gesprochen. Unser Antrag wurde zwar abgelehnt, aber für die größeren Städte nur mit 8 gegen 7 Stimmen. (Hört! hört!) Sogar ein Teil der Liberalen hat dafür gestimmt, und ich gratuliere den Frauen zu dem großen moralischen Erfolg, den sie dabei errungen haben; nicht aus Liebe zu den Frauen (Große Heiterkeit), sondern auf Grund der Tatsache, daß die proletarische Frauenbewegung zu einer Macht geworden ist, hat dieser Beschluß zustande kommen können. Aber wir sind doch nicht mit ganz leeren Händen aus der Kommission gekommen, wir haben durchgesetzt, daß in den wichtigen Kommissionen für das Armenwesen und das Schulwesen, in denen seit einigen Jahren Frauen tätig sein konnten, künftig Frauen Mitglieder sein müssen. (Hört! hört!) Das ist doch immer ein Schritt vorwärts, der nicht zu verachten ist. Denken Sie nur daran, wie oft in Preußen hervorragende, verdienstvolle Kommunalpolitiker der Partei — ich erinnere an Singer — als Mitglieder von Schuldeputationen nicht bestätigt worden sind. (Sehr richtig!) Denken Sie daran, ein wie großes Interesse wir an den Schuldeputationen haben. In Preußen ist es den Sozialdemokraten infolge der rückständigen Gemeindeverfassungsgesetze bisher nicht gelungen, auch nur einen Genossen in die Schuldeputation zu bekommen. Wenn uns Rosa Luxemburg das Interesse bewahrt, daß sie in der letzten Zeit für Baden bewiesen hat (Sehr gut! und Heiterkeit), so braucht sie sich nur die Stadt auszusuchen, wo sie bei uns in die Schulkommission gewählt werden will. (Heiterkeit.)

Wir haben weiter durchgesetzt die direkte Wahl der Gemeinderäte für Orte bis zu 4000 Einwohnern. Das wäre vielleicht für ein Land wie Preußen, mit besonders vielen Großstädten, nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Aber für ein Land wie Baden mit kleinen und mittleren Städten kommt das erheblich in Betracht. Gerade die Genossen, die mit der Landagitation zu tun haben, werden mir bezeugen, daß unser Einfluß und das Wachstum unseres Ansehens bei der Bevölkerung viel weniger abhängt von den Reden im Reichstag und Landtag, die an den Leuten oft spurlos vorübergehen, soweit sie unsere Presse nicht lesen, sondern daß unser Ansehen wächst, sobald wir eine Stellung auf den Rathhäusern erringen. (Sehr richtig!) Und dazu gibt uns das neue Gemeindewahlrecht in Baden die Möglichkeit. Sie haben, glaube ich, in ganz Preußen nicht ein einziges Magistratsmitglied. Wir werden infolge der Einführung der Verhältniswahlen im ganzen Lande fast auf jedem Rathaus in die Magistrate kommen. (Hört! hört!) Zwar ist es uns nicht gelungen, die direkte Wahl für die Großstädte durchzusetzen, aber die Geschickung statt der Zwölfstelung ist doch auch nicht zu verachten. Soweit

ich mich erinnere, hat schon vor zehn Jahren Dreesbach zusammen mit Adolf Beck einen Initiativantrag auf Einführung der Geschickung eingebracht. (Hört! hört!) Aber die Forderung war damals aussichtslos und utopisch, die heute erfüllt ist. Es ist uns zwar nicht gelungen, das Wahlrechtsalter auf 21 Jahre festzusetzen, wohl aber haben wir das Alter von 26 auf 25 Jahre herabgesetzt, und wir haben vor allem erreicht, daß durch den Wegzug nicht ohne weiteres das Wahlrecht verloren geht, sondern, wenn jemand, der das Wahlrecht gehabt hat, innerhalb zweier Jahre an seinen Wohnort zurückkehrt, so hat er das Wahlrecht wieder. Das kommt für die Arbeiter erheblich in Betracht, die bei jeder Krise den Ort verlassen müssen, um anderswo Arbeit zu finden.

Man hat ja anzuerkennen versucht, daß da und dort vielleicht eine Kleinigkeit durchgesetzt worden ist, aber man hat gemeint, das ist nur möglich gewesen dadurch, daß man Grundstücke preisgegeben hat.

Parteiengenossen, wir haben niemals irgendeinen Grundsatz preisgegeben, und ich finde es geradezu komisch, wenn man den Beweis dafür, daß wir irgendwem und irgendwo uns etwas vergeben hätten, herleiten will aus ein paar Artikeln der bürgerlichen Presse, aus dem Artikel der „Bölnischen Zeitung“ und dem Artikel des Geheimen Hofrats Nebmann in der „Nationalzeitung“. Genosse Webel, vor vielen Jahren hat ein Genosse auf einem Parteitage erklärt: „Ich würde es überhaupt als eine persönliche Herabsetzung meiner selbst ansehen, wollte ich mir ein Urteil über einen Parteigenossen daraufhin bilden, was die gegnerische Presse über ihn sagt.“ Dieser Genosse war Genosse August Webel. (Hört! hört!) Ich bin überzeugt und habe es aus seinem Referat entnommen, daß Genosse Webel diesen Grundsatz noch nicht aufgegeben hat, daß er auf die Artikel der „Bölnischen Zeitung“ und des Geheimen Hofrats Nebmann die Behauptung, daß wir im Range der Nationalliberalen stünden, ihre Diener seien, nicht gründen will. Wie leicht wäre es mir, andere Blätter zu zitieren, z. B. das Urteil des Zentrumsführers Wacker in Baden, der ausdrücklich hervorgehoben hat, wir hätten in Baden einen Einfluß erreicht, wie er es überhaupt nicht für möglich gehalten hätte; oder das Urteil der „Deutschen Reichspost“, des Hauptorgans der Konservativen in Süddeutschland, wo es heißt: „Nach unserem Dafürhalten können die badischen Revisionisten mit dem Einfluß, den sie auf die Nationalliberalen bisher ausüben konnten, außerordentlich zufrieden sein. Sind auch nicht alle Wünsche erfüllt worden, so wissen doch die Herren Kolb und Frank nur zu gut, daß die Großblockpolitik die nationalliberale Partei schließlich zum völligen Aufgeben ihrer Parteigrundsätze zugunsten der Sozialdemokratie zwingen wird.“ (Hört! hört!) Ich könnte noch Duzende solcher Artikel bringen, aber ich lehne es ab, weil ich es für eine Kinderei halte, wenn wir den Nationalliberalen oder die Nationalliberalen uns nachweihen wollten, wir seien gegenseitig im Herrschafts- oder Dienstverhältnis. Die Dinge liegen in der wirklichen Welt anders als in der Theorie. Genosse Mehring hat über diese Frage einen Artikel geschrieben, und hat das Problem so gestellt: „Wir den Teufel oder der Teufel uns?“ Das mag für ein Bündnis mit dem Teufel zutreffen — ich bin da nicht zuständig (Heiterkeit) — in der wirklichen Welt gibt es Zwischenstufen vom schwarzen Teufel bis zum roten Engel. (Heiterkeit.) In Wirklichkeit liegt es doch so, daß zwischen Parteien Bündnisse nicht in Form des Herrschaftsverhältnisses zustande kommen, sondern es handelt sich einfach um stützweilige oder geschriebene Vertragsverhältnisse, die von beiden Seiten so lange gehalten werden, als es beiden Seiten in ihrem Interesse zu liegen scheint. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten wollen, daß die Liberalen oder wir auch nur eine Minute länger zusammenarbeiten, als beide Teile glauben, daß sie dabei auf ihre Rechnung kommen.

Nun hat Genosse **Webel** auch darauf angespielt, daß wir vielleicht diese Politik ausgebeht wissen wollten auf das Reich. Er hat da ein interessantes Foyergespräch mitgeteilt, das er mit Ernst Wassermann gehabt hat. Ich weiß nicht, ob einer unserer badischen Genossen einmal, vielleicht Genosse **Kolb**, in seinen Neben eine Ausdehnung unserer Taktik auf das Reich gemüht hat. (Zuruf: In seiner Broschüre und in den „Sozialistischen Monatsheften“!) Dann möchte ich ein paar Worte dazu sagen: Es ist selbstverständlich der badischen Partei niemals eingefallen, eine Uebertragung der für unsere Verhältnisse passenden Politik zu verlangen, auf Verhältnisse, die dafür nicht passen. (Sehr gut!) Ich habe auf dem Offenburger Parteitag wiederholt unterstrichenweise erklärt, daß wir Badener gar nichts weiter verlangen, als **Ellbogenfreiheit**, so, wie es das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission gewünscht hat. Wenn badische Genossen in Auftrage der Organisation einmal von einem Reichs-Großblock geredet haben — wenn ich das Wort gebrauchen soll —, so geschah es im gleichen Sinne, in dem auch der „Vorwärts“ und selbst die „Leipziger Volkszeitung“ in lichten Augenblicken (Heiterkeit) den Großblock verlangten. Wir wollen, daß wenn künftig Liberale oder andere Parteien unsere Stimmen wollen, bei Wahlen im zweiten Wahlgang, sie uns **Gegenseitigkeit** verbürgen, das haben wir wiederholt verlangt, und diesen Großblock halten wir nicht für utopisch, auch nicht für etwas, was **Webel** in seinem Gespräch mit Wassermann hat zurückweisen wollen. Das ist etwas, was die ganze Partei jeden Tag in der Presse und in Versammlungen verlangt hat und verlangen wird. (Sehr richtig!)

Nun soll ich Ihnen gar vielleicht den Beweis dafür erbringen, daß wir nicht Dienerpolitik getrieben haben, daß die Nationalliberalen, deren lebenswürdig gezeichnetes Porträt ich nicht retouchieren will, durch die Verhältnisse gezwungen waren, sich bei uns anders zu betragen als auf anderen Plätzen. Ich will weniges bringen. Ich habe heute schon erwähnt, daß ein Antrag, einen Teil der Lehrerseminare simultan zu gestalten, auf früheren Landtagen niedergestimmt wurde. Diesmal haben die Nationalliberalen geschlossen — es waren dieselben Leute zum Teil — für diesen Antrag stimmen müssen. Weiter: mit Recht hat **Webel** gesagt, ein großer Teil der nationalliberalen Partei bestehe aus Scharfmachern, namentlich im westlichen Industriegebiet. Ja, wir haben aber durchgesehen, daß die Nationalliberalen für den Antrag auf Einstellung von Arbeiterkontrolluren für die Fabrik und die Bauinspektion gestimmt haben (Hört! hört!), wir haben auch durchgesehen, daß der Antrag, 100 000 Ml. als erste Rate einzustellen zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung in badischen Städten, angenommen worden ist mit den Stimmen der Liberalen gegen die Stimmen des Zentrums. (Hört! hört!) Ich erinnere daran, daß auf dem Parteitage in Erfurt **Wilhelm Liebknecht** in geistreicher Form auseinandergesetzt hat, wie utopisch es sei, die Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften oder gar im Staat oder im Reich anzustreben. Er hat verlangt, man dürfe die Forderung nicht in das Programm aufnehmen, wir mühten uns auf den Boden der Tatsachen stellen. Diese Forderung, die vor 19 Jahren noch utopisch war, schreitet jetzt ihrer Wirklichkeit entgegen, wird in den nächsten Jahren Tatsache werden. Das sind doch Dinge, die wir nicht übersehen dürfen, die wir nicht zu überschätzen brauchen, aber die wir auch nicht herabsetzen dürfen im Interesse des Ansehens der Bewegung. (Sehr richtig!)

Nun hat man aber gesagt, wir seien gezwungen gewesen, Rücksichten zu nehmen bei der einen oder anderen Gelegenheit. Ich wünschte Ihnen, daß Sie das stenographische Protokoll bekämen oder die ganzen Landtagsverhandlungen. Ich bin überzeugt, daß ich Ihnen Gerechtigkeitsgefühl zutraue, Sie

würden zugestehen müssen, daß wir bei allen Gelegenheiten den Arbeiterstandpunkt, den sozialdemokratischen Standpunkt, wenn Sie wollen, den revolutionären Standpunkt vertreten haben, so energisch, wie er in keinem deutschen Parlament energischer vertreten wird. Bei den Verhandlungen über die Frage des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosigkeit, der Prostitution, immer und überall haben wir unsere Forderungen vertreten.

Nun hat **Webel** einen Artikel aus der „Schmiebezeitung“ gebracht von einem Eisenbahner, der das Gegenteil behauptet. Man habe die Petitionen der Eisenbahner kurzerhand abgetan. Parteigenossen! Wenn man nach diesem Schema Anlagen konstruieren wollte, wie würde es da unserer Reichstagsfraktion ergehen! Die Sache war so: Es waren 70 Arbeiterpetitionen vorgelegt, die in langer Arbeit in den Kommissionen in Duzenden von langen Sitzungen verhandelt wurden. Es wurde darüber ein gedruckter Bericht herausgegeben von etwa 170 Seiten, wo jede Petition eingehend behandelt war. Es wurden die meisten Forderungen der Eisenbahner der Regierung empfehlend überwiesen — übrigens einstimmig in der Kommission — und dann wurde ausgemacht, wie das im Reichstag täglich geschieht, daß bei den Verhandlungen im Plenum die Parteien sich Beschränkungen auferlegen mußten, weil man sonst die 70 Petitionen in Wochen nicht erledigen könnte. Denn jeder Abgeordnete hätte natürlich auf die Eisenbahner in seinem Bezirk Rücksicht nehmen müssen, und jeder würde genau dieselbe Rede für alle Kategorien der Eisenbahner im Landtage gehalten haben. Man hat daher ausgemacht, daß jede Partei einen Redner bekomme und wir Sozialdemokraten — das böse Kind hat man anders behandelt (Heiterkeit) — zwei Redner, weil wir zufällig keinen Referenten gehabt hatten. Die Interessen der Eisenbahner wurden also energisch vertreten, und die Tatsache, daß im Plenum die Verhandlungen kontingentiert wurden, ist etwas, das jeder im parlamentarischen Leben sitzende Mensch begreifen und billigen muß, weil jeder schon dasselbe getan hat.

Ich darf vielleicht noch erwähnen, daß der Eisenbahnerverband als Organisation von der Bahnverwaltung anerkannt ist, daß mit den Beamten des Eisenbahnerverbandes verhandelt wird. Die gleiche Anerkennung wurde auch bei den **Waldarbeitern** durchgesetzt. Die gleiche Anerkennung wurde auch bei den Organisation der **Waldarbeiter** anerkannt (Hört! hört!), und daß sie den Arbeitern in den staatlichen Forsten, wenn sie sich organisieren wollen, keine Hindernisse in den Weg legt.

Nun meint **Webel**, wir hätten das alles erreicht, auch wenn wir nicht für das Budget gestimmt hätten, wenn wir nicht mit den Liberalen zusammengegangen wären. (Webel ruft: Wenn Ihr keine Blockpolitik gemacht hättet!) Beim Schulgesetz und bei der Frage der Dissidentenfinder ist durch den Block verhindert worden, daß die Schule klerikalisiert wurde. Wir haben den Dissidentenfindern den gesetzlichen Anspruch verschafft, daß sie aus dem Religionsunterricht fernbleiben dürfen. (Webel ruft: Das war auch früher so!) Früher war es eine ständige Verwaltungspraxis, die sich mit jedem Ministerium ändern kann, es ist ganz etwas anderes, wenn es jetzt im Gesetz festgelegt ist.

Wir waren uns klar, ein monatelanges Zusammenarbeiten mit den Liberalen werde zuletzt die Konsequenz haben, daß wir dieses Budget, das unter unserem Einfluß zustande kam, genehmigen mühten. Der Parteitagsbeschluss von Nürnberg sieht vor, daß, wenn wir die Mehrheit haben, wir dem Budget zustimmen dürfen, obwohl der Massenkaat ja durch die Mehrheit nicht abgeschafft wird. Die Verhältnisse liegen ähnlich, wenn es uns gelingt, als Teil einer Aktionsmehrheit, Einfluß zu gewinnen auf ein Budget. Auch dann müssen wir das Recht der Zustimmung haben. Drei Wochen vor Schluss des

Banbages kam nur ein Ereignis, das unsere Haltung änderte. In einer Kommissionsitzung, in der über die Verwaltungsreform verhandelt wurde, erklärte Herr von Bodman, er könne nicht vorschlagen, einen Sozialdemokraten zum Bezirksrat zu machen. Die Bezirksräte sind ehrenamtlich tätige Leute, die über verschiedene Fragen der Verwaltung und des Verwaltungsrechtes bestimmen. Es sind keine Personen, die direkt weitbewegende Beschlüsse zu fassen haben; aber so wenig Bedeutung die Beschlüsse haben mögen, große und ausschlaggebende Bedeutung hat für uns die Tatsache, daß ein Minister wagt, uns ins Gesicht zu sagen, er würde uns anders behandeln, als die anderen Staatsbürger. Wir haben dann auf Grund dieses Vorfalls beschlossen, daß wir als Demonstration für unsere Gleichberechtigung das Budget ablehnen. Aber wir haben auch schon die Erklärung bezaten und genehmigt, die wir abgeben wollten. Sie lautete: „Wir bedauern, daß wir durch die Regierung gezwungen werden, das Budget abzulehnen.“ (Stürmisches Hörtl Hörtl Zuruf: „Gezwungen werden, Parteitagbeschlüsse zu halten!“ Große Heiterkeit.) Wenn wir einmal so weit wären, daß die Minister über die Einbaltung von Parteitagbeschlüssen machen, so würde ich das als eine erfreuliche Erweiterung unseres Einflusses begrüßen. Also wir wollten erklären: „Wir bedauern, daß wir durch die Regierung gezwungen werden, das Budget abzulehnen, das unter unserer Mitarbeit und durch uns beeinflusst zustande gekommen ist. Wir sehen uns genötigt, das Budget abzulehnen, weil der Minister von Bodman ausgesprochen hat, daß bei gewissen Ehrenämtern die Sozialdemokraten mindestens Rechtens seien.“

Das war unser Beschluß. Ich will Ihnen nicht verschweigen, daß es sicherlich mehr als einen in der Fraktion gegeben hat, der bei aller Entrüstung über das Wort Bodmans vielleicht im stillen Kämmerlein aufsehnat und zu sich gesagt hat: „Wie froh bin ich, daß er das gesagt hat.“ (Hörtl Hörtl) Mancher mag gedacht haben: wie beneide ich die Bayern, daß sie in erbärmlichen politischen Verhältnissen leben, weil sie eine anständige Ausrede haben, das Budget abzulehnen. (Webel ruft: Hörtl Hörtl) Dieses Empfinden hat der eine oder der andere nach meiner Kenntnis gehabt. Aber es ist tief bedauerlich, daß durch Ihre Beschlüsse bei manchen Genossen die Vernunft direkt auf den Kopf gestellt ist. Statt daß sie sich entrüsten, wenn wir irgendwo als minderen Rechtes behandelt werden, freuen sie sich darüber, weil wenigstens dann der Konflikt mit der Partei vermieden wird. (Hörtl Hörtl)

Wir waren keinesfalls darauf aus, einen Konflikt zu suchen. Wir dachten nicht daran, dafür zu sorgen, daß der Parteitag sich wieder einmal mit einer Budgetdebatte beschäftigen muß. Es ist wirklich kein Vergnügen, ein paar Monate im Mittelpunkt parteigenössischer Aufmerksamkeit zu stehen. (Heiterkeit.) Es kam dann der Abend vor der Abstimmung, die Debatte in der ersten Kammer bei der Beratung der Gemeinbeordnung. In dieser Sitzung wurde von seiten Herikaler Barone der Minister von Bodman festig angegriffen, weil er uns gegenüber eine Konzeptionspolitik treibe, weil er gewisse Maßzen der Helfershelfer der Sozialdemokraten sei. Man hat den Geist der französischen Revolution heraufbeschworen und gesagt, dort habe es auch so angefangen und schließlich mit der Entthronung des Königs geendet. Man warf ihm vor, daß er die Rathhäuser den Sozialdemokraten ausliefern. Herr von Bodman hat darauf nicht nur mit dem Diktum erwidert, daß die Sozialdemokratie eine „großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes“ sei. Er hat auch erklärt, daß man die Leute nicht nur schätzen müsse nach dem, was sie zahlen, sondern auch nach dem, was sie sonst für die Gesellschaft leisten. Er sagte, es seien Kräfte im Volke und in der Arbeiterschaft vorhanden, die man für den

Staat und die Gesellschaft dienstbar machen müsse. (Lebhaftes Hörtl Hörtl Genosse Gaenisch ruft: Dienstbar?) Genosse Gaenisch, Sie müssen bei Ihrem Freunde Stadthagen in Unterriecht gehen, er wird Ihnen sagen, daß man sich nicht an das Wort, sondern an den Geist der Worte halten müsse. Herr v. Bodman erklärte, man müsse die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranziehen. Im Zusammenhang mit der ganzen Situation mußten wir in dieser Erklärung die Zurücknahme seiner gegen uns gerichteten Bemerkungen erblicken.

Ich freue mich, daß Herr v. Bodman Vorgänger hat, daß Bismarck und Wilhelm I. ähnliche Bemerkungen gemacht haben. Es ist aber einfach nicht wahr, daß wir Bodman zuliebe für das Budget gestimmt haben. Nein, wir taten es der politischen Situation, uns und der Bewegung zuliebe. (Beifall bei den Badensern.) Die Bodmansche Erklärung hat nur ein Hindernis beseitigt. Es ist übrigens ein großer Unterschied, wenn ein Mann wie Bismarck unter dem Ausnahmegezet sagt, es sei doch ein berechtigter Kern in der Sozialdemokratie. Ein solcher Mann, der ein Ausnahmegezet gegen die Sozialdemokratie geschaffen hat, dem verzeiht man jede Liebenswürdigkeit gegen unsere Bewegung, der kann sich alles gestatten. Wenn aber ein Minister angegriffen wird, weil er uns Konzessionen macht, weil er als sein Programm verkündet, daß er uns zur Mitarbeit heranziehen will, dann ist das allerdings etwas anderes als die Bemerkung Bismarcks. Aber wir wollen darüber gar nicht streiten, das eine ist sicher, es ist seltsam, daß die bürgerlichen Gegner, die sich auf ihre Interessen doch sehr gut verstehen (Genosse Webel ruft: Sehr gut sogar!), darüber so aus dem Häuschen geraten sind. So hat auf dem Katholikentage ein halbes Duzend Redner in leidenschaftlichster Weise sich gegen Bodman gemeldet. Nach den Schwarzen sind die Selben gekommen. Sie haben sogar Resolutionen gefaßt (Webel ruft: Sie haben Euch geholfen!), und wenn die Selben die Courage haben, gegen einen Minister etwas zu sagen, dann muß doch in der Aeußerung etwas Besonderes liegen. Dann kamen die Konserverativen. Es sind gegen Herrn von Bodman beinahe soviel Resolutionen gefaßt worden wie gegen uns. (Heiterkeit.) Diese Dinge kann man ganz kaltblütig betrachten. Will man gerecht sein, so muß man zugeben, daß die Aeußerung, die zweifellos nicht dazu bestimmt war, uns zu fördern, nichts anderes ist, als ein Symptom für die Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute eine Macht ist. (Webel ruft: Wer wollte das leugnen!) Deshalb haben wir sie mit Freuden begrüßt.

Nun sagt Webel, wir hätten den Ministern ein Vertrauensvotum ausgestellt, derselben Regierung, die die Finanzreform mitgemacht hat. Es ist einer der größten und kaum auszurottenden Irrtümer, daß immer wieder behauptet wird, die Zustimmung zum Budget sei notwendig ein Vertrauensvotum. Das ist eine mißverständliche bürgerlich-demokratische Tradition. Baden hat ein altes Verfassungsleben. Es gab jahrzehntlang schwere Budgetkämpfe, aber nicht ein einziges Mal hat man das Budget verweigert. Es wurde fast immer einstimmig angenommen. Das wurde aber nicht als Vertrauensvotum aufgefaßt. Ein einziges Mal, 1847, vor der Revolution, waren die Budgetkämpfe aufgefaßt. Ein einziges Mal, 1847, vor der Revolution, waren die Budgetkämpfe aufgefaßt. Ein einziges Mal, 1847, vor der Revolution, waren die Budgetkämpfe aufgefaßt. Ein einziges Mal, 1847, vor der Revolution, waren die Budgetkämpfe aufgefaßt. Ein einziges Mal, 1847, vor der Revolution, waren die Budgetkämpfe aufgefaßt.

Gründen abgelehnt werden, entweder, weil der Inhalt schlecht ist oder nicht weit genug geht, oder weil man kein Vertrauen zum verantwortlichen Ministerium hat. Der typische Fall ist die Ablehnung der Erbschaftsteuer. Die Konservativen lehnten sie ab, weil sie die Besitzenden zu schönen wünschten, das Zentrum, weil es den Kanzler kürzen wollte. Die hauptsächlichste Aufgabe der Parlamentarier ist es nun, jedesmal abzuwägen, was bei einem Gesetze wichtiger ist, der sachliche Inhalt oder die persönliche Seite, die Ministerfrage. Wenn aber einer sagt: das geht uns nichts an, da kann nichts Gutes herauskommen, alle Gesetze des Klassenstaates sind schlecht, dann erwidere ich: „Wer eine solche Ueberzeugung hat, der muß aus dem Parlament herausbleiben! Man kann nicht hineingehen, um im Parlament Antiparlamentarismus zu treiben.“ (Webel ruft: Darum dreht sich die Sache ja nicht!) Viele haben aber so argumentiert. Ich weiß, daß unsere Praxis anders ist und daß wir Unterschiede machen zwischen der Zuchthausvorlage und sozialpolitischen Gesetzen, zwischen Kosadomsky einerseits und Köller und Rheinbaben andererseits. Die Mehrheit steht auch nicht auf dem Standpunkt, alle Gesetze zu verwerfen. Sie sagt: es ist nicht wahr, daß alle Gesetze gleich schlecht sind, aber das einzige, was man durchsetzen kann, sind „kleine KonzeSSIONen“.

Ich sage Ihnen, Genossen, wenn Sie meinen, man könnte unter allen Umständen nur kleine KonzeSSIONen erreichen, mit einer solchen Lehre der Hoffnungslosigkeit erobern Sie nicht die Welt, ja nicht einmal den kleinsten Wahlkreis. (Beifall und Widerspruch, lebhafter Unruhe, aus der man die Zurufe heraus hört: Was jetzt war die Taktik aber sol. Der Vorsitzende erwidert dringend um Ruhe und ermahnt insbesondere die in den Hintergrund des Saales herabgestiegenen Galeriebesucher, sich nicht in die Verhandlungen einzumischen.) Was wäre auch damit gesagt, daß man nur kleine KonzeSSIONen erreichen kann? Beim Niederreißen eines Baues kann es dramatische Effekte geben, aber der Aufbau setzt sich immer aus kleinen KonzeSSIONen zusammen. Schauen Sie doch die Gewerkschaften an, die heute oft genannt wurden, wie die Gewerkschaften monatelang kämpfen, und wie die Arbeiter monatelang hungern, um Erfolge von wenigen Pfennigen durchzusetzen und heimzubringen. (Sehr richtig! Webel ruft: Sehr falsch!) Sehr oft aber hält man etwas für eine „kleine KonzeSSION“, was ein Keim der Zukunft ist und was erst nach zwanzig bis dreißig Jahren als lebenskräftiger Gedanke für die Bildung der kommenden Gesellschaft erkannt wird. Ich will die Frage auch gar nicht unterjuchen, ob im Parlamente wirklich nur ganz kleine KonzeSSIONen errungen werden. Ist es nicht möglich, im Parlamente durch Kampf durchzusetzen, daß die Wucherpolitik und die Lebensmittelzölle den Arbeitern vom Halbe genommen werden? Gibt es nicht auch Klassenstaaten, wo keine Lebensmittelzölle sind, wo diese schwere Fuchel die Gewerkschaften nicht wieder um den großen Teil dessen bringt, was sie in monatelangen harten Kämpfen den Arbeitern verschafft haben? Ist es nicht durchzusetzen, daß die Polizeiwirtschaft, die Landratspolitik, die entwürdigenden preußischen Zustände abgeschafft werden? Sind diese Dinge vielleicht notwendige Bestandteile des Klassenstaates? Ist es nicht möglich, durchzusetzen, daß aus Preußen und Deutschland ein moderner Staat gemacht wird, und daß unsere Arbeiter, ebenso wie ihre Brüder in Westeuropa, ihren großen Kampf auskämpfen können auf dem Boden der bürgerlichen Gleichberechtigung, der Demokratie? (Sehr wahr!) Wenn Sie das alles als kleine KonzeSSIONen betrachten wollten, mögen Sie es tun, ich betrachte es als eine ungeheure Ummwälzung, wenn es gelingt, durch solche Kämpfe der in Preußen lebenden Arbeiterschaft die Freiheit für ihren Kampf zu schaffen. (Sehr richtig!)

Nun ist uns auch vorgeworfen worden, nicht von Webel, wir hätten die Budgetablehnung verächtlich als bloße Demonstration behandelt. Ich habe gefunden, daß bei manchen Genossen der Irrtum bestand, ich hätte bei meiner kurzen Erklärung zur Budgetabstimmung im Landtage namens der Fraktion gesagt, wir betrachteten die Budgetablehnung als leere Demonstration. Ich habe aber nur gesagt, wir verzichten diesmal auf diese Demonstration, ich habe diese Wort keineswegs in verächtlichem Sinne gebraucht. Ich halte unter Umständen sehr viel von Demonstrationen, wenn sie wirksam sind! Ich habe schon mehr als einmal bei Demonstrationen mitgemacht und hoffe, noch mehr als einmal dazu Gelegenheit zu haben. Aber ich meine, diese Demonstrationen in einem kleinen Parlamente, die von vornherein nach Art und Zeit vorher bestimmt sind, und von denen die Gegner wissen, daß die Genossen, die so demonstrieren, gegen ihren Willen vom Parteitag dazu gezwungen worden sind — das sind wesentlich keine wirksamen Demonstrationen. Eine Demonstration gegen den Klassenstaat, gegen die Ausbeutung, gegen das historische Unrecht, das der Arbeiterklasse geschieht, muß gewaltiger ausfallen, als eine einfache Abstimmung einiger Landtagsabgeordneter. Diese große Demonstration aber ist gegeben, es ist die Arbeiterbewegung selbst. (Zustimmung.)

Ich habe im „Vorwärts“ gelesen, daß die Genossin Rosa Luxemburg zu den Arbeitern gesagt hat: „Ihr werdet ja wissen, daß Baden noch nicht zum Paradies der Arbeiter geworden ist.“ Haben wir das je behauptet? Haben wir nicht durch unsere Anträge im Landtage und unsere Agitation außerhalb des Parlaments unsere ganze Kraft daran gesetzt, um die erbärmlichen sozialen Verhältnisse zu verbessern? Daß Baden ein schönes Land ist, daran ist kein Zweifel, als Paradies hat es aber höchstens eine Person betrachtet, vielleicht, vielleicht — die Genossin Luxemburg, sonst wäre sie nicht so lange bei uns geblieben. (Heiterkeit.)

Nun hat man auch gesagt, es habe sich in dieser unserer Politik das Entgegenkommen darin geäußert, daß wir an monarchischen Rundgebungen uns beteiligten. Ich glaube, man tut der wichtigen Frage der Budgetbewilligung Unrecht, wenn man in einem Atemzug damit diese Monarchengeschichte behandelt. Es sind geradezu abenteuerliche Vorstellungen verbreitet worden über die Ausdehnung monarchischer Gelüste unter den badischen Genossen. Gestern kam ein Genosse mit einem Zeitungstelegramm aus Baden zu uns, monach der Großherzog am heutigen Tage eine größere Anzahl Orden ohne Unterschied der Partei verleihe werde. Man hat uns natürlich gefragt, ob auch bei dieser Gelegenheit die Gleichberechtigung hochgehalten wird. (Webel: Verdient hättet Ihr es!) Aber wenn wir schon Orden bekommen, dann wollen wir uns ausbedingen, daß wir sie am roten Bande tragen! (Allgemeine Heiterkeit.)

Es ist doch klar, daß wir uns in den Parlamenten eben an Geschäftsordnung und Verfassung halten müssen. Es kann natürlich Grenzfälle geben, und die gibt es, wo Differenzen darüber entstehen, was die Geschäftsordnung verlangt. Aber da hat man sich eben kameradschaftlich auszusprechen und das sind keine Dinge, über die sich Parteigenossen gegenseitig die Köpfe zu zerbrechen brauchen. Auf Grund der Debatte, die zwischen anderen Genossen stattgefunden hat, glauben wir sagen zu können, daß die Partei ihre Taktik gegenüber der Monarchie nicht ändern will, weder nach rechts noch nach links. Wir meinen, die Partei, die das große Zukunftsland erobern will, kann sich nicht vor einem kleinen mittelalterlichen Vollwerk festlegen. Nicht darauf können wir unsere Kraft konzentrieren. Aber wir werden nirgendwo, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, unsere republikanische Ueberzeugung verleugnen. Wir halten es hierin mit den Worten Webels in Amsterdam, im Vordergrund unseres Kampfes und unserer Tätigkeit stehen die Klassenforderungen des Proletariats.

Es kann gewiß Staaten geben, und es gibt solche, wo zeitweise der schärfste Kampf gegen die Person des Monarchen nötig wird, aber Bebel selbst hat uns ein Beispiel gegeben, daß man diejenigen Monarchen, die sich uns nicht direkt entgegenstellen und sich konstitutionell zurückhalten, eben nicht persönlich zu bekämpfen braucht. Er war es doch, der erklärte, bei einer eventuellen Kaiserwahl wäre es der Prinz Ludwig von Bayern, für den er stimmen würde. (Bebel macht eine abweichende Bewegung. — Franz: Genosse Bebel hat allerdings böse Erfahrungen mit ihm gemacht, er fängt jetzt auch an zu reden. — Heiterkeit.)

Was soll jetzt geschehen? Bebel hat ausdrücklich gesagt, daß vom Hinauswerfen keine Rede sein kann; er hat anerkannt, daß wir die Partei nicht zu schädigen glauben, sondern daß wir das Beste wollten — nach seiner Ansicht auf falschen Wegen. Dazu nun paßt die uns vorgeschlagene Resolution sehr schlecht. (Zustimmung.) Wenn anerkannt wird, daß wir gehandelt haben in der irrtümlichen Meinung, der Partei zu nützen, dann muß das auch in der Resolution, die die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen soll, erkennbar sein; jetzt aber steht nur darin, daß wir „bewußt“ gegen den Parteibeschluß gehandelt haben. Und Bebel hat hinzugefügt, wenn sich so etwas wiederholt, dann würde mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Aber, Genossen, entweder man meint, daß eine bewußte und absichtliche Verletzung des Parteibeschlusses vorliegt, dann braucht man nicht die Wiederholung abzuwarten. Wenn jemand absichtlich und bewußt die Parteibeschlüsse verletzt, so daß es ihm darauf ankommt, die Beschlüsse zu verletzen, dann muß man ihn hinauswerfen. Wenn die Sache aber anders ist, wenn die Genossen der Meinung sind, wir seien Esel gewesen oder seien aus Irrtum auf falschen Wegen gegangen, aber in guter Absicht, dann kann man nicht in die Resolution hineinschreiben, Ihr habt das „bewußt“ gemacht. Wir haben natürlich nicht unbewußt gehandelt, aber es war uns nicht um die Verletzung des Parteibeschlusses zu tun, sondern unsere Absicht war, der Arbeiterbewegung zu nützen, und die Verletzung des Parteibeschlusses war dabei nur eine unangenehme Begleiterscheinung.

Ich will nicht verschweigen, daß ein alter Parteipraktiker, ein Genosse, der seit 25 Jahren das Parlament kennt, mir den Kopf gewaschen hat. Er hat mir gesagt: Franz, Ihr seid viel zu ehrlich. Warum seid Ihr so töricht gewesen, nicht eine andere Begründung zu geben, so dumm, nicht zu sagen, was Ihr gemacht habt, sei im Rahmen des Nürnberger Beschlusses. Ihr wißt ja gar nicht, daß Ihr den Nürnberger Beschluß gehalten habt, der bestimmt, daß einem Budget dann zugestimmt werden kann, wenn durch seine Ablehnung ein schlechteres Budget herbeigeführt werden könnte. Man, Ihr habt doch durchsetzen wollen, daß das folgende Budget nicht schlechter werde. (Unruhe.)

Ja, Genossen, das Zentrum hat gegen die Arbeiterschulanträge gestimmt, gegen unsere Schulanträge, überhaupt gegen alle unsere Verbesserungsanträge. (Bebel: Und es hätte für das Budget gestimmt!) Und wenn unter seinem, des Zentrums, Einfluß das nächste Budget zustande käme, dann wäre es ein schlechteres. (Bebel: Ach wo!) Genosse Bebel, Sie werden mir doch erlauben, falsche Ansichten vorzutragen, Sie haben sich doch diese Freiheit auch genommen. (Heiterkeit.) Es wurde im Finanzgesetz beschlossen, die Steuern nicht nach dem Wunsch der Regierung zu erhöhen, und in der Zentrumspresse und im rechtsnational-liberalen „Schwäbischen Merkur“ ist uns vorgeworfen worden, es sei des Großblods Schuld, daß durch diese Abstimmung die Regierung behindert wurde, durch die Liberalen und das Zentrum die Erhöhung der Steuern herbeizuführen. Aber, Genossen, wir haben zuviel Respekt vor der Partei gehabt, um uns auf solche Weise hier zu entschuldigen. Ich habe Ihnen offen die Dinge erzählt. Es ist besser, glaube ich, wir haben eine falsche Begründung zu

einem richtigen Handeln gehabt, als wenn das Ungelehrte der Fall wäre. (Sehr richtig! Zurufe: Wer ist dieser Ratgeber?) Ich war ja schon früher bereit, Ihnen den Namen zu nennen. Es ist der Genosse Ulrich, und ich meine, der Name hat wohl ganz guten Klang. . . .

Nun liegt noch ein Antrag vor, der sich nicht direkt auf die badiischen Verhältnisse bezieht. Es ist der Vorschlag, den Genosse Braun-Königsberg in der „Neuen Zeit“ gemacht hat, und der verlangt, daß die Partei endlich einmal einen Weg suche, um aus den ewigen, schon langweilig werdenden Budgetdebatten herauszukommen. (Unruhe.) Nun, wir haben diese Debatten seit 16 Jahren, und ich meine, alle, besonders die marxistisch geschulten Genossen, müssen zugeben, daß das nicht zurückzuführen sein kann auf die Bosheit einzelner Genossen, sondern daß das wohl in den Verhältnissen begründet sein muß.

Genosse Braun verlangt, daß ein Weg zum Frieden gesucht und zunächst das Material gesammelt werden soll; auf dem Nürnberger Parteitag hat mein Freund Hannes Timm den Mut gehabt, mitzuteilen, daß er in Frankfurt seinerzeit nicht als Richter, nein, als Scharfmacher über die Budgetfänger fungiert hat, ohne zu wissen, was ein Budget sei. (Gelächter.) Man muß es dem Genossen Timm hoch anrechnen, daß er die Ehrlichkeit zu diesem Bekenntnis gehabt hat. Es ist aber überhaupt die Frage bisher falsch gestellt; man hat nicht zu fragen, was ist ein Budget, denn darauf erhält man nur eine sehr dürftige Antwort. Die bürgerliche Wissenschaft sagt, ein Budget ist ein Verwaltungsakt in Form eines Gesetzes, das sich bezieht auf den Haushalt des Staates. Die Frage muß vielmehr lauten: Wie sehen die Budgets der deutschen Staaten und des Reiches aus? Ich nehme an, daß Sie alle sich Mühe gegeben haben, die Budgetfrage zu studieren, aber es allen der Unterschied bekannt ist, der zwischen dem sogenannten bayerischen Typ und dem Reichstyp eines Budgets besteht, das ist wohl nicht sicher. Das bayerische Finanzgesetz ist bloß die Feststellung, welche Steuern in den nächsten zwei Jahren erhoben werden sollen. Es knüpft an die alten Rechte der Landstände aus der Feudalzeit an, die als Geschenke Auflagen zugunsten des Landesherrn machten.

Wenn also der Parteitag den Beschluß aufrecht erhält, das Finanzgesetz sei immer abzulehnen, so heißt das, die Partei ist verpflichtet, überall die direkten Steuern zu verweigern. Das hat Konsequenzen im Reich. Dort ist ein ganz anderer Budgettyp. Dort wird jährlich über Einnahmen und Ausgaben abgestimmt, aber nicht über die Steuern. Im Reich werden die Steuern auf dauernde Zeit bewilligt, nicht auf ein bis zwei Jahre, sie werden dauernd erhoben, ohne Rücksicht auf das Budget. Wenn wir also beschließen, es müssen die Steuern verweigert werden, dann hat das die Konsequenz, daß wir für alle Zeiten auch im Reich jedes Steuergesetz niederstimmen müssen. Wir haben, soviel ich mich entsinne, auch für die Wechselstempelsteuer. Wir haben also steuerortlage gestimmt, auch für die Wechselstempelsteuer. Wir haben also selbst im Reichstage gegen den Nürnberger Beschluß gestimmt. (Widerpruch.) Lebebour: Das läßt sich ja gar nicht vergleichen! Es kann ja sein, daß ich mich irre; ich will Ihnen ja meine Meinung gar nicht aufdrängen. (Dittmann-Solingen: Das gelingt Ihnen auch gar nicht!) Aber ich will doch nur, daß Sie diese Fragen studieren. Warum stimmen Sie denn nicht für den Antrag, das Material zu sammeln? Sie fürchten, nach außen den Eindruck hervorzurufen, daß Sie uns damit recht geben. (Bebel: Nein, weil wir uns fürchterlich lächerlich machen würden.) Und wenn Sie Ihrer Sache so sicher sind, brauchen Sie doch das Studium nicht zu fürchten. Sie wollen also lediglich aus Angst vor einer falschen Auslegung nicht einen Beschluß fassen,

der die Partei endlich aus einer Sackgasse herausbringen könnte, der endlich uns den Parteifrieden bringen würde, den wir alle wünschen. Ich bin überzeugt, daß wir ja doch diesen Weg gehen müssen und daß die große Mehrheit der Partei, der Genossen, die auf Wunsch Bebels die Vertrauensleute beaufschichtigen sollen, aufstehen würde, wenn endlich ein Mittel gefunden würde, das uns einigte zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.)

Vorsitzender Dietz: Ich schlage vor, sämtliche Anträge zur Budgetbewilligung bis auf den Antrag 63 als unterſtüßt gelten zu lassen. Ein Widerspruch erfolgt nicht, der Parteitag ist damit einverstanden.

Ueber den Antrag 63 möchte ich noch ein paar Worte sagen, wenn nicht der Genosse Liebknecht die Freundlichkeit hätte, diesen Antrag, der doch nun gegenstandslos geworden ist, zurückzuziehen. (Liebknecht: Ich ziehe ihn zurück!)

Dann möchte ich Ihnen am Gang der Nürnberger Verhandlungen nachweisen, daß es doch notwendig sein dürfte, daß bei dieser Diskussion immer ein Redner für die Badenser und ein Redner gegen die Badenser spricht. Das würde sicher zur Klarstellung beitragen. Natürlich können von den Rednern dabei sämtliche Anträge in den Bereich der Erörterungen bezogen werden. In Nürnberg wurde ein solcher Antrag vom Genossen Wels gestellt, der befürwortete, daß je ein Gegner und ein Anhänger der Vorstandsresolution zum Wort kommen solle. Er fügte hinzu, daß bereits 76 Wortmeldungen nach Beendigung des Referats vorgelegen hätten. So arg ist es nun heute nicht, aber 55 liegen denn doch vor, von denen nicht mit absoluter Sicherheit gesagt werden kann, ob sie für oder gegen die Badenser sprechen wollen. Das müßte also jeder Redner selbst angeben. Dann ist es in Nürnberg so gemacht worden, daß die Rednerliste in der Ordnung, wie die Meldungen eingehen, geführt wird, und daß innerhalb dieser Reihenfolge der Meldungen ein Redner für und ein Redner gegen das Wort erhält. Ist der Parteitag damit einverstanden, daß wir in derselben Weise verfahren? Widerspruch erhebt sich nicht, es ist so beschloffen.

Dittmann = Solingen (zur Geschäftsordnung): Ich wollte denselben Vorschlag machen, der eben angenommen worden ist und möchte darüber hinaus beantragen, daß es für zulässig erklärt wird, daß eingezeichnete Redner ihre Plätze in der Rednerliste tauschen. Dies ist stets auf Parteitaggen Ufuss gewesen, es scheint aber notwendig zu sein, daß es in aller Form vom Parteitage als berechtigt anerkannt wird. Alle Seiten des Parteitages werden das gleiche Interesse daran haben.

Wenn der Vorsitzende erklärt hat, daß Redner für oder gegen die Badenser nach der Reihe zum Wort kommen, so ist das meines Erachtens eine falsche Formulierung. Es muß wie in Nürnberg heißen, für oder gegen die Vorstandsresolution. Ich möchte also bitten, daß entsprechend meinem Antrage beschloffen wird.

Dr. David: Der Vorredner meinte, es müsse nicht heißen, für oder gegen die Badenser, sondern für oder gegen die Vorstandsresolution, und nahm dabei Bezug auf Nürnberg. Gerade in Nürnberg hatte es sich gezeigt, daß das kein zweckmäßiges und gerechtes Verfahren ist, denn es gab da auch noch radikalere Elemente, die die Vorstandsresolution verwarfen, weil sie ihnen zu zahm war, die also als Gegner der Vorstandsresolution zum Wort kamen, und wir mußten mit ihnen rangieren. Das ist ein durchaus ungerechtes Verfahren. Der Vorschlag des Präsidenten trifft also das Richtige.

Vorsitzender Dietz: Der Parteitag hat sich bereits mit meinem Vorschlage einverstanden erklärt, wir könnten jetzt höchstens noch das Einverständnis des

Parteitages darüber herbeiführen, ob ein Wechsel der Plätze in der Rednerliste gestattet sein soll. Das ist früher ohne weitere Bemerkung geschehen, und ich glaube, der Parteitag wird dem gern zustimmen. Ein Widerspruch erfolgt hiergegen nicht.

Das Wort zur persönlichen Bemerkung erhält

Beus: Genosse Bebel hat behauptet, ich hätte in meinem Wahlkreis in der Versammlung in der es sich um meine Reichstagskandidatur handelte, anders gesprochen, als in meinem „Blättchen“. Zunächst ist das „Blättchen“ das Blatt der anhaltischen Parteigenossen, und es ist kein Grund dafür vorhanden, es hier verächtlich „Blättchen“ zu nennen, weil hinter unserer Blatt nicht Millionen stehen, wie hinter anderen Parteiblättern. Wenn aber Genosse Bebel recht hätte, dann müßte ich ein ganz verächtlicher Mensch sein (Sehr richtig!), dann verdiente ich nicht, als Reichstagskandidat der Partei zu fungieren. (Sehr richtig!) Ich kann auch nicht anerkennen, daß der Genosse Bebel dafür den geringsten Beweis erbracht hat. Bisher habe ich umgekehrt in der Partei und auch in meinem Wahlkreise immer noch für einen gehalten, der mit seiner Meinung nicht zurückhält. (Sehr richtig!) Wenn Genosse Bebel glaubt, auf Grund seiner Stellung sich das leisten zu können, so gegen einen Mann vorzugehen, der auch in der Öffentlichkeit auf politische Ehre Anspruch erheben muß und der in seinem Wahlkreise auch von seinen Gegnern eine entsprechende Beurteilung gewärtigen muß, für die dann diese Worte des Genossen Bebel angewandt werden können — ich werde mich nicht wundern, wenn in Flugblätter meiner Gegner diese Bemerkung des Genossen Bebel hineinkommt (Rufe: Sehr richtig! Unerhör! —), dann muß ich erklären, daß ich den Genossen Bebel um diese seine Fähigkeit nicht beneide. Aber ich erkläre ferner, daß ich ihn nicht fürche und daß ich mich nicht einschüchtern lasse, daß ich aber gegen diese Manier protestiere. Genosse Bebel hat dann gemeint, ich würde hoffentlich radikal bleiben. Nun, ich halte mich in der Tat für radikaler (Lachen), als manche andere, die sich mit Worten begnügen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

### Nachmittagsſitzung.

Den Vorsitz führt Dietz.

Die Debatte über die Budgetfrage wird eröffnet.

Eingegangen sind die Anträge 98, 94 und 95, der von der 16 Mitglieder zählenden Fraktion des württembergischen Landtags mit allen gegen eine Stimme beschloffen ist.

Rakenstein = Straßburg: Die badischen Genossen haben ihre Haltung mit besonderen Gründen der politischen Lage erklärt, aber diese besonderen Gründe haben früher nicht vorgelegen und sie haben trotzdem für das Budget gestimmt und zwar zu einer Zeit, in der sie in der schärfsten Opposition zur Regierung gestanden haben. Es kann also nicht stimmen, daß es bloß die heutige politische Konstellation war, sondern es ist die gesamte Stellung, die unsere Genossen dort und unter ähnlichen Verhältnissen den Regierungen gegenüber einnehmen. Ich glaube, daß diese Haltung sich ganz wohl erklärt aus gewissen Verhältnissen, die Sie ja alle kennen, aus der nicht ganz so scharfen Zuspitzung der sozialen und politischen Gegensätze und weiter daraus, daß unsere Genossen in Deutschland politisch überaus anspruchlos sind. Die deutschen Arbeiter sind gewöhnt, schlecht behandelt zu werden, und sowie dann etwas mildere Seiten aufgezogen werden, sind sie geneigt, entgegenzukommen, und die alte Fabel vom Sturm und Sonnenschein bei dem Wanderer erzählt dann wieder eine glänzende Beschäftigung. Man müßte ja solche Dinge eigentlich ver-



schweigen, aber die preussische Regierung hat jedenfalls nicht so viel Intelligenz, um die Taktik ihrer süddeutschen Kollegen nachzuahmen (Feierlichkeit). Meiner Meinung nach liegt eine derartige freundliche Behandlung von oben, sofern sie nicht erkämpft ist, allerdings nicht im Interesse der Partei. (Sehr richtig!) Die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und jeder bürgerlichen Partei und der Regierung sind so unüberbrückbar, daß es nur zu wünschen ist, daß sie im Bewußtsein der Massen jederzeit voll zum Ausdruck kommen. Dies Bewußtsein ist ja leider kein sehr empfindliches, die Gegensätze werden in der Regel erst durch formale Umstände empfunden. Ebenso, wie es im Arbeitsverhältnis weniger die Lohnverhältnisse sind, als die Behandlung durch die Unternehmer, die die Gegensätze in den Vordergrund rückt, ebenso ist es hier. Die süddeutschen Regierungen haben es bisher im allgemeinen verstanden, durch ihr etwas humaneres Verhalten, durch etwas weniger Unklarheit und Brutalität, als sie in Norddeutschland üblich ist, den Ausdruck der Klassegegensätze abzuschwächen. Ich halte es für wünschenswert, daß der Wogen recht straff gespannt wird, damit der Pfeil um so schärfer fliegt und um so fester trifft. (Sehr richtig!)

Wir gehen sehr schweren Auseinandersetzungen entgegen. Es wird sich zeigen, daß die großen Kämpfe, die ausgedacht werden müssen zwischen uns und den Gegnern, äußerste Kraftanspannung notwendig machen. Es wird sich dabei zeigen, daß ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen den verschiedenen Regierungen in keiner Weise vorhanden ist. Ebenjogut wie der Großherzog von Baden, der persönlich ja als nicht unsympathisch bezeichnet wird, der freundwellige Vetter und Bruder seines Kollegen von Preußen ist, so ist die badische Regierung nichts anderes, als ein detachiertes Fort der norddeutschen Befestigungszwecke. Das ist ein Satrap einer entfernteren Provinz, den läßt man etwas freier schalten, den hält man nicht so streng. Aber in allen Fragen der Reichspolitik darf die badische Regierung keinesfalls eine Sonderstellung einnehmen. Sie hat nicht nur die früheren Ausnahmegeetze, sondern auch die neueren Finanzmaßregeln gebilligt. Alles, was die preussische Regierung tat, hat sie mitgemacht. Daher ist es unbedingt notwendig, daß ein Bestandteil der deutschen Sozialdemokratie einer solchen Regierung mit der allerschärfsten Opposition entgegentritt. Eine Gleichberechtigung der Sozialdemokratie besteht auch in Baden nicht. Trotz dieser Feststellung hält Franck es für angebracht, eine andere Stellung der Regierung gegenüber einzunehmen, als die anderen Genossen Deutschlands. Aber selbst wenn wir diese äußere Gleichberechtigung selbst wenn wir eine wirkliche Demokratie hätten, so müßten wir doch dem heutigen System die Zustimmung in schärfster Form versagen und das Budget verweigern. Vielleicht könnte man verschiedener Meinung sein, doch die Regierung gewünscht wird, wo das Volk genau soviel Sozialismus hat, als es selbst haben will. Aber ist denn irgend eine deutsche Regierung geneigt, die demokratischen Grundsätze als entscheidend anzusehen? Davon ist keine Rede. Was haben wir denn aber auch in Baden für Demokratisches? Es herrscht dort dasselbe aristokratisch-bureaucratische System, wie in den übrigen Staaten. Darum müssen wir auch dieser Regierung die entschiedenste Absage erteilen. Wenn wir ernsthaft bürgerlich-demokratische Parteien hätten, so müßten sie, genau wie wir, das heutige System bekämpfen, weil es jeder Demokratie ins Gesicht schlägt. Wir benutzen die Demokratie als Übergangsmittel für unsere letzten Ziele, die das ganze System beseitigen wollen. Wir dürfen uns auf keinerlei Entgegenkommen einlassen. Man sagt: Solange die Partei eine Minderheit ist, ist die Budgetablehnung für uns nur eine Demonstration. Wir können aber für das Fremdwort das deutsche Wort „Bekanntnis“ einsetzen. Wo man gezwungen

ist, mit anderen zusammenzuarbeiten, da ist es gerade zu begrüßen, daß es einen gewissen Moment gibt, wo die Partei Gelegenheit hat, ihr Bekenntnis zu einem grundsätzlich entgegengesetzten System in feierlicher Form darzulegen. Und wenn gesagt worden ist, das Ganze sei in Wahrheit keine sehr imponierende Kundgebung, so steht es bloß bei unseren Vertretern im Landtag, sie dazu zu machen. Wenn die Gegner darüber lachen, sie haben schon oft die über sehr viele Dinge gelacht, die uns sehr ernst waren, und die sich auch nachher als sehr ernst erwiesen haben. Man spricht von Rücksichten auf die Konstellation und auf die Parteien, mit denen man zusammenarbeiten muß, aber vor allem kommt doch die Rücksicht auf die Genossen der eigenen Partei! (Sehr richtig!) Die badischen Genossen haben gewußt, daß sie in schärfster Weise einen Keil in die Partei treiben, und daß sie sich im Gegensatz stellen zur überwiegenden Mehrheit der Partei. Daher hatten sie die entsprechende Haltung einzunehmen. Unsere Kraft liegt nicht in dem, was wir momentan erreichen, sondern (wie es Genosse Mertel in seiner Zuschrift an die „Mannheimer Volksstimme“ sehr richtig ausgesprochen hat) darn, was die Masse aus unserer Partei macht. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß diese Taktik, wenn sie fortgesetzt würde, die Wirkung hätte, daß ein Teil unserer Parteigenossen sich sehr schön damit abfinden würde, so daß ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen Genossen und dem linken Flügel des Bürgertums nicht mehr bestünde. Aber die Folge würde sein, das Entstehen einer starken antiparlamentarischen, anarchischen Partei neben der unserigen. (Bravo!)

Südbadener-Stuttgart: Der deutsche Parteitag scheidet sich nach meiner Meinung eben an, einen nicht nur für die Badener, sondern für die gesamte Partei außerordentlich wichtigen Beschluß zu fassen. Die Tatsache, daß diesen Beschluß zu fassen der Parteivorstand vom Parteitag verlangt, mahnt uns an die unabwiesliche Pflicht, dazu nach gründlicher Ueberlegung Stellung zu nehmen. In der Frage der Budgetabstimmung hat bekanntlich schon der Frankfurter Parteitag eine Debatte gehabt, in welcher Genosse v. Vollmar die ganze Zukunft voraussehend, dem Parteitag zurief: „Ich warne Sie davor, den haltlosen Beschluß zu fassen, der nur der Quell fortwirkender Zwietracht würde.“ Ich rufe Ihnen auch heute aus meiner persönlichen Erfahrung zu, aus meiner Erkenntnis, daß der zwingende Beschluß, unter allen Umständen das Budget abzulehnen, ein Hindernis für die wirksame Betätigung der Parteigenossen in den Parlamenten ist. Auch wenn Sie die Resolution des Parteivorstandes mit großer Mehrheit annehmen, ist die Frage der Budgetabstimmung für den deutschen Parteitag keineswegs erledigt. (Hört! hört!) Sie müßten für den deutschen Parteitag selbstverständlich an uns herantreten, weil die Verhältnisse einzelner Staaten im Reiche es auf die Dauer gar nicht aushalten, einen derartigen ablehnenden Standpunkt ausnahmslos einzunehmen. Zum dritten Male verlangt der Parteivorstand, es möge als grundsätzliche Pflicht der Sozialdemokraten proklamiert werden, das Budget unter allen Umständen abzulehnen. Wenn das Grundgesetz sein soll, so kann es nicht nur ein Grundgesetz der Deutschen sein, sondern es müßte ein Grundgesetz sein, den alle sozialdemokratischen Parteien akzeptieren. Es hat aber keine zweite sozialdemokratische Partei außer der deutschen das Verhalten ihrer parlamentarischen Vertreter zum Budget grundsätzlich festgelegt.

Alle Parteien, mit Ausnahme der deutschen, haben bis heute auf dem Standpunkt gestanden, daß sie diese Frage je nach den jeweiligen Verhältnissen entscheiden und sie haben bis jetzt wegen dieser Angelegenheit unter sich keinerlei Streitigkeiten gehabt. Wenn also der allgemeine deutsche Parteitag heute zum dritten Male erklärt, daß diese Frage eine grundsätzliche sei, so

wird die Wirklichkeit, die Praxis, in Zukunft uns deutschen Sozialdemokraten beweisen, daß es eine Frage ist, die nach den jeweiligen Verhältnissen entschieden werden muß, weil sie nicht als grundsätzlich aufrechterhalten werden kann. Nebel hat in Lübeck selbst den Standpunkt vertreten, daß, wenn die sozialdemokratische Fraktion eines Landes in eine Mehrheitsstellung einrückt, einen bestimmten Einfluß gewinnt, unumgänglich der grundsätzliche Standpunkt der Ablehnung des Budgets aufrecht erhalten werden könne; sie wird dann selbstverständlich das Budget des Staates annehmen müssen, ohgleich keineswegs der Charakter des Klassenstaates beseitigt ist. Ich beslage es, daß der Parteivorstand und ein großer Teil unserer deutschen Parteigenossen gar keine Rücksicht darauf nimmt und sich darüber gar keine Gedanken macht, wie es denn kommt, daß alle die Parteigenossen, die in irgendeinem Lande unter den verschiedensten Verhältnissen von der Partei in das Parlament geschickt worden sind, ohne Unterschied der Anschauungen, ohne Unterschied ihres Temperaments, mit ganz wenigen Ausnahmen auf dem Standpunkt stehen, daß die grundsätzliche Stellungnahme in dieser Frage auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, daß der Zeitpunkt kommen muß, wo die Partei diese Frage als eine taktische ansieht und den jeweiligen Vertretern der Partei nach der jeweiligen Situation die Entscheidung überlassen wird. Geleitet von dem Gedanken, behaupte ich, daß, wenn der Parteitag auch die Verschärfung der Resolution dahin annimmt, daß jeder sich in Zukunft außerhalb der Partei stellt, der für das Budget stimmt, die Regelung dieser Frage für die deutsche Sozialdemokratie auch nicht für alle Zukunft erledigt sein wird. (Sehr richtig!) Das sollten Sie bedenken, ehe Sie zu einem so folgenschweren Schritt übergehen und diese Resolution sogar noch mit dieser Verschärfung annehmen. Der Parteitag sollte sich das ganz besonders deshalb überlegen, weil doch niemand in der ganzen Partei annehmen kann, daß nur ein einziger der Parteigenossen, die in dieser Sache gegen die Proklamierung der Budgetfrage zu einer grundsätzlichen kämpfen, damit die Absicht hätte, die Partei nach irgendeiner Richtung zu benachteiligen. (Sehr richtig!) Ich verwahre mich dagegen, daß wir die Theorie Kapteinstens akzeptieren wollen und unsere Demonstration gegen den Klassenstaat auf die Ablehnung des Budgets beschränken. (Sehr gut!) Jeder Tag, jede Woche, gibt uns in der parlamentarischen Tätigkeit Gelegenheit, auf diesen Klassencharakter des Staates hinzuweisen und unsere Opposition in der schärfsten Weise zum Ausdruck zu bringen. (Sehr richtig!) Uns haben die gesamten bürgerlichen Parteien ausgelacht, als wir unsere Budgetabstimmung ohne irgendwelche Erklärung zum Ausdruck gebracht haben. Unsere Gegner nehmen unsere Abstimmung eben so lange nicht als Produkt unserer Ueberzeugung an, solange wir durch diesen Beschluß des Parteitages gebunden sind. Wir wollen die Freiheit haben, daß wir auch mit aller Wucht einen Protest in dieser Ablehnung des Budgets hineinlegen können, wenn es die Verhältnisse erfordern, und die Wucht wird um so größer sein, wenn die Ablehnung freiwillig aus unserer Ueberzeugung heraus und nicht auf eine gegebene Marschroute hin erfolgen kann. Ich protestiere auch, und jedenfalls im Namen vieler Parteigenossen, gegen die oben proklamierte Theorie, daß die Sozialdemokratie noch gebückt und geschurigelt werden müssen, um vorwärts zu kommen. Wir haben uns dadurch, daß wir nicht unter so großer Fuchtel stehen, keinen Augenblick abhalten lassen, mit aller Schärfe für unsere Prinzipien einzutreten und unseren sozialdemokratischen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, wenn die preußischen Parteigenossen den Gedanken ausdenken, werden sie mit mir der Meinung sein, daß eine anständige Verhandlung das mindeste ist, was wir anstreben, und daß wir uns bedanken würden, wenn unsere ganze Propaganda, unsere Stoßkraft nur davon ab-

hängen würde, daß wir mehr oder weniger geschurigelt würden. Denen, die die verschärfte Resolution annehmen wollten, möchte ich entgegenhalten, daß, wenn wir diesen Weg beschreiten, es nicht bei der Budgetabstimmung bleibt, dann werden auch noch andere Dinge als grundsätzlich proklamiert werden und die Partei wird von einer Unannehmlichkeit in die andere kommen. Da ist der Standpunkt des Genossen Adler viel richtiger, der gesagt hat, wenn man derartige Beschlüsse fassen will für große Parteien, die Eindruck machen sollen, einheitlich durchgeführt werden, die alle binden sollen, so muß man solche bindenden Beschlüsse auf das notwendigste beschränken. (Sehr richtig!) Und notwendig ist, glaube ich, der Zwang zur Budgetabstimmung nicht.

Wir haben Ihnen einen Antrag unterbreitet, der losgelöst ist von der badischen Angelegenheit. Er geht davon aus, daß die Erledigung dieser Angelegenheit heute erfolgt und ist weiter der Meinung, daß, wenn diese Angelegenheit durch einen Beschluß erledigt ist, dann damit die Stellung der Sozialdemokratie in der Budgetfrage im allgemeinen nicht für alle Zeiten geklärt ist. (Sehr richtig!) Es besteht noch eine große Unklarheit innerhalb unserer Parteipresse über das Wesen des Budgets in den Einzelstaaten. Die Verfassungsbestimmungen in Württemberg sind andere wie die in Bayern, in Hessen usw. Wenn wir das Budget, das Finanzgesetz, in Württemberg ablehnen, lehnen wir damit die Einnahmen des Staates auf Domänen ab. Es wird doch aber kein Mensch in der Partei die Absicht haben, daß die Domäneneinkünfte nicht mehr der Staatskasse zufließen, sondern der Krone verbleiben. Also die ganze Frage ist noch absolut ungeklärt. Mögen Sie in der Sache der Wabenser beschließen wie Sie wollen, wir verlangen vom Parteitag, daß abgesehen davon die Frage der Budgetabstimmung im allgemeinen einmal einer Klärung unterzogen wird und daß einmal eine eigentliche Diskussion darüber nach eingehendem Studium der Frage auf einem Parteitage stattfindet. Bisher ist die Frage noch niemals materiell behandelt worden. Wir haben immer nur dekretiert. Wenn also der Parteitag gerecht sein will, muß er unseren Antrag annehmen, in der Hoffnung, daß aus der Klärung der Sache eine Stellungnahme herauskommt, die allen Parteigenossen die Möglichkeit gibt, einheitlich für die Gesamtpartei zu wirken. (Bravo!)

Lipinski-Leipzig: Frank hat es in seiner Verteidigungsrede ganz geschickt verstanden, die Kernfrage zu umgehen und die rein äußerlichen Dinge in den Vordergrund zu stellen. Er hat die Aeußerung Nebels aufgegriffen: sie hätten die Gutgläubigkeit der badischen Genossen hinter sich. Er hat daraus den Schluß gezogen, daß sie überhaupt gutgläubig gehandelt haben, also auch den gläubig gegenüber den Parteigenossen des gesamten Reiches. Das befreite ich auf das Entschiedenste. (Unruhe bei den Süddeutschen.) Nachdem der Parteitag wiederholt die Frage als eine grundsätzliche aufgefaßt hat, und die Parteigenossen der badischen Fraktion sich mehrere Monate darüber schlüssig waren, daß sie das Budget bewilligen wollten, kann von einer Gutgläubigkeit und einem Irrtum nicht die Rede sein, sondern es ist ein planmäßiges Vorgehen, das die Partei zwingt, in einer ihr nicht genehmen Situation sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Die politische Situation infolge der Finanzreform usw. war äußerst günstig für unsere Organisation und sie ist auf einmal durch diese Diskussion, die wir nicht haben wollten, getrübt worden. Man hat die Partei in die Zwangslage gesetzt, eine politische Frage in einer ihr nicht genehmen Situation zur Entscheidung zu bringen. Nebel hat bereits bemerkt, die Wabenser hätten als Minderheit in der Partei das Recht gehabt, gegen den Beschluß, den sie beantragten, anzukämpfen, aber sie haben diesen Weg nicht gewählt, sondern haben einen Beschluß gefaßt, der ohne weiteres die Gesamtpartei verletzen mußte. Und warum? Der Genosse Frank hat erklärt,

es war ein verzeßlicher Irrtum, Bebel hat so gut und freundlich mit uns gesprochen, wie kein Vater zu seinem Kinde sprechen kann; er setzt damit voraus, daß dieser Vater sein Kind dann auch nicht strafen wird, wenn es eine Dummheit begangen hat. Mit anderen Worten, die badische Fraktionsmehrheit hat bewußt die Partei vor diese Frage gestellt unter der Voraussetzung, daß der Parteitag sich hüten würde, in der gegebenen Situation die Konsequenzen aus diesem Beschluß zu ziehen, daß er gutmütig darüber hinweggehen und sagen würde, wir wollen den Irrtum anerkennen, wir wollen das entschuldigen. Und dann ist ihr Ziel erreicht. Es bleibt alles beim alten und sie handeln von neuem gegen die Beschlüsse der Partei. Die Einheit der Partei soll nicht gefährdet werden. Ja, Parteigenossen, auch wir wollen die Einheit der Partei, wir wissen, welch ungeheuren Wert die Einheit der Partei hat. Aber wir wollen nicht die Einheit durch Preisgeben unserer Grundsätze verkaufen. Auf den letzten Parteitagen von Dresden an, sind wir immer gutmütig gewesen (Seiterkeit). Die anderen haben immer bezweifelnd, in der Hoffnung, die anderen würden folgen, haben jedoch nicht die Konsequenzen aus den Beschlüssen gezogen, und dadurch ist die Einheit zum Teil zerstört worden. Die Einheit ist nur dadurch gewahrt worden, daß die Mehrheit der Parteigenossen, mit Rücksicht auf die Einheit, eine weitgehende Maßregel gegen dieses Vorgehen zurückgestellt haben. Darauf wird von neuem spekuliert. Man versucht die ganze Frage des Disziplinbruchs als eine nebensächliche harmlose Verfehlung hinzustellen. Die Badenser sagen sich weiter, wir werden nach Hause gehen und werden weiter so handeln, wie wir getan haben. Uns kann ja gar nichts geschehen, jeder Parteitag erteilt uns Absolution und dann sind wir natürlich wieder einig.

So kann es aber nicht weitergehen. Wenn der Parteitag zu einer grundsätzlichen Frage Stellung genommen hat, dann dürfen die Genossen nicht fortgesetzt zuwiderhandeln. Nun sie das, so stellen sie sich ohne weiteres außerhalb der Partei, (Sehr richtig!) Wenn wir die Frage der Budgetbewilligung nicht als grundsätzliche, sondern als taktische auffassen, dann hat natürlich jeder das Recht, zu handeln, wie es ihm beliebt. Dann ist die Einheitlichkeit der Partei in dieser Frage aufgelöst. Dann kann jeder den Beschluß interpretieren, wie er will, dann gibt es keine Einheit mehr. Dann spalten wir uns in so und soviel Klame. Dann werden wir gezwungen, uns auf den Standpunkt zu stellen, auf den Vollmar 1891 sich in Erfurt gestellt hat, indem er sagte: wir müssen positive Arbeit leisten, wir müssen uns also auf den Boden bürgerlicher Politik stellen und dadurch dem Gegenwartsstaate Vorteile abtrotzen. — Bebel hat bereits darauf hingewiesen, daß der zweite Teil des Programms die Ziele unserer positiven Arbeit angibt. Wo ist denn diese positive Arbeit vernachlässigt worden? Und wenn von Kolb erklärt wurde: jetzt muß der Weg gebrochen werden, und wenn die bürgerliche Presse ihm zuzubekam, daß ein Teil der Sozialdemokratie den Mut gewonnen habe, mit der bisherigen Tradition zu brechen und gegen die Parteibeschlüsse aufzutreten, dann versucht man damit die ganze Tätigkeit der Partei auf einen bürgerlichen demokratischen Standpunkt zu stellen, wie ja auch Auer in Hannover sagte: warum muß denn immer das Endziel wie ein Taschentuch am Stode baumeln? Wir müssen uns auf die Gegenwart beschränken!

Das können wir nicht mitmachen. Dahin führt uns aber das Vorgehen der Badenser.

Wir haben den Zusatzantrag zur Resolution des Parteivorstandes gestellt. Bebel hat sich dagegen gewendet. Was haben wir aber erreicht, wenn fortgesetzt der Parteitag beschließt: es ist ein Irrtum passiert, die Parteigenossen waren wieder einmal unschuldig, die Angelegenheit ist erledigt. Auf jedem

Parteitag geht die Sache dann von neuem los. Das schädigt die Organisation und Parteiarbeit aufs schwerste und raubt uns unsere kostbare Zeit. Wir sind deshalb der Meinung, daß diejenigen, die derartige grundsätzliche Beschlüsse der Partei nicht anerkennen, sich ohne weiteres von selbst außerhalb der Partei gestellt haben. (Sehr richtig!) Stellen Sie sich außerhalb der Partei (Zurufe bei den Badensern: Nein!), dann können Sie natürlich Ihren Kleinbürgerlichen Standpunkt weiter vertreten. (Oho-Mufe bei den süddeutschen Delegierten.) Wenn auf der einen Seite der Parteitag die Resolution Bebel annimmt, die die Frage grundsächlich behandelt, dann können wir auf der anderen Seite keine Studienkommission einsetzen. Denn damit würde anerkannt werden, daß wir bisher eine Frage diskutiert haben, die wir überhaupt nicht gekannt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das würde heißen, daß wir Beschlüsse gefaßt haben, für die uns die Unterlagen gefehlt haben. (Sehr richtig!) Das mag man zu sagen angeht der ergiebigen Diskussion auf den Parteitagen in Lübeck, Dresden und Nürnberg und der Diskussion in der Presse. Wir würden damit einen Parteitagebsbeschlus aufheben; das tun wir nicht. Deshalb muß die Resolution Bebel mit unserem Zusatzantrage angenommen werden. Dadurch wird der Verlesterung ein Ende gemacht und man hat ausgesprochen, was ist. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.)

Witti-München: Genosse Bebel hatte die Liebenswürdigkeit, den bayerischen Genossen im allgemeinen und den Münchenern im besonderen einige Komplimente zu machen. Das erste bestand darin, daß er ankündigte, er wolle eventuell nach München übersiedeln, und dort seine Tage beschließen. Ich versichere Sie, daß wir Münchener von dieser Mitteilung auf das angenehmste berührt waren. Wir heißen Sie, Genosse Bebel, aufs herzlichste willkommen, und wenn Sie wollen, daß wir Ihnen einen Empfang bereiten. . . Bebel: Na, Kinder, macht keine Beschichten — härmische Seiterkeit —, da komme ich nicht.) Also gut, Genosse Bebel, wir fügen uns Ihren Wünschen; kommen Sie nur, Sie werden finden, daß die Luft der bayerischen Hochebene doch ein wenig freier und ein wenig angenehmer ist, wie die Luft der Mark Brandenburg. Bebel hat uns mit dieser angenehmen Mitteilung gleichzeitig die Versicherung gegeben, daß er sich nie in seiner Gesinnung ändern lasse, und daß er nie Revisionist werde. Genosse Bebel, das glaube ich nicht, kommen Sie erst mal. (Große Seiterkeit.) Das zweite Kompliment, und mit diesem kann ich den Nachweis führen, daß Bebel, wenn er nach München kommt, Revisionist werden muß (härmische Seiterkeit), ist folgendes. Er hat gesagt: „Ihr bayerischen Genossen seid ganz nette Kerls, aber Ihr seid verweichlicht, Ihr laßt Euch kneten, mit Euch kann man machen, was man will.“ Wenn das ein anderer gesagt hätte wie Bebel, hätte ich mich mit einem Achselzucken über dieses Kompliment hätte wie Bebel, hätte ich mich mit einem Achselzucken über dieses Kompliment hinweggesetzt, aber mit Rücksicht auf die Bedeutung, die den Worten des Genossen Bebel beigelegt wird, bin ich doch zu einer kurzen Bemerkung veranlaßt, ohne damit dartun zu wollen, daß wir in Bayern besonders empfindlich wären. Ob wir weich und leicht knetbar sind, darüber mag die Geschichte urteilen. (Bebel: Das hat ja Auer gesagt!) Eines sei nur hervorgehoben: bei den letzten Wahlen waren die bayerischen Wahlkreise die einzigen, die durchweg an Stimmen aufgenommen haben. (Zurufe: Und die badischen und die Berliner?) Genossen, verkürzen Sie mir das bißchen Dasein nicht, das ich auf der Rednertribüne habe — neben dieser bereits konstatierten Tatsache ist noch zu bemerken, daß wir in Bayern, wenn es auch nicht so hart herging wie in Preußen, das direkte und gleiche Wahlrecht für den Landtag erfochten haben. Man hat damals allerdings auch von einem Parteibertrag gesprochen. In den Gemeinden haben wir die Proportionalwahl. Ich wünsche den preussischen Genossen im allgemeinen und denen in der Mark Brandenburg im besonderen, daß sie sich auch so durch

kneten lassen, wie wir es getan haben. (Heiterkeit.) Unserer Unterstützung und Hochachtung sind sie sicher. Das wäre eigentlich erst die Einleitung meiner Rede. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe keine Absicht, die badiſchen Genossen zu verteidigen; einmal nicht, weil das, was auf die etwas ſonderbaren Argumente Kagensteins zu ſagen iſt, Silberbrand ſchon geſagt hat, und zweitens nicht, weil, wenn man über Kleinbürgerei und Spießerei reden wollte, man ſich auf längere Auseinanderſetzungen mit Lipinski einlaſſen müßte, wozu ich keine Zeit mehr habe. Das ſächſiſche Kleinbürgertum und die unheimlich berühmte ſächſiſche Maſſenjuſtiz werden von der Rede Lipinski profitieren, denn er hat nachgewieſen, daß, wenn es gilt, objektiv nachzuprüfen und Verhältnisse zu erwägen, er ſo wenig in der Lage iſt, objektiv zu urteilen, wie die ſächſiſchen Gerichte, wenn es gegen einen Sozialdemokraten geht. (Zuſtimmung bei den Süddeutſchen.) Wenn Sie die Reſolution des Parteivorſtandes unbedingt annehmen wollen, tun Sie es in Gottes Namen! (Große Heiterkeit.) Aber faſſen Sie wenigſtens die Reſolution ſo, daß jede Möglichkeit eines Irrtums ausgeſchloſſen iſt; weder die Lübecker Reſolution, noch der Nürnberger Beſchluß, noch die Ihnen heute vorliegende Reſolution des Parteivorſtandes bieten auch nur im allergeringſten die Gewähr dafür, daß die Quelle von Streitigkeiten, die dieſen Beſchlüſſen entſpringt, in Zukunft verſiegt. Die Vorſtandsreſolution enthält die gleichen Nebewendungen wie die Beſchlüſſe von Lübeck und Nürnberg. Es wird in allgemeinen Wendungen geſagt, daß die Zuſtimmung zum Etat des Reiches und des Landes eine Vertrauenskundgebung für die Regierung bedeute, daß ſie eine prinzipielle Sache ſei. Wenn die Budgetabſtimmung eine prinzipielle Sache iſt, dann muß ſie es aber auch ſein in unſerer geſamten Parteitätigkeit. Was ſoll in den Gemeinden geſchehen? Pollender-Leipzig hat im vorigen Jahre dieſe Frage durch einen Antrag angeſchnitten. Der Antrag wurde dem Parteivorſtand überwieſen, er ſteht aber zu meinem großen Bedauern nicht auf der dieſjährigen Tagesordnung. Der Antrag wurde geſtellt, weil man ſelbſt im unentwegten Sachen einmal entgleiſen kann, und weil die Sachen es für notwendig hielten, ſich vom Parteitag jene Richtlinie vorſchreiben zu laſſen, wie ſie zu gehen haben. Der Parteitag hat dafür zu ſorgen, daß ſeine Beſchlüſſe völlig klar und einwandfrei ſind. Die Stellung der Partei zum Budget der Gemeinde muß unter allen Umständen feſtgelegt und genau präzifiziert werden. In kurzen Auseinanderſetzungen hat man einmal verſucht, über dieſe Frage zu ſprechen. Kautsky war es, wenn ich nicht irre, der in der „Neuen Zeit“ erklärte, ja, die Gemeinde, das iſt etwas anderes. Es gibt vielleicht auch Leute, die der Meinung ſind, daß die Tätigkeit, die unſere Genossen in der Gemeinde zu leiſten haben, nicht der Rede wert iſt. Da mache ich Sie doch auf einiges aufmerkſam. Das Vermögen, das die deutſchen Gemeinden zu verwalten haben, beläuft ſich auf Milliarden. Ebenſo die Einnahmen und Ausgaben. Es kann uns nicht gleichgültig ſein, wie dieſe Millionen ſummen verwendet werden. Im Laufe der Jahrzehnte wurde eine ungeheure Fülle von Kulturaufgaben den Gemeinden überwieſen, weil Reich und Land keine Zeit und kein Geld dafür übrig haben. Dazu kommt aber auch, daß in den Etats der Gemeinden Poſitionen ſich befinden für Militär, Polizei, kirchliche Zwecke und vieles andere. Es handelt ſich alſo um die Frage, ob dieſe Poſitionen etwas anderes ſind als die Poſitionen der Landesbudgets. Vollſtändige Klarheit iſt unter allen Umständen notwendig, ſowohl für die Gemeinden, als auch für die anderen öffentlichen Körperſchaften. Wir haben in Bayern bei den Gemeindevahlen den Proporz. Auf Grund deſſen werden wir bei den nächſtjährigen Landratswahlen Vertretungen in den Landräten bekommen. Da drängt ſich nur die Frage auf, welche Haltung hat die Partei zu den Wahlen in den Landräten einzunehmen. (Sehr richtig!) Vielleicht inter-

effiert ſich Genosse Wibel für dieſe Frage. Ich habe hier das Geſetz- und Verordnungsblatt für Bayern mit den Etats der 8 Kreiſe des Landes. Auf Wunsch ſtelle ich es gerne zur Verfügung. Vielleicht iſt Genosse Wibel in der Lage, im Schlußwort zu ſagen, was hier zu geſchehen hat. Ich bitte Sie dringend, die Sache ohne Haß und Voreingenommenheit zu ſtudieren und nur Maßnahmen zu treffen, die der Partei dienen, nicht aber perſönlichen Stimmungnahmen Rechnung tragen. Wir ſtehen vor ſchweren Kämpfen und haben hierauf die Kräfte zu konzentrieren, nicht aber uns gegenseitig zu zerfleiſchen. Mit der Beachtung dieſer Tatſachen iſt der Partei viel mehr gebient, als wenn Sie ſämtliche Wadener auffreſſen. (Weiſall.)

Zubeil-Berlin: Die Reſolution des Parteivorſtandes befriedigt einen großen Teil der Delegierten nicht, ſie läßt eine klaſſende Wunde offen; ſie wendet ſich wohl ſcharf gegen den augenblicklichen Zuſtand, aber ſie ſagt kein Wort darüber, was in Zukunft geſchehen ſoll, wenn ein Teil der Genossen wiederum die Beſchlüſſe des Parteitages unbeachtet läßt. Die übergroße Mehrzahl der Genossen in Deutschland — auch in einem Teile von Süddeuſchland — verſteht das nicht, ſie haben es endgültig ſatt, daß die koſtbare Zeit des Parteitages in der Weiſe verbracht wird, wie es ſchon ſeit einigen Jahren hat geſehen müſſen. Die Genossen verſtehen nicht, wie es möglich iſt, daß in der ſozialdemokratiſchen Partei mit zweierlei Maß gemessen wird. (Sehr richtig!) Nach unten nimmt man auch in Baden keine Rückſicht, da gilt der Satz: Wer ſich nicht fügt, der fliegt. Aber nach oben — ja, Bauer, das iſt ganz etwas anderes, da wird Rückſicht auf die einzelnen Perſonen in jeder Beziehung genommen. Gerade diejenigen, die in den Stellungen, in die ſie durch das Vertrauen der Genossen hineingekommen ſind, die eigentlich verpflichtet wären, den Beſchlüſſen der höchſten Inſtanzen mit allen Mitteln Beachtung zu verſchaffen, gehen den Maſſen mit ſchlechtem Beiſpiel voran, indem ſie die Beſchlüſſe mißachten und glauben, ſich alles erlauben zu können, weil ſie wiſſen, daß ſeit Lübeck ſelbſt Rückſicht auf ſie genommen iſt. Die Reſolution der Parteileitung in Verbindung mit unſerem Zuſatzantrag iſt das mindeſte, was hier beſchloſſen werden muß. (Lebhafte Zuſtimmung.) Hunderttauſende von organisierten Genossen haben ſich in den letzten Monaten geſagt, jetzt iſt das Maß voll, jetzt läuft es über. (Sehr wahr!) Wir müſſen Kautelen ſchaffen, damit wir uns nicht auf dem nächſten Parteitag oder in zwei Jahren ſchon wieder mit derſelben Sache bezw. mit denſelben Perſonen beſchäftigen müſſen. Wibel hat ſchon ausgeführt, wer da glaubt, ſich nicht fügen zu können, dem ſtehen die Türen weit offen. Der mag es mit ſeiner Ueberzeugung ausmachen, ob er noch bei uns bleiben will oder nicht. (Sehr richtig!) Es zwingt keiner diejenigen Genossen, die da glauben, es mit ihrer Ueberzeugung nicht verantworten zu können, mit den Millionen von Rekruten unſerer Partei, mit den Soldaten, die die Schlachten auf poliitiſchem Gebiete ſchlagen, weiter mitzumäſchieren. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie alſo, unſeren Zuſatzantrag mit möglichſt großer Mehrheit anzunehmen. (Bravo!) Warum haben denn die Genossen Kolb und Franck, wenn ſie wußten, daß ſie der Parteivorſtand gewandt und benachteiligt, daß die Budgetfrage auf dem Leipziger Parteitag zur Verhandlung kommt? (Zuruf: Solcher Antrag wäre ja doch abgelehnt worden!) Das wäre noch die Frage; wenn er abgelehnt wäre, wann hätten die Genossen von Baden ſich genau ſo danach zu richten, wie die einfachen Soldaten das tun müſſen, deren Anträge in ihren Wahlkreiſen ein-, zwei- und dreimal abgelehnt werden, bis ſie ſchließlich doch einmal zur Annahme kommen. Jetzt, wo den Wadenern das Feuer unter den Nägeln brennt (Waden bei den badiſchen Delegierten), ſtellen ſie einen Antrag, der die Einleitung einer Unterſuchung über die Wad-

gestrage wünscht. Mit anderen Worten: die ganze Frage soll verschoben werden, in der Öffentlichkeit will man es so hinstellen: da, seht, wir Badener sind doch ganz verdammte Kerle, wir haben den Parteitag überzeugt, daß wir doch nicht so unrecht gehandelt haben. (Sehr gut!) Mein, die Majorität des Parteitages wird unbekümmert um diesen Antrag die Stellung einnehmen, die sie einnehmen muß, wenn sie die Achtung in Deutschland nicht verlieren will (Sehr gut!), nicht nur die Achtung in der Partei, sondern auch die Achtung bei den bürgerlichen Parteien. Es war mir sehr interessant, die bayerischen Genossen zu hören. Mir ist erinnerlich, daß nach der Abstimmung im bairischen Landtag über das Finanzgesetz sogar ein großer Teil der liberalen Wähler ihren eigenen Abgeordneten die bittersten Vorwürfe gemacht haben, daß sie für ein derartiges Budget stimmen konnten. (Hört! hört!) Und da sollten wir Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien und der Regierung gegenüber Müßigkeit nehmen? Ich müßte lächeln, als Frank seine Erfolge hier zum besten gab. Die Schulartzfrage haben wir in Berlin längst gelöst. In bezug auf die unentgeltlichen Lehrmittel haben wir das gleiche erreicht wie die Badenser, ohne daß wir für das Budget gestimmt haben. Diese Fragen sind durch uns gelöst und nicht etwa durch eine andere Partei. (Sehr richtig!) Wir sind aus den jahrelangen Kämpfen um diese Fragen als Sieger hervorgegangen. Aber natürlich Berlin ist ja nur eine Kommune, nicht einmal ein deutscher Einzelstaat mit einem Großherzog an der Spitze. (Weiterkeit.) Denken die Badenser nicht mehr daran, daß einige Monate vor ihrer Zustimmung zum Budget zwischen Haupt- und Städtewahl derselbe Minister von Bodman der Einigung zwischen Zentrum und Nationalliberalen gegen die Sozialdemokraten sehr entschieden das Wort rebete? Es wurde von ihm ausgeführt, daß die Nationalliberalen bei einem Zusammengehen mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokratie mindestens ebenso viel Gewinn hätten, als wenn sie umgekehrt mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum gingen. Jedenfalls — so hieß es weiter — solle nochmals betont werden, daß es tief bedauerlich wäre, wenn bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie durch Wahlhilfe Vorstoß leisten würden. Derselbe Minister, der damals so scharf gegen die Sozialdemokratie Badens vorgegangen, hat jetzt durch einige liebenswürdige Worte für die Sozialdemokratie, wie es die Badenser meinen und wie es in den badischen Parteiblättern gestanden hat, seinen Sturz verhindert. Und weiter. Derselbe Minister hat aber auch öffentlich in den zwei Kammern einige Monate vorher mit Nachdruck erklärt, daß ein Beamter nicht Sozialdemokrat sein dürfe, denn er habe dem Großherzog den Treueid geleistet. Derselbe Minister erklärt es für selbstverständlich, daß von den Bezirksämtern den Militärbehörden die Personalien der Rekruten ausgeliefert werden, um ihnen besser wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung auf die Finger sehen zu können. Und dieser Minister wird durch Sozialdemokraten gestützt.

Wenn die Badenser glauben, daß Nationalliberale und Zentrum auf die Dauer sich als Feinde gegenüberstehen, so täuschen sie sich. Es wird nicht mehr lange dauern, dann gehen wieder die beiden Hand in Hand und liegen Brust an Brust. Dann hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, dann kann der Mohr wieder gehen. (Frank ruft: Wir gehen aber nicht!) Es werden selbstverständlich noch Sozialdemokraten im badischen Landtage bleiben, es fragt sich nur, in welcher Stärke. (Frank: Das ist unsere Sorge!) Wären die Referenten in den Berliner Versammlungen nicht gewesen, dann wären die Resolutionen viel schärfer ausgefallen. (Sehr richtig!) Es ist doch nicht ganz gleichgültig, wie sich so große Zentren, wie Berlin, Hamburg usw., zu der Sache äußern. Denn sie haben die Munition geliefert, mit der die Süddeutschen ihre Kämpfe führten. Die Badenser wären ganz außerstande, das Geld selbst aufzubringen. (Wider-

spruch bei den süddeutschen Delegierten.) Wenn es den Badensern Spaß macht, dann sollen sie sich außerhalb der Partei stellen, dann wird es sich ja bald zeigen, wo die Kraft der deutschen Sozialdemokratie liegt. Ich gehöre auch nicht mehr zu den Jungen, ich sehe schon ein Menschenalter im Dienste der Partei und habe überall meine Kräfte eingesetzt. Ich habe aber immer die Achtung vor den Beschlüssen des Parteitages gewahrt, und diese Achtung vor den Parteitagebeschlüssen muß ergötzen werden. Das muß auch von den angebliehen Führern der Sozialdemokratie verlangt werden, ob sie nun im Norden, Süden, Osten oder Westen wohnen. Würde unser Parteivorstand öfter schärfer zugreifen, würde er der Presse etwas mehr Aufmerksamkeit schenken, besonders in Süddeutschland, einer Presse à la Kolb, dann würden wir in diese elenden Zustände nicht hineingeraten sein. (Lebhafter Beifall.)

Engler-Freiburg: Genosse Zubeil hat im letzten Moment eine Saite angeschlagen, deren Berührung ich erwartet hatte. Ich wußte schon, daß man sagen würde: Was seid Ihr denn, wenn Ihr unseren Berliner Gelbbeutel nicht habt? Wenn Ihr kein anderes Mittel habt, um uns zu schrecken, damit ich schreie! Ihr uns nicht! (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Wir haben in Baden zwei Parteiblätter, die vollständig reussieren und keinen Zuschuß verlangen. Wir hatten ein kleines Blatt in Offenburg gehabt, welches einen Zuschuß erforderte, dieses Blatt ist eingegangen. Es handelt sich nur noch um eine kleine Summe. Wir sind wohl imstande, die Mittel für unsere Kämpfe aufzubringen. Von unseren badischen Genossen wird ein ganz anderer Opfermut verlangt als von denen in manchen Großstädten. Wir haben zum Beispiel Gegenden, wo eine Tagereise notwendig ist, um 20 Flugblätter zu verteilen. Wir haben eine große Anzahl von Gemeindevertretern und Gemeindevorständen, die im Verhältnis zur Mitgliederzahl höher sind als in anderen Bundesstaaten. Wir leisten mindestens ebensoviel wie die Genossen in den Großstädten.

Bebel hat auch heute wieder behauptet, daß die Badenser wegen ein paar Ministerworten umgefallen sind. Wäre das der Fall, so wären unsere Abgeordneten Jammerlappen. (Sehr richtig!) Es ist aber nicht wahr, und wenn Sie das immer behaupten, dann beweisen Sie nur, daß Sie sich jedem vernünftigen Grunde verschließen, und daß sie keine Begründung hören wollen.

Wie liegen denn die Dinge? Aus der Politik, wie sie in Baden betrieben wird, hätte sich mit Notwendigkeit die Budgetbewilligung ergeben. Dann kamen die paar Ministerworte, daß der Großherzog keinen von uns zum Bezirksrat ernennen könne. Dabei hat ein Budgetverweigerer, der Abgeordnete Monch, erklärt, daß die strittigen Bezirksräte kaum die Bedeutung eines Nachwächters hätten. Dann kamen die anderen Ministerworte. So haben sich die Erklärungen auf, und der politische Status war wieder hergestellt. Gäßen unsere Abgeordnete das Budget verweigert, so wäre die Reform der Gemeinde- und Städteordnung gefährdet gewesen. Sie wäre nicht abgelehnt worden, sondern nach den Wünschen des Zentrums und der 1. Kammer verschlechtert worden. Bebel sagte, wir verstehen nichts von dem, was im preussischen Wahlkampfe sich abspielt. Wenn wir nichts davon verstehen, was in Preußen vorgeht, dann wird es auch nicht Anrecht sein, wenn wir sagen: „Die norddeutschen Genossen haben nicht das Verständnis, um das beurteilen zu können, was sich bei uns abspielt.“ Wir sind doch nicht etwa dümmer als die Norddeutschen. (Weiterkeit.) Durch Bebel's Rede ging es wie ein roter Faden, „wir müssen die Süddeutschen an der Strippe, am Schürchen haben, die sind zu genüßvoll, und machen sonst Dummeheiten.“ Ich denke dabei an die Geschichte mit der Henne, die Enten ausgebrütet hatte, die dann zu schwimmen angingen. Gaben Sie nur keine Angst, wir können schwimmen und sind im richtigen Wasser. Man



hat versucht, die Gewerkschaftsführer gegen uns scharf zu machen, weil unser Beispiel die Disziplin in den Gewerkschaften gefährde. (Sehr richtig!) In den neunziger Jahren hat nun ein heftiger Streit in den Gewerkschaften stattgefunden, ob es richtig sei, in eine Tarifgemeinschaft mit den Unternehmern einzutreten. Wäre damals ein Gewerkschaftskongreß an die Frage herangetreten, und hätte er, ebenso wie der deutsche Parteitag die bundesstaatlichen Verhältnisse ignoriert, die Verhältnisse der einzelnen Berufsorganisationen ignoriert, dann wäre mit neun Zehntel Mehrheit beschlossen worden, eine Tarifgemeinschaft darf nicht eingegangen werden. Der Gewerkschaftskongreß handelte aber nicht so. Nur auf dem deutschen Parteitage versucht man in der Weise zu schablonisieren. Genossin Luxemburg hat ja in Lahr deutlich gesagt: „Wir haben noch die Macht, und der Wille des Parteitages wird ein eiserner sein,“ er wird Euch zurüdführen in die richtige Bahn. (Sehr richtig!) Nun sind die Beschlüsse zur Budgetbewilligung mit einer Mehrheit gefaßt worden, die aus Delegierten besteht, welche aus Bundesstaaten kommen, für die die Budgetbewilligung keine Bedeutung hat. Dagegen steht der fest geschlossene Wille derjenigen Delegierten, für die die Frage von Bedeutung ist. Das sollte doch zu denken geben. Das sollte manchen doch auf den richtigen Weg führen. (Zuruf: Partikularismus!) Wir wäre es auch lieber, wir hätten nicht 24 Vaterländer, aber wir müssen mit den Verhältnissen rechnen. Dadurch, daß unsere Fraktion die ersten paar Ministerworte zum Vorwand nahm, um das Budget abzuschneiden, hat sie bewiesen, daß sie gern dem Willen des Parteitages Rechnung trägt, wenn sich nur ein Ausweg finden läßt. So wie die Dinge sich aber am Tag vor der Abstimmung entwickelten, durfte unsere Fraktion nicht ablehnen. Wir haben alle gesagt: jetzt ist wenigstens einem Streite vorgebeugt, diese Gründe wird die Gesamtpartei anerkennen. Wir haben uns leider getäuscht. Auch Lipinski will die Einheit der Partei aufrecht erhalten, freilich die nach dem Leipziger Muster. Das soll auf das ganze Reich übertragen werden. Lipinski sagte, wenn wir die Budgetfrage zu einer taktischen Stempel, dann kann jeder machen, was er will. Das will kein Mensch, das trifft nicht zu. Wenn die Frage eine taktische ist, dann hat die betreffende Fraktion lediglich die Möglichkeit, in dieser Sache zu tun, was der Moment gebietet. Diese Freiheit müssen wir verlangen. Wenn Sie den Antrag Maurer ablehnen, so wird trotzdem auf jedem Parteitage die Frage wieder von uns aufgerollt werden. Wir werden immer wieder verlangen, daß über die Budgetfrage verhandelt wird. Zubeil gegenüber möchte ich noch erwidern, daß wir auch schon in einer großen Anzahl von Orten die Lehrmittelfreiheit haben. Durch Gesetz ist sie noch allgemeiner eingeführt worden. (Beifall bei den badiſchen Delegierten.)

Hanse-Königsberg i. Pr.: Ich habe vom Genossen Frank Aufklärung darüber erwartet, wie die Badenser in Zukunft sich zu der Streitfrage stellen werden, ob sie die Parteitagebeschlüsse als für sich verbindlich ansehen wollen. Darauf hat er eine bestimmte Antwort nicht gegeben. (Hört! hört!) Die Parteigenossen im Lande und die Mehrheit der hier anwesenden Delegierten sind aber nicht gesonnen, lediglich schöne Reden anzuhören oder papierne Resolutionen fassen zu lassen, sondern sie wollen eine Gewähr dafür haben, daß wir in Zukunft nicht wieder in einen solchen Parteihader hineinkommen und daß der Parteitag als die höchste Instanz von allen anerkannt wird. (Lebhafte Beifall.) Das ist der Grund gewesen, weshalb Zubeil mit 207 anderen Delegierten den Zusatzantrag gestellt hat. Webel hat sich zwar dagegen gewendet, aber alle seine Ausführungen waren lediglich der Ausdruck dessen, was in diesem Antrage niedergelegt ist. (Sehr richtig!) Auch wir denken nicht daran, unsere badiſchen Freunde auszuschließen. Wir müssen aber Klarheit darüber schaffen,

wie in Zukunft die Situation in der Partei ist. Wenn trotz unserer diesmaligen Beschlüsse, die vielleicht mit erdrückender Mehrheit gefaßt werden, die badiſchen Genossen dennoch sich darüber hinwegsetzen sollten, so können wir das nicht dulden. Nun hat uns Frank ein Mittel empfohlen, wie man den Frieden herstellen kann. Er verlangte Rücksicht auf eine immerhin kompakte Minderheit, die anderer Auffassung ist. Frank kann überzeugt sein, daß die Mehrheit auf das Sorgfältigste und Gewissenhafteste die Gründe der Minderheit jederzeit erwogen hat, und daß wir, daß insbesondere der Parteivorstand und der Referent Webel sich nicht leichtfertig über die Bedenken der süddeutschen Genossen hinwegsetzen. Aber was er gefordert hat, führt doch zu etwas ganz Paradoxem. Er will, daß die Mehrheit ihre Erkenntnis preisgeben soll zugunsten der Minderheit. Das heißt geradezu, uns in eine verkehrte Welt einführen. Genosse Frank hat vollständig bekannt, daß jede auf freier Vereinbarung beruhende Gemeinschaft das Grundgesetz des eigenen Lebens zerstört, wenn sie den einzelnen Mitgliedern gestattet, in Abweichung von den Beschlüssen der Mehrheit so handeln. Genosse Webel hat dies in der von ihm verlesenen Erklärung so deutlich und überzeugend zum Ausdruck gebracht, daß kein Wort mehr hinzuzufügen ist. Genosse Frank betont stets, er sei nicht darauf ausgegangen, daß sich der Parteitag mit seiner Person beschäftige und daß er hier die Zielscheibe für Angriffe werde. Aber Genosse Frank mußte wie alle Badener wissen und wollte, daß, wenn sie trotz des Nürnberger Beschlusses für das Budget stimmen, sich die größte Erregung der weitesten Parteitreife in ganz Deutschland bemächtigen müsse und dies noch dazu in einer Zeit, wo wir gerade wegen der nächsten Wahlen die Aufgabe haben, uns mit aller Kraft gegen die Gegner zu wenden, nicht aber einen Parteistreit anzufachen. Die einfachste parteigenössliche Rücksicht gebot unbedingt das Festhalten an dem Nürnberger Beschluß und gestattete nicht, im letzten Moment diesen Standpunkt zu ändern. Frank hat immer wieder betont, daß er nicht den Willen gehabt hat, den Beschluß zu verlegen. Um mich juristisch mit ihm auszudrücken, hatte er doch wenigstens den dolus eventualis (Schlichter), ich meine den dolus eventualis natürlich nicht im Sinne unserer Staatsanwälte. Sie mußten ganz genau, was die Konsequenzen Ihrer Haltung sein werden, man mußte denn annehmen, Sie seien ein so naiver Politiker, wie Sie das in der Tat nicht sind. (Sehr richtig!) Sie waren sich über die Tragweite klar und wenn Sie trotzdem den Nürnberger Beschluß mißachteten, dann haben Sie eben mit dolus gehandelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist ein geistloses und durchaus unwahres Gerede, daß wir in unserer Partei Dogmen aufstellen, Inquisition treiben und einen Kababergesam erzwängen! Wer auch nur oberflächlich die Geschichte der politischen Parteien Deutschlands kennt, der weiß, daß keine einzige Partei Seitensprünge ihrer Mitglieder so nachsichtig beurteilt wie die unfertige. (Sehr richtig!) Denken Sie doch an die Nationalliberalen! Diese haben den kommerzientar Kent zum Austritt gezwungen, weil er sich zu offen gegen das allgemeine, gleiche, geheime Reichstagswahlrecht ausgesprochen hat. Graf Oriola und Frhr. v. Seyl mußten ausscheiden, weil sie bei der letzten Finanzreform mit der Partei nicht übereinstimmten. Dagegen haben wir von Webel gehört, hat Fischer betont, daß in unseren Reihen Leute tätig sind, die sich Sozialdemokraten nennen, die aber gewiß von der überwiegenden Mehrheit der Genossen nicht mehr als Sozialdemokraten, vielleicht sogar, wie hier gesagt wurde, als Nationalliberale angesehen werden.

Frank verlangt, man möge doch die Disziplin, die man fordert, vernünftig auslegen. Damit stimme ich überein, darüber gibt es keinen Zweifel. Es ist ganz gewiß: wenn ein Beschluß von der Mehrheit gefaßt wird und die Ver-



hältnisse, unter denen der Beschluß gefaßt wurde, sich vollständig ändern, so würde jeder von uns, wenn er nicht die Möglichkeit hat, mit der Gesamtpartei vorher in Beziehung zu treten, auf seine Verantwortung das tun, was nach seiner Ueberzeugung im Interesse der Partei notwendig ist. (Hört! hört!) Aber unter einer Voraussetzung: Wenn er weiß, daß er die Gesamtpartei hinter sich hat, oder sich wenigstens stützen kann auf die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Insofern unterscheidet sich der badische Fall von allen Fällen, die ausgegraben worden sind, namentlich von dem Vorgang nach St. Gallen. Dazu kommt noch eins. Wenn einer von uns in eine solche Zwangslage gebracht wird, so tritt er vor den nächsten Parteitag hin und sagt: Genossen, ich habe Euren Beschluß verlegen müssen, es tut mir sehr leid, ich konnte aber nicht anders handeln, ich glaube damit die Interessen der Partei am besten gewahrt, erteile mir dafür Indemnität. Das ist die Sprache von Parteigenossen in solchen Fällen. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Frank hat immer wieder in seiner Rede betont, daß die Badenser doch gemeint haben, das Interesse der Partei wahrzunehmen. Das glaube ich, ich habe keinen Augenblick daran gezweifelt, Freunde aus Baden. Aber wer entscheidet denn darüber, was das Interesse der Partei gebietet (Sehr richtig!), entscheidet darüber, wenn Streit ist, die untere Instanz oder die obere Instanz? Entscheidet darüber der Parteitag oder irgendeine Fraktion oder kraft des jetzt proklamierten Rechtes auf Selbstherrlichkeit des Individuums, auf Persönlichkeitsrecht jeder einzelne Parteigenosse? Dann hört allerdings die Geschlossenheit und Einigkeit der Partei auf, dann muß es zur Auflösung kommen.

Nun ist der Antrag gestellt worden, es solle eine Studienkommission eingesetzt werden. Die Anregung stammt von meinem Freunde Braun, dem ich im Rahmen dieser Debatte leider nicht so entgegenzutreten kann, wie ich es gewünscht hätte und wie ich es in Königsberg getan habe. Glauben Sie denn wirklich, daß unser Parteivorstand trotz der Vorgänge in Lübeck, trotzdem in Nürnberg die Frage auf der Tagesordnung stand und wir uns heute wieder damit beschäftigen müssen, nicht weiß, was die Budgetfrage bedeutet, es heißt denn doch den Parteitag geradezu beleidigen, wenn man das Beispiel des Genossen Timm aus vergangenen Zeiten hervorholt, und damit andeutet, es gebe vielleicht auch hier einige Timms, die gar nicht einmal wissen, was es mit dem Budget auf sich hat. Nun, Sie werden mir zugeben, daß inzwischen unsere Parteigenossen derartig geschult worden sind, durch Parteischule, durch die Presse, durch Diskussionsabende, durch Lektüre, daß sich namentlich unter den Delegierten, den Auserwählten der Parteimitglieder, niemand mehr finden wird, der das nicht weiß. Gewiß, die feinen subtilen staatsrechtlichen Fragen werden die Genossen nicht beherrschen, aber darauf kommt es gar nicht an. (Sehr richtig!) Die Budgetfrage kann eben nicht als Einzelfrage, losgelöst von unseren gesamten theoretischen und taktischen Grundfragen betrachtet werden. Kolb läßt ja in seinen Broschüren und seinen Aufsätzen keinen Zweifel darüber, daß er die Partei planmäßig mit seinen Freunden vom Boden der Dresdener Resolution entfernen und auf einen anderen Boden drängen will. In diesem Zusammenhang ist die Budgetfrage überhaupt nur zu beurteilen, das ist ihr politischer Charakter, das ist ihre politische Bedeutung. (Lebhafte Beifall.) Frank beschwerte sich darüber, daß gegen die Badenser wegen der Großblodpolitik Angriffe nicht immer in freundlichem Sinne gerichtet worden seien. Genosse Frank, keinen wird es geben, der gegen Ihre Stichwahlkommen etwas Gewichtiges einwenden wird. Aber ganz etwas anderes ist Ihre Tätigkeit im Parlament selbst, und wenn Sie sich überlegen — Sie sind ja auch Reichstagsabgeordneter —, wie innerhalb unserer ganzen Partei Hohn und Spott ausge-

gossen worden ist über die liberal-konservative Paarungs idee, so werden Sie mir bei ruhiger Selbstprüfung zugeben müssen, daß das Verhalten der Liberalen doch verteilte ähnlich war dem Verhalten unserer badischen Genossen. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen.) Ähnlich, habe ich gesagt. (Webel: Es ist ganz gleich!) Ja, Genossen, ich muß auch meinem Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen, weil ich nicht wenigstens die Ähnlichkeit konstatieren würde. Ich will noch eins sagen: Die Taktik, die uns hier als funktelnagelne vorgeführt wird, ist ja jedem Politiker sehr wohl bekannt, sie ist so uralte, so abgenutzt, so verbraucht. (Schr gut!) Das sind ja die schartigen, verrosteten Waffen, mit denen die Nationalliberalen von Niederlage zu Niederlage geeilt sind. (Lebhafte Zustimmung.) Das sind ja dieselben Waffen, die gerade die Liberalen zu Säulens Zeiten bei der Paarungspolitik geführt haben und bei deren Führung sie sich beinahe um den letzten Rest ihres politischen Ansehens gebracht haben. (Sehr richtig!) Wer von uns will nicht Konzessionen mit allen Mitteln, wer will nicht Verbesserungen? Man hat Katzenstein vorher Unrecht getan, wenn man es so darstellte, als ob er auf dem Standpunkt stehe: je schlechter, desto besser. Er hat lebendig ausgeführt, wie psychologisch unsere Haltung und die Haltung der Süddeutschen zu erklären sei, er hat ihnen damit entgegenkommen wollen. Aber wir schämen allerdings die Konzessionen, die uns entgegengebracht werden, um uns ungeschmeicheln, nicht, sondern solche, die wir im harten Kampfe Schritt für Schritt unsern Gegnern, insbesondere der Klassenregierung abtrotzen. (Sehr richtig!) unsern Gegnern, insbesondere der Klassenregierung abtrotzen. (Sehr richtig!) Wenn wir unsere Resolution eingebracht haben, um deren Annahme ich Sie bitte, so deswegen, weil wir den Frieden haben wollen. (Frank: Das ist der Weg.) Gewiß, wenn Sie auch anderer Auffassung über die Budgetfrage sind, wenn Sie in dem Nürnberger Beschluß nicht der Weisheit letzten Schluß sehen (Frank: Nein!) — auch nicht mit Ihnen — (Frank: Na also), dann mögen Sie Anträge auf Veränderung stellen, dann mag auch später eine Studienkommission noch eingesetzt werden, aber verkoppeln Sie nicht die Einsetzung einer Studienkommission mit der Frage, die uns heute hier beschäftigt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich werde mich sehr freuen, wenn die Landesvorstände uns im Laufe der nächsten Zeit Material über das Budget ihres Landes geben, wenn durch die Presse, namentlich durch unser wissenschaftliches Organ „Die Neue Zeit“, die staatsrechtlichen Budgetfragen der Einzelstaaten beleuchtet werden. Alles wunderbar schön, aber dazu brauchen wir keine Studienkommission. Der Genosse Frank hat sich heute mehrmals geflissentlich berufen auf das „Correspondenzblatt“ der Gewerkschaften und einen Artikel, den dies Blatt nach dem Nürnberger Parteitag veröffentlicht hat. Er hat sich wahrscheinlich nicht erinnert an die Erklärung des Führers der Gewerkschaften, des Genossen Legien, in dem aktuellen Streit, in dem wir uns befinden. Legien hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß, nachdem einmal der Parteitag gesprochen habe (Frank: Berufen Sie sich nicht auf Legien!), wenn auch nach seiner Meinung in einem unrichtigen Sinne, doch die Verpflichtung bestände, Disziplin zu üben. (Frank: Stützen Sie sich nicht auf Legien in dieser Sache!) Ich stütze mich nicht auf Legien, das habe ich bei meinen Argumenten auch gar nicht nötig. (Sehr richtig!) Ich wollte Ihnen nur seine, vor aller Welt abgegebene Erklärung ins Gedächtnis rufen. Ich sage zum Schluß das eine: Ich möchte mit aller Klarheit, aber auch ohne Leidenschaft (Lachen bei den Süddeutschen), ohne Gefälligkeit die Frage, die uns beschäftigt, entscheiden, damit wir brüderlich weiter den Kampf gegen unsere Gegner führen können, und ich bin überzeugt, Genossen, Sie werden schließlich nach einiger Zeit einsehen (Zuruf bei den Süddeutschen: Umgekehrt!), daß der Standpunkt, den die Mehrheit eingenommen hat, der richtige gewesen ist. (Lebhafte Beifall.)

**Riem-Dresden:** Auch ich hätte gewünscht, daß wir die Frage der Budgetbewilligung, die Frage des Disziplinbruches, wenn man diesen Ausdruck nun einmal anwenden will, auf diesem Parteitag nicht hätten zu verhandeln brauchen. Auch mir wäre es lieber gewesen, wenn die badischen Abgeordneten in Befolgung des Nürnberger Beschlusses diesmal das Budget abgelehnt hätten und dann vor den Parteitag getreten wären und gesagt hätten: Wir haben den Nürnberger Beschluß befolgt, trotzdem wir seine Unrichtigkeit eingesehen haben, wir haben es getan, um Euch den Anlaß zu nehmen, uns als Nichtbefolger eines Parteitagbeschlusses zu brandmarken. Nun seht, was daraus entstanden ist, ich bin überzeugt, dann wäre der Parteitag an die Frage herantreten, ob der Nürnberger Beschluß tatsächlich ein guter Beschluß war. Doch das ist nicht geschehen. Die badischen Genossen haben geglaubt, so handeln zu müssen. Ich zweifle nämlich nicht an ihrem guten Glauben. Ich nehme an, daß sie nach bestem Wissen gehandelt und geglaubt haben, daß sie sich um die Errungenschaften ihrer Kämpfe und Mühen gebracht hätten. Ich habe ja diesen Glauben nicht, aber man muß den Wadenfern diesen guten Glauben zuerkennen. Sie sind ja schließlich die nächsten, die darüber urteilen können. Ich habe mich feinerzeit in der Berichterstattung über den Nürnberger Parteitag gegen die Nürnberger Resolution gewandt. Die Versammlung hat ja auch erklärt, es wäre besser gewesen, wir hätten damals den Antrag Frohne angenommen, dann hätten wir heute diese Auseinandersetzung nicht. Die Dresdener Genossen, die mich delegiert haben, kennen meine Stellungnahme. Ich bin in geheimer Abstimmung gewählt, obwohl eine knappe Mehrheit im Gegensatz zu mir eine scharfe Resolution gegen die Wadenfer beantragt hat. Ich betrachte die Budgetfrage nicht als eine prinzipielle, sondern als eine taktische Frage, und Legien, der hier als Kronzeuge aufgerufen ist, der gesagt hat, die Wadenfer müßten ausgeschloffen werden, der hat das doch gesagt, um dadurch die Unmöglichkeit des Nürnberger Beschlusses zu dokumentieren. (Lebhafter Widerspruch.) Es ist schade, daß Legien nicht selbst hier ist, er würde das bestätigen. Außerdem kann man das auch daraus entnehmen, daß das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission gegen den Nürnberger Beschluß aufgetreten ist, und man wird doch wohl annehmen können, daß die Redaktion sich mit dem Vorsitzenden der Generalkommission ins Einbernehmen gesetzt hat. Die Verhältnisse sind in den Bundesstaaten sehr verschieden. Gewiß, in prinzipiellen Fragen müssen unsere Fraktionen überall in gleicher Weise auftreten. Die Budgetabstimmung halte ich aber nicht für eine solche. Aber es ist doch ein Unterschied zwischen der badischen und der sächsischen oder gar der preussischen Politik. In Sachsen wären wir sehr froh, wenn wir solche Erfolge erzielen könnten, wie z. B. die Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht oder die Anerkennung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner. Bei uns schmeißt man die Eisenbahner heraus, wenn sie nur einmal eine Versammlung besuchen, bei der ein sozialdemokratischer Abgeordneter referiert. Lipinski hat wieder in der schärfsten Weise vor einer Ueberschätzung der positiven Erfolge gewarnt. Gewiß, aber man darf sie auch nicht unterschätzen. (Sehr richtig!) Sonst wird uns das nachher bei der Agitation aufs Butterbrot geschmiert. (Lachen.) Ich gehe auch auf die Agitation und ich weiß, einen wie hohen Wert man selbst den kleinen Errungenschaften beilegt. Man muß eben den Klassenstaat, wie es biblisch im „Wahren Jakob“ dargestellt ist, von allen Seiten anpacken, aber man soll nicht so tun, als wenn unsere Errungenschaften gar nichts wären. Machen wir uns etwa deshalb die ganze Arbeit und Mühe bei den Wahlen, verwenden deshalb die Abgeordneten Zeit und Mühe, um sich nachher sagen zu lassen: das ist ja so gut wie nichts? Ich habe auch noch keinen sozialdemokratischen Agitator gehört, der etwa in einer Wählerver-

sammlung unsere Erfolge als nichtig hingestellt hätte, und deshalb sollten wir das auch hier nicht tun. (Sehr gut! bei den Wadenfern.) Wenn man sagt, man soll nicht zweierlei Maßstab anlegen, so stimme ich dem vollkommen zu. Wenn man die früheren Verächter von Parteitagbeschlüssen kaum gerügt hat, warum soll man denn jetzt einen Seklerhut aufsetzen, vor dem jeder eine Reverenz machen muß, wenn er nicht aus der ihm liebgeordneten Partei, der er sein Leben gewidmet hat, austreten will? Was will man denn damit erreichen? Will man, daß die Genossen gegen ihre Ueberzeugung einen anderen Standpunkt einnehmen? (Sehr gut! und Widerspruch.) Dann erzieht man sie zu Heuchlern, und deshalb muß ich mich entschieden gegen die Zusatzresolution wenden. Allerdings wird das nichts nützen, da ja schon die Mehrheit des Parteitages sie unterzeichnet hat. Aber was haben dann die Parteitage noch für einen Zweck, wenn sich schon vorher eine Mehrheit festlegt. (Große Unruhe.) Ich halte es für verfehlt, wenn man sich schon vorher in Subparteitagen festlegt. (Zuruf: Unstimm.) Ich bin aber auch gegen die Resolution der Parteileitung, denn ich glaube nicht, daß die Wadenfer bewußt die Partei provozieren wollten. Den guten Glauben kann man den Wadenfern doch unter keinen Umständen absprechen. Man spricht immer von dem Bruch des Beschlusses des St. Gallerer Parteitages, aber es gibt doch noch eine Reihe anderer Mißachtungen von Parteitagbeschlüssen. Ich muß zugehen, daß ich mich auch schuldig fühle, daß wir in Chemnitz vor den letzten Stichwahlen beschlossen haben, die Nationalliberalen gegen die Agrarier zu unterstützen, ohne irgendeine Gegenleistung. Und die Leipziger haben ja feinerzeit ein sehr „alängendes“ Beispiel eines Disziplinbruches gegeben, als sie trotz vorliegenden Beschlusses die Wahlbeteiligung lebhaft bekämpften und der Partei unabsehbaren Schaden zufügten, der sich noch lange bemerkbar machte. Wenn man allerdings von einem parlamentarischen Aristinismus spricht, so kann man es den Genossen nicht übelnehmen, wenn sie sagen, warum machen wir uns solche Arbeit, um Mandate zu erringen. (Sehr gut.) Zum Fenster hinaus kann man in jeder Volksversammlung reden, dazu braucht man nicht die Tribüne des Parlaments. (Lachen.) Will man einen gesunden Zustand herbeiführen, will man Beruhigung schaffen, dann muß man den Antrag annehmen, der das Studium der Budgetfrage verlangt, denn es herrscht darüber noch viel Unklarheit. Im sächsischen Landtag z. B. würden auch bei Ablehnung des Finanzgesetzes ruhig die einzelnen Etatspositionen bestehen bleiben. (Hört! hört! und Widerspruch.) Man nehme diese Resolution an. Zur Ruhe kommt die Frage ja doch nicht, denn Sie können es doch niemandem verwehren, auf den nächsten Parteitagen von neuem Anträge zu stellen, wir haben ja gehört, daß diese Absicht besteht. Im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei bitte ich um Annahme dieses Antrages, die Einsetzung einer Studienkommission kann unter keinen Umständen etwas schaden. (Vereinzelter Beifall.)

**Fleischer-Dresden:** Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Wadenfer Genossen bei ihrem Vorgehen im guten Glauben gehandelt hätten. Ja, wenn das nicht der Fall wäre, dann müßten sie ja ohne weiteres aus der Partei hinausfliegen. Das unterschellen wir ohne weiteres, darüber kann keine Frage sein. (Frank: Lipinski!) Aber die Redensarten vom guten Glauben können nicht dazu führen, daß man alles entschuldigend, was in der Partei vorgeht. Da würde uns der Boden unter den Füßen weggezogen und die Parteibeschlüsse würden in der Luft hängen. Was Genosse Riem angeführt hat, das entspricht in sehr vielen Dingen, soweit besonders sächsische Verhältnisse in Betracht kommen, nicht der Wirklichkeit. (Hört! hört!) Zunächst darf ich, obwohl nicht autorisiert, als langjähriger Kenner der sächsischen Parteidinge bis ins einzelne hinein feststellen, daß Riem zweifellos nicht im Sinne

der übergroßen Mehrheit der sächsischen Genossen gesprochen hat. (Beifall und Händeklatschen.) Ich glaube ferner aussprechen zu dürfen, so wie jetzt die Dinge liegen, wird es in absehbarer Zeit ganz undenkbar sein, daß in Sachsen unsere Genossen und Führer im Parlament oder sonstige in irgendeiner Form auf den Boden dieser Konfessionskulturschulgenpolitik gedrängt werden. Die Parteimitglieder Sachsens haben es stets und unter allen Umständen als ihre höchste Aufgabe betrachtet, die Parteibeschlüsse hochzuhalten, wenn sie uns auch manchmal nicht paßten. (Beifall und Händeklatschen.) In diesem Sinne haben wir in der Organisation gewirkt und die Genossen sind uns gefolgt und haben eingesehen, daß es so richtig ist. Es sind eine ganze Reihe aller sächsischer Parteigenossen hier, die das bestätigen werden. (Frank: Und in Leipzig?) Genosse Frank, Sie werden wissen, was danach den Leipziger Genossen passiert ist und auch, daß vorgebeugt worden ist, damit weder in Leipzig noch sonstwo ähnliches passieren kann, soweit das irgendwie denkbar ist. (Frank: Was ist denn geschehen?) Von meinem Vortrager ist sonderbarer Weise von dem „Gefährhut“ gesprochen worden, der durch die Parteibeschlüsse aufgerichtet werde. Das ist eine Diskreditierung der Parteitagsbeschlüsse und der Parteitage überhaupt, die die höchste Infamie der Partei sind. Man hat von einem „Subparteitag“ unter Hinweis auf den Zusatzantrag Zubeil gesprochen. Wie liegen die Dinge? In diesem Falle hat die radikale Richtung von den Revisionisten gelernt. Sie haben das doch schon früher gemacht, zur Besprechung einzelner Fragen zusammenzukommen. Ich finde es gar nicht bedenklich, aber uns will man das als Verbrechen anrechnen, als etwas, was sich nicht gehört. (Hol!) Sind denn Ihre 113 Unterschriften im Handumdrehen gekommen oder haben Sie sich auch vorher verständigt, wie und in welcher Form Sie Ihre Stellung hier präzisieren wollen? (Zuruf: Es tut denen nur Leid, daß wir mehr Unterschriften haben.)

Niem hat gemeint, wir wären in Sachsen ganz froh, wenn wir das erreichen könnten, was man in Baden erreicht hat. Auch in Sachsen sind zurzeit die Verhältnisse im Parlament gegen früher ganz himmelweit verschieden. Jetzt wagt man längst nicht mehr, unserer Partei und unseren Abgeordneten auch nur im entferntesten das zuzumuten, was man ihnen früher zugemutet hat. Aber wir haben das nicht dadurch erreicht, daß wir eine Haltung einnahmen, die sich den bürgerlichen Parteien und der Regierung angepaßt und ihnen nachgab, sondern auf Grund unserer prinzipiellen und den Parteibeschlüssen in jeder Form entsprechenden Politik. Wir haben im Landtag sehr oft mit großer Genugtuung erfahren können, wie unangenehm den Herren die Massen sind, die hinter uns stehen, die uns gewählt haben. Das ist entscheidend, nicht die Fraktion mit ihren 25 Mitgliedern. Es ist auch falsch, wenn Niemand sagt, wir hätten in Sachsen einen Disziplinbruch begangen, indem wir in einem Wahlkreis für den Nationalliberalen, gegen den Konserativen Andrae stimmten. Der vorhergehende Landesparteitag hat dem Landesvorstand die Vollmacht gegeben, gemeinsam mit dem Wahlkreisvorsitzenden die Stichwahlparole zu bestimmen. Das ist geschehen, nichts weiter. Es wurde also durchaus loyal gehandelt. In keiner Weise wurden die Wünsche und Absichten des Landesparteitages mißachtet. Was Niemand in bezug auf das Finanzgesetz in Sachsen sagt, ist durchaus unrichtig. Das Finanzgesetz ist nicht eine bloße Formalität, sondern es ist festgelegt in der Verfassung, und diese trifft sogar für den Fall Vorlehrungen, daß das Finanzgesetz abgelehnt werden sollte. Wenn Niemand auf Dresden hingewiesen hat, so sage ich, daß die Stellung der Dresdener Genossen niedergelegt ist in den Anträgen 44 und 45. Auch da hat Niemand durchaus unrecht. Genossen! Es wird noch sehr häufig im Laufe der Debatte an Ihr Gefühl appelliert werden. Folgen Sie diesen

Stimmungen und Strömungen nicht, wir haben zu handeln und zu entscheiden so, wie es der Würde des Parteitages und der Gesamtpartei entspricht. (Starker Beifall und Händeklatschen.)

**Rohr-Barlsruhe:** Lipinski sowohl wie Fleißner haben scharfe Gegensätze kontrahiert zwischen der Haltung der badischen und der sächsischen Landtagsfraktion. Wer aber den Dingen etwas mehr auf den Grund geht, als diese beiden Redner, wird sofort finden, daß diese Gegensätze nur scheinbar sind. Sächsisch stehen beide Fraktionen genau auf demselben Standpunkt. (Sehr richtig!) Nur haben die Badener den Mut gehabt, aus ihrer Auffassung die Konsequenzen zu ziehen, während die sächsische Landtagsfraktion ein Scheinmanöver ausführte. (Unruhe.)

Wie haben die Sachsen die Ablehnung begründet? Sie haben sich auf den Nürnberger Beschluß gestützt, indem sie erklärten, sie verweigern dem Klassenstaat grundsätzlich die Mittel, sie fügten aber vorfichtigerweise hinzu: Damit sollen unsere früheren Abstimmungen bei den Einzelstabs nicht aufgehoben sein. (Weiterkeit.) Das ist doch keine wichtige Demonstration mehr, das ist ein sächsischer Schuldbürgerstreich! Wenn ich konstatiere, daß die vorherigen Bestimmungen nicht aufgehoben sein sollen, dann habe ich nur scheinbar abgelehnt, in Wirklichkeit aber doch bewilligt. (Sehr richtig!) Daraus sehen Sie, zu welchen Konsequenzen solche Resolutionen führen: Entweder müssen die Genossen gegen ihre Ueberzeugung stimmen oder sie müssen solche Schuldbürgerstreiche machen, über die jeder Politiker lachen muß. Das ist das Uebel solcher Resolutionen, daß niemals und nimmer die Konsequenzen gezogen werden. Auch die heute vorliegende Resolution ist nach keiner Richtung hin konsequent durchdacht, sondern auch sie ist nur ein falsches Kompromiß, das schon auf dem nächsten Parteitage wieder neue Konflikte hervorgerufen kann. Ist denn in den Nürnberger und Lübecker Beschlüssen der Gedanke der grundsächlichen Budgetablehnung akzeptiert, mit Worten ja, aber de facto nicht, denn sofort Hintendran ist wieder ein Absatz, daß Ausnahmen eintreten können, wenn ein Budget, das für die Arbeiter schlechter ist, durch die Ablehnung zustande kommen würde. Damit ist natürlich jeder Landtagsfraktion in die Hand gegeben, ob sie für oder gegen das Budget stimmen will, denn man kann nicht in jedem einzelnen Falle vorher einen Parteitag abhalten, das kann im gegebenen Augenblick nur die Fraktion selbst entscheiden. Freilich, wenn wir uns einmal zur Annahme des Budgets auf solche Gründe, wie sie die Resolution zuläßt, berufen würden, dann würden Sie kommen und sagen, die Gründe erkennen wir nicht an. Was sollen sie denn aber tun? (Ausweisen!) Das können Sie doch nicht, wenn die Fraktion sagt, gemäß dem Parteitagsbeschluß haben wir so gehandelt und wenn sie Ihnen beweist, daß sie dazu berechtigt war. Es ist außer Zweifel für jedermann, der die Entwicklung in Baden verfolgt, daß ein anderes schlechteres Budget zustande gekommen wäre, wenn wir nicht in der Lage gewesen wären, durch unsere 20 Abgeordneten so manchen Einfluß auf die Gestaltung des Budgets auszuüben. Das Zentrum hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die liberal-sozialdemokratische Mehrheit durch Aufhäufung der größten Schwierigkeiten zu sprengen. Das Zentrum hat sogar sozialpolitische Anträge abgelehnt, die es unter keinen Umständen abgelehnt hätte, wenn es nicht aus dem Bloc ausgeschlossen gewesen wäre.

Genosse Kazenstern hat gesagt, daß der Wesensunterschied zwischen Sozialdemokraten und Linksliberalen beseitigt würde in dem Moment, wo der Parteibeschluß auf Budgetablehnung aufgehoben würde. Damit sagt er, daß der Wesensunterschied in der Budgetabstimmung liegt. Das ist grundfalsch, denn der Unterschied ist der, für uns sind alle Reformen nur Mittel und

Zweck zur Umgestaltung der Gesellschaft, für jene sind sie aber Selbstzweck. Das, Genossen, ist der Unterschied, aber nicht der Nürnberger Beschluß. (Zustimmung.) Wir werden keine Ruhe bekommen in der Partei, solange solche Resolutionen aufrechterhalten bleiben, die die Parteigenossen und Parteigenossenschaften in all den Staaten, wo unsere Parteipolitik etwas bedeutet, an ihrer Arbeit und ihren Einfluß hindern. Das ist das Uebel, daß diese Resolutionen gefaßt werden gegen alle Parteigenossenschaften, die einmal andere politische Verhältnisse haben als Preußen oder Sachsen. Wäre Preußen ein parlamentarisch regierter Staat oder ein Staat nach süddeutscher Art, die Haltung der preußischen Parteigenossen wäre gewiß eine andere. Wenn sich in parlamentarischen Staaten Koalitionen verschiedener Parteien bilden, dann müssen diese Parteien auch die Konsequenzen tragen und die Verantwortung für die politische Arbeit der Koalition übernehmen. Wäre z. B. in Dänemark das Experiment gahle gelungen, dann hätten unsere Parteigenossen mit den liberalen Radikalen zusammen das Budget bewilligen müssen, wenn sie die Liberalen nicht ohnmächtig machen wollten gegenüber der Reaktion und von dieser abhängig; ja sie hätten noch weiter gehen müssen, sie hätten wahrscheinlich in einer Monarchie in eine Regierung eintreten müssen. Ähnliches werden auch wir in den nächsten Jahren erleben. Wir in Deutschland haben es sehr bequem und Ihr in Preußen am meisten. Ob Ihr sechs für oder gegen das Budget stimmt, das hat gar keinen Wert. In Baden aber liegt die Sache so, daß in dem Augenblick, wo wir die Regierung zwingen, sich in Abhängigkeit vom Zentrum zu begeben, wir uns selbst politisch ausgeschaltet hätten und den Erfolg von zwei Wahlsfeldzügen zumichte gemacht hätten. Darum auch diese kolossale Mehrheit der badischen Genossen für die Billigung der Haltung der badischen Landtagsfraktion.

Was muß nun kommen, wenn Sie trotz alledem solche Beschlüsse fassen, wie Sie Ihnen hier in der Resolution des Parteivorstandes vorgeschlagen werden? Was sollen die badischen Genossen tun und was wird? Wenn Sie dabei bleiben, und wir stimmen gegen das Budget, und hätten wir selbst die besten Gründe, dann glaubt es uns niemand und alles laßt uns aus und sagt: Ihr habt eben so handeln müssen, es war Euch eben so aufgetragen.

Was erreichen Sie mit der vorgeschlagenen Resolution? Sie können uns auch damit nicht zwingen, unter allen Umständen das Budget abzulehnen, vielmehr zwingen Sie uns nur, nicht mehr so offen und ehrlich unsere Gründe für die Zustimmung zum Budget darzulegen, sondern uns auf die Lübecker und Nürnberger Resolution zu berufen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Ich bedauere, daß ich nicht mehr Zeit habe, noch manches auszuführen. Ich bin doch einer der Meistangegriffenen in dieser Sache. Ich schließe daher, indem ich bedauere, daß man mit solchen Beschlüssen diese Frage aus der Welt schaffen zu können glaubt. Die Frage wird so lange bestehen, bis sie den einzelnen Landtagsfraktionen jene Freiheit geben, die sie unbedingt haben müssen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Süßheim-Nürnberg: Es gibt Genossen, die in dem Genossen Kolb den bösen Geist der Badenenser sehen. Ich kann nicht entscheiden, inwieweit diese Annahme richtig ist. (Murren bei den badischen Delegierten.) Aber ich weiß, daß es von den Badenensern klug gewesen ist, daß sie ihre Verteidigung lieber dem Genossen Frank als dem Genossen Kolb anvertraut haben. Man wird sich an verschiedene Sachen erinnern müssen, die uns Kolb vielleicht unvorsichtig anvertraut und verraten hat. Wir würden uns in diesen Tagen lieber mit den nächsten Reichstagswahlen beschäftigen, als mit dem badischen Disziplinbruch. (Sehr richtig!). Frank hat uns zur Rechtfertigung seiner badischen

Freunde eine Aufzählung der erreichten Erfolge gegeben. Ich schähe sie nicht gering ein, aber trotzdem sind sie keine genügende Erklärung für die Budgetbewilligung, die den Parteitagabschlüssen widerspricht. Ich habe an den berebten Ausführungen Frank etwas vermist, das mir sehr wichtig gewesen wäre, nämlich eine hündige Erklärung, was die Badenenser denn eigentlich in Zukunft tun wollen. (Frank ruft: Der Antrag Zubeil war wohl der geeignetste Weg zu einer solchen Erklärung!) Hier handelt es sich darum, ob Parteitagabschlüsse befolgt werden müssen oder nicht. Auf eine klare Erklärung darüber können wir nicht verzichten. Nun haben die Badenenser angekündigt, sie werden auf dem nächsten Parteitage Anträge zur Budgetbewilligung wieder stellen. Das ist an sich bedauerlich, aber ihr gutes Recht. Sie dürfen sich aber nicht ausschweigen, sondern müssen erklären, ob sie noch ein zweites Mal den Beschlüssen zu widerhandeln wollen. Jedem von uns war es durchaus unangenehm, als wider alles Erwarten die Nachricht kam, daß die Badenenser dem Budget zugestimmt haben. Nicht bloß in Norddeutschland war die Erregung groß, auch in Süddeutschland trat der Unwille vielfach zutage. (Hörl hört!) Die „Schwäbische Tagwacht“ hat die Tätigkeit des Offenburger Parteitags durchaus bedauert, namentlich die Ausführungen Kolbs, haben durchaus Befremden hervorgerufen. Sie wies darauf hin, daß man sich nach dem Offenburger Parteitage trotz aller schönen Reden des Eindrucks nicht erwehren konnte, als ob man in Baden den Bruch mit der Gesamtpartei wünschte. (Widerspruch bei den badischen Delegierten.) Ich sage ja nicht, daß Sie das wollen, aber die „Tagwacht“ hatte diesen Eindruck. (Frank ruft: Das ist unser Gönner Weismeyer! Weibel ruft: Auch die Frankfurter „Vollstimme“ schrieb ähnlich!) Sie können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Sie noch 24 Stunden vor der Abstimmung entschlossen waren, das Budget zu verwirkeln. So schnell kann sich die Situation nicht verändern. Sie haben der Erklärung eines Ministers zu viel Bedeutung beigelegt. Man soll sich nicht nach den Reden der Minister, sondern nach ihren Taten richten, und nach dem, was die Arbeiter unter ihrem Regiment zu leiden haben. Es ist ganz gleichgültig, ob ein Minister aus kluger Berechnung einige schöne Worte sagt. Bodman soll eine komplizierte Natur sein, aber die Gleichberechtigung gewährt er der Sozialdemokratie nicht. Einmal erklärt er sich gegen sie, dann findet er wieder schöne Worte für sie. Welches ist nun der richtige Bodman? Der Gegner der Sozialdemokratie oder der kluge Diplomat, der einige nichtsagende Worte für sie gefunden hat? Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Budgetablehnung keine schweren Folgen für die badischen Genossen gehabt hätte. Das Opfer, das sie der Partei mit dieser Frage auferlegt haben, ist viel größer als das Opfer, das von Ihnen verlangt wird. Wir müssen von jedem verlangen, daß er die Parteitagabschlüsse achtet. Mögen sie ihm unangenehm sein oder nicht. Die Partei kann nicht existieren, wenn eine Gruppe sich über ihre Beschlüsse hinwegsetzt. Mag diese Gruppe auch aus noch so tüchtigen Parlamentariern bestehen. Auch unsere Abgeordnete sind nicht ein Instrument des Himmels, sondern das Sprachrohr und die Vertreter der Masse. Sie haben die Parteitagabschlüsse und das Parteiprogramm zu respektieren, sonst entziehen sie der Partei die Grundlage ihrer Existenz. Sie nehmen uns die Möglichkeit gemeinsamen, einheitlichen Schaffens; wir können dann nicht in einer Front marschieren. Man muß erfaunt sein, daß die Badenenser der Budgetbewilligung eine so ungeheure Bedeutung beimessen, so daß sie den Konflikt dafür in Kauf genommen haben. Sie mußten doch wissen, welche lebhafteste Erbitterung ihr Verhalten hervorgerufen mußte. Ich bin gegen den Antrag auf Einberufung einer Studentenkommision, weil wir damit die Budgettreitigkeiten in Permanenz erklären. Eine Reihe von

Delegierten haben unterschrieben, aber sie sind durchaus nicht mit dem Vorgeben der Wadenjer einverstanden. Ich habe sogar im Namen eines Delegierten seine Unterschrift zurückzuziehen. (Lachen bei den badischen Delegierten.) Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen; er ist nur eine Verschleppung und würde uns vor den nächsten Reichstagswahlen eine neue Budgetdebatte bringen. Wenn die Minderheit die Befolgung der Parteitagbeschlüsse ablehnt, dann ist es mit der Einheit der großen deutschen Partei zu Ende.

**Reil-Stuttgart:** Das Unheil unserer Budgetdebatten, die wir nun seit anderthalb Jahrzehnten haben, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß diese Streitfrage zu einer Richtungsfrage innerhalb der Partei gestempelt worden ist. Auch bei mir hat man erst heute wieder aus meiner Uebereinstimmung mit den Parteigenossen, die die Lösung von Nürnberg nicht als eine für die Dauer ausreichende ansehen, geschlossen, daß ich zur revisionistischen Richtung gehöre. Auch Webel hat, als er heute früh von den Debatten in Lübeck sprach und Äußerungen von mir zitierte, bemerkt: Ja, damals sei der Reil noch auf der radikalen Seite gestanden! Ich weise es auf das Entschiedenste zurück, deswegen, weil ich in dieser Frage mit einer großen Zahl von Parteigenossen, die Sie als die Revisionisten ansprechen, an einem Strange ziehe, als „Revisionist“ bezeichnet zu werden. Ich lehne es ab, mich in das Prokrustesbett des Revisionismus oder in das Prokrustesbett des Radikalismus einzupassen zu lassen. Ich gehe in dieser Frage mit den Parteigenossen David, Frank usw., die Sie als revisionistische Führer bezeichnen, weil ich auf Grund der Erfahrung, auf Grund eingehender Ueberlegung zu dem Ergebnis gekommen bin, daß mit dem Nürnberger Beschluß unmöglich auf die Dauer auszukommen ist. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Das habe ich bereits in Nürnberg betont. Wir wären ja auch schon längst zu einer anderen Lösung gekommen, wenn nicht einem sehr großen Kreis von Genossen infolge der Tatsache, daß man die Frage unter die Richtungsbrille genommen hat, der Wad getrübt wäre. (Sehr richtig! und Lachen.) Wie ja überhaupt bei der Lösung so mancher inneren Parteifrage die Scheidung der Genossen in Richtungen schon viel Unheil gestiftet hat. Damit will ich nicht sagen, daß an dem verfahrenen Starren des jetzigen Standes der Budgetdebatte die Genossen, die auf dem Boden der Vorstandesresolution oder gar einer noch schärferen stehen, allein die Schuld tragen. Mir scheint — und darin stimme ich mit Webel überein —, daß ein noch größerer Teil der Schuld an all diesen Wirrungen auf die „Sozialistischen Monatshefte“ fällt, die anscheinend sich bemühen, neue Wege für die praktische Tätigkeit der Partei zu bahnen, in Wirklichkeit aber diese neuen Wege verperren. (Sehr richtig!) Wenn man der Partei die natürliche innere Entwicklung ermöglichen würde, dann würden wir mit mancher Streitfrage früher zum Schluß gekommen sein, als es geschah unter Einfluß der Versuche, die Fragen treibhausmäßig der Lösung entgegenzuführen. Ich stehe heute noch — und bin mir deshalb keines Widerspruchs zu meiner Haltung auf dem Lübecker Parteitag bewußt —, auf dem Boden des letzten Absatzes der Lübecker Resolution: „Eine Zustimmung zum Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.“ Gätten wir es dabei belassen, dann wären wir niemals in all die Kämpfe und Konflikte gekommen, die uns so lange beschäftigen werden, bis der Nürnberger Beschluß beseitigt ist. (Zustimmung und Widerspruch.) Bei dem ganzen Verhältnis, das zwischen uns auf der einen Seite, der Regierung und den bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite besteht, wird ja die Ablehnung des Budgets die Regel und die Zustimmung die Ausnahme sein. Aber wenn wir das wollen, dann dürfen wir nicht immer eine unmögliche Resolution auf die andere setzen. (Sehr

richtig!) Wie wir jetzt eine Resolution nach der anderen beschließen, das ist eine Schraube ohne Ende, die um so schwerer wieder zurückzuschrauben ist, je tiefer wir sie hineinschrauben; aber eines Tages wird sie zurückgeschraubt werden müssen, und das wird uns dann größere Mühe machen und das Fortschreiten der Partei mehr hemmen und einen größeren Kraftaufwand verursachen, als wenn wir jetzt schon darangehen. Ich gebe Kolb, mit dem ich in vielem nicht übereinstimme, darin recht, daß die kommenden Parteitage, schon der nächstjährige, sich wieder mit der Budgetfrage befassen müssen. (Sehr richtig!) Auch Süßheim sollte so viel Verständnis aus seinen eigenen praktischen Erfahrungen im bayerischen Landtag haben, um einzusehen, daß man nach einer anderen Lösung suchen muß. Die gesamte süddeutsche Parteigenossenschaft, so sehr sie um der Frage der Disziplin willen heute geteilt sein mag, wird einig sein und keinen Widerspruch erheben, wenn die Frage so gelöst wird, wie wir es vorschlagen. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich erblicke in der Budgetfrage eine Waffe, die ebensowenig wie irgendeine andere Waffe, von dem, der sie führt, ohne Ueberlegung und ohne Bewußtsein angewendet werden darf. Die Ueberlegung und die eigene Ueberzeugung müssen hinzukommen, wenn die Waffe wirken soll. Gerade dadurch, daß wir uns die Möglichkeit der freien Entscheidung erkämpfen, ob in einem zwingenden Fall für das Budget gestimmt werden darf, wollen wir die Wirkung der Budgetverweigerung erhöhen. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Es ist gesagt worden, der Klassenstaat sei überall gleich. Jawohl, auch wir im Süden leben im Klassenstaat, aber in der Resolution zur Wahlrechtsfrage weist ja der Parteivorstand ausdrücklich auf die gewaltigen Unterschiede zwischen dem Wahlrecht im Norden und im Süden hin. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wenn es nur unbedeutende, kleine Konzessionen wären, die Sie erkämpfen wollen, dann wären sie die riesigen Opfer, die bisher schon der Wahlrechtskampf in Preußen erfordert hat, nicht wert. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Gewiß, wir leben im Klassenstaat, aber in Württemberg, Baden und Bayern werden Sie in öffentlichen Versammlungen nicht einen weißgebedeten Tisch auf dem Podium, geschmückt mit zwei blankgeputzten Helmen, vorfinden. (Sehr gut! und Lachen.) Ich habe noch nie gehört, daß ein norddeutscher Genosse, wenn er nach Süddeutschland kam und von diesen anders gearteten Verhältnissen Notiz nahm, dagegen protestiert und gewünscht hätte, es möchten im Interesse unserer Erziehung auch im Süden dieselben Verhältnisse herrschen wie in Preußen. Nein, man hat sich stets darüber gefreut und gewünscht, daß wir die Vorteile, die wir im Süden haben, fruktifizieren, um ihnen zu dem gleichen Zustand zu verhelfen. (Zuruf: Das könnt Ihr ja gar nicht!) Zu dem Zweck wollen wir auch die Waffe der Budgetverweigerung anwenden, und ich bitte Sie, nüchternen Blickes unter Ablegung der Richtungsbrille die Frage zu prüfen und zu einer Entscheidung zu kommen, die dem Wohl der Partei dient. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Mit Rücksicht auf das am Abend von den Magdeburger Genossen zu Ehren des Parteitages veranstaltete Konzert werden die Verhandlungen abgebrochen.

Es folgen persönliche Bemerkungen:

**Lipinski:** Niemand hat behauptet, daß die Leipziger sich eines Disziplinbruchs schuldig gemacht haben. Ich stelle fest, daß, nachdem ein Parteitag die Streitfrage der Beteiligung an den Landtagswahlen entschieden hat, die Leipziger dem Parteitagbeschlusse nachgekommen sind. (Zurufe: Persönlich!)

**Rosenstein:** Genosse Hildenbrand hat meine Ausführungen unrichtig wiedergegeben. Erstens habe ich nicht gesagt, es solle nur bei der Budgetabstimmung demonstriert werden. Ich habe gesagt, die Fülle der selbstverständlichen im Sinne der Partei zu leistenden Kleinarbeit mache eine zusammen-



fassende, feierliche Kundgebung unseres Standpunktes besonders notwendig; zweitens habe ich mich nicht gegen eine Verbesserung unserer politischen Zustände ausgesprochen; ich habe vielmehr gesagt, wertvoll seien erkämpfte und wirkliche Fortschritte, bedenktlich aber Zugeständnisse formeller Art, da ihre Wirkung ein Hintertäuschen über die tatsächlichen unüberbrückbaren Tatsachen ist.

Schluß 6 Uhr.

## Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. September 1910. — Vormittagsſitzung.

Dies eröffnet um 9¼ Uhr die Verhandlungen mit der Mitteilung, daß Begrüßungstelegramme eingegangen sind vom Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund und von der bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Ferner folgendes Telegramm von Frau Luise Gerisch:

„Für meinen Mann sage ich dem Parteitag für seine Grüße und guten Wünsche herzlichsten Dank.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

**Klement-Haiferskautern:** Vor der Unterzeichnung des Antrags 94 habe ich dem Genossen Müller-München erklärt, daß ich nur unter dem Vorbehalt diesen Antrag unterschreibe, wenn in der ersten Zeile im Absatz 2 hinter dem Worte „außer“ eingefügt werde „dem gesamten Parteivorstand und je einem Vertreter der bundesstaatlichen Parlamente“. Genosse Müller versicherte mir, daß mein Wunsch bei der Drucklegung erfüllt werden könne. Da dies nun nicht geschehen ist, ziehe ich hiermit meine Unterschrift unter dem vorliegenden Antrag zurück. (Lachen bei den Süddeutschen — Frank: Angstmeier!)

Es wird noch mitgeteilt, daß die Anträge 7, 47, 57, 60 und 67 zugunsten des Antrages 94 zurückgezogen sind.

Hierauf wird die Diskussion über die Budgetbewilligung fortgesetzt.

**Banzer-Wahrenth:** Ich habe auf dem Nürnberger Parteitag nach den unerquicklichen Debatten der Erklärung der 66 zugestimmt, um damit den Abgeordneten bei der Agitation im Lande draußen den Rücken zu decken und in der guten Meinung, daß in Zukunft die Fraktionen sich mit dem Parteivorstand in Verbindung setzen werden, bevor sie dem Budget zustimmen. Mitten in die Vorbereitungen zur Reichstagswahl kam nun die Zustimmung der badischen Genossen zum Budget, und die Genossen in Nordbayern, speziell die kleinen Wahlkreise, die zunächst damit einverstanden waren, daß ihre Delegierten in Nürnberg die Erklärung der 66 unterschrieben haben, haben sich entschieden dagegen gewandt, daß nunmehr die badische Fraktion wiederum gerade in der Zeit der besten Agitation den Parteitag mit der Frage der Budgetbewilligung beschäftigt. Was in der badischen Presse in der Sache geschrieben wurde, konnte die Parteigenossen durchaus nicht überzeugen, daß diese Zustimmung zum Budget für die badischen Parteigenossen eine Notwendigkeit gewesen wäre, im Gegenteil, je mehr die badische Presse dazu schrie, desto mehr kamen die Genossen zu der Ueberzeugung, daß hier wieder ein dummes Streich gemacht wurde. Die bürgerliche Presse war über den Schritt der Wadenjer voll Lobes und hat ihren Mut gerühmt, daß sie den Nürnberger Beschluß durchbrochen hätten. Sie hat daran wohl die Hoffnung geknüpft, daß wir den Nürn-

berger Beschluß hochhalten und damit den Konflikt mit den badischen Parteigenossen heraufbeschwören werden. Wenn ich das auch nicht glaube, so muß doch gesagt werden, daß die badischen Genossen mit ihrer diesmaligen Zustimmung zum Budget zu weit gegangen sind. (Sehr richtig!) Ich sehe mich deshalb außerstande, heute wiederum der badischen Fraktion den Rücken zu decken, sehe mich dagegen gezwungen, für die Resolution des Parteivorstandes und auch den Zusatzantrag zu stimmen (Hört! hört! bei den Süddeutschen), damit in Zukunft nicht Beschlüsse des Parteitages durchbrochen werden. Es handelt sich nicht darum, ob die Zustimmung zum Budget eine praktische oder prinzipielle Frage ist, sondern darum, daß Beschlüsse des Parteitages als der höchsten Instanz auch von den führenden Geistern und nicht nur von den untergeordneten Genossen im Lande zu halten sind. Fast in allen Kreisgeneralversammlungen in Nordbayern sind geharnischte Resolutionen gegen das Vorgehen der Wadenjer angenommen worden.

Nun liegt ein Antrag vor, der eine Studienkommission verlangt, die die Budgetfrage in den einzelnen Bundesstaaten prüfen soll. Es wäre besser gewesen, wenn die Fraktionen das Material der in Frage kommenden Landtage, das die Studienkommission prüfen soll, schon heute dem Parteitage vorgelegt hätten. Dann wären wir einen Schritt weiter. Ist das Material so wichtig, daß die Nürnberger Beschlüsse aufgehoben werden müssen, dann wird sich der Parteitag dem nicht verschließen. Wenn wir nachträglich diese Kommission einsehen, dann haben wir auf dem nächsten Parteitag wieder denselben Budgetstreit. Darunter müssen andere Fragen leiden. Nur unter der Bedingung, daß der Antrag auf Einsetzung der Studienkommission unabhängig von der badischen Budgetbewilligung behandelt wird, wäre er überhaupt diskutabel. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden wir zweifellos unter den jetzigen Verhältnissen leiden müssen. Es sind besonders die Genossen in der Provinz, die durch die bürgerlichen Winkelblätter fortgesetzt auf den Gegensatz zwischen den Budgetfreunden und Budgetgegnern hingewiesen werden. Es wäre ein Leichtes gewesen, bei einigem guten Willen eine Verständigung zu erreichen, wenn vor der Abstimmung über die Budgetfrage man sich rechtzeitig mit den Instanzen in Verbindung gesetzt hätte, oder wenn man wenigstens einmal versucht hätte, die Beschlüsse der Gesamtpartei aufrechtzuerhalten. Bis jetzt ist kein Versuch gemacht worden. Deshalb kann man bezweifeln, ob der Arbeiterbevölkerung wirklich solcher Schaden entstanden wäre, wenn man das Budget verweigert hätte. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir die ganze Frage behandeln. Ich begrüße es, daß die Diskussion sich diesmal in anderen Bahnen bewegt als in Nürnberg, daß die unerquicklichen Debatten vermieden werden, bei denen man sich geradezu feindlich bekämpfte. Die Genossen in der Provinz verlangen auch, daß die Frage in freundschaftlicher Weise gelöst wird. Wir verlangen aber auch, daß, wenn der Parteitag Beschlüsse faßt, diese auch gehalten werden. Wer die Beschlüsse durchbricht, der stellt sich von selbst außerhalb der Partei. (Beifall.)

**Mauerer-München:** Bebel hat gestern in äußerst scharfer, aber ebenso sachlicher Weise über die Frage gesprochen, und das sachlich Scharfe hat einen wirklich schönen Ausdruck gefunden in der Form, die so verständlich gelungen hat, wie eben Diskussionen verständlich zu klingen haben, wenn Parteigenossen sich in einem Punkte streiten müssen. Daß dabei Bebel einen Humor entwickelt hat, der ihm allein schon Anspruch gibt, das Ehrenbürgerrecht in München-Capua zu erwerben (Heiterkeit), das ist eine Sache, die das Ganze nur noch schmuckhafter gemacht hat. Es steht das in wohlthuendem Gegensatz zu dem mittelalterlich-mönchisch-keiserlichen Verfolgungen anderer Genossen. Bebel sprach von Disziplinbrüchen, von Mauerungen, von Prophezeiungen,

von den Gewerkschaften, vom Budget und anderem mehr. Bei aller Hochachtung, möchte ich sagen, ohne des Personaltitels geziehen zu werden, bei aller Verehrung, die ich persönlich für Bebel habe, muß ich doch ebenso scharf auf einige seiner Äußerungen eingehen. Es ist von früheren Disziplinbrüchen schon gesprochen worden in der Diskussion. Darauf hat Kolb erwidert, und ich brauche kein Wort mehr darüber zu verlieren. Ich weiß aber einen Parteitag und ich weiß Versammlungen in Berlin, wo gesprochen wurde von dem Erheben der Fahne der Rebellion, wenn nicht entschieden werde, wie es dem Genossen Bebel entspricht. Ich muß das in eine Parallele stellen mit den „Disziplinbrüchen“. Wenn von Mauerungen und Prophezeiungen gesprochen wurde, so meine ich, man soll sich sehr hüten, wenn man im Glashause sitzt, von dergleichen Dingen zu sprechen. Und der Kladderadatsch ist heute noch nicht eingetroffen! (Sehr gut! Gelächter und Anruhe. Zurufe aus der Mehrheit: Das ist wohl Ihr bestes Argument!) Man hat 1893 auf dem Parteitage in Köln den Gewerkschaften die Existenzberechtigung abgesprochen. (Oh!) Ja, Genossen, Sie scheinen ja die Protokolle gar nicht zu kennen. (Widerspruch.) In Köln wurde doch davon gesprochen, daß die Gewerkschaften und ihr Wirkungskreis gleich Null sind, und heute haben wir machtvolle, über 2 Millionen Mitglieder zählende Gewerkschaften. Man sprach davon, daß die Arbeitslosenversicherung zur Verjüngung führen werde, und heute ist sie ein mächtiges Kampfmittel der Gewerkschaften geworden. Man spricht von der alten bewährten Taktik, die seit 20, 30 bis 40 Jahren befolgt wurde und die die Partei groß gemacht hat. Ich muß sagen, vor 20, 30 und 40 Jahren sahen wir nicht in den Landtagen, in den Gemeinden, in den Landräten, und wenn sich die Situation auf diesem Gebiet geändert hat, so gilt es auch, zu fragen, ob eine Taktik für alle Zeiten und unbedingt die gleiche bleiben müsse. Auf solche Frage gibt es nur ein Nein. Man sagt, es sind 3 Millionen Wähler gekommen und es werden auch 4 Millionen kommen. Wohl, aber die Wähler wollen sehen, was wir ihnen bringen. Sie erwarten praktische Erfolge, nicht nur Reden, im Reichstage und im Landtage, praktische Erfolge auch in den Gemeinden und im Landrat, überall dort, wo es gilt, die sogenannten kleinen Konzeptionen zu erreichen. Und wenn Sie sagen, der preussische Staat ist der gefährlichste, und wir hätten keine Ahnung von der Gefahr und wie schwer dort zu arbeiten ist, so möchte ich Ihnen sagen, wir begreifen sehr wohl, welch ungeheurer schwieriger Stellung Sie in Preußen gegenüber dem Junkertum und im Kampf um das allgemeine Wahlrecht haben. Sie sollen aber die Sache von der anderen Seite ansehen. Wir begreifen Ihre schwere Stellung, aber Sie begreifen die unfrische nicht, und das ist der Fehler. Sie begreifen nicht, daß jeder Fortschritt, den die Demokratie in Süddeutschland zu verzeichnen hat, ein Stützpunkt ist in Eurem schweren Kampfe, und daß die immer weitere Demokratisierung Süddeutschlands durch unsere Bewegung das norddeutsche Junkertum in einen immer schärferen Gegensatz bringt zum demokratischen Süden, was Euren schweren Kampf fördern muß.

Das Nichtverstehen ist auf Ihrer, nicht auf unserer Seite. Hand aufs Herz und ehrlich gesagt: wer von Ihnen weiß, wie das bayerische Budget aussieht, welche Bestimmungen darin sind? Indem Sie von uns verlangen, wir müssen das bayerische Budget ablehnen, befinden Sie sich in der Gesellschaft des ehemaligen reaktionären Grafen v. Craillheim, der das gleiche verlangt, deshalb, weil er das bayerische Budget kennt, das Sie nicht kennen können. (Mit erhobener Stimme.) In der Gesellschaft der feudalsten Aristokraten befinden Sie sich, wenn Sie von uns verlangen, daß wir das Budget ablehnen! (Gelächter.) Das sind Tatsachen, darüber hilft Ihnen kein Verlegenheitslachen hinweg.

Da gibt es noch ein anderes Parteitagprotokoll, das von 1894, Frankfurt. Auch ich habe damals eine, wie ja immer, schöne Rede gegen die Budgetbewilligung in Bayern gehalten, aber ich habe mich seither weiter entwickelt, und es wäre kein Fehler, wenn sich recht viele Genossen auch weiter entwickeln würden. (Erstlich bei den Süddeutschen. Gelächter der Mehrheit.) Im Jahre 1894 stand Kimm in Ihrem Lager und Ged in unserem, und schauen Sie die Erklärung von Ged an, die er damals unterzeichnete, — er war damals ein Budgetbewilliger! Ich nehme es ihm gar nicht übel, nur ist die Frage, wer sich vorwärts entwickelt hat und wer nicht. (Sehr richtig!) Von Bebel ist weiter gesagt worden, daß die Gewerkschaften sich das, was ist, nicht länger gefallen lassen. Ja, was denn nicht länger gefallen lassen? (Sehr richtig!) Wenn es nicht Bebel gewesen wäre, länger gefallen lassen? (Sehr richtig!) Wir in Bayern, in München, arbeiten in der innigsten Weise mit den Gewerkschaften zusammen, und in der Gemeinde wie im Landtage finden die Gewerkschaftsbewegung und ihre Forderungen durch unsere Genossen die lebhafteste Förderung. Ein so inniger Kontakt, ein so inniges Zusammenarbeiten, ein so gutes Sichverstehen, wie bei uns in Bayern und München, wünschte ich überall in Deutschland. Schaut auf Eure Presse, hat Bebel gesagt mit einer Bewegung dort hinüber (gegen die Süddeutschen), aber auch auf Eure Redner (weist auf die Mehrheit) hätte er sagen sollen.

Das eine bedenken Sie bei der Resolution: Wenn wir irgendwo abstimmen müssen, wird uns der Vorwurf treffen, den wir gegen das Zentrum erheben, wenn wir sagen: Ihr dürft ja gar nicht so stimmen, wie Ihr als vermeintliche demokratische Partei des Südens stimmen möchtet. Ihr müßt ja nach Preußen blicken, was Euch da vorgeschrieben wird. Genau das gleiche werden uns die Gegner sagen. Das ist die Konsequenz unhaltbarer Beschlüsse derjenigen, die die Verantwortung in den Landtagsparlamenten zurzeit noch nicht zu tragen haben, und die die Beschlüsse denen aufhalsen, die die Verantwortung haben.

Zum Schluß muß ich an den Parteivorstand zwei wichtige Anfragen richten, die er dem Genossen Bebel überweisen wird. (Bebel ist noch nicht im Saale.) Wir haben im Oberbayerischen Landrate einen Genossen und werden in Zukunft dort mehrere Genossen haben. Wie muß dieser Genosse und wie müssen diese Genossen stimmen in folgender Angelegenheit: Dieser Landrat gibt aus für Erziehung und Bildung 6 660 000 Mk., für Industrie und Kultur 284 000 Mk., für Gesundheitspflege, Irrenanstalten und Krankenhäuser 232 000 Mk., für Wohltätigkeit 1 790 000 Mk., für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten 1 180 000 Mk., in Summa: 9 959 000 Mk. Die acht bayerischen Landräte geben 32 Millionen Mark für die eben angeführten Zwecke aus, für andere Zwecke keinen Pfennig. Das sind Institutionen des Klassenstaats! (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Die Mittel werden aufgebracht durch direkte Steuern und Zuschüsse des Staates. Wie sollen die Genossen bei diesem Budget stimmen?

Und die andere Frage betrifft den Zusatzantrag der Berliner zur Vorstandsresolution. Ich fordere Bebel und den Vorstand auf, mir zu antworten, ob es nicht ein Verfassungsbruch, ein Ausnahmegesetz ist, wenn solcher Zusatzantrag angenommen wird, obgleich folgende Bestimmungen unseres Organisationsstatut vorhanden sind:

§ 23, 2: Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der Bezirks- beziehungsweise Landesorganisationen.

§ 24: Gegen die Entscheidung des Vorstände der Bezirks- beziehungsweise Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach

Zustellung beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beantragen.

§ 26: der Ausschluß aus der Partei in den in § 23 vorgesehenen Fällen darf nur im Wege des vorstehenden Verfahrens erfolgen.

(Bewegung. Lebhaftes Hört! hört! bei den Süddeutschen. Pfannkuch: Glauben Sie, das wissen wir nicht?) Wollen Sie, Genosse Pfannkuch, und will der Vorstand die Hand dazu bieten, daß ein derartiges Ausnahmegesetz geschaffen wird? (Lärm.) Parteigenossen, wenn Sie dazu die Hand bieten, dann bedauere ich es tief, daß Sie uns den Vorwurf der Mißachtung von Parteibeschlüssen und Parteivorchriften machen. (Zuruf des Genossen Ledebour, der in der Unruhe nicht verständlich ist.) Genosse Ledebour, Sie kennzeichnen sich selbst, wenn Sie einem solchen Antrag zustimmen. Sie (zur Mehrheit) sind dann die Verstörer der Einheit der Partei. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.)

**Rosa Luxemburg:** Wenn irgendetwas die völlige Ueberflüssigkeit und Sinnlosigkeit des Antrags Braun und Genossen und die dringende Notwendigkeit, in der Frage der Budgetbewilligung hier endlich einmal eine klipp und klare Entscheidung zu fällen, bewiesen hat, so waren es die Verteidigungsreden von Frank, Kolb und Genossen. Sie werden mir alle zugeben, daß man auch bei der größten Aufmerksamkeit aus diesen Reden nicht ein einziges Argument herausgehört konnte, das in irgendwie überzeugender Weise die Notwendigkeit der Budgetbewilligung belegt hätte. (Zustimmung und Widerspruch.) Auch nicht ein einziges neues Moment wurde in die Debatte gebracht, die wir nun leider schon seit sechzehn Jahren in der Partei über diesen stittigen Punkt haben. Wie sah denn die große Verteidigungsrede des Korreferenten Frank aus, worauf lief sie hinaus? Es war eine lange und ausführliche Darlegung der gesamten Tätigkeit der badischen Landtagsfraktion, es wurde uns eine lange Reihe von Gesetzesvorschlägen, Gesetzesabänderungen und dergleichen Großtaten aufgezählt, und dabei mußte Frank selbst zugeben, daß es unseren Genossen im badischen Landtag auf keinem einzigen Gebiet gelungen ist, unsere prinzipiellen Forderungen auch wirklich durchzusetzen. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn auch, was wir mit Freuden anerkennen, die Genossen im badischen Landtage ihre Forderungen aufgestellt haben, so haben sie schließlich doch immer nur Appalorien errungen, sie haben nach Goldschätzen gegraben und waren froh, wenn sie Regenwürmer fanden. (Oh! bei der Minderheit. Zustimmung bei der Mehrheit.) Auf dieses Oh will ich Ihnen sofort mit einem Beleg aufwarten. Ich will mich nicht einlassen auf eine Kritik aller der großen Errungenschaften, die uns hier im Glanze vorgeführt worden sind, aber Sie haben wohl alle Insatieren können, daß gewisse machen das Paradestück der erfolgreichen praktischen Politik im badischen Landtag das berühmte Schulgesetz war. Haben Sie nicht alle zusammen mit mir ein heftiges Herzklopfen gekriegt (Zuruf: Nein! Heiterkeit), als geschildert wurde, daß wir einen Schularzt erzungen haben? Sie können sich denken, wie die traurigen Gesundheitszustände der badischen Schuljugend jetzt in radikaler Weise verbessert werden. (Heiterkeit.) Auch die anderen Errungenschaften auf dem Gebiete des Schulwesens sind ausführlich geschildert worden. Ich mache mir als eine Nichtwadenlerin kein kompetentes Urteil über das Schulgesetz an, das mit Zustimmung unserer badischen Landtagsfraktion zustande gekommen ist, aber ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen das maßgebende Urteil eines Wadenfers anzuführen, und zwar eines, der zu den Budgetbewilligern gehört. (Hört! hört!) In derselben Woche, wo ich in Lörrach meine Versammlung abgehalten habe, erschien in dem Lörracher Parteiblatt, das von einem Freunde von Kolb und Frank, dem Genossen Kösch, redigiert ist, folgende Beurteilung des badischen Schulgesetzes:

„Im „Staatsanzeiger“ wird die neue Vollzugsverordnung zum revidierten Schulgesetz publiziert. Das Gesetz bringt eine Reihe verschiedener Neuerungen, aber immer noch nicht diejenigen, welche von der gesamten badischen Lehrerschaft schon lange gefordert werden und wie sie im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung auch notwendig wären. Das Gesetz ist zwar ein Produkt des Großblocks, aber die alten liberalen Forderungen, wie Trennung von Schule und Kirche, sind nicht zur Geltung gekommen. Die im Gesetze geforderte Anstellung von Schulärzten hat durch die Vollzugsverordnung eine kleine Milderung erfahren; die Anstellung eines Schularztes wird nur verlangt, wenn der Bestand von 10 Lehrerstellen für drei aufeinanderfolgende Schuljahre gewährleistet erscheint. Die gleichen Bestimmungen treffen zu bei Errichtung und Aufhebung eines Rektorats. Für Kinder, die in einer Religionsgemeinschaft aufgenommen sind, besteht die Verpflichtung, den Religionsunterricht dieser Gemeinschaft bis zur Mündung ihrer religiösen Erziehung zu besuchen. Eine für Arbeiterfamilien sehr wichtige Bestimmung ist diejenige, daß Mädchen auf Antrag der Eltern zu Ostern des Jahres aus der Schule entlassen werden, in welchem sie das 14. Lebensjahr vollenden. . . . Das neue Gesetz bringt ferner eine Reihe wichtiger Veränderungen über die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Lehrerinnen — und ordnet ferner in wesentlich anderer Weise die Gemeinde- und Staatsbeiträge an die Schule. So weit man bis jetzt beobachten konnte, hat das neue Schulgesetz bei der Bevölkerung keine gute Aufnahme gefunden, und namentlich ist es die Lehrerschaft, welche mit dem Gesetze unzufrieden ist, weil ihnen immer noch die Eigenschaft als Staatsbeamte beragt ist. Auf eine große Lebensdauer wird das neue Schulgesetz wohl kaum rechnen können.“ (Hört! hört!)

Wenn Ihr mit dieser Beurteilung unzufrieden seid, so setzt Euch auseinander mit Euren eigenen Kollegen aus dem Landtage. So steht die glänzendste von den Errungenschaften der praktischen Politik im badischen Landtag in der eigenen Beleuchtung eines Anhängers dieser Politik aus. Die zweite große Errungenschaft, auf die hier hauptsächlich gepocht wurde, ist das neue Gemeindegewahlgesetz. Zu dieser Errungenschaft ist mir auch ein interessanter Kommentar wiederum von einem Landtagsabgeordneten der Mehrheit gegeben worden. In einer meiner Versammlungen in Wiesenthal trat der Genosse Adolf Müller, einer von den Budgetbewilligern, in einer anderthalbstündigen Rede gegen mich auf und sagte unter anderem: „Ja, Ihr wollt spotten, daß wir es als eine große Errungenschaft betrachten, daß wir jetzt die Sechstelung statt der Zwölftelung bekommen haben, Ihr kennt eben unsere badischen Verhältnisse nicht, wir sind schon jetzt nicht in der Lage, dieses neue Wahlgesetz wirklich auszunutzen, und zwar sind wir deshalb dazu nicht in der Lage, weil wir nicht die nötige Zahl von wirtschaftlich unabhängigen Leuten als Kandidaten aufstellen können. (Hört! hört!) Denn — so sagte Müller — es genügt, daß wir einen Proletarier als Kandidaten zum Gemeinderat aufstellen, damit er sofort aus seiner Brotstelle fliegt. (Hört! hört!) Das sind die besonderen politischen Verhältnisse Wadens. Und wer läßt denn die Proletarier aus der Brotstelle fliegen? Stellen Sie mal die Frage in Wiesenthal vor den ausgemergelten Textilarbeitern? Die werden Ihnen antworten, das sind unsere Bloßbrüder: die Rationalliberalen. (Stürmisches Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ja, so sehen die besonderen Verhältnisse aus, wenn man sie näher betrachtet. Nun aber die Hauptfrage. Selbst, wenn wir davon absehen wollen, daß die tatsächlichen Errungenschaften der praktischen Politik in Baden auf lauter trampschaft aufgebauten Appalorien hinauslaufen, ja, selbst wenn wir annehmen wollen, es seien epochemachende Werke, so bleibt doch die Frage bestehen: was hat das

alles mit der Budgetbewilligung zu tun? (Sehr richtig!) Ging denn das Schicksal irgendeines dieser epochenmachenden Gesetze von Eurer Schlussabstimmung zum Budget ab? Diese Frage werdet Ihr nicht zu bejahen wagen. (Rachen bei der Minderheit.) Auch die Frage werdet Ihr nicht bejahen können, ob denn auch nur das Zustandekommen des Budgets von Eurer Zustimmung abhing. Nein, durch die Zustimmung unserer Genossen ist nur erreicht worden, daß das Budget einstimmig angenommen ist, es wären also mit oder ohne Zustimmung unserer Genossen dem Klassenstaat in Baden die Mittel bewilligt worden. Die Art der Verteidigung der Budgetbewilliger ist deshalb bezeichnend, weil wir hier das Beispiel sehen, wie die Vertrauenskundgebungen der badischen Arbeiter für die Fraktionsmehrheit zustande gekommen sind. Überall, wo unsere Genossen vor die Arbeiter in Baden traten, um sich wegen ihrer Zustimmung zum Budget zu verantworten, gaben sie eine Schilderung ihrer gesamten Tätigkeit im Landtage. Nirgends ist die Frage der Budgetbewilligung getrennt von der Beurteilung der Gesamttätigkeit im Landtage gestellt worden, und die badischen Arbeiter, denen ihre Abgeordneten eine — was niemand von uns befechten wird — eingehende, fleißige, nützliche Arbeit während der ganzen Session vorlegen, die Arbeiter, von denen man eine Vertrauenskundgebung verlangt, sind nicht in der Lage, diese zu verjagen, weil man ihnen zugleich ein Urteil über die Gesamttätigkeit abverlangt. Wären die Fragen in den badischen Versammlungen getrennt gestellt worden, wären die Arbeiter in die Lage gekommen, über die reine Frage der Ablehnung oder Bewilligung des Budgets zu urteilen, dann wäre in manchen Fällen die Antwort ganz anders ausgefallen. (Sehr richtig!) Ja, wenn man die badischen Proletarier sieht und wenn man an sie appelliert, genau mit denselben Argumenten, mit denen wir gewohnt sind, seit jeher in der deutschen Sozialdemokratie an die Klasseninteressen der Proletarier zu appellieren, so findet man dort genau dasselbe Echo, wie bei den Arbeitern in allen anderen Teilen Deutschlands. . . . (Voritzender Dieß macht die Rednerin darauf aufmerksam, daß sie ihre Redezeit bereits überschritten hat.) Ich habe zwanzig Minuten, denn ich muß doch den Antrag meines Wahlkreises begründen. (Zurufe: Nein, nein!) Warum nein? Genau so wie jeder andere Antrag ist auch das ein selbständiger Antrag, zu dessen Begründung eine Redezeit von zwanzig Minuten gewährt werden muß. (Voritzender Dieß erklärt, nachdem er mit der Rednerin privatim gesprochen hat: Wenn Genossin Luxemburg sich der Geschäftsordnung nicht fügen will, dann muß ich allerdings den Parteitag anrufen und fragen, ob er geneigt ist, die Redezeit zu verlängern. Es liegt kein selbständiger Antrag vor. Genossin Luxemburg hat, wie jeder Disussionsredner, eine Redezeit von zehn Minuten, ich bin weiter gegangen und habe ihr bereits fünfzehn Minuten gemährt.) Hofa Luxemburg (fortfahrend): Die Sache ist erledigt, ich füge mich. Wenn irgend ein Umstand bewiesen hat, wie notwendig es ist, der Politik der badischen Landtagsfraktion mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, so ist es das Vorgehen der württembergischen Fraktion. Die Erklärung von Kollb und seinen Landtagskollegen beweist uns, wieviel Wert in den Verurteilungen der badischen Landtagsabgeordneten auf die Zustimmung der Arbeitermassen steckt. (Sehr richtig!) Diese Erklärung zeigt uns, daß unsere Parlamentarier mit dem Willen des Volkes genau so verfahren, wie die Agrarier gegenüber dem König, daß sie sagen: das Volk absolut, wenn es unseren Willen tut. (Große Unruhe bei den Süddeutschen, lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Wenn sich die Arbeiter gegen Eure Politik erklären, so geniert Euch das nicht, und man macht dann über die Köpfe der Mehrheit der württembergischen Genossen hinweg eine Demonstration auf dem Parteitag zugunsten der badischen Landtagsfraktion. Es zeigt sich, daß diese Parlamentarier keinen Wert legen

auf die Demonstration gegen den Klassenstaat. (Fortgesetzte Schlußrufe bei den Süddeutschen, auf die die Norddeutschen mit dem Ruf „Ruhe“ antworten), wohl aber auf Demonstrationen gegen die eigenen Arbeiter. Franz hat mit einer sehr richtigen Bemerkung geschlossen. . . . (Die Ruhe Schluß wiederholen sich so hürrnisch, daß die Rednerin einen Satz, den sie beginnt, nicht beenden kann. Der Vorsitzende Dieß ersucht die Rednerin, abzubrechen; sie erklärt, daß sie sich füge, doch gehen ihre Worte unter dem Lärm vollkommen verloren. Fortgesetzt erschallen aus den Reihen der Minderheit Schlußrufe. Franz ruft: Ihre Zeit ist vorbei, Genossin Luxemburg. Geierkeit bei den Süddeutschen. Von anderer Seite wird gerufen: Abtreten! Der Lärm schwillt so an, daß der Vorsitzende droht, falls keine Ruhe eintritt, würde er die Sitzung auf kurze Zeit aufheben. Die Genossin Luxemburg verläßt schließlich unter brausendem Beifall der Mehrheit die Rednertribüne.)

**Dittmann-Solingen** (zur Geschäftsordnung): Bis hier ist bei den Verhandlungen des Parteitages so verfahren worden, daß der Vorsitzende dem Redner, selbst wenn seine Redezeit abgelaufen war, gestattete, mit einem Schlußsatz seine Ausführungen zu vollenden. Ich stelle fest, daß jedem Parteigenossen dieses Recht zugestanden worden ist. Ich stelle weiter fest, daß die badischen Budgetbewilliger und ihre Freunde es der Genossin Luxemburg unmöglich gemacht haben, ihre Rede zu beenden. (Beifall und Widerspruch. Zubeil ruft: Wir rächen uns!) Ich will davon absehen, einen formellen Antrag zu stellen, der Genossin Luxemburg jetzt unmittelbar noch einmal das Wort zu geben. (Gelächter bei den badischen Delegierten und Zurufe: Stellen Sie ihn doch!) Zubeil ruft: Wir können auch Skandal machen, merkt Euch das!) Die gewaltige Mehrheit des Parteitages würde dem Antrage zustimmen. (Lebhafter Beifall.) Ich stelle die Tatsache der Vergewaltigung der Genossin Luxemburg (bestiger Widerspruch bei den süddeutschen Delegierten) vor dem Parteitage und vor der ganzen Partei hiermit fest. (Lebhafter Beifall und starker Widerspruch.)

**Stadthagen** (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage ausdrücklich, der Genossin Luxemburg noch zehn Minuten Redezeit zu gewähren und zwar aus folgenden Gründen: Wenn einem Redner durch Unterbrechungen einer Minderheit es unmöglich gemacht wird, zehn Minuten lang zu sprechen, so muß ihm erneut das Wort gegeben werden. Nur der Präsident hat das Recht, die Rede abzukürzen. Wir müssen also auch der Genossin Luxemburg das Recht geben, ihre Redezeit auszunutzen. Der Präsident hat bisher in objektivster Weise die Rechte jedes Redners gewahrt. Ich beantrage nun, der Genossin Luxemburg noch einmal zehn Minuten lang das Wort zu geben. (Beifall und Widerspruch.)

**Voritzender Dieß**: Ein solcher Antrag ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Ich bitte auch die Entscheidung über diese Frage und über die Leitung der Diskussion mir zu überlassen. (Beifall.) Es ist immer so gewesen, daß die Redezeit zehn Minuten beträgt, wenn es sich nicht etwa um einen selbständigen Antrag handelt. Nun habe ich auch die Gepflogenheiten unseres Sings besetzt, die Redner auch zwölf, dreizehn bis fünfzehn Minuten sprechen zu lassen, wenn sie gerade einen Gedanken zu Ende führen wollten. Fünfzehn Minuten dürfte auch die Redezeit der Genossin Luxemburg. Das stelle ich hiermit fest. Während dieser fünfzehn Minuten wurde sie von den Genossen ruhig angehört. Nachher erst begann der Lärm und der Skandal. (Sehr richtig!) Sie setzen also, wie notwendig es ist, daß sich die Genossen, besonders wenn sie sich auf der Rednertribüne befinden, den Anordnungen des Vorsitzenden fügen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Wenn der Vorsitzende es bestimmt, dann müssen sie auch von der Rednertribüne abtreten. (Erneuter

Weifall bei den Süddeutschen.) Das ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung dringend notwendig.

**Stadthagen:** Ich ziehe meinen Antrag zurück.

**Dr. Karl Liebknecht:** Die Genossin Luxemburg verzichtet darauf, daß ihr das Wort noch einmal erteilt werde. Ich bin ermächtigt, den dahingehenden Antrag zurückzuziehen. Nun ist die Frage aufgeworfen, ob die einzelnen Anträge zur Budgetbewilligung als selbständige Anträge im Sinne unserer Geschäftsordnung aufzufassen sind. Ich bin der Ansicht, daß dies der Fall ist, und ich bitte eine Entscheidung des Parteitagcs darüber herbeizuführen. Es ist mir durchaus nicht verständlich, aus welchen Gründen man diesen Anträgen den Charakter der selbständigen Anträge absprechen möchte. Jeder einzelne Wahlkreis stellt den Antrag als Ausdruck seiner Meinung zur Budgetfrage und verlangt damit auch, daß der Antrag gründlich beraten werde. Das sollte doch eigentlich selbstverständlich sein. Es kann nebensächlich sein, ob die einzelnen Anträge besonders unterstützt worden sind oder ob der Vorsitzende es für zweckmäßig gehalten hat, sogleich zu erklären, daß er alle Anträge für genügend unterstützt halte und sie gemeinsam zur Diskussion stelle. Das ist doch nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit geschehen. Hätte der Vorsitzende diesen Standpunkt nicht eingenommen, dann hätte die Berliner Delegation ihrerseits einen dahingehenden Antrag gestellt. Das hätte gleichzeitig bedeutet, daß alle Anträge genügend unterstützt gewesen wären, weil die Berliner Delegation dazu stark genug ist. Tatsächlich sind also alle Anträge genügend unterstützt, und wir verlangen daher auch für jeden zur Begründung zwanzig Minuten Redezeit. Man darf ja hoffen, daß das nicht ausgenutzt wird. Ich bitte um eine Entscheidung des Parteitages.

**Vorsitzender Diez:** Wenn das richtig wäre, was Genosse Liebknecht eben gesagt hat, dann müßte ganz anders verfahren werden. Dann müßten die einzelnen Anträge zur Verlesung kommen, und diejenigen, die gewillt sind, sie zu vertreten, hätten sich zum Wort zu melden. Das ist aber hier nicht der Fall. Ich hüte mich dabei auf langjährige Übung. Alle Anträge sind diesmal zusammengelegt worden, und ich habe nicht die Diskussion über diesen oder jenen Antrag eröffnet, sondern ich habe die Diskussion über die ganze Budgetfrage eröffnet. (Zustimmung.) Und da hat jeder nur 10 Minuten lang das Wort. Diese Praxis verfolgt der Parteitag seit 19 Jahren; davon wollen wir auch heute nicht abgehen, es sei denn, daß der Parteitag beschließt, seine Geschäftsordnung abzuändern. Ich bitte, es bei der bisherigen Übung zu belassen. (Weifall.)

**Muer-Mündgen:** Das, was Liebknecht ausgeführt hat, hätte keine Wichtigkeit, wenn vorher vereinbart worden wäre, daß jede Organisation, die einen Antrag gestellt hat, zur Begründung 20 Minuten Redezeit hat. Wäre das geschehen, dann hätten wir die Genossin Luxemburg nicht unterbrochen. Wir hätten das auch nicht getan, wenn ordnungsmäßig beantragt worden wäre, ihr 20 Minuten Redezeit zu geben, und wenn der Parteitag so beschloßen hätte. Hätte so ein Parteitagsbeschuß vorgelegen, so wäre er von uns respektiert worden. (Heiterkeit, Dittmann ruft: Wie alle Parteitagsbeschlüsse!) Das wäre der ordnungsmäßige Verlauf gewesen. Was die Genossin Luxemburg aber getan hat, war nicht ordnungsmäßig, das war geschäftsordnungs-widrig. (Lebhafte Zustimmung bei den süddeutschen Delegierten.) Die Geschäftsordnung haben wir uns selbst gegeben, darum bestehen wir auch darauf, daß danach gehandelt wird, und daß die Geschäftsordnung richtig angewendet wird, welcher Delegierte auch in Betracht kommt. Wir wenden uns gegen die Ungerechtigkeit und gegen die Bevorzugung eines Delegierten, die eine

Benachteiligung der anderen Delegierten bedeutet. Die Genossin Luxemburg hatte nicht etwa nur einen Satz zu Ende sprechen wollen, sondern sie schnitt, nachdem sie 15 Minuten lang geredet hatte, wieder ein neues Thema an. (Sehr richtig!) Da sagten wir uns: Nun reicht es, nun geht die Geschichte nicht weiter, und da protestierten wir. Wir protestierten aber nicht gegen die Genossin Luxemburg als Person, sondern nur gegen die Ungerechtigkeit, die durch ihr Verhalten zutage trat. (Weifall bei den Süddeutschen.)

**Süßheim-Mürnberg:** Auch ich bitte, den Antrag, die Genossin Luxemburg jetzt noch einmal zu Worte kommen zu lassen, zurückzuziehen.

**Dr. Karl Liebknecht:** Ich stelle fest, daß der Antrag zurückgezogen ist. Damit ist diese Geschäftsordnungsdebatte erledigt.

**Seimann-Chemnitz:** Die Genossin Luxemburg hat, wie mir scheint, mit vollem Recht, gesagt, daß in der Rede unserer badischen Genossen kein neues Argument für die Budgetbewilligung ausgesprochen worden ist. Zu meinem großen Bedauern muß ich sagen, daß auch sie nicht das mindeste Neue gegen die Budgetbewilligung gesagt hat, und Parteigenossen, gerade das war meine letzte Hoffnung. (Heiterkeit.) Nachdem ich von den Praktikern, die bisher in der Debatte gesprochen hatten, keinerlei Aufklärung erhalten hatte über die wirkliche Bedeutung der Budgetverweigerung, hatte ich gehofft, daß die Theoretiker es uns klar machen würden, daß hier ein wirklich ernsthafter Streitfall vorliegt. Man hat als selbstverständlich unterstellt, daß die Budgetverweigerung eine Demonstration gegen den Klassenstaat ist. Ich bestreite das mit aller Entschiedenheit. Ich verweise Sie auf den Antrag unseres Genossen Schuppel, der eine ganz neue Theorie der Budgetbewilligung aufstellt, mit der Sie sich bisher noch nicht beschäftigt haben, weil Ihnen die sachlichen Grundlagen dazu fehlen, das zu beurteilen. (Unruhe bei der Mehrheit.) Ich sage Ihnen, Genossen, daß kein Mensch mir einreden wird, daß die Budgetverweigerung irgendwelche Bedeutung hat. Das glaubt Ihnen niemand, der von der Tribüne des Reichstags heruntergesehen hat, in welcher Weise das Budget abgelehnt wird. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich behaupte, es gibt kein sozialdemokratisches Reichstagsabgeordneter hier, der nicht schon wiederholt im Reichstag für das Budget gestimmt hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Denn, Parteigenossen, die Abstimmung vollzieht sich unter solcher Unaufmerksamkeit, solcher Teilnahmslosigkeit, daß auch der Genosse Webel nicht wird behaupten können, daß er immer darauf geachtet hat. (Sehr gut! bei den Süddeutschen; Webel: Auf die Schlußabstimmung allerdings! Das ist eine Beleidigung!) Ich bitte um Verzeihung, wenn Genosse Webel immer aufgepaßt hat, so will ich das gern zurücknehmen; ich lenne aber sehr viele sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete (Zuruf: Namen nennen!), die ich selbst während der Schlußabstimmung habe Briefe schreiben, habe hinausgehen sehen, und ich behaupte, das ist keine Demonstration. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich verführe Ihnen, wenn wir uns nicht jahraus, jahrein darüber zanken würden. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich kann mich da auf einen Größeren berufen, der genau derselben Meinung über die Budgetabstimmung ist. Ferdinand Lassalle hat die Budgetverweigerung nicht für eine Demonstration gegen den Klassenstaat, sondern für einen Ausdruck liberaler Freiheit erklärt. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) In seinen Vorträgen über Verfassungsverhältnisse hat er auseinandergelegt, daß die Budgetverweigerung nur dann einen Sinn habe, wenn die Steuerverweigerung danach erfolge (Zurufe bei der Mehrheit), und daß die Steuerverweigerung nur einen Sinn hat, wenn man entschlossen ist, den Steuerexekutoren mit dem Waffens entgegenzutreten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Was Lassalle damals gesagt hat,



ist noch heute durchaus richtig, und darum hat es mich aufs tiefste enttäuscht, daß die Genossin Luxemburg den badischen Genossen genau wie Bebel gesagt hat: Ihr konntet ja ruhig dagegen stimmen, es wäre ja doch angenommen worden. (Bebel: Das habe ich nicht gesagt!) Aber die Genossin Luxemburg hat es gesagt, und Genosse Bebel hat lang und breit ausgeführt, es wäre angenommen worden, weil keine bürgerliche Partei den Mut habe, dagegen zu stimmen. Das ist eben die Sache; wir lehnen das Budget ab, gar nicht um Ernst damit zu machen, sondern nur, weil es gleichgültig ist, nur, wenn es nicht schadet. (Zuruf: Unsinn!) Ja, wollen Sie denn das Budget ablehnen in dem Augenblick, wo Sie die Mehrheit haben? (Gelächter bei der Mehrheit; Ledebour: Das ist ja ganz was anders!) Eine solche Demonstration, die keinen ersten Zweck hat, kann in der That von niemand ernst genommen werden. Und nun frage ich Sie: wenn die Budgetverweigerung etwas Prinzipielles ist, warum bringen Sie die Frage nicht vor das Forum der Internationale? (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Warum verlangen Sie nicht, daß Genosse Keir Hardie in England das Budget ablehnt? Genosse Ledebour hat es in Kopenhagen verlangt — wo ist die deutsche Delegation, die sich dem anschließt? (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Keine einzige Partei der Internationale macht diese querelle allemande mit, den wir hier ausfechten, das ist nur eine deutsche Streiffrage, und nur Deutsche sind imstande, darüber tagelang zu streiten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Eine einzige Partei der Internationale hat noch eine Art Budgetverweigerung im Programm, das ist die französische Bruderpartei. Dort steht im Einigungsstatut, daß die Fraktion nur dann für das Budget stimmen soll, wenn der Parteivorstand zustimmt. Und, Parteigenossen, diese Bestimmung ist in das Einigungsstatut nachträglich hineingesetzt worden als Fessel für die Fraktion, auf Antrag des früheren Genossen Aristide Briand. (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Wenn Genosse Bebel in der Debatte gefragt, wie es mit dem Minister- und Geheimratwerden in Deutschland sei, so sage ich, dazu sind eigentlich nach dem französischen Beispiel die heftigen Budgetverweigerer mehr berufen als die Budgetbewilliger. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Und nun zum Schluß, Parteigenossen: Wie glauben Sie denn, soll diese Debatte ausgehen? Glauben Sie wirklich, es wird nun eine machtvolle Demonstration sein, wenn par ordre du maitre, auf Befehl des Parteitag, die Frank und die Kolb das nächste Mal das Budget ablehnen? (Sehr gut! bei den Süddeutschen; Zuruf: Nach dem Willen der Gesamtpartei!) Aber glauben Sie denn, daß diese Wille der Gesamtpartei, so wie wir ihn respektieren, auch Respekt erweckt bei den bürgerlichen Parteien? (Stürmische Heiterkeit bei der Mehrheit.) Parteigenossen, genau das, was Sie jetzt machen, nämlich lachen, das werden die bürgerlichen Parteien auch machen, wenn die Frank und Kolb jetzt gegen das Budget stimmen, und diese Lächerlichkeit tötet, denn die badischen Wähler werden auch lachen. Bebel hat gesagt, wir brauchen feste, aufrechte Männer, die bei dem stehen, was sie getan haben. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Parteigenossen, wären Frank und Kolb noch die festen, aufrechten Männer, die wir brauchen, wenn sie jetzt plötzlich sich demütig unterwürfen und gegen das Budget stimmten? Ich glaube, daß die Wähler ihnen dann eine deutliche Abfage geben würden, und ich glaube weiter, daß diese ganze Debatte wohl vermeidbar wäre. Zubeil hat gestern mit großem Stolz gesagt: in Berlin stimmt man gegen das Budget der Gemeinde. Nun, in Leipzig, Dresden, Chemnitz stimmen wir dafür, und darum streiten wir uns doch auch nicht. Ich sage also: warum der Streit? Die Sache ist künstlich aufgebauscht. Suchen Sie einen Weg zur Einigkeit und Verträglichkeit ohne Zwang! (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Vorsitzender Diet ersucht die Galerie, Beifallstundgebungen zu unterlassen. Sie sei zum Hören da, nicht aber, um Beifall oder Mißfallen zu äußern.

Quard - Frankfurt: Ich möchte Ihnen einiges zur Behandlung der Resolution Bebel vorschlagen. Wir müssen uns doch endlich auch darüber äußern, wie wir uns zu der Beschlusfassung stellen wollen. Im Namen einer ganzen Reihe von Delegierten möchte ich nun beantragen, getrennt abzustimmen. (Ledebour: Wir denken nicht daran!) Ich beantrage, bei der Abstimmung den ersten Absatz von der Gesamtresolution zu trennen, denn strittig ist ja dieser erste Absatz allein, während sich die große Mehrheit wohl auf den letzten Absatz vereinigen wird. Sie würden nämlich die Augen vor Tatsachen verschließen, wenn sie verkennen wollten, und auch Bebel wird das nicht verkennen, daß bis in die Reihen unserer norddeutschen Genossen Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, ob mit der alten Form der Ablehnung für alle Fälle und in allen Fällen durchzukommen ist. Genosse Heilmann hat soeben so naiv angeführt, daß wir mit der Ablehnung keine Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien finden würden. Nun wäre es traurig, wenn wir bei unseren Maßnahmen auf die Beurteilung durch die bürgerlichen Parteien angewiesen wären. (Lebhafter Zustimmung.) Nein, umgekehrt wird ein Schuh draus: Weil wir durch unsere wachsende Macht und unsere wachsende Zahl in den Landtagen vor neue Schwierigkeiten gestellt werden, ist die Frage oft nicht mehr mit der alten einfachen Formel zu lösen und beantrage ich diesen Abstimmungsmodus. Der zweite Grund ist, daß einerseits unsere Landesparlamente in Deutschland immer mehr bloße Verwaltungskörper werden, und andererseits wieder der Druck des preussischen Junkertums auf die deutsche Gesamtpolitik auch auf die Bundesstaaten immer mächtiger wirkt, so daß wir zwischen diesen beiden Dingen in den Landtagen hin und her pendeln. Deshalb müssen wir uns bemühen, eingehendere taktische Regeln aufzustellen. Wir reichen mit der alten Formel nicht mehr aus und ich wünsche deshalb die getrennte Abstimmung, durch die sich auch die Mehrheit für die letzten Absätze der Resolution desto imposanter gestalten dürfte. Der Standpunkt, den ich im übrigen von Anfang an in der Affäre eingenommen habe, ist, daß die Art, wie die Badenser durch die Tat für die Abänderung unserer taktischen Maßnahmen zu wirken versuchten, so ungeschickt war wie irgend möglich. Wenn die Badenser die Frage verwirren aber nicht klären wollten, dann mußten sie so handeln, wie sie gehandelt haben. (Bebel: Sehr gut!) Erstens außerordentlich ungeschickt in praktischer Beziehung. (Bebel: Sehr richtig!) Man soll die Gegner vor vollendete Tatsachen stellen, aber nicht die eigene Partei (Bebel: Sehr gut!) und sie niemals auf solche Weise nötigen, auf dem Parteitage darüber zu streiten, ob die Motive des Handelns richtig waren. (Zustimmung.) Es ist nicht richtig, daß die Badener keine Zeit gehabt hätten, sich mit dem Parteivorstand zu verständigen. (Bebel: Lächerlich!) Das hätten sie sehr gut gekonnt, da sie von Anfang an entschlossen waren, für das Budget zu stimmen, und die dann kurze Zeit geplante Ablehnung nur eine kleine Episode war. Schon dadurch, daß dies die Badener nicht getan haben, haben sie sich schuldig gemacht; ihre Haltung in der ganzen Sache war außerordentlich schwankend, mal so, mal so, nicht gerade imponierend. (Bebel: Sehr richtig!) Sie haben als Entschuldigung vielleicht eines, daß sie durch die wirkliche oder vermeintliche Ausschließlichkeit, sich in Norddeutschland, bei der heutigen Zusammensetzung des Parteivorstandes, Geltung zu verschaffen, ins andere Extrem getrieben wurden. Was aber die politische Seite Ihrer Abstimmung anbelangt, badische Genossen, so ist es doch nicht so, daß Ihr keine Reformen mitmachen könntet oder durch Ablehnung des Budgets Eure Erfolge diskreditieren würdet,

Die richtige sozialdemokratische Landtagspolitik und parlamentarische Taktik überhaupt besteht in der geschickten Verbindung beider Methoden, darin, daß man herausklärt, was man kann, daß aber dauernde Erfolge nur erzielt werden durch stramme sozialdemokratische Haltung in Verbindung mit den Massen außerhalb des Parlaments (Zustimmung), und darin habt Ihr gefehlt. Ich erkenne gewiß die Entschuldigungsgründe für Eure Haltung an, gerade weil ich die Verhältnisse aus der Nähe beobachte. Ich weiß, mit welcher Freude und mit welchem Ueberflusse Ihr in die parlamentarische Arbeit hineingegangen seid; mit welcher prächtigen Arbeitswut Ihr Euch mit Euren neuen Männern auf die Arbeit gestürzt habt. Ihr habt des Guten zuviel nicht in der Aufklärungsarbeit, sondern im rein parlamentarischen getan und habt gar nicht mehr gefragt, welche Konsequenzen das haben muß.

Dafür will ich bloß zwei Beispiele herausgreifen: Ihr habt zum Beispiel in der Schulfrage, das hat Kolb im „Volksfreund“ aus dem von Euch unterzeichneten Kommissionsbericht gegen Eck selbst konstatiert, als der Kommissionsvorsitzende fragte, ob jemand einen Antrag auf Abschaffung des Religionsunterrichts zu stellen habe, vollständig geschwiegen. (Hört, hört! Frank: Das ist ja nicht wahr!) Kolb, ich kann Ihnen diese Nummer des „Volksfreundes“ bringen. Ihr habt dann, soviel ich weiß, erst in der dritten Lesung den Antrag nachgeholt, aber zu spät, als das fertige Gesetz aus der Kommission kam. Das zweite Beispiel: Ihr habt in der Wahlfrage Verbindung mit der Arbeitererschaft draußen noch nicht einmal gesucht. (Webel: Sehr richtig!) Ihr bekamt die Gemeindevahlreform um Ostern herum. Ich hatte Euch in der „Volksstimme“ schon damals auf die Notwendigkeit umfassenderer Agitation im Lande aufmerksam gemacht und Euch auch in einem früheren Vortrage in Karlsruhe schon gesagt, daß gerade Ihr die besondere Ehrenpflicht habt, gegen das Klassenwahlrecht vorzugehen; denn dieses ist zuerst in den dreißiger Jahren von den badiſchen Liberalen ausgehebt worden und dann erst nach dem Rheingebiet und der Mark gebracht worden. Ihr hättet also die Ehrenpflicht, im Kampfe dagegen an der Spitze zu stehen. Ihr habt aber den Entwurf nicht nur ohne jede Agitation im Lande hingenommen, sondern Kolb hat auch, schon befangen in dem Gedanken der Gemeinschaft der Liberalen, sofort in einem Artikel in der „Kommunalen Praxis“ sehr lahm geschrieben; daran, daß wir statt des Neun- bis Zwölfklassenwahlrechts das Sechsklassenwahlrecht bekommen, wird nicht viel zu ändern sein. Genossen, das ist kein Standpunkt, die Fraktion mußte hinausgehen, die Massen aufrufen und den Liberalen sagen, das verlangen die Massen, wir können nicht zurückgehen. Dann hättet Ihr eine ganz andere Stellung gehabt und wir wären nicht in die Dinge hineingekommen, in die wir hineingekommen sind.

Sie sehen, man kann bei der Detailkritik der Badener doch gerecht und sachlich bleiben, aber auch zu dem Schluß kommen, daß Ihr (zu den Badenern) Euch durch die Arbeitsgemeinschaft und durch die bloße parlamentarische Arbeitsbereitschaft habt zu weit hinreißeln lassen. Deshalb fallen Eure Gründe platt zu Boden, und erst recht, wenn wir die deutsche Gesamtlage betrachten. Heute, wo wir vor einem verfliegenden Gottesgnadentum stehen in Preußen, das bis in die badiſche Regierung hinein seine Stütze findet, heute liegen die Dinge auch in Süddeutschland so, daß Ihr kräftiger, aber nicht behutsamer auftreten müßt. Ich muß Euch also bitten, auch die Argumente von der anderen Seite nicht unbeachtet zu lassen und Euch ihnen nicht zu verschließen, sondern dazu zu helfen, daß eine Einigung zustande kommt, die nicht bloß diktiert wird, sondern eine Einigung, für die Ihr schon auf dem Offenburger Parteitag hättet vorarbeiten können. Wenn auf dem Offenburger Landesparteitag Frank und Kolb nicht im Vollgefühl ihrer parlamentarischen Er-

folge einen so unnachgiebigen Standpunkt eingenommen hätten, dann hätte nach meiner Meinung eine Einigung angebahnt werden können. Müller und Wollenbühr sagten bewegt, welchen Schmerz es der Gesamtpartei bereite, daß die Badener solche Seitenwege wählten. Aber mit keinem Wort haben die Badener darauf reagiert! (Hört! hört!) Hätten Sie damals gesagt, wie jetzt Frank: Wenn ich wüßte, daß ich die Mehrheit für die Indemnität finde, hätte ich sie auch verlangt; hätten Sie sich damals mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt, dann wären uns solche Szenen wie heute, bei denen, wie ich nicht verhehlen kann, die Genossin Luxemburg auch nicht gerade ein Muster an Demokratie geboten hat, erspart geblieben. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach: Es ist selbstverständlich nicht möglich, auf alle die Einzelheiten einzugehen, die heute und gestern erörtert worden sind. Ich muß mich kurz fassen, um in den 10 Minuten wenigstens im wesentlichen das zu sagen, was ich sagen möchte. Ich bin der Meinung, daß die Budgetfrage, die wir nun seit Jahren erörtern, dadurch kompliziert wird, daß man den großen deutschen Parteitag zu sehr dazu zu bringen vermag, auf die Vorgänge in den einzelnen Ländern Einwirkung auszuüben. Ich gehöre zu denen, die tatsächlich in merkwürdigen Verhältnissen gefanden haben und noch stehen und die schon für ein Budget gestimmt haben, jetzt aber dagegen stimmen müssen, weil die Verhältnisse des Landes sich derartig entwickelt haben, daß es ein schweres Unrecht gegen uns selbst wäre, wollten wir die frühere Taktik auch jetzt beobachten. Aber gerade diese Verschiedenheit der Situation beweist, daß Fehler unvermeidlich wären, wenn wir uniformieren wollten. Selbstverständlich hat der Parteitag das Recht, wenn Vertreter in den einzelnen Landtagen eine Handlung ausführen, die die Kritik herausfordert, darüber zu urteilen und darüber zu sprechen. Das ist unser gutes Recht und auch unsere Pflicht, und ich habe kein Wort dagegen zu sagen, wenn das geschieht. Es ist aber ein Fehler, wenn wir durch Beschlüsse, wie der Nürnberger, in unhaltbare Situationen gebracht werden. Gerade die Tatsache, daß wir uns seit Jahren über die Budgetfrage unterhalten und heftige Konflikte ausfechten, beweist, daß wir hier in unhaltbare Situationen geführt werden; sie zeigen, daß die Verhältnisse in den einzelnen Landtagen wechseln und daß unsere Vertreter in denselben gezwungen sind, diesen wechselnden Verhältnissen Rechnung zu tragen, soweit, als ich das als Parteimann verantworten kann. Ich meine deshalb, daß es notwendig ist, den Weg zu finden, um den Willen der Gesamtpartei auszusprechen, dabei aber den einzelnen Landmannschaften die Möglichkeit zu geben, im Rahmen dieses Willens handeln zu können. Nun muß ich sagen, daß ich allerdings erstaunt war über die Begründung, welche die badiſchen Genossen für ihre Haltung gaben. Ich war es, der Frank persönlich den Kopf gewaschen hat, weil ich der Meinung war und noch bin, daß seine Begründung den Kern der Sache nicht getroffen hat, und ich wäre bereit, dies im einzelnen zu vertreten; ich bin der Meinung, daß die Situation in Baden so war, daß durch die Selbstauschaltung unserer eigenen Genossen, nachdem sie einmal mit den Liberalen sich zum Großblock vereinigt hatten, ein schlechteres Budget zu befürchten gewesen wäre. Die Situation der Arbeiterklasse wäre dadurch zweifellos schlechter geworden, wenn ein Wechsel in der Politik eingetreten wäre, weil das Zentrum dann ganz anders gearbeitet haben würde als es gearbeitet hat. Die ganzen Verhältnisse Badens sind danach angetan, daß man nur so hat vorgehen können; das mußte man sofort beim bloßen Verfolgen der Berichte, sowohl der badiſchen Parteipresse, als auch der Berichte der bürgerlichen Blätter über den Landtag einsehen. Sowie ich das verfolgte, war mir klar, daß die Situation so stand, daß die badiſchen Genossen

die Pflicht gehabt hätten, sich mit dem Parteivorstand zu verständigen und dadurch derartige Auseinandersetzungen, wie sie gefolgt sind, zu vermeiden. Es fiel mir gar nicht ein, irgendwie zu verlangen, daß die badischen Genossen eine falsche Begründung für ihren an sich berechtigten Beschluß hätten geben sollen. Nein, im Gegenteil, ich verlangte die klare Begründung, wie sie der Situation entsprach. Ich bin der Meinung, daß es eine Gefahr für die Gesamtpartei und für uns alle ist, denn wir hängen doch an der Partei mit Leib und Leben, wenn wir jetzt einen Beschluß fassen, wie ihn namentlich der Antrag Zubeil verlangt. Das wäre ein Beschluß, der den Zwiespalt in unsere eigenen Reihen trägt (Lebebour: Der ist von der anderen Seite hineingetragen worden!) und der nirgends mehr vernünftige Arbeit ermöglicht. Es ist Lebebour's gutes Recht, derartige Anträge auszuheben, aber mein gutes Recht ist es, sie zu bekämpfen. Gerade die wechselnden Verhältnisse in den einzelnen Ländern machen es absolut notwendig, daß wir vorsichtig sind. Ich sehe nicht auf der Anlageseite, für mich würde der Antrag keine praktische Bedeutung erhalten, aber es können auch für die kleinsten Länder Situationen kommen, wo die paar Männer im Landtag entscheidend sein können für die Entwidlung, die wir wünschen müssen. Denn darüber sind wir ja doch alle einig, daß mit einem Schläge eine vernünftige Gesellschaftsordnung nicht geschaffen werden kann. (Lebhafte Weisfall bei den Süddeutschen.) Das glaubt doch heute niemand mehr unter uns, daß das auf einmal möglich sein wird. So dachten wir in den 60er und 70er Jahren, als wir jungen Leute in die Arena traten; als ich glaubte, wenn ich meinen ersten Monat Gehalt hinter mir habe, dann haben wir die Mehrheit im ganzen Lande. (Geisterzeit.) Weil wir wissen, daß mit Wasser getocht wird, daß die Verhältnisse in den Einzelstaaten verschieden sind, bin ich der Meinung, daß wir einen solchen Beschluß nicht fassen sollten. Der Antrag, der verlangt, die Frage nochmals gründlich zu studieren, hätte wirklich ausgereicht. Ich behaupte ganz ruhig, daß derartige knifflige Fragen, wie die der Stellung zum Budget, gar nicht im Handumdrehen gelöst werden können und auch durch solche Beschlüsse nicht gelöst werden. Der Beschluß würde zur Folge haben, daß in allen süddeutschen Staaten eine ganze Anzahl von Parteigenossen auftreten und beantragen würde, die Frage das nächste Mal wieder aufzurollen. Die Situation in den Parlamenten ändert sich, und die Verhältnisse wechseln derart, daß heute hier und morgen da solche Anschauungen auftreten. Daher sollten wir darauf sehen, eine Verständigung in dem Sinne herbeizuführen, daß wir eine Resolution zur Annahme bringen könnten, die die Freiheit der einzelnen im Rahmen der Gesamtaufassung ermöglichte.

Ich habe nicht bloß Frank gegenüber meinen Standpunkt vertreten, sondern auch anderen gegenüber, brieflich auch Bebel gegenüber. Wir müssen, nachdem wir so groß geworden sind, eine Menge Elemente unter uns haben, die in der Tat nicht so scharf logisch ausgeprägte Auffassungen wie Bebel haben; nachdem wir sie aber zu uns herübergezogen haben, müssen wir sie zu erziehen suchen und dürfen sie nicht abstoßen.

Ich bestreite keinen Augenblick, daß Sie in Preußen über diese Frage längst weg sind, deshalb — weil Sie noch nie davor gestanden haben. (Geisterzeit und Zustimmung.) Wenn es Ihnen gelingt, das allgemeine Wahlrecht zu kriegen, und dabei will ich mithelfen, dann warten Sie, wie es dann aussieht, und ich sage Ihnen: Kanton Badisch würde Kanton „Preußisch“ werden. (Weisfall.)

**Rehmann-Mannheim:** Es ist nicht gerade angenehm, daß wir alle paar Jahre uns mit dem badischen Frazeel zu beschäftigen haben. Es wäre an der Zeit, daß die Badener einmal abgelöst würden durch eine andere Landsmann-

schaft. Sie haben 1894 in Frankfurt lange Auseinandersetzungen gehabt wegen der bekannten Stegmüllerei. Damals ist das Verhalten der Badener auch mit besonders eigenartigen Verhältnissen begründet worden; damals hat man geglaubt, daß es unter Umständen sich nötig machen könne, für Kirchenbauten zu stimmen, schon um deswillen, weil das historisch so geworden sei. Nachdem die Stegmüllerei beseitigt war — heute rebet man weiter darüber —, sind wir heute in das andere Extrem verfallen.

Dann haben unsere Leute im Landtag einmal für das Budget gestimmt. Das hat im Lande draußen Widerspruch erregt; der Lübecker Parteitag hat einen Beschluß gefaßt und die badische Landtagsfraktion hat sich diesem Beschluß gefügt. Man hat damals Wert darauf gelegt, daß sie sich fügt. Zu dem badischen Parteitag, der sich mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, hat der Parteivorstand es für wichtig genug erachtet, Bebel abzuordnen, der dort seinen Standpunkt vertrat. Ich wiederhole, daß damals unter Führung des verstorbenen Genossen Dresbach die Fraktion sich gefügt hat, ein anderes Fraktionsmitglied hat damals ausdrücklich erklärt, daß sie auf Grund des Lübecker Parteitagbeschlusses gegen das Budget stimmen. Das haben die Gegner sehr wohl verstanden, eine kämpfende Partei das Hauptgewicht darauf legen muß, einig und geschlossen im Kampfe zu stehen. 1904 hat man dann es für selbstverständlich erachtet, im Landtage gegen das Budget zu stimmen.

Niemand ist es eingefallen, etwa nur die Frage aufzuwerfen, ob wir jetzt dafür stimmen könnten. Dann kam 1905. Mittlerweile hatten wir das jetzt bestehende Wahlrecht bekommen. Allerdings nicht allein, sondern mit Hilfe des Zentrums. Bei den Stichwahlen 1905 kam der sogenannte Großblock zustande, und eine Anzahl von Genossen, die jetzt die Führung haben und die für das Budget gestimmt haben, sind damals in den Landtag eingetreten, unter anderem Frank und Kolb. Diese zwei, die ja für die Zustimmung zum Budget in erster Linie verantwortlich zu machen sind — das werden sie wohl nicht bestreiten —, selbst diese zwei haben im Jahre 1906, als wir zum ersten Male abstimmten, gar nicht daran gedacht, auch nur den Antrag auf Zustimmung in der Fraktion zu stellen. Der Lübecker Beschluß galt, deshalb stimmten wir gegen das Budget. Erst 1908 hat man eine Schwenkung vollzogen. Heute sagt man, es wäre die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen gewesen, die uns dazu gezwungen hätte. Damals haben wir noch keine Arbeitsgemeinschaft gehabt. Damals haben die Nationalliberalen noch unsere Anträge niedergestimmt, wie sie es jetzt allerdings auch noch tun. Aber damals ist man auch nicht so weit gegangen in der Verbrüderung mit ihnen wie jetzt. Trotzdem hat man die Schwenkung vollzogen und für das Budget gestimmt. Sie kennen die Folgen. Der Nürnberger Parteitag hat sich in schärfster Weise gegen die Budgetbewilligung ausgesprochen und die Genossen in Bayern und Württemberg haben sich gefügt. Wir haben ohne weiteres angenommen, daß die badischen Genossen sich auch fügen werden. Bald nach dem Nürnberger Parteitag sind die Kandidaten zum Landtag aufgestellt worden. Niemand ist es dabei eingefallen, zu sagen: Du wirst deshalb aufgestellt oder nicht aufgestellt, weil Du Budgetbewilliger oder Budgetgegner bist. Als ich abgesagt wurde (Geisterzeit), sagte kein Mensch: Du wirst abgesagt, weil Du gegen das Budget bist, sondern man sagte, daß ich die Doppellast zweier Mandate nicht gut tragen könnte. Wir mußten damals annehmen, daß unsere Abgeordneten den Parteitagbeschlüssen sich fügen würden. Als dann in der Fraktion beschlossen wurde, gegen das Budget zu stimmen, da sind Leute zu mir gekommen und haben es mir freudestrahlend erzählt. Ich habe es als etwas ganz selbstverständliches hingegenommen. Kolb

und Frank haben die Folgen ihres Unfalles sicherlich nicht vorausgesehen. Wäre das der Fall gewesen, so hätten sie es sich zweimal überlegt, ehe sie dafür stimmten. Hätte man sich das ordentlich überlegt, so hätte sich eine Mehrheit in der Fraktion wahrscheinlich nicht gefunden. Sie haben mit der Zustimmung einen großen politischen Fehler gemacht. Wir ständen heute in Baden viel besser da, wenn wir gegen das Budget gestimmt hätten, wie 1906. Was haben wir denn nun? Wir haben den Streit in der Partei, über den sich die Gegner freuen. Die Agitation wird dadurch gehemmt. Sie hätten ja das Recht gehabt, zu verlangen, daß der Nürnberger Beschluß aufgehoben wird. (Zuruf von den Süddeutschen: Haben wir auch verlangt!) Ein solcher Antrag ist nicht gestellt worden. Es ist grundfalsch zu behaupten, daß wir gezwungen waren, zuzustimmen. Frank hat hervorgehoben, daß es der Tätigkeit der Landtagsfraktion zu verdanken sei, daß eine Erhöhung der direkten Steuer nicht eingetreten sei. (Frank ruft: Das steht sogar im schwäbischen Merkur!) Daß die indirekten Steuern erhöht wurden, hat unsere Landtagsfraktion nicht verhindern können. Das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern ist dadurch noch ungünstiger geworden.

Wir haben in Baden über 17 Millionen Mark Einnahmen aus indirekten Steuern (Zuruf von Frank:olleinnahmen des Reichs!) nein, indirekte Landessteuern, über 17 Millionen indirekter Steuern und wir haben nur 26 Millionen Einnahmen aus direkten Steuern. Die direkten Steuern sind geblieben, die indirekten sind erhöht worden. (Zuruf: Durch das Reich!) Wieso durch das Reich? Das Reich hat uns doch nicht etwa gezwungen, auch unsere Biersteuer zu erhöhen. Wir hatten in Baden bisher die höchste Biersteuer, höher als in Bayern, da hätte es doch nichts geschadet, wenn wir jetzt einmal die niedrigste Biersteuer hätten. Ich erkenne an, daß Sie nicht die Konsequenzen gezogen haben, die einige ziehen wollten, die Biersteuer mit Rücksicht auf die Erhöhung im Reich auch zu erhöhen. Gätten Sie das getan, dann wäre ein Sturm der Entrüstung durch das Land gezogen, und deshalb haben Sie das ganz fein den Nationalliberalen und dem Zentrum allein überlassen. Ich wollte, Sie hätten das in den anderen Fällen auch so gemacht. Die gemeinsame Tätigkeit mit den Nationalliberalen hemmt uns nur. So haben wir zum Beispiel noch zwei Bundesstaaten mit einer staatlichen Fleischsteuer, Sachsen und Baden. Wir haben früher immer Anträge auf Beseitigung dieser Steuer eingebracht, aber unsere nationalliberalen Freunde und das Zentrum haben sie abgelehnt, weil sie nicht die direkten Steuern erhöhen wollten. Warum ist nicht jetzt, wo die städtischen Steuern auf Lebensmittel befreit sind, ein solcher Antrag wiederholt worden? Was glauben Sie wohl, was für eine vorzügliche Agitationswaffe wir hätten, wenn wir jetzt sagen könnten: Nationalliberale und Zentrum haben angesichts der teuren Fleischpreise unseren Antrag niedergestimmt. Deshalb ist man von dem früheren Verfahren abgewichen? Weshalb hat man den Antrag nicht eingebracht? Etwa um die Nationalliberalen nicht in Verlegenheit zu bringen? Man wird doch nicht etwa sagen wollen, daß man das vergessen hat, denn die Sachsen haben doch einen solchen Antrag gestellt und das ist bekannt geworden. Er ist freilich niedergestimmt, aber sie haben doch eine ganz vorzügliche Agitationswaffe bekommen. Ich bin überzeugt, daß die nächsten Wahlen eine andere Parteikonstellation ergeben werden, wir werden es dann auch mit unserer Hilfe nicht durchsetzen können, daß die Nationalliberalen ihre bisherige Stärke behalten, die Folge davon wird sein, daß sie sich mit dem Zentrum vereinigen und gemeinsam gegen uns kämpfen. Mancher von Ihnen, der sich jetzt noch der Illusion hingibt, daß es möglich ist, eine liberale Politik ähnlich wie in Frankreich zu treiben, wird von dieser Illusion geheilt sein.

Wir kommen aus den ewigen Streitigkeiten am besten dadurch heraus, daß die in Frage kommenden Genossen erklären, sie werden sich in Zukunft den Parteitagbeschlüssen fügen. Der Einwand, daß sie sich nicht fügen können, ist nicht stichhaltig, denn sie wollten sich ja schon fügen, es war schon vereinbart, wie die Nationalliberalen uns entschuldigen wollten, die Herren hatten schon unter sich vereinbart, welche Erklärung sie abgeben wollten. (Hört, hört! — Widerspruch bei den Süddeutschen.) Haben sie doch den Mut zu sagen, daß Sie einen falschen Weg eingeschlagen haben, denn Sie wollen doch wohl nicht die Partei ins bürgerliche Lager hinüberführen, das traue ich Ihnen nicht zu, und weil Sie das nicht wollen, darum erklären Sie das öffentlich, damit wir aus den ewigen Streitigkeiten herauskommen. (Lebhafter Beifall.)

**Meier-Heidelberg:** Lehmann hat erklärt, er habe geglaubt, es würde einmal eine andere Landsmannschaft die Badenjer ablösen mit dem Krakeel aus dem Parteitage. Ja, das hätte Lehmann und seine Freunde in der Hand. Sie brauchen nur darauf zu verzichten, alles, was in Baden vorkommt — es kommt schließlich überall, sogar in Berlin mal etwas vor —, auf dem schnellsten Wege der „Leipziger Volkszeitung“ und anderswohin zu übermitteln. (Sehr gut! und Unruhe.) Genosse Lehmann könnte vielleicht persönlich noch etwas dazu beitragen, den Parteikrakeel zu verhindern, wenn er, anstatt sich sozusagen immer nur als Sprachrohr des Zentrums aufzuspielen (Zuruf: Unerhört!), einmal parteigenösslich die Frage behandeln würde. Es ist ganz eigentümlich: Wenn man den Genossen Lehmann im gegenwärtigen Kampfe hört und die badische Zentrumspreffe liest, so findet man immer dieselben Gedanken. Ich weiß nicht, ob seine Verwandtschaft mit Wiesbaden dazu beiträgt. (Hört! hört! und Unruhe bei der Mehrheit.) Ganz eigentümlich ist es jedenfalls, daß immer Zentrumsargumente vom Genossen Lehmann vertreten und unterstützt werden. (Große Unruhe bei der Mehrheit, Zuruf: Verdächtigung!) Das ist keine Verdächtigung, sondern es ist das das Aussprechen einer Tatsache, die bewiesen werden kann jeden Tag durch Zeitungsartikel.

**Vorstehender Diet:** Sie unterstellen hier dem Genossen Lehmann, daß er Zentrumsgrundsätze und -Anschauungen propagiert; das ist nicht zulässig.

**Meier** (fortfahrend): Ich habe nur die Tatsache konstatiert, daß Genosse Lehmann eigentümlicher Weise immer mit Argumenten operiert, die die Zentrumspreffe bringt.

**Diet:** Die Tatsache haben wir nicht konstatiert. Wenn Sie jetzt so weiter fortfahren, muß ich Sie zur Ordnung rufen.

**Meier:** Ich kann ja auch mal auf einem sozialdemokratischen Parteitage zur Ordnung gerufen werden. — Genosse Dreesbach, führte Lehmann aus, habe sich damals der Lübecker Resolution gefügt. Das ist grundfalsch. Dreesbach hat im badischen Landtag erklärt, daß er es als eine Beleidigung aufzufassen, wenn man ihm unterschieben wolle, er würde deshalb gegen das Budget stimmen, weil die Lübecker Resolution existiere. Er hat erklärt: ich stimme gegen das Budget, weil es meiner Ueberzeugung entspricht. Genosse Eichhorn hat übrigens einmal auf einem badischen Parteitage eine Darlegung gegeben, warum man gegen eine Sache stimmen könne. Er hat gesagt, wenn wir bei dem Landtagswahlgesetz die Entscheidung gegeben hätten, dann hätten wir für das Gesetz gestimmt. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) So haben wir dagegen gestimmt, weil es auf unsere Stimmen nicht ankam. — Nun hat Lehmann weiter behauptet, wir hätten in Baden so unerhört viele indirekte Steuern, 17 Millionen. Zolleinnahmen, ist Ihnen schon zugerufen worden. Wir haben in Baden außer der Fleischsteuer, die etwa 800 000 Mk. einbringt, keine indirekten Steuern, und haben schon oft genug beantragt,

sie abzuschaffen. Es ist also nicht wahr, wenn man behauptet, wir hätten indirekten Steuern zugestimmt. Aber eine Tatsache stimmt: Wir haben in Baden heute mit den höchsten direkten Steuern zu rechnen. Heute steht die Notiz in der badischen Presse, daß die große Sunlight-Seifenfabrik bei Mannheim beschloffen habe, ihre Fabrik aus Baden zu verlegen wegen der hohen direkten Steuern. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Für uns ist also das Steuerwesen eine gefährliche Sache. (Zuruf: So reden die Oberbürgermeister!) Nein, so reden die Leute, die etwas davon verstehen. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Daß ein kleines Land, das links und rechts nur ein paar Stunden zu der Grenze hinüber hat, in Steuerfragen sicher weit vorsichtiger zu operieren hat als ein großer Staat (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen), darüber kommt ein vernünftiger Mensch nicht hinweg, sondern nur, wenn man für alles eine Schablone und ein Sprüchlein hat, kann man all diese Fragen gleich lösen. — Nun hat Genossin Rosa Luxemburg, mit der ich mich sicher weiter nicht befassen will (Heiterkeit), einen Artikel verlesen und dadurch darlegen wollen, wie in Baden ein budgetbewilligender Landtagsabgeordneter über das Schulgesetz urteile. Wenn die Genossin Luxemburg das jetzt getan hätte, ohne Kenntnis von dem wirklichen Stand der Dinge zu haben, so hätte ich das begriffen. Sie hat aber schon in Wiesenthal Kenntnis von dem wahren Sachverhalt bekommen und hat trotzdem heute dieselbe Geschichte nochmals vorgetragen und dadurch den Parteitag falsch informiert, hinter's Licht geführt. (Hört! hört!) Die Sache war so: Der Basler „Vorwärts“, das schweizerische Organ, hat einen Artikel veröffentlicht, der wahrscheinlich aus dem Lager des Genossen Adolf Ged stammt, oder er von ihm geschrieben ist, weiß ich nicht. Die „Vörrader Arbeiterzeitung“ wird im Basler „Vorwärts“ gedruckt und ohne Wissen des Genossen Rösch ist der Artikel vielleicht durch den Metteur oder sonstwie in das Kopfsblatt hineingekommen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Wenn Sie diese technischen Dinge kennen würden, würden Sie das begreifen. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Wer von den Dingen etwas versteht, begreift, daß der Artikel hineinkommen konnte, ohne daß Genosse Rösch dafür verantwortlich zu machen ist. Jetzt aber werden die Dinge hier so dargestellt, als ob er selber die Sache geschrieben hätte. Genosse Rösch ist nicht Redakteur im Hauptamt, sondern Schriftseher in einem bürgerlichen Geschäft. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Er kann natürlich nicht jeden Artikel vorher prüfen, die Zeitung wird im parteigenösslichen Geschäft, im Basler „Vorwärts“, gemacht. Nun hat Genosse Duard noch gemeint, wir hätten die Wahlrechtsdemonstration energischer betreiben sollen. Nun, wir haben im Wahlkampf die ganze Zeit die Gemeinbeordnung mit in den Vordergrund geschoben und konnten nicht ein paar Wochen darauf dieselbe Aktion noch einmal machen. Dazu hatten wir nicht einmal die nötigen Mittel und die nötigen Kräfte, wir haben aber im Frühjahr und Sommer überall im Lande Versammlungen über die politische Lage, über den Stand der Landtagsgeschäfte usw. abgehalten und haben doch überall wieder die Wahlrechtsfrage in den Vordergrund geschoben. Mehr konnten wir nach Lage der Sache nicht tun. Es ist grundsätzlich, wenn Sie uns immer unterstellen — und darauf kommt es schließlich hinaus —, als ob wir in Baden unsere Pflicht und Schuldbigkeit in der Partei nicht tun. Sehen Sie doch einmal, wie ist unser Abschluß bei den Landtagswahlen, bei den Reichstagswahlen! Wir können uns überall sehen lassen gegenüber den Genossen in anderen Teilen des Deutschen Reiches und wir werden auch in Zukunft, mögen Sie heute entscheiden, wie Sie wollen, unsere volle Pflicht und Schuldbigkeit tun. Vor allem bei den nächsten Reichstagswahlen werden wir Ihnen zeigen, daß wir trotzdem Sozialdemokraten sind und so gut wie Sie für die Befreiung des Proletariats zu kämpfen und zu arbeiten wissen. (Bravo! bei den Süddeutschen.)

Genossin Zeitlin: Wenn der Parteitag in der uns beschäftigenden wichtigen Frage eine Entscheidung herbeiführen will, welche dem Interesse der Partei dient, so muß er sich vor einem hüten: Nämlich der Auffassung jener Genossen beizutreten, welche die Budgetfrage als eine abstrakte Formallosigkeit behandelt wissen wollen, als eine akademische Doktorfrage, gleichsam losgelöst von Raum und Zeit. Wir müssen die Frage ins Auge fassen in der konkreten Realität, in der sie wieder und wieder vor die Partei gestellt worden ist. Das Lieb, daß wir die Frage an und für sich zu behandeln haben, haben wir auch jetzt wieder gehört. Wir kennen die Weise, wir kennen den Zeit, und wir haben gestern auch ihren klassischen Warden gehört in der Person des Genossen Keil, der uns den Rat gegeben hat, die Frage weder durch einen Nebel, noch durch die revisionistische Brille zu betrachten. Vielleicht sagt uns Genosse Keil, durch welche eigentümliche Brille er die Sache betrachtet. (Frank: Mit offenen gesunden Augen!) Er sieht die Sache offenbar durch einen Nebel, in welchem alle Katzen grau sind. (Heiterkeit.) Die Budgetfrage ist neuerlich vor den Parteitag gekommen, nicht als abstrakte Frage „an und für sich“, sondern als der Ausdruck, als die reife Frucht einer konsequent und bemüht verfolgten Richtung, die eine Aenderung unserer bisherigen Taktik erstrebt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Das hat Genosse Keil gestern selbst indirekt zugegeben. Er hat es bedauert, daß das Eingreifen der „Sozialistischen Monatshefte“ es so sehr erschwere, „neue Wege“ zu wandeln. Er hat nicht bedauert, daß diese Zeitschrift — das ist meine persönliche Ansicht über sie — die Meinung der Genossen im Lande in Verwirrung zu bringen geeignet ist. Er hat lediglich beklagt, daß durch die „Sozialistischen Monatshefte“ gewissermaßen der Punkt auf das i gesetzt werde, daß ihr Inhalt den Massen der Parteigenossen zeigt, woher der Wind kommt, und wohin er fährt. Es wäre gut, wenn Genosse Keil offen aussprechen wollte, was seinerzeit Genosse Auer in prägnanter Form zum Ausdruck brachte und was ja doch der Sinn von Keils Ausführungen war: so etwas tut man, so etwas sagt man nicht. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ich wollte, er hätte so offen gesprochen, wie sein Parteikreund Hildenbrand, der nach einem Bericht der „Tagwacht“ in einer Versammlung am 17. September in Stuttgart erklärt haben soll: „Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, wir tun, was wir wollen.“ (Hört! hört!) Ich zitiere, wie gesagt, nach der „Tagwacht“, wenn die Aeußerung nicht so stimmt, hat Genosse Hildenbrand ja volle Möglichkeit, hier den Bericht zu korrigieren. Jedenfalls meine ich, daß, wenn ein Parteiblatt eine derartige Aeußerung bringt, auch die Masse der Parteigenossen ein Recht darauf hat, darüber informiert zu werden, ob dies zutreffend ist.

Was die umstrittene Frage selbst anbetrifft, so hat Genosse Frank sich von den Flügeln der Dichtkunst mit Rückert nach Indien tragen lassen, um uns die poetische Weisheit des Brahminen zu zitieren. Mir wäre es lieber gewesen, er hätte uns die ganze prosaische Weisheit seines Freundes Kolb aus Karlsruhe zitiert. (Sehr gut!) Denn diese Weisheit hat uns seit Monaten wieder und wieder in Rede und Schrift versichert, was wir schon früher bei der gleichen Diskussion gehört haben: daß es sich bei der Budgetaufstellung nicht um eine ausnahmsweise Maßregel handeln kann, sondern um eine regelmäßige Erscheinung, die als Unterpfand, als Bestätigung der Tatsache dienen soll, daß wir in die Wege einer neuen Taktik einlenken müssen und im Begriffe sind, in sie einzulernen. Mehr noch, Genosse Kolb betont stark, daß diese Taktik nicht bloß für die Einzelstaaten gelten muß, vielmehr auf das ganze Reich auszudehnen ist.

Angeichts dieser Sachlage möchte ich entschieden davon abraten, dem Antrag des Genossen Braun bezw. München zuzustimmen. Das würde die Ein-



setzung der geforderten Studienkommission bedeuten? Sie würde sachlich auf die Erklärung hinauslaufen: Ihr habt zwar formell gesündigt, indem Ihr in Baden dem Parteitagebeschluss zuwider gehandelt habt, aber wir haben im letzten Grunde gar nicht das Recht, Euch eine Mißbilligung dafür auszusprechen, denn wir haben Euch bereitwillig gebunden. Seit fast 16 Jahren haben wir die Frage der Budgetbewilligung behandelt, haben zu ihr Beschlüsse gefaßt, ohne überhaupt sachlich genügend in der Materie unterrichtet gewesen zu sein. Die Partei würde sich damit ein Amtszeichen ohnegleichen ausstellen. (Sehr wahr!) Wir haben einen Berg von Literatur zu dieser Frage, wir haben ausgiebige Diskussionen auf Parteitag und in Versammlungen gehabt, und da sollten wir nachträglich erklären: wir wissen noch immer nicht, was ein Budget ist und wie wir die Verhältnisse werten müssen. Aber noch eins: worauf würde es praktisch hinauslaufen, wenn wir eine Studienkommission einsetzen? Wenn wir davon absehen wollten, die Frage im Zusammenhang mit einer prinzipiellen Auffassung zu entscheiden, wenn wir unsere Stellungnahme zu ihr lediglich von den jeweiligen Umständen abhängig machen würden? Wir müßten dann die Kommission in Permanenz tagen lassen, denn es könnte immer und immer die Erforschung ganz neuer Verhältnisse in Frage kommen (Sehr richtig! bei den Süddeutschen), nach deren Prüfung wir erst imstande wären, ein Urteil abzugeben. (Frank: Da haben Sie sehr recht!) Steht man auf diesem Standpunkt, dann seien wir doch konsequent, dann schaffen wir schon heute den Nürnberger Beschluß und die vorher gefaßten Resolutionen in Sachen der Budgetfrage ab. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Ich persönlich bin immer für Konsequenz und für klare unabweisende Entscheidungen, an denen nicht mehr zu rütteln ist, die zeigen und aussprechen, was ist.

Daß es sich im letzten Grunde bei der Budgetfrage um den Versuch handelt, die Partei in eine veränderte Richtung, zu einer neuen Latzli zu drängen, zeigt die Armeiligkeit der Gründe, mit welchen das Verhalten der badischen Genossen bis jetzt zu rechtfertigen versucht worden ist. (Sehr richtig!) Was hat da für die Entscheidung nicht alles eine Rolle gespielt! Reden für oder gegen die Sozialdemokratie, die ein Minister gelegentlich gehalten hat, Hinweis auf die komplizierte Natur dieses Mannes. Mich erinnert das sehr bedenklich — verzeihen Sie das harte Wort — an das feuilletonistische Gerede bürgerlicher Zeitungen von dem modernen Menschen Bülow und von dem Philosophen Bethmann Hollweg. (Sehr gut!) Wir haben nicht mit der „komplizierten“ Natur und der Persönlichkeit derjenigen zu rechnen, die sich Staatsmänner nennen, sondern vielmehr mit den klaren, realen Verhältnissen des kapitalistischen Klassenstaates, deren Diener, deren Lakaien die Staatsmänner sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und da liegen die Dinge wirklich einfach genug! Frank hat uns gesagt, wir dürften die letzte Erklärung des Ministers v. Bodman über den berechtigten Kern der Arbeiterbewegung nicht unterschätzen, wir dürfen uns nicht an ihren Wortlaut halten, sondern müßten ihren Geist werten. Jawohl, Genosse Frank, tun wir das! Die Sozialdemokratie antwortet dem Herrn v. Bodman auf seine Aeußerung: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir!“ Von einem Begreifen der Sozialdemokratie, ihres geschichtlichen Wesens ist nicht die Spur in der Aeußerung zu finden. Sie ist ein ganz trivialer Ausspruch, wie ihn jeder beliebige „Arbeiterfreund“ schon hundertmal getan hat. (Sehr richtig!) Wie sieht es nun mit der Behauptung aus, daß die Budgetabstimmung notwendig gewesen sei, um die Arbeitsgemeinschaft im badischen Parlament aufrecht zu erhalten? Wenn tatsächlich die Liberalen sich als arme Teufel in einer solchen Notlage befinden, wie es uns gezeigt worden ist — und sie befinden sich in ihr —, dann müssen

sie aus politischem Selbsterhaltungstrieb unter dem Zwange der Situation im Lande und im Parlamente die Arbeitsgemeinschaft aufrecht erhalten, ganz gleich, wie die Sozialdemokratie sich in der Budgetfrage stellt. (Sehr gut!)

Ich gehöre zu den letzten, welche die KonzeSSIONen und Reformen — auch der kleinsten Art — unterschätzen, wie sie unsere badischen Freunde errungen haben. Ich würdige sie hoch, und ich sage: Nur noch mehr davon, Ihr könnt uns gar nicht genug bringen. Wir freuen uns des Eifers, den Ihr bewiesen habt, um sie zu erzielen; wir begrüßen Eure Erfolge, weil sie — so klein sie auch sein mögen — doch Tropfen sind, die das Elend des Proletariats lindern. Aber gerade darum fragt es sich: Welches ist der beste Weg, KonzeSSIONen, Reformen zu erlangen? Sollen wir Reformen erschwern durch parlamentarische Kompromisse, durch Bescheidenheit im Fordern oder sollen wir sie erzwingen durch den Druck der Massen von außen? (Lebhafte Sehr gut!) Mir scheint es, als ob unsere Parteifreunde in Baden über die Arbeitsgemeinschaft mit dem liberalen Block zu sehr die Kampfgenossenschaft mit der Gesamtheit der Partei und mit den Massen außerhalb des Landtags aus dem Auge verloren haben. (Sehr richtig!) Genosse Frank hat gestern gesagt, daß wir KonzeSSIONen erringen können, weil doch eine ganze Reihe von Uebeln, unter denen das Proletariat leidet, nicht zum Wesen des Klassenstaats gehören; der Klassenstaat könne bestehen ohne Wucherzölle und ohne die Verweigerung der politischen Gleichberechtigung. Ganz recht! Aber wir haben auch diese Dinge nicht zu messen an einem abstrakten Begriff vom Wesen des Klassenstaates. Unser Maßstab ist die historische Situation, in der wir gegenwärtig stehen. Bei der gesamten geschichtlichen Entwicklung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gehören heute in Deutschland Wucherzölle, gehört der hartnäckige Widerstand gegen die Forderungen nach Demokratie, gehört die ganze arbeiterfeindliche Politik untrennbar zu den Bestrebungen der herrschenden Klassen, ist der historisch bedingte Ausdruck ihres Wesens. Die reaktionären Erscheinungen sind zu unvermeidlichen Lebensäußerungen der Jetztzeit geworden. (Sehr richtig!) Die Entwicklung der Parteien bestätigt das. Alle Parteien, die sich liberal und demokratisch nennen — ich begreife auch das Zentrum darunter —, steigern ja ihren Kampf gegen Wucherzölle, gegen indirekte Steuern, gegen die Verweigerung der politischen Rechtsgleichheit nicht, sondern wir sehen umgekehrt, daß auch die bürgerlichen liberalen Parteien immer mehr zu Trägern der gesamten reaktionären Wirtschaftspolitik der reaktionären Allgemeinpolitik im Reich und in den Einzelstaaten werden. (Sehr richtig!) Die Politik der Einzelstaaten vermag sich dieser Entwicklung nicht zu entziehen. Sie bestimmt nicht in entscheidenden Fragen die Politik des Reichs, sondern wird mit der fortschreitenden Entfaltung des Kapitalismus immer abhängiger von ihr.

Genosse Frank hat zum Schluß gemeint, wir sollten den „monarchischen Rundgebungen“ der Genossen keine zu große Wichtigkeit beimessen, denn die Monarchie habe eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats. Nicht die Institution hätten wir besonders zu bekämpfen, sondern der Persönlichkeit entgegenzutreten, die als Träger der Institution gelegentlich persönlich scharf, verhängnisvoll in das politische Getriebe eingreift. (Frank: Gerade das Gegenteil habe ich gesagt!) Nein, Sie haben mörtlich gesagt, was ich anführe. Wenn man dieser Ansicht ist, dann begreife ich allerdings nicht, wie man beim Leichenbegängnis gerade einem Monarchen eine Huldbigung bringen konnte, der sich jederzeit als besonderer persönlicher Feind der Sozialdemokratie mit Ehrlichkeit bekannt hat. (Sehr gut!) Wir bekämpfen in erster Linie die Institution der Monarchie, diese Institution ist in Deutschland keineswegs für den prole-

tarifischen Klassenkampf eine so belanglose mittelalterliche Festsung, an der wir vorüberziehen können, ungehindert im Weitermarsch, wie Genosse Frank es dargestellt hat. Diese mittelalterliche Festsung fetert im Rücken des vorüberziehenden Proletariats nicht fröhliche, harmlose Feste; sie ist das stärkste Bollwerk, der stärkste Rückhalt der proletarierfeindlichen, reaktionären Politik aller herrschenden Klassen ohne Unterschied. (Lebhafte Zustimmung.) Da sage man uns doch nicht, daß wir nicht nötig hätten, diese Institution mit aller Energie zu bekämpfen. In Deutschland fordern die Verhältnisse zu diesem Kampfe heraus, das aber mehr als je, wo die bürgerlichen Klassen auf die feigenblattlose Proklamation des Gottesgnadentums mit dem Rufe zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie geantwortet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Monarchie in Deutschland hat sich noch immer offen als persönlicher Feind der Arbeiterklasse bekant. (Sehr richtig!) Wie die Dinge liegen, wird je länger je mehr auch der entschiedenste Kampf gegen diese „mittelalterliche Festsung“ ein immer wichtigerer Teil des proletarischen Klassenkampfes überhaupt.

Es ist gesagt worden, daß es gilt, die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten. (Sehr wahr!) Es gibt für die Sozialdemokratie in diesen ersten Zeiträumen nichts Wichtigeres, als die Aufrechterhaltung der organisatorischen Einheit und Geschlossenheit. (Bravol) Aber zur Entscheidung steht die Frage: Um welchen Preis, auf welchem Boden wollen wir die Geschlossenheit? Wollen wir sie durch einen Schritt nach rechts, auf dem Flugland der Konzeptionspolitik, der Konjunkturpolitik mit Wenn und Aber, oder wollen wir sie auf dem festen Grund der prinzipiellen Auffassung, auf dem die Sozialdemokratie bis jetzt gestanden hat, auf dem sie noch steht, und auf dem sie stehen muß, wenn sie bleiben will, was sie ist: der politische Ausdruck, die politische Organisation der kämpfenden, revolutionären Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Quessel - Darmstadt: Durch die Abstimmung auf der hessischen Landeskonferenz ist bewiesen, daß auch in Hessen die Mehrheit der Parteigenossen die Frage der Budgetbewilligung nicht als eine prinzipielle, sondern als eine taktische anhebt. Bebel hat gestern die Frage offengelassen, ob man mit Recht und Wahrheit, soweit ich ihn verstanden habe, die Frage der Budgetbewilligung als eine prinzipielle Frage ansehen kann. Er hat sich nur darauf beschränkt, daß frühere Parteitage die Frage als eine prinzipielle betrachtet wissen wollten. Nun kann doch aber dadurch, daß ein Parteitag erklärt, die Frage ist eine prinzipielle, die Natur der Dinge nicht geändert werden. Lassalle hat einmal die Liberalen vortrefflich verspottet, indem er einen Vergleich anzog, wenn eine große Gesellschaft sich vor einen Apfelbaum stellt, ein Kaktus mit der Aufschrift anhängt: dies ist ein Feigenbaum, und wenn nun die ganze Verwandtschaft dieser Herren herankommt und schwört, daß es ein Feigenbaum ist, so wird sich doch im Herbst, wenn der Baum Apfel und keine Feigen trägt, herausstellen, was er in Wirklichkeit ist. So steht es auch mit den Beschlüssen der Parteitage. Auch zehn Parteitage können an der Natur der Dinge absolut nichts ändern. Auf dem Münberger Parteitage wurde ausdrücklich erklärt, daß zwei Ausnahmen möglich sind von der Ablehnung des Budgets. Das beweist schon, daß die Frage keine prinzipielle, sondern nur eine taktische sein kann. Erstens können wir das Budget bewilligen, um ein schlimmeres zu verhüten, zweitens, wenn wir die Mehrheit haben. Tauschen Sie sich nicht darüber, denn, wenn wir in Hessen oder Baden die Mehrheit erlangen, dann bleibt der Klassenstaat im Süden immer noch derselbe wie alle anderen Klassenstaaten. Bebel hat uns gestern aus seiner 40jährigen Erfahrung heraus geschilbert, wie ungeheuer verschieden der Klassenstaat in Preußen

von dem Klassenstaat im Süden ist. Ich habe nicht die Erfahrungen Bebel's, aber ich habe aus den Vorlesungen republikanischer Staatsrechtslehrer gelernt, wie der mit allen Herrschaftsrechten ausgestattete preussische Staat sich doch sehr von den süddeutschen Staaten unterscheidet. Die staatsrechtliche Ummäzung von 1870/71, die eine Revolution war, hat die süddeutschen Staaten ihrer Herrschaftsrechte beraubt. Diese Rechte sind auf den preussischen Staat übergegangen. Es kommt dazu, daß die Budgets im Süden ganz anders gestaltet sind als im Norden. Es fehlen die Ausgaben für Heer und Marine. Die Frage müßte also doch ganz besonders beurteilt werden. Eine Studienkommission ist daher durchaus notwendig. Nun gibt es Genossen, die alles ganz genau zu wissen behaupten. Sie täuschen sich, wenn sie glauben, über alles informiert zu sein. Ich mußte als Norddeutscher ein halbes Jahr lang täglich eine Stunde mit Ulrich debattieren, ehe ich in die Eigentümlichkeiten der hessischen Verhältnisse eingeweiht war. Im Handumdrehen lernt man das nicht. Wer das behauptet, der hat keine Ahnung von der Kompliziertheit der Verhältnisse. Wir in Hessen werden nicht leichtfertig das Budget bewilligen. Aber wir werden gezwungen werden dazu durch die Macht der Verhältnisse. Wir werden gezwungen werden, die Resolution 90 zu brechen. (Hört! hört!) Wir werden sie brechen und wir müssen sie brechen. (Lebhaftes Hört! hört!) Die hessischen Verhältnisse liegen jetzt so, daß wir uns gegenwärtig in einer schweren Finanzkrise befinden, die nur dadurch beseitigt werden kann, daß man die großen Vermögen und das große Einkommen mehr wie bisher belastet. Als Ulrich mit dem früheren hessischen Finanzminister Gnauth eine Auseinandersetzung über die Steuerpolitik hatte, da antwortete der Minister: Ich erkenne an, daß Ihre Steuerentwürfe ausführbar sind. Ich würde sie ausführen, aber schaffen Sie mir erst eine Mehrheit dafür im Landtagel — Diese Mehrheit ist nicht vorhanden, aber diese Erklärung des Finanzministers bewirkte, daß Gnauth von der Ersten Kammer gestürzt wurde. Die Organe des Herrn v. Hehl hielten wie eine Meute hinter dem sogenannten demokratischen Finanzminister her. Sie erklärten ganz offen: Wir werden den Weg einschlagen, den das englische Oberhaus eingeschlagen hat, wir werden das Budget ablehnen, um den Besitz zu schonen vor den demokratischen Instinkten der durch die Sozialdemokraten aufgeweckten Massen. Gnauth, der im Grunde eine ähnliche Politik verfolgte, wie der liberale englische Finanzminister Lloyd George, gab der Ersten Kammer nicht nach und er mußte den Platz räumen. Hätte Gnauth es aber auf einen Kampf ankommen lassen, so wären unsere Abgeordneten unter der Führung Ulrich's nicht mit der Ersten Kammer gegen die Volkskammer gegangen und hätten das Budget abgelehnt, sondern da wären sie mit der Volkskammer gegen die Herrenkammer gegangen und hätten das Budget angenommen, um die Ministerstürzerei der hohen Herren zu verhindern. Derartige Verhältnisse werden wiederkommen. Resolutionen, die unsere Stellung festlegen, erschweren uns die Arbeit ungemein. Wir können der Resolution auch nicht zustimmen, weil sie eine Unterschätzung der positiven Tätigkeit der Sozialdemokratie enthält, weil sie auch eine Unterschätzung der Lebensarbeit Bebel's enthält. Bebel unterschätzt selbst den gewaltigen Gewinn seiner Lebensarbeit, wenn er sagt, daß wir nur kleine Konzessionen erreichen könnten. Nein, der Sozialismus marschiert, wir wachsen in den Zukunftsstaat hinein. (Beifall.)

Lebebour: Ich entledge mich zunächst eines Auftrages des Genossen L i m - b e r t s, des Vertreters von Essen, der nicht weiß, ob er noch das Wort erhalten wird. Im Auftrage des niederrheinischen Agitationsbezirkles hat er die entscheidende Absage der Arbeiter des niederrheinischen Agitationsbezirkles an die revisionistischen Budgetbewilliger in Baden zu erklären. Es hat das deshalb

Wert, weil auch in jenen Gegenden Meinungsverschiedenheiten sind. Aber die Versammlungen haben gezeigt, daß die ganz überwiegende Mehrheit auf dem Standpunkte Limberg steht. Nun noch einige Worte gegen Heilmann, der hier aus der Vogelperspektive der Journalistentribüne seine Ansichten über den Parlamentarismus entwickelt hat. Er glaubte, die Tatsache der Ablehnung des Budgets durch die Reichstagsabgeordneten dadurch diskreditieren zu können, daß er erzählte, wenn man von der Journalistentribüne heruntersteige in den Sitzungssaal, dann gehe bei dieser wichtigen Abstimmung der eine Abgeordnete spazieren, der andere schreibe usw., und da fragt Heilmann: Ist das eine Demonstration? Die Ablehnung des Budgets ist eine politische Handlung, nicht eine Demonstration in dem Sinne, wie es Heilmann hinzustellen sucht. Demonstrationen im Parlament wachsen aus der Situation heraus, wenn die Leidenschaften sich regen, wenn ein Obenburger und andere derartige Gegner uns durch Provokationen herausfordern, dann kommt es zu Demonstrationen, oder wenn Heilmann zum ersten Male im Landtage auftritt und von unseren Genossen haranguiert und als Vaterlands- und Arbeiterfeind gebrandmarkt wird. (Weißl.) Das sind Demonstrationen, aber nicht politische Handlungen im Laufe eines ordnungsgemäß verlaufenden Reichstags. Sie geben niemals Anlaß zu sensationellen Ereignissen, an denen sich Heilmann auf der Journalistentribüne amüsieren kann. (Weiterkeit.) Trotzdem haben sie ihre große, ihre kolossale Bedeutung. Die Verwechslung Heilmanns ist ganz charakteristisch, weil er den Vorgang nur nach dem Verhalten der paar Männer im Parlament nach ihrem äußeren Auftreten beurteilt. Die Bedeutung dieser Abgeordneten liegt darin, daß sie im Reichstage mit der Ehre beauftragt sind, als Vertreter der Sozialdemokratie die Anschauungen, die feindliche Stimmung der gesamten Genossen des Landes gegen den Klassenstaat zum Ausdruck zu bringen. Ob der eine oder andere dabei dieses oder jenes Gesicht schneidet (Weiterkeit), darin liegt die Bedeutung nicht, sondern ausschließlich in der Tat selbst. Das geht Jahr für Jahr so, das sind keine sensationellen Ereignisse, das hat aber dennoch seine große politische Bedeutung. Diese politische Bedeutung aber wird verringert, wenn in den Landtagen die Genossen den Parteitagsschlüssen, die innezuhalten sie verpflichtet sind, ins Gesicht schlagen und für das Budget stimmen. Die Einseitigkeit des Auftretens der Parteigenossen in den Landtagen ist von größter Wichtigkeit auch für unsere Tätigkeit im Reichstag.

Heilmann hat auch auf Vorgänge auf dem Internationalen Kongress angedeutet. Er behauptet, ich hätte Keir Hardie aufgefordert, gegen das Budget zu stimmen. Da hat er den ganzen Vorgang mißverstanden. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich mich in die Frage nicht mische, ob die Genossen in England das Budget bewilligen wollen oder müssen. Ich habe nur gesagt: wenn Ihr das Budget bewilligt, wenn Ihr dem Klassenstaat die Mittel für das Heer und die Rüstungen bewilligt, dann könnt Ihr nicht den Arbeitern Eures Landes und der anderen Länder den Generalfreistreib im Kriegsfall aufzwingen wollen. Das war das Argument.

Das Wesen des Parlaments ist außer von Heilmann auch vom Genossen Quessel mißverstanden worden, trotzdem der letztere das Glück gehabt hat, republikanische Staatsrechtslehrer als Lehrmeister und einen praktischen Lehrer in Ulrich zu finden. Der Vorredner hat charakteristischerweise das Verhalten eines bürokratischen Ministers in einem deutschen bürokratischen Kleinstaat mit dem Verhalten eines englischen parlamentarischen Ministers verwechselt. Das ist ja gerade der Fluch in Deutschland, daß wir noch nicht einmal in den bürgerlichen Parlamentarismus des Klassenstaates hineingekommen sind. (Sehr richtig!) Nicht einmal den bürgerlichen Parlamentarismus haben

wir und trotzdem habt Ihr in Baden und die anderen, die Euch zustimmen, so wenig proletarisches Selbstgefühl (stürmischer Beifall — Widerspruch der badischen Genossen), so wenig Stolz (erneuter stürmischer Beifall und Widerspruch), daß Ihr dieser jämmerlichen deutschen Bürokratenwirtschaft die Erstreckung weiter ermöglichen wollt entgegen dem Willen der Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Kern der Sache. Ob der Mann Bodman oder Wethmann heißt oder ob es sich um andere unanzahlige Männer handelt (Weiterkeit), das ist gleichgültig. Sie alle sind Träger des bürokratischen Systems. Sie sind Handlanger des verschleierten Absolutismus, sie stehen nicht da kraft einer Ueberzeugung, ich weiß nicht, ob sie jemals so ein Ding bejassen haben, sie stehen da im Auftrage eines Monarchen. Und wenn es dem nicht paßt, dann pöbeln er, und dann fliegen sie und versinken auf Nimmerwiedersehen. Und von den Strafen solcher abhängigen Leute wollt Ihr es abhängig machen, ob Ihr dem Budget zustimmt oder nicht. (Frank lacht.) Genosse Frank lacht selbst darüber. (Frank ruft: Aber über Sie, mein lieber Lebedour!) Sie lachen. Nichts ist charakteristischer, als die Frivolität, mit der Sie die ganze Frage behandeln. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Erregter Widerspruch der Minderheit, Frank ruft: Ich lache über Sie, und Sie sind doch noch keine geistige Person!) Die ganzen badischen Entschuldigungen sind nichts als frivole Ausreden. Die Badenser haben hin und her geschwankt und haben nach einem Vorwande gelehrt, um wirklich einen Grund zu haben für ihre Budgetbewilligung. Da ist Euch der Bodman über die Leber gelaufen (Weiterkeit), und da habt Ihr gesagt: Gott sei Dank, da haben wir einen Grund! Frank hat das direkt zugegeben, indem er erklärte, daß viele von Ihnen es lieber gesehen hätten, wenn sie einen Grund wie die Bayern gehabt hätten, das Budget abzulehnen. Ja, was sind das für Parteigenossen, die von solchen äußerlichen Umständen ihre Haltung in dieser wichtigen Frage abhängig machen. Niemand hat die badischen Genossen so sehr diskreditiert, wie Frank durch diese Enthüllungen. (Lebhafter Beifall.)

Nun hat Kolb erklärt: Wenn Ihr wirklich die Resolution annehmt, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als nach dem Rezept Ulrichs zu handeln, indem wir sagen: ja, unsere Haltung entspricht den Beschlüssen des Nürnberger Parteitags, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als uns herauszuschwindeln aus der Verantwortung. (Lebhafte Hört! Hört!) Denn nichts anderes wäre ein solcher Vorwand, als ein Herausgeschwindeln. (Stürmische Zustimmung der Mehrheit. — Gelächter der Badener.) Wenn es wirklich dazu kommen sollte, wenn die Prophezeiung ernst wird, wenn Ihr mit einem solchen Argument kommt (Frank ruft: Was ist dann?), dann wissen wir, daß das Schwindel ist. (Lebhafter Beifall.) Es ist notwendig, nicht nur die Resolution Bebel, sondern auch unser Amendement mit anzunehmen, um den Praktiken, die in diesen Enthüllungen angekündigt sind, entgegenzutreten. Es muß ausgesprochen werden, daß diejenigen Genossen, die sich den Beschlüssen nicht fügen, sich außerhalb der Partei stellen. (Jawohl, Genosse Bebel, es ist notwendig, daß das Amendement angenommen wird. (Bebel: Das ist gar nicht notwendig.) Wir müssen ein bestimmtes Verhalten gegenüber einem Verstoß gegen den Beschluß hineinbringen, das steht auch im Einklang mit dem Organisationsstatut. (Bebel: Das ist unrichtig!) Es muß festgestellt werden, auf Grund welcher Tatsache die Organisation die Funktion des Ausschusses zu vollziehen hat. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David: Die Art, wie mein Vorredner Lebedour die sachliche Begründung der Badenser gewürdigt hat, die Art, wie er überhaupt die ganze Budgetfrage von seinem „sachlichen“ Standpunkt aus behandelt hat (Weiterkeit), muß doch wirklich jedem Parteigenossen, der noch unbefangenen denken kann, die

Ueberzeugung beibringen, daß wir in dieser Frage mit derartigen Diskussionen auf den Parteitag nicht zu einem befriedigenden Schluß kommen können. Ledebour hat mit seinen Ausführungen die beste Begründung für die Resolution gegeben, die wir Ihnen vorzuschlagen. Es ist notwendig, die ganze Frage noch einmal einer leidenschaftslosen, sachlichen Behandlung in einer Kommission zu unterziehen, wobei alle zugezogen werden, die dazu theoretisch oder praktisch Material geben können. Das ist nach meiner festen Ueberzeugung der einzige Weg, um aus diesen auf die Dauer ganz unerträglich werdenden Diskussionen endlich herauszukommen.

Man hat eingewendet, die Studienkommission könne nichts neues mehr finden, man wisse bereits alles und man stelle sich ein Armutszugnis damit aus. Ach nein, diejenigen, die in einer Sache sagen, sie wüßten bereits alles, stellen sich selbst ein Armutszugnis aus. Jeder Mensch kann noch lernen und zumal in einer so komplizierten Sache. Wir haben leider niemals auf Parteitagen die Frage vom rein sachlichen Standpunkt behandelt. Sie ist von Anfang an eine Gegenfrage gewesen, wie in den schärfsten gegenseitigen Stimmungen diskutiert wurde. Daß die Genossin Luzemburg nichts mehr dabei lernen kann, ist selbstverständlich. Sie weiß alles, was in der ganzen Welt vorgeht, vorgegangen ist und vorgehen wird. (Heiterkeit.) Da ist natürlich jeder Versuch ausgeschlossen.

Wenn Haase aber meint, man habe die Sache immer „ganz sorgsam und gewissenhaft“ geprüft und es sei ja auch die Parteischule da, die Aufklärung geschafft habe (Webel: darüber nicht!), da möchte ich, obgleich Haase Jurist ist, doch sagen: Ist er denn in der Lage, zu antworten, wenn er Auskunft geben sollte über die staatsrechtlichen Bestimmungen und Formen der Budgetrechte in den einzelnen Staaten? Ich glaube, daß er bei diesem Examen kräftig durchfallen würde. Er würde bei dieser Frage sicherlich aufstehen und sagen: Mein Name ist Haase, ich weiß von nichts! (Große Heiterkeit.) Ich könnte dem Genossen Haase das vorlesen, was Braun-Königsberg zur Begründung der Forderung einer Studienkommission gesagt hat. Genosse Braun hat sich damit ein Verdienst erworben, daß er auf diesen Weg hingewiesen hat. Erst später wird man das anerkennen, wenn man leidenschaftsloser darüber denkt. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, so haben Sie nicht gleich den Frieden, aber den Weg dazu.

Das ist alles, was wir im Augenblick erreichen können. Wir haben unsern Antrag, die früheren Resolutionen aufzuheben, zurückgezogen, zugunsten des Kommissionsantrages. Wir sagen damit: Wir sind bereit, den Versuch zu machen; bringen Sie uns Gründe, und wir werden sehen, wie die Sache geregelt werden kann, sonst kehren diese Debatten immer wieder, wir können machen und beschließen, was wir wollen. Es gibt kein anderes Mittel. Die Verhältnisse werden stärker werden, als alle gefaßten Beschlüsse.

Die Resolution Webel kann uns auch nicht den Frieden bringen. Sie repetiert die Beschlüsse von Dresden, Lübeck und Nürnberg. Der Dresdener Beschluß wird ja immer repetiert, fast jedes Jahr; ob er dadurch besser wird, das ist zweifelhaft. (Webel: Er ist gut!) Es kann auch nicht dem Frieden dienen, wenn er jetzt repetiert wird. Man soll die Budgetfrage rein sachlich begründen und so begrenzt lösen. Nun hat Webel in seinem Referat einen Ausweg angedeutet, über den ich mich etwas gewundert habe. Es gibt danach auch heute einen Weg, daß die Genossen bei der Budgetbestimmung sich der Möglichkeit entziehen, gegen den Parteitagsbeschluß zu verstoßen, ohne für etwas zu stimmen, was sie sachlich für schädlich halten. Sie gehen eben einfach heraus, wie es schon Gese gemacht hat. (Heiterkeit bei den Badenern.) Wenn das der einzelne kann, dann kann das ja auch die Mehrheit.

Sie sagen dann einfach: Aus sachlichen Gründen können wir nicht dagegen stimmen, weil wir die Ueberzeugung haben, daß wir damit die Interessen der Arbeiter schädigen. Da ist nun aber, sagen sie sich weiter, ein Parteitagsschluß, den wir achten müssen, aufrechte Männer müssen wir bleiben, — also gehen wir hinaus! (Heiterkeit.) So haben sie es in Sachen gemacht. So hat man da den feierlichen Moment, „wo der ganze Gegenstand gegen den parlamentarischen Staat zum Ausbruch kommt“, wie Ledebour sagt, benutzt. Man ist hinausgegangen. (Heiterkeit bei den süddeutschen Genossen.) Das ist also der Ausweg. Wollen Sie, daß dieser Weg gegangen wird? (Rufe: Nein, nein!) Das können Sie doch nicht wollen. Das wäre doch jammervoll und eine Blamage für die ganze Partei. (Beifall bei der Minderheit.)

Nun hat Zubeil die Resolution Webel noch verschärft. Dieses Amendement ist etwas ganz neues in der Parteigeschichte und verdient patentiert zu werden. Es wird kurzer Prozeß gemacht. Es ist nicht einmal eine Hinrichtung gewöhnlicher Art. Es ist eine automatische Selbsthinrichtungsmaschine. (Heiterkeit. Zuruf: Karakiri!) Man drückt auf den Knopf, bums, ist das Messer herunter und man ist ausgeschlossen. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß dieses Amendement eine Mehrheit findet. Sollte es dennoch sein, dann ist das ein Ausnahmerecht, die Proklamierung eines Standrechts, die allem, was bei der ersten Frage eines Ausschusses in Betracht kommt, ins Gesicht schlägt. (Frank: Das ist russisch!) Damit ist es nicht geschehen.

Bedenken Sie doch, daß hinter den Landtagsabgeordneten die Organisationen stehen, deren Vertrauensleute die Abgeordneten sind. Es ist doch möglich, daß wie im jetzigen Falle die Massen hinter ihren Abgeordneten stehen, daß sie sagen: ja wohl, Ihr habt nach unserm Willen gehandelt. Wenn diejenigen, die unter die Guillotine treten, herausfliegen, dann müssen auch die Organisationen herausfliegen, wenn sie sagen: Ihr habt recht gehandelt. Das sind die Konsequenzen. Wollen Sie diese Konsequenzen? Wachen Sie sich doch das klar! (Zuruf: Die Badenser wollen es!) Nein, die Badenser nicht, sie haben nicht dieses automatische Verfahren beantragt, das auch noch diese von niemand gewünschte Verschärfung des Konfliktes zur Folge gehabt hat.

Man hat unsere badischen Genossen auch wegen ihrer Blockverhältnisse angegriffen. Webel sagte: wie kann man mit den Nationalliberalen etwas machen? Nun, die Nationalliberalen sind kein einheitlicher Begriff, das weiß Webel sehr wohl. Da gibt es mancherlei Seelen, die innerlich gegeneinander kämpfen. Diese Partei hat gerade augenblicklich furchtbarees Bauchgrimmern. Da ist es wahrhaftig nicht rathsam, die Leute zusammenzutreiben. Es ist taktisch viel richtiger, die Rippen zu suchen und dort den Keil hineinzutreiben, anstatt die Gegner mit eisernen Klammern aneinander zu fesseln.

In diesem Zusammenhang hat Webel in seinem sonst in vieler Hinsicht schönen Referat gesprochen von „Parteigenossen, die die Partei ins Lager der Nationalliberalen führen wollen“. Ja, Genosse Webel, glauben Sie denn wirklich, daß in diesem Saal ein Sozialdemokrat ist, der die Absicht hat, die Partei ins Lager der Nationalliberalen zu führen? (Heiterkeit.) Solcher Mensch müßte doch vollkommen blödsinnig sein. Früher sagte man, sie haben die Absicht, die Partei ins Lager der Freisinnigen zu führen. Jetzt tun es die Freisinnigen schon nicht mehr, jetzt müssen es gleich die Nationalliberalen sein. Eine Partei mit 3 bis 4 Millionen Stimmen und einer derartigen historischen Entwicklung! Ich appelliere an diejenigen, die die materialistische Gesichtsauffassung als das A und O betrachten. Können Sie uns denn wirklich zutrauen, daß man eine so kompakte Partei mit dieser Entwicklung mit einer anderen Partei lieren könnte? (Webel: Das glaube ich auch nicht, aber das schließt doch den Willen dazu nicht aus!) Genosse Webel, halten Sie uns denn für so dumm? (Webel:

Nein, aber diese Politik ist dazu angetan! Wir haben in der nächsten Zeit die wichtige Aufgabe zu lösen, daß wir das Volk befreien von dem ungeheuren Druck der Brotwucher- und Lebensmittelverteuerungspolitik. (Zustimmung. **Webel** ruft: Und die Nationalliberalen?) Dabei wird der agrarische Flügel der Nationalliberalen der Parole Gehl folgen, aber diejenigen Nationalliberalen, die im wesentlichen auf städtische Bevölkerung gestützt sind, können da nicht mitgehen. (Käfenstein: Das ganze Ruhrrevier geht mit!)

Wir müssen als höchsten Gesichtspunkt bei der kommenden Reichstagswahl betrachten — darüber sind wir doch wohl alle einig —, alles zu tun, um die Zusammensetzung des Reichstages unter dem Gesichtspunkt zu beeinflussen, die Wucherpolitik zu beseitigen. Alles, was wir tun können, müssen wir dazu tun; und da, wo wir nicht selbst die Kraft haben, das Mandat zu erobern, müssen wir darauf sehen, Leute hineinzubringen, die zwar noch nicht ganz bis ans Ende, so doch wenigstens ein Stück Weg mitgehen zur Beseitigung der Brotwucherpolitik. Das können die Massen von uns verlangen und das werden sie. Das ist keine Frage, die man mit Geduld trägt, bis der Zukunftsstaat da ist. Aus diesem Gesichtspunkt habe ich auch die Dinge in Baden beurteilt, die sich zwar nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen lassen, die aber doch in der Richtung der allgemeinen Taktik bei der nächsten Reichstagswahl liegen, und als eine solche Erscheinung habe ich sie begrüßt.

**Webel** hat gesagt, „der preußische Staat ist einzig in der Welt“. Ich bin da mit **Webel** vollkommen einer Meinung. Daraus muß aber eine Lehre gezogen werden: Aus den Verhältnissen des preußischen Staates, dieses ganz eigenartigen Staates, ziehen viele unserer Genossen in Preußen allgemeine Folgerungen für die kapitalistische Entwicklung. (Sehr richtig!) Sie stellen die Dinge immer so dar, als ob die Zustände und Vorgänge in Preußen die notwendigen Konsequenzen der kapitalistischen Entwicklung wären. Das ist eine Quelle schwerer Irrtümer. (**Webel**: Kein Mensch hat das behauptet!) Sie nicht, Genosse **Webel**, aber andere ziehen bei ihren theoretischen Diskussionen und auch bei der Diskussion solcher Fragen — wie heute Frau **Zeitlin** das getan — alle Folgerungen so, als ob das, was in Preußen vorgeht, das typische wäre für den kapitalistischen Staat.

Der preußische Staat steht noch zur Hälfte im Feudalismus, seine heutige Politik ist keine rein kapitalistische. Die ganze Brotwucherpolitik geht im Gegensatz zu ganz hervorragenden Interessen der ganzen industriellen und kapitalistischen Entwicklung, und wo die Dinge so liegen, muß man sich hüten, wenn man aus diesen ganz speziellen Fällen kritische Folgerungen ziehen will nach Süddeutschland hinein; um so mehr, wenn der Parteivorstand selbst in seiner Resolution zur Wahlrechtsfrage Vergleiche zieht zwischen Nord- und Süddeutschland und den großen Gegensatz zwischen beiden hervorhebt, ja, ihn sogar als ein agitatorisches Moment zur Förderung der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts benutzt. Parteigenossen, es bleibt die Tatsache, daß gleichzeitig, während in Preußen und in dem von ihm beeinflussten Norddeutschland das Wahlrecht für Landtag und Stadtverwaltungen verschlechtert wurde, man in Süddeutschland das Wahlrecht demokratisiert hat. (Sehr richtig!) Ich würde auf diese Dinge sehr gern näher eingehen. Dazu fehlt mir leider die Zeit.

Angeſichts dieser ganzen grundsätzlichen Entwicklung sollte man wirklich aufhören, mit bloßer oratorischer Phrasologie, wie Frau **Zeitlin** es getan hat, allgemeine Forderungen aufzustellen. Wahr ist das, was Genosse **Mauerer** gesagt hat, das muß jeder einsehen, daß die Entwicklung in Süddeutschland Borkerte den preußischen Genossen bringt im Kampf um ihre Rechte. (**Webel**: Das bestreitet niemand!) Es wurde hier davon gesprochen, daß man doch die

Errungenschaften in Baden nicht so herausstreichen sollte. Die Genossen Luxemburg nennt sie Lappalien! Für die Wahlen zu den Parlamenten soll das wohl der richtige agitatorische Ton sein, um die Massen zu begeistern, daß sie sich Opfer auferlegen, um erfolgreiche Wahlen herbeizuführen, wo man bestenfalls „Lappalien“ erreicht. (Zustimmung.) Wenn nicht gleich die Republik erreicht wird, dann sind es eben — „Lappalien“!

Ich beklage lebhaft, daß immer wieder Situationen kommen, wo man die Errungenschaften, das, was in einzelnen Ländern besser ist als anderswo, als Argument anführen muß, wodurch man sich selbst die Agitation im eigenen Lande erschwert. (Lebhafte Zustimmung.) Was Sie hier zur Kritik des Erreichten sagen, das wissen wir ebenso gut, und sagen es im Lande selbst sehr scharf. Aber das bringen wir nicht aus der Welt, daß die Unterschiede da sind, daß Vorzüge da sind und daß diese Errungenschaften einen Wert haben. Möchten Sie uns doch nicht, das immer hier so zu unterstreichen, indem Sie mit schablonenhaften Gedankengängen alles herunterdrücken.

Ich bitte Sie, beschreiten Sie den Weg, den wir Ihnen empfehlen: Sehen Sie die Studienkommission ein, Sie können Sie so zusammenziehen, daß keine Auffassung auch unvertreten bleibt, daß die Gewähr für objektive Arbeit gegeben ist, und dann wollen wir sehen, ob es nicht möglich ist, einen Weg zu finden, der uns ein für allemal aus diesen Situationen herausbringt. Wenn Sie das tun, dann haben Sie augenblicklich wenigstens schon die Stimmung so weit kalmiert, daß das für die Geschlossenheit der Partei in den großen Kämpfen des nächsten Jahres von der allergrößten Bedeutung sein muß.

Es ist nicht beabsichtigt, irgendwie die Einheit und Geschlossenheit der Partei in großen Fragen anzutasten. Davon sind wir alle überzeugt, daß das notwendig ist, und daß es besonders notwendig ist für das nächste Jahr! Deshalb vermeiden Sie eine Lösung, die den Stachel noch tiefer eindringen läßt und beschreiten Sie den Weg, der die Einheit der Partei von innen heraus festigt, indem er die Stimmung und die Begeisterung für die gemeinsame Sache nicht schädigt, sondern erhöht! (Lebhafte Beifall bei der Minderheit.)

**Drüner - Elberfeld**: Wenn David in seinen letzten Worten auf die nächsten Reichstagswahlen hingewiesen hat und daß wir uns bewußt sein sollten, was alles auf dem Spiele steht, dann muß ich doch sagen, daß man dieses Argument in der jetzigen Situation nicht mehr hereinbringen soll aus dem einfachen Grunde, weil die Genossen, die das immer der linken Seite der Partei empfehlen, in der Regel die Protobizierenden waren. Wie war die Sache? Wir haben uns lange genug in der Partei beschäftigt, ob das Budget bewilligt werden soll oder nicht und es sind wiederholt so klare und deutliche Parteitagsbeschlüsse gefaßt worden, daß man überhaupt nach Nürnberg keine Wege erwarten konnte, daß nach diesen Beschlüssen es Beauftragte der Partei in einem deutschen bundesstaatlichen Parlament wagen würden, gegen die höchste Instanz, gegen den Willen der Gesamtpartei zu verstoßen. (Sehr richtig!)

Gewiß haben unsere badischen Genossen das Beste für die Partei gewollt, aber man muß sich doch nicht nur fragen, was man will, sondern auch, welche Wirkung es hat, welchen Eindruck es nach außen macht. (Sehr richtig!) Und da glaube ich doch, daß unsere badischen Genossen viel zu viel Gewicht auf den Eindruck bei den bürgerlichen Parteien als auf die Wirkung auf die eigene Partei gelegt haben. Die Wirkung, die ihr Verhalten ausgelöst hat, ist tatsächlich wie Sprengpulver. (Sehr richtig!) Ich möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß der örtliche Vorstand von Elberfeld-Warmen es für möglich hielt, den Badensern Brücken zu bauen, er wollte nicht so schroff vor-



gehen, er beantragte, daß die 17 badischen Genossen aufgefordert werden sollen, ihre Mandate niederzulegen; aber mit dieser Forderung entfesselten wir in unseren Reihen einen Sturm der Entrüstung, nicht etwa, weil sie zu weitgehend war, sondern weil die Genossen sagten: Disziplinbrecher gehören nicht in unsere Reihen! Gewiss mit ihnen! (Bravo!) So werden die Vorstände in den Organisationen, so werden die Delegierten von den Genossen im Lande geschoben, und auch der Parteivorstand muß geschoben werden. In dieser Situation befinden wir uns zurzeit. (Sehr wahr!) Wenn die badischen Genossen das Verhalten ihrer Abgeordneten billigen, so beweist das, daß sie nicht richtig erzogen sind (Lebhafter Beifall b. d. Norddeutschen, große Unruhe bei den Süddeutschen), nicht so erzogen sind, wie es auf Grund des Parteiprogramms und der Dresdener Beschlüsse notwendig ist. Die Dresdener Beschlüsse legen der Partei die Verpflichtung auf, grundsätzliche Politik zu treiben, aber wie geschieht das in Baden? Lesen wir doch einmal die badische Parteipresse! Auch in der Beziehung verkennen die badischen Preßkommissionen oft ihre Pflicht; ich möchte Ihnen empfehlen, mal nachzulesen, was dieß vor einigen Jahren auf einem Parteitag über die Aufgaben der Preßkommissionen gesagt hat. (Sehr gut!) Wenn Frank gestern von dem Blatt des Genossen Gewehr sprach, so könnte ich den badischen Genossen nur wünschen, daß sie ein Blatt hätten, das so prinzipielle Politik treibt. (Frank: Nicht 14 Tage ließen wir uns das gefallen!) Was soll nun werden? Die Disziplin muß aufrechterhalten werden, es kann kein zweierlei Recht geben, und die Genossen im Lande sind heute schon der Meinung, daß diejenigen, die die Kleinarbeit verrichten, minderen Rechtes sind als diejenigen, die Vertrauensstellungen bekleiden. (Vereinzelte Zustimmung.) Ich empfehle die Annahme des Antrages 82: Ausschluß aus der Partei! (Ironisches Bravo bei den Süddeutschen und Aufse: So ist es recht!) Wir ersparen uns dann Auseinandersetzungen für später. (Ironisches Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Klarheit müssen wir haben, wir müssen die Einheit wahren, aber nicht die Einheit um jeden Preis. (Bravo!)

Adolf Müller-München: Ich bezweifle keinen Moment, daß, wenn der Vorkredner in Brüssel als Erzähler erscheinen wird, er dort dem Präsidenten der Internationale, dem Genossen Vandervelde, genau so imponieren wird wie die norddeutschen Agitatoren, die nach München gekommen sind, um zu lehren, und bald darauf als Belehrte unter uns geblieben sind. (Seiterkeit und Sehr gut! — Zurufe: Wer ist denn das?) Ich erinnere nur an unseren Johannes Timm. (Zuruf: Berliner Bayer!) Nun, ich möchte nur wünschen, daß Sie uns noch mehr so tüchtige Parteigenossen herüberschicken. (Zuruf bei den Süddeutschen: Ledebour! — Seiterkeit.)

Zunächst eine persönliche Angelegenheit. Mein spezieller Fraktionsgenosse Klement hat heute morgen eine Erklärung abgegeben, in der er mich als bösen Verfälscher hingestellt hat, der ihn unter falscher Vorpiegelung veranlaßt hätte, den Antrag 94 zu unterschreiben. Ich hoffe, daß es mir als persönliche Bemerkung in meiner Redezeit eingerechnet wird, wenn ich den Vorgang kurz darstelle. (Seiterkeit und Widerspruch.) Dem Genossen Klement ist der Wortlaut des Antrags vorgelegt worden, nicht von mir, sondern von einem anderen Parteigenossen. Er hat sich dabei geweigert, zu unterschreiben, nicht etwa, weil ihm der sachliche Inhalt des Antrags, sondern die Form des Vorschlags nicht paßte, und ich habe dann selbst mit Klement geredet, in der freundschaftlichen Art, wie wir miteinander verkehren: „Du, hör mal, warum willst denn Du den vernünftigen Antrag nicht unterschreiben?“ (Seiterkeit.) Er hat gesagt: „Ich bin damit ganz einverstanden, ich verlange nur, daß statt eines Delegierten des Parteivorstandes der gesamte Parteivorstand in die Kommission eintritt.“

Darauf habe ich ihm erwidert: „Klement, wenn Du es verlangst und es Dir Vergnügen macht, werde ich Deinen Wunsch vertreten, sofern ich überhaupt reden kann.“ — Ich hatte gestern einen schauerlichen Natarzh und mußte nicht, ob ich in der Lage sei, ein Wort zu sagen. — Hiermit vertritt ich nun den Wunsch des Genossen Klement (Seiterkeit), denn wir haben gar nichts dagegen, daß der gesamte Parteivorstand und meinethwegen noch ein halbes Dutzend Funktionäre von Groß-Berlin (Seiterkeit) in diese Kommission kommen. Aber der Genosse Klement wird nicht umhin können, wenn er bei seinem Worte stehen bleiben will, jetzt, nachdem sein Wunsch erfüllt worden ist, erstens die Verächtlichmachung der falschen Vorpiegelung und Verführung zurückzunehmen, und zweitens seine Unterschrift wieder unter den Antrag zu stellen (Große Seiterkeit), dann sind wir wieder so einig, wie wir vorher waren.

Nun ein paar Bemerkungen, soweit es die kurze Redezeit erlaubt, zu dem Referat des Genossen Webel. Der Genosse Webel hat sich den Dank der Gesamtpartei verdient durch die in Anbetracht der obwaltenden Umstände sehr veröhnliche Art, in der er sein Referat geführt hat. Die Debatte hätte mir sonst keinen Anlaß gegeben, mich daran zu beteiligen, wenn nicht der Genosse Webel trotz aller Verschönerlichkeit einige Bemerkungen gegen die Bayern gerichtet hätte, die ich schon in Rücksicht auf die aufstrebenden Gegner (Sehr richtig! bei den Süddeutschen) nicht unwillkürlich lassen kann. Webel hat zunächst daran erinnert, daß eine Anzahl bayerischer Parteigenossen die Dresdener Resolution akzeptiert hätten, und hat auch meinen Namen dabei genannt. Ich weiß offen gestanden nicht, was diese Konstatierung bedeuten sollte, denn ich erwarte den Nachweis, daß in der gesamten parlamentarischen und politischen Tätigkeit meiner Freunde und von mir auch nur das geringste Entgegenkommen gegen den Klassenhaß oder gegen die Regierung zu konstatieren ist. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Nachdem das aber nicht zu konstatieren ist, haben wir den Sinn — und doch wohl nur auf den Sinn kommt es an — der Dresdener Resolution jederzeit erfüllt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Es kann uns wohl nicht als Sünde angerechnet werden, daß wir durch den Druck der sich stets vermehrenden Massen, die hinter uns stehen, und durch den Einfluß des „besonderen Exemplars“ eines Parteiorgans, das wir in München haben, und das sich eine glückliche Unabhängigkeit gegen den souveränen Geldsack von Groß-Berlin bewahrt hat (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen), — daß wir durch diese Faktoren die Regierung des kapitalistischen Staates Bayern gezwungen haben, uns entgegenzukommen. (Sehr gut! und Bravo! bei den Süddeutschen.) Der Genosse Webel hat dann weiter geglaubt, es sei nützlich, eine gewisse Qualifikation der Rückgratfestigkeit unserer bayerischen und süddeutschen Genossen hier vorzunehmen. Er hat zwarkannt, die bayerischen Parteigenossen hätten viel Gemüt, aber sie wären zu weich. Parteigenossen, das Gemüt ist an und für sich kein Fesler, und wenn unsere Genossen Augenburg zu ihrem außerordentlich scharfen Verstande auch noch eine ansehnliche Portion Gemüt hätte, so wäre sie ein vollkommenes Frauenzimmer. (Stürmische Seiterkeit.) Aber, Parteigenossen, der Genosse Webel hat die Frage der Rückgratfestigkeit der bayerischen Parteigenossen im Zusammenhang mit einer Bemerkung über die angebliche Leichtigkeit des Wahrscheinlichkeitskampfes in Süddeutschland angeknüpft. (Webel: Das ist nicht richtig!) Ich halte es schon in Rücksicht auf das Andenken des auf dem Schlachtfelde gefallenen Wahlrechtstämpfers Grillenberger nicht für angebracht, daß an der Rückgratfestigkeit und Mannhaftigkeit der bayerischen Parteigenossen gezweifelt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Genosse Webel hat das nicht schlimm gemeint (Webel: Ich habe es gar nicht so gemeint, wie Sie es darstellen); aber die Dinge werden von den Gegnern so aufgefaßt werden,

und es wird ganz gut sein, wenn auch die Größten innerhalb der Partei ein wenig Rücksicht darauf nehmen, was die Gegner aus den Worten machen, die sie aussprechen. Unsere Zentrumsleute in Bayern haben eine Lampe, die gefüllt ist mit Ausprüchen der Genossen *Webel* und *Kautskh*. (*Webel*: Lind *Vollmar* ufm.l.) Die Ausprüche *Vollmars* werden sich zur Zentrumsagitation wohl kaum verwenden lassen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Es wäre deshalb ganz gut, wenn man eine gewisse Vorsicht als nützliche Übung bei unseren Parteidiskussionen walten ließe. Genosse *Webel* hat dann weiter — und das hat mich in der jetzigen Situation besonders gewundert — eine Bemerkung über das Verhalten der bayerischen Landtagsfraktion zum Budget gemacht. Er hat gesagt, — und ich weiß nicht, woher er die Kenntnis hat von angeblichen inneren Vorgängen in der Fraktion (sehr gut! bei den Süddeutschen; *Webel*: Das werde ich Ihnen auch nicht sagen!) — also *Webel* hat wörtlich gesagt: „Wenn es vorkommen kann, wie in Bayern, wo der Ultramontanismus in der fürchterlichsten Weise regiert, wo die Regierung ganz im Banne der Ultramontanen steht, wenn es da vorkommen kann, daß in der Fraktion noch ein kleiner Teil vorhanden ist, der unter solchen Verhältnissen für die bayerische Regierung das Budget bewilligen will, da hört der Spaß auf, da wollen wir die Kontrolle haben.“ (Sehr richtig!) Das ist sehr unrichtig. Ich erkläre: es gibt in der ganzen bayerischen Landtagsfraktion kein einziges Mitglied, das irgendwie Lust hätte, der Regierung des Kaiserstaates entgegenzukommen oder ihr irgendeinen Beweis ihres Vertrauens zu geben. (Sehr richtig!) Ich erkläre weiter, wenn einzelne Mitglieder der Fraktion, und zu diesen Sündern gehöre auch ich, wiederholt darauf hingewiesen haben, daß wir unter den besonderen budgetrechtlichen Verhältnissen in Bayern unter Umständen genötigt sind, im Sinne des Münchener Parteitagbeschlusses gegen diesen zu verstoßen (*hörtl hörtl* und *Unruhe*), so beruht das eben auf den besonderen bayerischen budgetrechtlichen Verhältnissen. Und nun gestatten Sie mir noch ein paar Minuten zur Auseinandersetzung dieser für die Auffassung der ganzen Frage hochwichtigen Verhältnisse. Parteigenossen, das bayerische Budgetrecht kennt keine Budgetabstimmung im gewöhnlichen Sinne. Das sogenannte Finanzgesetz enthält erstens die Angabe von den Kammeren zu bewilligenden Steuersätzen, denn Bayern hat im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten ein vollständiges parlamentarisches Steuerbewilligungsrecht. Kommt kein gemeinsamer Beschluß der beiden Kammern über die Bewilligung der Steuern in Bayern zusammen, so hat die Regierung nicht einmal das Recht, den Steuerzahlern den Erzfaktor ins Haus zu senden. Die einzelnen Etats sind in ihren Summen staatsrechtlich bewilligt, aber nur in ihren Summen, nicht in ihren Zwecken, nachdem die Abstimmung stattgefunden hat. Das Finanzgesetz enthält nun zweitens weiter gar nichts, als die Bindung der Regierung, die einzelnen Summen genau im Rahmen der Zwecke zu verwenden, für die sie bewilligt worden sind. Wie wenig Einbruch in Hinsicht auf die gewollte Demonstration die Ablehnung des Budgets auf unsere Gegner macht, dafür ein klassisches Beispiel: Als nach den Debatten auf dem Frankfurter Parteitag aus Gründen, die vielleicht mit dem Frankfurter Beschluß nicht zusammenhängen, auch die bayerische Landtagsfraktion das Budget abgelehnt hat, da ist der damalige Finanzminister von *Nebel* zu den Vätern der Sozialdemokraten heruntergekommen und hat gesagt: meine Herren, ich danke Ihnen schon für das Vertrauensvotum, das Sie mir erteilt haben. (*Hörtl hörtl* bei den Süddeutschen.) Und es ist in der Tat ein Vertrauensvotum, denn, wenn kein Budget in Bayern zustande kommt, tritt an die Stelle der Verpflichtung der Regierung, die bestimmten Summen für die bewilligten Zwecke zu verwenden, das sogenannte regiminaire Ermessen, das

heißt der latente österreichische Paragraph 14, wonach die Regierung mit den einzelnen Summen machen kann was sie will. (*Lebhaftes Hörtl hörtl* bei den Süddeutschen.) Also, um nur ein Beispiel zu nennen, die Summe, die für Erhöhung der Arbeiterlöhne bewilligt ist, kann sie dann etwa zur Erhöhung der Zivilliste verwenden. (*Hörtl hörtl* bei den Süddeutschen.) Aus diesem einen Beispiel ersehen Sie, wie notwendig es ist, die budgetrechtlichen Verhältnisse überhaupt zu studieren, damit an die Stelle des unfruchtbareren schemeradiakalen Symbolismus die praktische revolutionäre Aktion kommt, in der Sie von uns Süddeutschen noch sehr viel lernen können. (*Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.*)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Nachmittag vertagt.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

*Niem-Dresden*: Genosse *Fleißner* hat gestern in der bei ihm hincüchend bekannten liebenswürdigen Weise mir einige Dinge untergeschoben, die ich nicht gesagt habe. Als ich sagte, man solle hier keinen Gekkerhut aufrichten, habe ich sagen wollen, daß man keine Anträge annehmen solle, die nachher zu solchen Situationen führen, nicht daß Parteitagbeschlüsse, die bestehen, nicht gehalten zu werden brauchen. Aber Anträge, und selbst solche von 208 Genossen unterschrieben, sind noch keine Beschlüsse.

*Silbenbrand*: Genossin *Jettin* hat unter Berufung auf einen gedrängten Berammlungsbericht gesagt, ich hätte in einer Versammlung in Stuttgart die Erklärung abgegeben, die sozialdemokratische Fraktion in Württemberg werde ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Partei tun, was sie wolle. Ich erkläre diese Behauptung als direkt der Wahrheit entgegenstehend. (*Hörtl hörtl*)

Genossin *Jettin*: Ich habe nicht behauptet, daß die württembergische Landtagsfraktion diese Erklärung abgegeben hat; ich habe ausdrücklich gesagt, in der „Tagwacht“ stehe, Genosse *Silbenbrand* habe erklärt: „Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, wir tun, was wir wollen. *Silbenbrand* muß sich also gegen die „Tagwacht“ wenden und nicht gegen mich. Das Wort Landtagsfraktion habe ich überhaupt nicht in den Mund genommen.“

*Adolf Ged*: Genosse *Mayer-Heidelberg* hat angedeutet, daß ein Artikel des *Vörracher* Parteiblattes, dessen Inhalt die Genossin *Dr. Lugemburg* zur Kenntnis des Parteitages gebracht hat, wohl aus dem Lager von *Ged* und Genossen herrühre. Er irrt sich vollständig; ich habe kein „Lager“ für Artikel (*Heiterkeit*) und ich stehe auch in keiner Beziehung zu dem *Vaseler* „Vorwärts“ bezw. seinem Ableger in *Vörrach*. Wenn ich den Artikel betrachte, wie er da steht, so muß ich feststellen, daß es keine Korrespondenz ist, also auch nicht als „Lagerware“ bezeichnet werden kann, sondern der Artikel steht in der *Politischen Rundschau* und ist von der Redaktion des *Vaseler* „Vorwärts“ zu vertreten, welche Redaktion sich auf den Standpunkt des Genossen *Mayer* und seiner politischen Freunde stellt.

*Kehmann-Wiesbaden*: Aus der Rede des Abg. *Mayer*, der ja auch zu den Budgetbewilligern gehört, werden Sie entnommen haben, mit welchen Mitteln man in Baden gegen diejenigen kämpft, die nicht alle Schwankungen und Schwanfungen mitmachen. Mir wird fortgesetzt vorgeworfen, daß ich immer mit den Argumenten des Zentrums operiere. Ich habe in meiner heutigen Rede ein einzigesmal das Zentrum erwähnt, und zwar in dem Zusammenhang, daß wir mit dem Zentrum zusammen das jetzige Wahlrecht erobert haben. An einer anderen Stelle habe ich gesagt, daß der Gegensatz zwischen Zentrum und Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiet weniger scharf ist, als zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten. Ich habe daraus gefolgert, daß es in gewissen Fällen unmöglich ist, die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen aufrecht zu erhalten. Daraus schließt man, daß ich eine besondere

Vorliebe für das Zentrum hätte. Man will damit andeuten, was man in gleicher Weise schon in Mannheim gesagt hat, ich hätte deshalb diesen Standpunkt eingenommen, weil ich hoffe, mit Hilfe des Zentrums wieder in den Reichstag zu kommen. Diese Gemeinheit weise ich zurück. (Bravo!) Weik Mayer denn nicht, daß in meinem Wahlkreis das Zentrum mein schlimmster Gegner ist. Dann ist mir von Mayer unterstellt worden, ich stünde mit dem Artikel im Baseler „Bombäris“ in Verbindung. Ich wiederhole: ich kenne den Artikel gar nicht, ich kann ihn auch nicht geschrieben haben.

Vorsitzender Dieß verliest auf Wunsch der Genossin Jettin einen Bericht aus der schwäbischen „Tagwacht“ vom 19. September, wonach Hildenbrand in einer Parteiverammlung in Stuttgart erklärt haben soll: „Sie können beschließen, was Sie wollen, die Fraktion wird handeln, wie sie es für richtig hält.“

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

### Nachmittagsitzung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Verhandlungen um 3¼ Uhr.

**Liebsteht:** Ich bin seit jeher ein Gegner jeder taktischen Engbergigkeit und Engbrütigkeit. Ich habe stets eine Taktik der unbegrenzten Möglichkeiten empfohlen; in gewissem Sinne auch nach rechts, wenn mich mein Herz natürlich auch mehr nach links zieht. Ich bin auch nicht ängstlich und schreckhaft gegenüber den abstrusen Formen, in die sich unsere Kämpfe gar häufig in der Praxis der Agitation kleiden; sie tragen ihre Korrektur meist in sich selbst. Es hat auch niemals jemand bestritten, auch hier nicht, daß Süddeutschland schließlich etwas anderes ist als Norddeutschland. Wir freuen uns geradezu, daß wir in Süddeutschland noch eine Art Colorado für Deutschland besitzen. Und uns im preussischen Landtage sind die günstigeren politischen Verhältnisse Süddeutschlands ein nützliches Argument, das wir bei jeder Gelegenheit vorbringen. (Hört! hört!) Es scheint uns aber, als ob unsere süddeutschen Genossen gar zu leicht zu verführen seien, als ob sie zu sehr an der Oberfläche hafteten und nicht genügend in die Tiefe hinein, auf den festen Grund bauten. Es gibt ja Länder, die noch freier sind als Süddeutschland. Was sollten unsere Genossen in Frankreich und England machen, wenn die Begeisterung für den heutigen Staat sich progressiv mit der freieren Gestaltung des politischen Lebens vergrößern würde. Sie müßten ja geradezu vor Glückseligkeit und Begeisterung aus dem Häuschen geraten. Freilich kann ich begreifen, daß der Kontrast zu Norddeutschland ein bischen zur Ueberschätzung Süddeutschlands anreizt. Es wird in der Bibel erzählt, daß ein Knabe auszog — er hieß nicht David (Geiterkeit) —, um einen Esel zu suchen, und er fand ein Königreich. Nachdem uns hier vom Genossen Kolb die künftige Ministerherrlichkeit von Baden so hoch gepriesen worden ist, scheint mir, als ob manche ausgingen, um ein Großherzogtum zu erobern, die vielleicht statt dessen einen Esel finden werden. (Unruhe bei den Süddeutschen.)

Wer hat je etwas dagegen eingewandt, daß die politische Situation ausgenutzt wird? Das ist ja selbstverständlich und das geschieht allenthalben. Und wenn hier gesprochen wurde von kleinen Konzessionen und Lappalien, so ist das nicht in dem Sinne einer Herabsetzung des Ertragens geschehen, wie heute prononziert wurde, sondern um das, was erreicht wurde, zu messen an der gewaltigen Größe unserer Ziele, um einer Ueberschätzung der täglichen Gegenwartsaufgaben entgegenzutreten durch Hinweis auf die gewaltige Aufgabe, die wir weltgeschichtlich zu erfüllen haben, um die Größe der Zukunft,

der Ziele, des Willens der Sozialdemokratie hell zu beleuchten. Das kann doch nie und nimmer geeignet sein, in der Agitation Schwierigkeiten zu bereiten.

Parteienossen! Die sogenannten Radikalen, das sind die eigentlichen Reformisten (Weisfall), die echten Reformisten, die realpolitischen Reformisten, diejenigen Reformisten, die nicht den Wald vor den Bäumen übersehen. (Geheuerer Weisfall.) Das wesentliche des sogenannten Radikalismus ist immer und eben nur, daß er die Quelle unserer Macht nie vergißt. Diese Quelle, das sind die Massen (stürmischer Weisfall), und sie entspringt nicht im Parlament, sie mündet nur zum Teil auch da. Diese Quelle soll uns nicht verschüttet werden durch Geheimnistuerei, durch Diplomatisierung, dadurch, daß man im verborgenen Stübchen parlamentarischer Staatsmännerei die Geschichte der Massen zu regulieren sucht, während die Massen nicht wissen, was da geschieht. (Zurufe der Badenser: Aber die badischen Massen!) Diese Quelle ist es, die durch eine Politik à la Kolb — er hat die letzten Konsequenzen ja beinahe gezogen — gefährdet wird. Die Politik der Sozialdemokratie, als einer Massenpartei, bedarf klarer, gerader, jedermann verständlicher Richtlinien, die auch vor jedem Auge offen liegen müssen: nur dann können die Massen in unserer Politik mitagieren, nur dann vermögen wir uns ihr unbegrenztes Vertrauen zu erringen und zu erhalten.

Die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, das ist — leider — gewiß nicht Baden; die Zukunft auch Süddeutschlands ist viel eher Norddeutschland. Trotz aller liberalisierenden Tendenzen von heute, die wir gern hinnehmen und ausnützen: die künftige Herrschaft des Großkapitals wird die Gemüthlichkeit wohl gar bald fortblasen und auch die politische Verpreuung schreitet trotz allem fort — wenigstens ist das viel wahrscheinlicher, als daß wir in dieser behaglichen Weise in den Zukunftsstaat hineingondeln könnten, wie man in Süddeutschland glaubt. (Vielfaches Sehr wahr!)

Man schlägt uns die Einsetzung einer Studienkommission vor. Aber die ganze Budgetsache hängt uns schon so zum Halse heraus (Geiterkeit), daß wir wirklich keine Lust verspüren und keinen Grund einsehen, noch weiter an ihr herumzutüfteln. Wer die Geschichte bisher noch nicht kapiert hat — mag er nun diesen oder jenen Standpunkt gewonnen haben —, der wird sie nie kاپieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn das bayerische Finanzwesen so beschaffen ist, wie Genosse Müller es uns heute geschildert hat, dann mag man allenfalls prüfen, wie der Rürnberger Beschluß angesichts dieser Rechtslage zu interpretieren ist. (Rufe der Badenser: Aha! Na also!) Die rein theoretische Möglichkeit freilich, die Müller uns an die Wand gemalt hat, wird praktische Realität nicht leicht annehmen. Und es wird, wenn es dazu käme, vor allen Dingen die Aufgabe unserer Partei sein, durch einen mächtigen Druck von außen der Regierung in die Arme zu fallen. Im übrigen, wenn wirklich einmal ein solcher Ausnahmefall eintreten würde und anders nicht zu helfen wäre, dann könnte man ja fragen, ob nicht die Ausnahmestimmungen des Rürnberger Beschlusses Anwendung finden, um die es sich ja heute hier unstreitig gar nicht handelt.

Aber Budgetfrage hin, Budgetfrage her. Was hat all den jetzigen Auseinandersetzungen den Stachel gegeben? (Frank: Der Unverstand!) Was hat die Aufregung in den Massen hervorgerufen, was hat die tiefe Empörung der großen Mehrheit der Parteigenossen erzeugt? Das ist der Disziplinbruch und nichts anderes. (Stürmischer Weisfall.) Und es wird Ihnen nicht gelingen, das zu verwischen, davon abgulenken. Da gibt es

kein Ausweichen. Das ist die entscheidende Frage. (Erneuter Beifall.) Der Disziplinbruch und die Hofgängererei und die Brüskierung der Gesamtpartei. (Wiesaches Sehr wahr!) Wir treiben gewiß nicht Disziplinreiterei. Ich persönlich am allerwenigsten. Sie wissen ja, daß ich sehr häufig nicht einverstanden bin mit dem taktischen Vorgehen der Gesamtpartei. Aber hier handelt es sich nicht um irgendeinen Beschluß, gegen den verstoßen ist, sondern um einen Beschluß, der wiederholt von verschiedenen Parteitagungen gefaßt (sehr richtig!) und der wiederholt von verschiedenen Parteitagungen als ein Beschluß deklarieren worden ist, den die Mehrheit der Partei als unverbrüchlich betrachtet und für den sie unbedingte Respektierung fordert. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich nicht um irgendeinen Verstoß, sondern um einen Verstoß, der durch eine entschiedene, schwerwiegende Tat vollbracht ist. Es ist auch kein zufälliger, sondern ein lang vorbereiteter Verstoß, schließlich ein Verstoß, der unternommen ist in dem vollen Bewußtsein, daß er ein Verstoß gegen Parteitagbeschlüsse sein sollte. Und all das in einer Periode, die unserer Partei so günstig ist wie keine zuvor. Uns da Knüppel zwischen die Beine zu werfen, das mußte mit Recht die größte Entrüstung hervorrufen. Es handelt sich auch um einen Disziplinbruch in Form, die Aufregung erzeugen mußten. In Gegenwart der Gegner wird der Nürnberg-Beschluß als bloße Formsache erklärt, als bloße Demonstration, was nur in dem Sinn aufgefaßt werden kann und gedacht war, wie wir es aufgefaßt haben, nicht aber in dem Sinn der großen Demonstrationen, wie Frank zu interpretieren versucht hat. Es ist ein Disziplinbruch, durch den man sagt: es ist uns vollkommen gleichgültig, was die Gesamtpartei darüber meint. Wir handeln eben einfach gegen den uns wohl benutzten Willen der Parteimehrheit und scheeren uns auch den Teufel um die Meinung und den Willen des künftigen Parteitags. Ein schlimmerer Verstoß gegen die primitivsten Anforderungen jeder Demokratie ist schlechterdings nicht auszubedenken.

Und man hat für all das nicht eine Spur der Empfindung. Man hat gefragt, wie kann man einen Teil der Partei par ordre du musti zwingen wollen? Eine sehr sonderbare Anschauung! Die Partei ist nicht mutil! Ihre Disziplin ist eine freiwillig übernommene, aber freiwillige Disziplin heißt nicht lockere Disziplin, sie ist und muß gerade die schärfste sein, weil sich jeder freiwillig unterworfen hat. (Stürmischer Beifall.)

Frank hat versichert, daß sie einen unangenehmen Beigeschmack hatten, als sie dem Budget zustimmten. Die erste Erklärung, die sie bereits präpariert hatten, spricht das Gegenteil aus: daß sie bedauern, gegen das Budget zu stimmen? Was tut ihnen also leid: für oder gegen das Budget zu stimmen? Mir scheint, den größeren Schmerz bereitet ihnen die Befolgung des Parteitagbeschlusses. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Sie (zu den Badenern) haben keinen Konflikt mit der Partei gesucht, gut, aber Sie haben den Konflikt mit der Partei nicht vermieden. Aus der Debatte geht deutlich hervor, daß leider viele Genossen den Ernst des Augenblicks verkennen; daß sie sich nicht darüber klar sind, welche ungeheure Gefahr es ist, vor der wir stehen, wenn die ganze Sache einfach in der Weise abgeschlossen würde, wie viele wollen. Bedenken Sie, ein derartiger Verstoß gegen die absolut unumgänglichen Elemente jeder Parteidisziplin, die heilig gehalten werden müssen, wenn die Partei sich nicht selbst ihr Grab graben will, hat in der Parteigeschichte überhaupt seinesgleichen nicht. Wer wird sich dann überhaupt noch an Parteitagbeschlüsse binden? Pfeifen wird man auf die Parteitagbeschlüsse allenthalben à la Baden. Dazum können wir uns mit der

Mißbilligung nicht begnügen, auf die stets nur gepfiffen wird, und auf die wiederum zu pfeifen, Sie schon in der Presse und auf dem Offenburger Parteitag angekindigt haben.

Das wäre das Ende der Partei. Wir sind es unseren Wählern schuldig, wir sind es den großen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie schuldig, mehr zu tun. Eine Verleibung der Süddeutschen soll im Antrag Zubeil nicht liegen. Wenn die Süddeutschen nur die einzige Erklärung abgegeben hätten: Von jetzt ab werden wir uns an die Parteitagbeschlüsse binden, wir werden das als eine wichtige Pflicht ansehen, genau in derselben Weise wie die übrigen Parteigenossen, dann wäre die ganze Budgetdebatte ins Wasser gefallen, kein Mensch hätte mehr ein Bedürfnis danach gehabt, und die Partei würde in Eintracht und Ruhe weiter arbeiten können. Man hätte sich die bestigen Worte erspart. Nachdem diese Erklärung jedoch verweigert ist, drängt sich der Verdacht auf, daß diese Debatten von Ihnen (zu den Süddeutschen) nur geführt werden mit dem Hintergedanken: Wenn wir erst aus Magdeburg heraus sind, dann tun wir doch, was wir wollen. (Sehr wahr!) Damit kann man sich nicht begnügen, nach dem, was vorgegangen ist. Es ist erstaunlich, daß man hier ein so geringes Gefühl für die Parteidisziplin hat. Ich bin ja sechszugig im Parteileben aufgewachsen, ich habe sie mit der Muttermilch eingeatmet, und aus frühester Kindheit klingt es mir in den Ohren aus dem Munde meines Vaters: eins ist Not: Disziplin; die Disziplin ist der Stolz der deutschen Sozialdemokratie, ohne Disziplin kein erfolgreicher politischer Kampf. Das habe ich fast täglich gehört. Und nun muß man sehen, wie selbst das geringste Empfinden fehlt für das, was geschehen ist, daß auch nicht ein Wort des Bedauerns von dieser Seite gekommen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen keine Guillotine aufrichten, wir wollen nur, daß der Parteitag, der dazu berechtigt ist, dieselbe Instanz, die auch das Organisationsstatut erlassen hat, in einer Art authentischer Deklaration, in einem Gutachten seine Ansicht ausspricht, wo in einer bestimmten Richtung die Grenze der Parteizugehörigkeit liegt, ausspricht, daß, wer nun, wie es hier geschehen ist, überlegt und in der Tragweite bewußt wieder gegen grundlegende Parteitagbeschlüsse verstößt, damit die Grenze überschreitet, die für die Parteizugehörigkeit gezogen ist. In welcher Weise dann der Ausschluß formal stattfindet, ist Sache für sich. Es ist falsch, wenn David unseren Antrag anders ausgelegt hat. Wie ihm sei: Für die Zukunft muß ein Pentagramma aufgezeichnet werden.

Ich spreche als Preuße zu Ihnen. Wir stehen in Preußen in dem schwersten Kampfe, den die Sozialdemokratie, solange sie existiert, unternommen hat; in einem Kampfe, der Konsequenzen zeitigen kann für uns alle, persönliche und sachliche, die wir nicht absehen können, die wir aber auch nicht scheuen, mögen sie sein, wie sie wollen. (Lebhafter Beifall.) Das drückt für die nächste Zukunft unserer Arbeit in ganz Deutschland den Stempel auf. Sie (zu den Süddeutschen) können uns viel helfen dabei, aber die wichtigste Hilfe ist: sichern Sie die Einheit und Geschlossenheit der Partei. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Stübgen: Sie können sich denken, wie außerordentlich angenehm ich von dem ersten Teil der Rede des Genossen Liebknecht überrascht war, wo er allerdings um an dem entscheidenden Punkte abzuspriegen, den glänzenden Nachweis dafür geführt hat, daß der Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission nicht nur die beste Lösung, sondern eine Notwendigkeit ist. (Gelächter bei der Mehrheit.) Hat nicht Liebknecht sogar gesagt, daß man über Fälle, wie Adolf Müller hier einen vorgetragen hat, mit einer „authentischen Interpretation“ der Lübecker Resolution hinwegkommen müßte, daß es

wahrscheinlich noch viel mehr Fälle gebe, wo man die Lübecker Resolution übertreten müsse. Und das alles soll Sie nicht bewegen, der schlichten, ehelichen und eine Lösung aus den Schwierigkeiten bietenden Forderung zuzustimmen, die Frage so anzupacken, wie sie angepackt werden muß, d. h. sie vom Fundament aus zu studieren? (Zuruf: Das kann jeder einzelne.) Es kommt nicht darauf an, daß der einzelne sich damit befaßt, sondern daß die Partei als Institution sich damit befaßt. Aber Sie haben uns ja schon gesagt, was Sie wollen. Zubeil, der keine Mördergrube aus seinem Herzen macht, sagte es und andere wiederholten es: Sie stehen auf dem Standpunkt: „Ruhe wollen wir haben!“, auf dem Standpunkt jenes Wiedermaanes, der da in Berlin anschlagen ließ: „Der König hat eine Bataille verloren, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.“ (Gelächter bei der Mehrheit.) Jawohl (zur Mehrheit), der König hat eine Bataille verloren. Aber Sie täuschen sich. (Lebebour: Brunnengewingsung!) Ach, Lebebour, ich kenne Sie doch. (Heiterkeit. — Lebebour: So sollten Sie mal in Nürnberg reden!) Das wird schon gesehen, beruhigen Sie sich nur. Es ist eine naive Ansicht, wenn Sie glauben, durch die Errichtung zwar nicht der Guillotine, aber doch des Galgens der Resolution Zubeil Ruhe zu bekommen. Wissen Sie, was geschieht, wenn Sie die Resolution annehmen? (Zuruf: Na, was?) Webel wird der erste sein, der die Fahne der Rebellion gegen diese Resolution erheben wird und erheben muß. (Zuruf: Abwarten!) Das weiß ich genau, und nicht nur der Streit um diese Angelegenheit wird dann zum Austrag kommen, sondern der Streit wird wieder auf den sachlichen Hintergrund der ganzen Frage hinübergreifen. Glauben Sie doch nicht, daß es möglich sein wird, alle die vielfältigen Verhältnisse in den deutschen Einzelstaaten in das Prokrustesbett des Nürnberger und des Lübecker Beschlusses zu spannen! Es ist unmöglich, und deshalb werden wir wieder zu neuen Debatten kommen, wäre es aus keinem anderen Grunde, so deshalb, weil unsere süddeutschen Kameraden die heilige Pflicht haben, die Frage nicht einschlafen zu lassen, sondern immer und immer wieder zu verlangen, daß die Parteitag sich damit befaßt. Und wissen Sie denn, ob ein zukünftiger Parteitag wieder dieselbe Mehrheit zeigt wie dieser? (Nachen bei der Mehrheit.) Ach, dieser Parteitag ist ja auch schon sozusagen unter einem Ausnahmegesetz gewählt worden. (Lebhafter Widerspruch.) Wann war es denn bei uns Mobe, Delegierte mit gebundenem Mandat auf den Parteitag zu schicken. (Zuruf: Wo denn! Namen nennen!) Und mit welcher Begründung? Damit Sie sich nicht etwa umstimmen lassen sollten! (Zuruf: Beweise!) Glauben Sie doch nicht, wenn der Zusatzantrag Zubeil ein einziges Mal Wirklichkeit werden sollte, daß das ohne die schwersten Erschütterungen gerade des dann übrigbleibenden Teils der Partei vor sich gehen würde. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Wissen Sie denn nicht, daß große Teile Norddeutschlands in der Sache selbst durchaus den Standpunkt der Süddeutschen teilen? (Erneuter Widerspruch.) Diese Genossen könnten unmöglich die Konsequenz ziehen, die Sie gezogen wissen wollen. (Zuruf: Wo ist denn diese große Mehrheit?) Was Sie wollen, das führt nicht zur Einheit, das führt zur Kleinheit der Partei. Was Sie gegen diese Studentenkommision so einnimmt, das ist nicht das an Lebebour's Beispiel früher schon so fein wie grausam verhöhte „objektive Miltztrauen gegen die menschliche Leistungsfähigkeit“, sondern das ist etwas ganz anderes bei einem großen Teil von Ihnen. Es ist nichts anderes als ein Ausfluß der unseligen Katastrophentheorie, die in den letzten Jahren mehr und mehr eine Rolle in der „radikalen“ Parteiliteratur und Agitation gespielt hat. Diese Theorie ist in sich selbst ein zersetzendes Element und Gift für jede Partei, für Gewerkschaften und Genossenschaften. Sie glauben, diese Theorie auch auf die inneren Parteiangelegen-

heiten anzuwenden zu müssen. Sie meinen, ein Weiterkommen sei nur möglich für uns mit Hilfe von Katastrophen. Ach nein, das ist die Katastrophentheorie der Katastrophentheorie, an die wir jetzt gelangt sind. Ihre Stellung ist auf die Dauer unhaltbar wegen der ganzen inneren Unwahrscheinlichkeit, die sich darin ausdrückt. Wenn Sie der Genossin Luxemburg so aufmerksam zugehört haben wie ich, so werden Sie gehört haben, daß sie sagte: „Die badischen Genossen brauchen ja gar nicht dafür zu stimmen, das Budget wäre auch so angenommen worden.“ — Also eine Demonstration — wenn es nichts macht! Dabei will die Nürnberger Resolution weitergehend sogar, daß wir für das Budget stimmen, wenn wir die Mehrheit haben. Das ist doch alles eine innere Unwahrscheinlichkeit. Das ist ein Pseudo-Radikalismus, lediglich eine wortrevolutionäre Politik. Liebknecht wird wohl recht haben, wenn er sagt, daß auf der einen Seite (der Redner weist nach den Bänken der Berliner hin) die eigentlichen Reformisten sitzen. Auf der anderen Seite (der Redner weist nach den Bänken der Süddeutschen hin) sitzen aber auch die eigentlichen Radikalen. (Großes Gelächter bei der Mehrheit.)

Genau demselben Pseudo-Radikalismus und demselben Wortfetischismus huldigt die vom Vorstande vorgelegte Resolution. Es heißt darin immer „der Staat“ und „der Klassenstaat“. Jemand, der seinen Marx nicht nur gelesen hat, sondern der auch versucht hat, ihn zu verstehen, den überläßt es eiskalt, wenn er so etwas lesen muß. Marx hat uns doch gelehrt, daß wir nie, nie uns bei bloßen Worten aufhalten müssen, sondern daß wir zuschauen müssen, was dahinter ist. (Dittmann ruft: Verdrechung!) Beruhigen Sie sich nur, Dittmann! Sie sind ja ein sehr aufgeregter Herr, aber die paar Minuten müssen Sie mir schon lassen. Trotz der vielen Unterschiede der einzelnen Staaten heißt es nur immer „der Staat“. Das ist nicht marxistisch, nicht sozialdemokratisch, sondern primitive liberale Phrasologie. (Gelächter bei der Mehrheit.) Webel hat darauf hingewiesen, der preussische Staat sei ein Unikum, ein einzig dastehendes Stück und — in demselben Atemzuge verteidigt er die Resolution, in der von „dem Staate“ schlechthin die Rede ist! Das ist Wortfetischismus, das ist Selbstbetrug. (Nachen bei der Mehrheit.)

Ich kann keine Toten aus dem Grabe aufsteigen lassen, ich kann nicht auf die Sentimentalität meiner Zuhörer mit den Mitteln des Vorredners wirken. Für uns aber muß es heißen, wie in England: men, not measures! Nicht Maßregeln brauchen wir, sondern aufrechte Männer. (Gelächter bei der Mehrheit.) Aufrechte Männer, die getragen sind von dem Vertrauen und von der Liebe der Massen, von der Sie so viel sprechen, bei deren Erwähnung Sie aber geflüstert übersehen, daß hinter unseren badischen Genossen die Massen derer stehen, die ihnen die nächsten sind: diesen sind sie Vertrauen und Liebe schuldig, ihnen sind sie auch verantwortlich. Mit gewaltiger Mehrheit stehen jene badischen Massen geschlossen hinter ihren Abgeordneten. Es ist nicht richtig, daß die ganze Frage auf ein formalistisches Prinzip hinausgeht. Wenn man den Dingen gerecht werden will, dann muß man in die Sache selbst hineingehen. Davor schützen Sie keine Resolutionen, auch nicht die Maßnahmen Zubeil's, die an ihrer eigenen technischen Unmöglichkeit zuschanden gehen müssen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Westmeyer - Stuttgart: Von den Delegierten des ersten württembergischen Wahlkreises, des zweiten, vierten, des fünften und des zehnten, die die bestorganisierten Wahlkreise sind, und die von den Abgeordneten Hildenbrand, Keil, Hegmann, Dr. Lindemann usw. vertreten werden, bin ich beauftragt, zu erklären, daß sie geschlossen für die Vorstandesresolution eintreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Frank ruft: Und der Zusatzantrag!) Kommt schon noch, ich habe auf Sie auch warten müssen. Es ist hier von ge-



bundenen Mandaten gesprochen worden. Wir haben kein solches, aber ich weiß, daß Anhänger der Budgetbewilliger gebundene Mandate haben. (Stürmisches Hörl hört! und Aufe: Namen nennen!) Ich nenne: Knapper-Württemberg und Wasner. (Lebhaftes Hörl hört!)

Es herrscht wohl kein Zweifel darüber, daß wir nicht mehr um die Budgetbewilligung streiten, um diese armselige Abstimmung, wie Frank sagte (ich unterschreibe das Wort: armselige Abstimmung), sondern daß es sich hier um die prinzipielle Stellungnahme zum Klassenstaat handelt. Es handelt sich darum: Wollen wir wie bisher, fußend auf unseren alten grundsätzlichen Anschauungen, in schärfster Opposition bleiben oder wollen wir uns dem Klassenstaat anpassen. Hildenbrand sagte, unsere ganze Tätigkeit im Landtage sei der Ausdruck der schärfsten Opposition gegen den Klassenstaat. Ein bürgerlicher Demokrat, der als Demokrat angesprochen werden kann, denn er hat mit seinem Blute seine Ueberzeugung bekräftigt, Robert Blum, hat einmal gesagt: des Vormittags beim Ministerpreisen und nachmittags grundsätzliche Opposition gegen die Regierung machen, das verträgt sich nicht miteinander. (Stürmische Zustimmung.) Unsere Genossen in Württemberg haben nicht nur teilweise an Ministeressen teilgenommen, sie sind auch liebwerte Gäste am Königshofe gewesen. (Lebhaftes Hörl hört!) Budgetbewilligung, Hofgang, Ministeressen usw., das entspringt alles einer einzigen Wurzel, man kann es nicht trennen. Gewiß, die parlamentarische Tätigkeit ist notwendig und nützlich. Aber sie ist nur dann nützlich, wenn sich die Abgeordneten als Vollstrecker des Willens der Gesamtpartei fühlen. (Zustimmung.) Wir wollen die Abgeordneten nicht zu Marionetten machen, wir wollen sie nicht knebeln. Es ist unrichtig, wenn Hildenbrand in Stuttgart sagte, ich wollte die ganze Fraktion knebeln, ich, der einzige, gegen so viele herborragende Geister. Nein, ich habe nur ausgesprochen, was die große Masse der Genossen denkt. (Widerspruch Hildenbrands.) Deine Kampfweise, Hildenbrand, ist genügend bekannt, ich danke dafür. Hildenbrand sollte doch so viel Rücksicht auf den Parteitag nehmen, wie er beim Ministeressen gezeigt hat. (Sehr richtig!) David hat darauf hingewiesen, daß hinter den badiischen Genossen die badiischen Parteiorganisationen stehen, und daß man darauf Rücksicht nehmen müsse, ich konstatiere, daß hinter den Abgeordneten Stuttgarts in dieser Frage die Organisationen nicht stehen. (Lebhaftes Hörl hört!) Trotz alledem wollen die Abgeordneten, daß ihr Wille respektiert werde, einerlei, ob die Organisationen dahinterstehen oder nicht, der Wille der Abgeordneten gilt. Wo kommen wir denn da hin. Die parlamentarische Tätigkeit soll Früchte tragen. Aber der Wert der parlamentarischen Tätigkeit, die ich selbst unumwunden anerkenne, wird illusorisch gemacht, wenn die Abgeordneten die Art an die Wurzel unserer Kraft, an unsere Disziplin legen. (Beifall.) Wenn die Disziplin untergraben wird, dann stürzen nicht nur die Organisationen, dann brechen auch unter den Trümmern die Mandate unserer Abgeordneten zusammen. (Lebhaftes Zustimmung.) Besonders erbittert hat, daß dieser Disziplinbruch bewußt und mit kalter Ueberlegung ausgeführt ist. Ich kann dafür das Zeugnis eines Genossen anführen, der sachlich auf Seiten der Budgetbewilliger steht, wenn auch aus anderen Motiven. So schrieb in der „Schwäbischen Tagewacht“ W. K.: „Was aber nicht gebilligt werden kann, ist die gegen den Nürnberger Beschluß gerichtete demonstrative Spitze der badiischen Budgetbewilligung.“ Und weiter: „Das kann und darf sich eine Kampfpartei, die eine Welt erobern will und dazu der strengen Disziplin aller ihrer Mitglieder bedarf, nicht gefallen lassen, daß sich einzelne Mitglieder oder kleine Gruppen trotzig gegen ihre Mehrheitsbeschlüsse auflehnen!“ (Zustimmung.) Es ist versucht worden, mit einer Mainlinie gruselig zu machen. (Frank: Wer

hat das gesagt?) Das stand doch in den Zeitungen, Sie haben es gewiß gelesen. (Frank: Nein, wo hat das gestanden?) Ich kann doch nicht alles Material hierher mitbringen. (Frank: Keine Schlagworte!) Es heißt doch auch immer: „Wir Süddeutschen.“ (Frank: Gewiß!) Trotz der süddeutschen Landtagsfraktionen wird die Arbeiterschaft einig bleiben. Daran zweifle ich gar nicht. Nur dann könnte die Situation kritisch werden, nur dann könnte die Einigkeit innerhalb der Partei zum Teufel gehen, wenn der Parteitag selber nicht die Kraft und den Entschluß hat, ganz energisch für diese Einheit einzutreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Es ist gesagt worden, die Sache soll erst einer Studienkommission überwiesen werden. Man streitet sich bereits 16 Jahre darüber. Warum hat man denn diese Studienkommission nicht schon früher beantragt? Weshalb mußte Braun aus Königsberg kommen und die Genossen darauf aufmerksam machen, was not tut. Die Genossen in Süddeutschland, ich meine jene Genossen, die für die organisatorische und prinzipielle Einheit der Partei in Süddeutschland tätig sind — und das ist eine große Anzahl —, können verlangen, daß der Parteitag mit aller Entschiedenheit befundet, wir sind eins, ein Beschluß gilt für alle, einem Willen haben wir uns alle unterzuordnen, ganz gleich, wer es ist, ohne Rücksicht auf die Person. (Bravo!) Ich wünschte nur, daß in der Vertretung des gesamten Interesses, in der Vertretung der Beschlüsse der Gesamtpartei, wenigstens 10 Proz. soviel Entschiedenheit befundet wird, wie andererseits befundet wird, wenn es gilt, gegen die Beschlüsse des Parteitages Front zu machen. (Sehr gut!) Darin liegt der Fehler. Ich gebe zu: mit Resolutionen werden wir die Bewegung gegen Parteitagbeschlüsse letzten Endes nicht totmachen, wenn nicht von unten her aus der Masse der Parteigenossen endlich dagegen Front gemacht wird. (Sehr richtig!) Dazu aber soll uns ein unabweidungbarer klarer Beschluß helfen, und deshalb bitte ich um Annahme der Resolution des Parteivorstandes und des Antrages Zubeil. (Großer Beifall bei der Mehrheit.)

Muffel-Reipzig beantragt, die Debatte zu schließen.

Munz-München wünscht, erst nach dem nächsten Redner — Sebering-Bielefeld — die Debatte zu schließen, damit die Parität gewahrt bleibt und die gleiche Anzahl von Rednern für und gegen zu Wort gekommen sind.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hug-Bant erklärt, daß es ihm durch den Schlußantrag unmöglich gemacht sei, seine Stellung darzulegen. Er stehe auf dem Boden der Süddeutschen. (Webel: Das wußten wir auch so!)

Stadthagen (persönlich): Frank glaubte einen Gegensatz konstruieren zu können — wenigstens könnte das von der liberalen Abhörtierpriologie so ausgelegt werden — zwischen der Auffassung von Webel und mir. Er glaubte zur Unterstützung dessen anführen zu können, ich hätte den badiischen Genossen hündisches Benehmen vorgeworfen. Das trifft nicht ganz zu. Ich habe in der Versammlung, auf die er Bezug nahm, dargelegt, daß die Art der Begründung, wie sie in Baden gegeben ist, wo gesagt ist, eigentlich müßten wir schon deshalb, weil die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigt angesehen wird, das Budget ablehnen, aber wir nehmen es an, — ich habe gesagt, daß das nicht sozialdemokratisch, sondern hündisch ist. Dabei hat mir vorgeschwebt die Selbsterkenntnis von Nationalliberalen, die in einer ähnlichen Lage erlärten: Hunde sind wir ja doch. (Große Unruhe bei den Süddeutschen.) Da ich aber sehe, daß das Wort hündisch Ihnen nicht paßt, bin ich gern bereit, dafür zu sagen, nationalliberal oder kompliziert. (Lachen bei den Süddeutschen.)

**Wasner-Stuttgart:** Genosse Westmeyer hat behauptet, daß diejenigen, die nicht für die Vorhandresolutions seien, gebundene Mandate hätten, und hat dabei auch meinen Namen genannt. Ich bemerke darauf, daß ich als württembergischer Landtagsabgeordneter auf der Kreisversammlung, von der ich gewißlich wurde, anwesend war, und daß ich meinem Standpunkt dort offen und ehrlich Ausdruck gegeben habe. Die Sünden, die der württembergischen Landtagsfraktion vorgehalten werden, habe ich nicht mitgemacht, nicht die Staatsabstimmung, nicht die Friedrichshafener Fahrt und den Königsbesuch, weil ich mit diesen Sachen nicht einverstanden bin. (Bravo!) Ich habe als alter Parteigenosse, der jahrelang agitatorisch tätig ist, auch darauf hingewiesen, daß ich völlig auf dem Boden des Programms und auf dem Standpunkt stehe, daß Beschlüsse des Parteitages für die einzelnen Parteigenossen maßgebend sein müssen. Ich habe aus diesem Grunde betont, daß ich die Stellungnahme der badiſchen Parteigenossen direkt bedauere, um so mehr, da ich aus innerer Überzeugung es als einen Fehler ansehe, daß wir in unserer Bewegungsfreiheit und Agitationstätigkeit durch einen bindenden Beschluß gehemmt sind. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich bin dann einstimmig als Delegierter für den Parteitag gewählt worden und nachträglich hat ein Vertreter auf der Versammlung erklärt, wir möchten Wasner dann nur ersuchen, seiner Anschauung entsprechend auf dem Parteitag zu wirken, daß dieser Beschluß womöglich aufgehoben wird. Denn das ist keine Waffe, wenn der Beschluß, gegen den Etat stimmen zu müssen, fortgesetzt über uns schwebt. Das ist doch kein gebundenes Mandat, wenn ich offen und ehrlich meiner Meinung Ausdruck gegeben habe. Nach meiner Überzeugung wären Sie heute vielleicht zu einer anderen Auffassung gekommen, wenn der badiſche Fall nicht dazwischen gekommen wäre. Sie hätten dann ruhig und sachlich die Frage geklärt, heute geschieht dies durch den Wabener Zwischenfall leider nicht.

**Knapper-Seibronn** (zur persönlichen Bemerkung): Genosse Westmeyer hat auch meine Person in die Debatte gezogen und behauptet, daß auch ich ein gebundenes Mandat hätte. Er hat damit objektiv vollkommen die Unwahrheit gesprochen und das bleibt unwahr, solange er seine Behauptung nicht beweist. In unserer Kreisgeneralversammlung ist überhaupt davon gar keine Rede gewesen, aber als vor zwei Jahren es sich um die Delegierung nach Nürnberg handelte, waren es die Freunde Westmeyers, die dem Delegierten ein gebundenes Mandat mitgeben wollten! Ich war es, der gegen ein gebundenes Mandat protestierte. Außerdem kann ich mich für meine Darstellung auf Genossen Wasner berufen, welcher auf der letzten Kreisgeneralversammlung anwesend war.

**Rühn-Dresden:** Es ist heute früh im Laufe der Debatte, und zwar von Genossen Heilmann-Chemnitz, behauptet worden, daß neben den Genossen in Berlin und Leipzig auch die Genossen in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung für den Etat gestimmt haben. (Heilmann: Sogar für den Polizeietat!) Als Mitglied der Dresdner Stadtverordnetenversammlung kann ich diese Behauptung nicht un widersprochen lassen. Ich stelle fest, daß wir in den letzten zwei Jahren gegen den Polizeietat gestimmt haben und ich stelle weiter fest, daß im Dresdner Stadtverordnetenkollegium eine Gesamtabstimmung über den Etat überhaupt nicht stattfindet. Des weiteren bin ich von meinen Dresdner Mitdelegierten, von den Delegierten der Wahlkreise Dresden-Alttadt und Neustadt, beauftragt, gegen die Ausführungen Niemand, die gestern an dieser Stelle getan wurden, zu protestieren, da sich diese Ausführungen mit den Anschauungen der übergrößen Mehrheit der Dresdner Parteigenossen durchaus nicht decken.

**Vorsitzender Dietz:** Ich erteile das Schlußwort dem Genossen Bebel. (Bewegung.)

**Bebel:** Bedor ich sachlich in die Debatte eintrete, bin ich genötigt, eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich war leider am Schluß der gestrigen Sitzung bereits abwesend, als Peus eine persönliche Bemerkung gegen mich machte, die mich zwingt, meinerseits kurz darauf zu antworten.

Der Kollege Peus war darüber beleidigt, daß ich von dem Blatt, daß er rebigiert, als Blättle sprach. Ich habe mir hintennach gesagt, daß der Ausdruck für norddeutsche Genossen etwas beleidigend klingt, aber da ich sehr häufig längere Zeit in Süddeutschland und der Schweiz lebe, kann ich konstatieren, daß man dort von größeren Blättern, als dem des Kollegen Peus, von einem Blättle spricht. Das Wort ist mir aus dem Munde geschlüpft und sollte nicht beleidigend sein. Peus hat sich weiter bitter beschwert, daß ich ihm vorgehalten habe, daß er zu ziemlich den gleichen Zeiten verschiedenes gesprochen habe. Peus ist schon häufig Gegenstand der Erörterung im Parteivorstand gewesen, und namentlich als der verstorbene Genosse Auer noch lebte, habe ich wiederholt mit diesem Unterhaltungen gehabt, ihm Blätter, die Peus herausgegeben hatte, vorgelegt und gesagt, das geht doch über die Hutschnur, da sollten wir doch vom Parteivorstand aus einschreiten. (Lebhafte Sehr richtig!) Sie wissen, wie Auer in solchen Dingen dachte; um nicht Konflikte hervorzu rufen, beruhigte ich mich dann bei seinen Ausführungen. Es kamen die Reichstagswahlen von 1903. Peus lud mich ein, für unseren Kandidaten Kaeppler in Dessau zu sprechen. Ich ging selbstverständlich hin, denn wenn eine Reichstagswahl ist, frage ich nicht, ob der Kandidat Revisionist oder Radikaler ist. (Zuruf: Kaeppler ist gar kein Revisionist.) Ich habe also in der Wahlversammlung meinen Vortrag gehalten und danach sprach Peus. Ich war außerordentlich erstaunt, wie derselbe Peus, der kurz zuvor verlangt hatte, die prinzipielle Einleitung zum Programm zu streichen (Peus: Ist ja nicht wahr!) — das haben Sie doch verlangt —, wie taktfest und einwandfrei er sich verhielt. Später ist er wieder in seiner Haltung nach rechts gegangen. In diesem Monat habe ich gelesen, welche eigenartige Bemerkungen er über die Idee eines Zusammenhaltens nach rechts, mit den bürgerlichen Parteien, gemacht habe, und es fiel mir auf, daß er in Brandenburg bei seiner Kandidatenrede auf der Konferenz einen Ton anschlug, der zu dem, was ich gelesen hatte, gar nicht passen wollte, und ich dachte, na, er kann auch anders. Im übrigen ist bekannt, daß er sehr wunderbare Ausführungen macht. Ich habe hier eine Nummer des „Volksblattes für Anhalt“ aus den letzten Tagen und darin schließt ein Artikel mit den Worten: „Nur die Sozialdemokratie und die demokratische Vereinigung nehmen die Interessen der Lohnarbeiter war.“ (Hört! hört! Heiterkeit.) Ja, wozu hat denn ein Sozialdemokrat Me klame für die demokratische Vereinigung zu machen. Ich habe im übrigen vor dem Redakteur des Blattes „Das freie Volk“, vor Herrn Dr. Breitfeld, großen Respekt. Er hat unter anderem über Budgetabstimmung und Wankpolitik Bemerkungen gemacht, von denen ich gewünscht hätte, daß sie in der Parteipresse gemacht worden wären, so treffend und so radikal waren sie. Ich muß überhaupt zu unserer Schande sagen, zum erstenmal in den 47 Jahren, solange die Partei besteht, ist es vorgekommen, daß es von einem bürgerlichen Blatte korrekt gesagt wurde, wie ein Demokrat sich zu verhalten habe. Ich entdeckte, daß sie dort die Demokratie besser verstehen, als in einem Teil der Parteipresse. (Bewegung.) Was in unserer Presse vom Budget und Wank hier und da gesagt wurde, läßt sich tatsächlich vom bürgerlich-demokratischen Standpunkte nicht rechtfertigen. — Nun haben Peus, Müller und David angedeutet, daß meine Bemerkungen der Kandidatur von Peus schaden könnten.



zu rechtfertigen, ist das außerordentlich Bedauerliche und Nachtheilige an der Sache. — Frank hat weiter die von mir zitierten Sätze aus einem Flugblatt der Eisenbahner zurückgewiesen, die sich bitter beschwerten über die Behandlung, die ihre Petitionen im Landtag gehabt haben. Er hat ausgeführt, man soll sich nicht auf's Eis locken lassen, da sei viel geschrieben worden, was nicht zu verantworten sei. Ich mußte danach annehmen, daß das Flugblatt vielleicht von Ggnern verbreitet worden sei. In der That aber ist es ein Flugblatt des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes (Hörtl hört!), gedruckt im Verlage Gess u. Co. in Karlsruhe, und wenn bezügliche Produkte ins Land gehen unter solcher Firma, so habe ich als Parteigenosse ein Recht, mich darauf zu stützen. (Sehr richtig!) — Dann hat Frank und eine Reihe anderer Redner Bezug genommen auf einen Satz in unserer Resolution, in der von „kleinen KonzeSSIONen“ gesprochen wird. Genosse Quessel ging so weit, zu sagen: Ja, Nebel, damit verleugnen Sie ja Ihr ganzes Lebenswerk. Man lasse doch die Kirche im Dorf: ich habe weder von meinem Lebenswerk, noch sonst im allgemeinen von der Partei sprechen wollen, sondern habe den Ausdruck „Meine KonzeSSIONen“ in Gegensatz gestellt zu der großen grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft, die unsere Partei fordert und für die keine Regierung eintreten kann. (Sehr richtig!)

Ich kann die kleinen KonzeSSIONen genau beurteilen, ich unterschätze sie nicht, aber ich hüte mich auch, sie zu überschätzen, und das ist es, wogegen ich kämpfe, das ist es, was ich bewundere, daß kleine KonzeSSIONen, von denen man früher kein Aufhebens machte, heute so hingestellt werden, als handle es sich um Wunder was für Errungenschaften. (Sehr richtig!) Das liegt allerdings in der Natur der in der Partei rechtsstehenden Genossen, daß sie das, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft zu erkämpfen vermögen, sehr überschätzen. Wenn ein Marx seinerzeit gesagt hat, die Eroberung des Zehnstundenbills in England im Jahre 1847 war nicht eine Reform, das war eine Revolution, dann werden Sie es mir als Anhänger von Marx glauben, daß ich die Erfolge nicht geringer einschätze als er, aber fest steht, daß eine Zehnstundenbill im Jahre 1910 doch etwas anderes ist, wie eine Zehnstundenbill im Jahre 1847. (Lebhafte Zustimmung.) Das darf man nicht miteinander vergleichen. Im großen ganzen haben ja alle Redner, wenn auch der Ton sehr oft den gegenteiligen Eindruck hervorrief, einmütig erklärt, daß wir praktisch zu arbeiten haben. Niemals mehr als gestern und heute habe ich es bewaert, daß es noch nicht möglich gewesen ist, das Versprechen, das ich namens des Parteivorstandes vor 5 und 6 Jahren, zuletzt in Essen gegeben habe, zu erfüllen: nämlich daß wir Ihnen eine Darstellung unserer ganzen praktischen Tätigkeit im Reichstage überreichen. Leider hat es lange gedauert, bis wir einen Mann zur Bearbeitung fanden, endlich hatten wir ihn, da hat es aber Jahre gedauert, bis er fertig war. Als ich dann eines Tages in die Vorstandssitzung kam, lag dort das Manuskript, ein ganzer Berg, es hätte gedruckt etwa zwei Biheln abgegeben. (Hört! hört!) Leider mußte Maltenbuhr nach Durchsicht erklären, das Manuskript ist nicht druckfertig, der Verfasser hat nicht alle Materien genügend beherrscht, es muß noch bearbeitet werden. Darüber war niemand betrübter als ich, denn das tut uns ja bitter no, wie nur etwas, daß wir dieses Material haben. (Sehr richtig!) Aber Kolb mußte doch als Parteiführer wissen, was wir im Reichstage geleistet haben. So hat beispielsweise 1892 die sozialdemokratische Fraktion den russischen Handelsvertrag angenommen, wir haben ihn gerettet, weil wir den Ausschlag gaben. Man kam nachher und sagte: Ihr habt ja für die Getreidezölle gestimmt! Ja, freilich haben wir das, aber doch nur, weil sie von 5 auf 3,50 Mt. herabgesetzt wurden,

und wenn wir nicht zugestimmt hätten, sie auf 5 Mt. stehen geblieben wären. Als 1890 auf unser langjähriges Drängen die große Gewerbeordnungsnovelle kam, als die Februarerlasse verwirklicht werden sollten, als Bismarck als Reichskanzler und preussischer Handelsminister den Laupfah bekam und Verlepsh Handelsminister wurde, fanden sich in dem großen Reformwerk neben mancherlei Verbesserungen aber auch böse Verschlechterungen. So wurde zum Beispiel das Strafmaß in dem Koalitionsparagrafen 153, das heute im Höchstfall 3 Monate beträgt, auf 5 Jahre Gefängnis hinaufgesetzt, und es wurde für gewisse Vergehen ein Mindestmaß von einem Jahre festgesetzt. Wir haben uns mit aller Macht dagegen gewehrt, Dieß, Grillenberger, Kuer und ich, wir waren damals in der Kommission, wir haben den ganzen Sommer hindurch wie Löwen gekämpft und durch unsere Gründe die schlimmsten Verschlechterungen beseitigt. Dann aber sagte die Regierung, was die Kommission beschloß, können wir nicht brauchen. Nun kam die sogenannte Verschlechterungskommission, in der sich alle hürgerlichen Parteien unter Führung des Freiherren von Stumm zusammenfanden. Was dort herausgekommen ist, brauche ich nicht erst zu sagen. Wären die Kommissionsbeschlüsse der ersten Lesung Gesetz geworden, wir hätten mit Vergnügen für die Vorlage gestimmt, aber so konnten wir es nicht. Auch der rechtsstehende Grillenberger und mein Freund Dieß, den doch gewiß niemand zu den Radikalen zählen wird, haben dagegen gestimmt, und so könnte ich noch weitere Beispiele in Hülle und Fülle anführen. Worüber wir uns streiten, worüber wir uns auch in der Fraktion häufig streiten, das ist, ob das Maß von KonzeSSIONen so groß ist, daß wir mancherlei Verschlechterungen durchgehen lassen können. Aber das sind keine ersten Kämpfe, im großen ganzen entscheidet die Fraktion einmütig auch diese Frage. Die Frage, Radikalismus oder Revisionismus, hat bisher in der Fraktion des Reichstages in der Praxis noch keine ernste Rolle gespielt. (Lebhafte Zustimmung.) Also man darf nicht der anderen Seite der radikalen Vorwerfer, daß sie von der praktischen Arbeit nichts wissen wolle. Weiter hat Frank gemeint: In bezug auf den Prinzen Ludwig sind Sie aber reingefallen. (Heiterkeit.) Nein, ich bin gar nicht reingefallen. Daß Prinz Ludwig katholisch ist, weiß ich längst, daß er gut katholisch ist, weiß ich auch, und ich bin offen gestanden im Zweifel, ob ich das Glaubensbekenntnis in Alötting oder das kurz zuvor in Königsberg ergangene für besser oder für verkräftigter halten soll, wenn von Vernunft dabei überhaupt die Rede sein kann. (Heiterkeit.) Die Alöttinger Rede ist ja sogar dementiert worden, aber das ist gleichgültig. Die Erziehung unserer Prinzen und Fürsten im fortschrittlichen Sinne läßt bekanntlich viel zu wünschen übrig. (Große Heiterkeit.) Das ist eine bekannte Tatsache, an der wir nichts ändern können, und darin sind wir auch einig, daß wir schließlich weder Prinzen noch Fürsten an der Spitze des Staates brauchen. (Sehr gut!) Aber da Prinz Ludwig sich für das allgemeine Wahlrecht erklärte und sogar — ich glaube, nicht einmal unsere Genossen haben das beantragt — nach jeder Volkszählung eine Neueinteilung der Wahlkreise verlangte, so habe ich damals gesagt: wenn wir einen Kaiser zu wählen hätten und in der Wahl auf einen Fürsten beschränkt wären, denn im anderen Falle würde ich selbst als Kandidat auftreten — (stürmische, minutenlang anhaltende Heiterkeit) —, ich sage das, weil ich weiß, daß ich dann die Revisionisten und die Radikalen auf meiner Seite haben würde (erneute große Heiterkeit); wenn also innerhalb des Fürsten- und Prinzenkreises gewählt werden muß, wähle ich den Prinzen Ludwig, der ist mir lieber als ein Hohenzoller. (David: Na also!) Wundern Sie sich darüber? Auch Sie würden das tun. Darüber sind wir also auch wieder einig. (Heiterkeit.)

Weiter habe ich an den Ausführungen von Franz vollständig vermisst, wie Sie mit den sogenannten Errungenschaften — es waren ja welche darunter, obgleich die Werkschätzung bei mir eine ganz andere ist als bei Ihnen — Ihre Zustimmung zum Budget rechtfertigen können. Ihre konntet Eure ganze parlamentarische Taktik so halten, wie Ihr sie gehalten habt, Ihr konntet dort, wo Euch das Meiste in den Schatz fiel, es akzeptieren, wie wir es auch gehalten haben und wie wir es noch täglich im Reichstage machen, aber ein Grund, für das Budget zu stimmen, lag darin nicht. (Sehr richtig!) Es ist doch gar kein Zweifel, daß wir in sozialpolitischen Fragen, wenn unsere eigenen Anträge abgelehnt wurden, oft mit dem Zentrum zusammen stimmen mußten, weil es weiter ging, als z. B. die Nationalliberalen. So könnt Ihr im Landtage auch handeln, man darf sich aber nicht mit einer bestimmten Partei verbrütern. Ihr habt keine Gründe vorzubringen gewußt, um die Abstimmung für das Budget zu rechtfertigen, und was Eurem ganzen Verhalten einen so außerordentlich komischen Anstrich gibt, das ist, daß, nachdem Ihr monatelang für das Budget stimmen wolltet, Ihr dann nach einer Rede von dem Minister, die Euch ärgerte, beschloß, dagegen zu stimmen, und daß Ihr dann, als der Minister auf die erregten Wogen ein paar nichtsagende Redensarten goß, wieder umgefallen seid. (Sehr gut!) Ihr habt ja förmlich danach gelaugt, für das Budget zu stimmen. (Weiterkeit.) Es war Euch äußerst unangenehm, dagegen zu stimmen, sonst wäre Eure Haltung ganz unverständlich. Und da sage ich: das ist keine Haltung von Männern, das ist keine Rückgratfestigkeit, sondern eine Weigsamkeit, die ich allezeit bekämpft habe und die ich bekämpfen werde, solange ich lebe. (Lebhafte Beifall.) Das ist kein Standpunkt, wie er sich für Sozialdemokraten schickt, wir müssen ein stärkeres Rückgrat haben als die Anhänger anderer Parteien, wir sollen in den wichtigen Fragen taktfest und fest nach jeder Richtung sein. Es lag kein Hindernis für die praktische Arbeit vor, Ihr mühtet nach Lage der Verhältnisse und nach den Beschlüssen der Parteitage gegen das Budget stimmen, und Ihr habt bis heute noch nicht bewiesen, daß sonst ein großer Schaden entstanden wäre (Sehr richtig!); wäre das der Fall, dann hättet Ihr nicht einmal nur 24 Stunden lang entschlossen sein können, gegen das Budget zu stimmen. (Sehr gut!) Nun sagt man, man kann sich nicht binden. Ja, von 1901 bis 1908 sind wir ganz gut ausgekommen, da haben die Bayern, Wadenfer und Württemberger gegen das Budget gestimmt, aber auf einmal waren alle drei übereingekommen, gestützt auf den letzten Absatz der Lübecker Resolution, für das Budget zu stimmen, und das machte den Württemberger Beschluß notwendig, um eine weitere Zustimmung zu einem Budget nach Möglichkeit zu verbieten. Im Anschluß an die Ausführungen seines Freundes Franz hat Kolb gemeint, selbst die Frage der Teilnahme an der Regierung werde eines Tages aktuell werden. Ich will jetzt gar nicht von den Möglichkeiten reden, die ihm zufolge in Baden denkbar sein sollen. Eine Teilnahme an der Regierung ist meines Erachtens selbst im Musterlande Baden ausgeschlossen. (Sehr gut!) Wenn aber der eine oder der andere von Euch die kühne Idee haben sollte, daß etwas dabei herauskäme, wenn er für das Budget stimmt, etwa ein Geheimratsposten, täuscht er sich gründlich. (Lebhafte Sehr richtig!) Wenn es auf den Klassensinn und die Wahrung der Klasseninteressen ankommt, sind unsere Gegner immer noch die Geschlechteren (Sehr richtig!), dann ist die Sozialdemokratie leider diejenige, die am meisten nachgibt. Weiter hat Kolb gemeint, die Frage der Beteiligung an der Regierung sei namentlich in Dänemark, Schweden und Norwegen nahegerückt, besonders in Dänemark, wo unsere Genossen zusammen mit den Radikalen die Mehrheit bilden, und da in Dänemark ein parlamentarisches Regiment besteht, unsere Parteigenossen an der Regierung teilnehmen müßten.

Ich wußte es zwar schon vorher, aber ich habe zur Sicherheit heute noch einmal unseren als lieben Gast anwesenden Genossen Stauning aus Kopenhagen gefragt, ob ich recht habe, daß, monach die dänische Sozialdemokratie anlässlich des badischen Streites in ihrer Parteipresse den Vorgang besprochen hatte, der „Bordwärts“ autorisiert wurde, zu erklären, die dänische Sozialdemokratie würde, auch wenn sie mit den Radikalen die Regierungsmehrheit bilden würde, nicht in die Regierung eintreten. Genosse Stauning bestätigte mir das. (Hört! hört!) Sie werden die Radikalen kräftig unterstützen, aber im übrigen sich ihre volle Freiheit zum Handeln vorbehalten. Und die Demokratie in Dänemark bedeutet etwas anderes als der Liberalismus in Deutschland. Mit der dänischen Demokratie kann höchstens die kleine Gruppe verglichen werden, die von Breitscheid geführt wird. Der deutsche Liberalismus ist mit seinen Prinzipien längst in den Orkus gefallen, er hat keine Grundsätze mehr. Dagegen sagen die dänischen Sozialdemokraten: Wir werden in kein Kabinett eintreten, aber wir werden das Ministerium, solange es mit uns in Uebereinstimmung handelt, unterstützen, wir werden aber stets in der Lage bleiben, gegen das Ministerium zu stimmen, wenn uns sein Regiment nicht gefällt. Kolb hat weiter auf die großen Staaten hingewiesen, die sich nicht, wie die deutsche Sozialdemokratie, dem Budget gegenüber ablehnend verhielten. Das ist ein Irrtum. Mein Freund Jaures hat ausdrücklich erklären lassen, daß er nicht erst durch die Amsterdamer Beschlüsse bestimmt worden sei, gegen das Budget zu stimmen, sondern daß er das aus eigener freier Ueberzeugung schon vorher getan habe. Bei den Oesterreichern kommt die Budgetbewilligung gar nicht erst in Frage, sie stimmen einfach dagegen. Was die Engländer anlangt, so wird es mir Keir Gardie, unser lieber Gast, nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß die Engländer in vielen Fragen nicht für uns maßgebend sein können. (Sehr richtig!) Schon deshalb nicht, weil wir in England ganz andere Verhältnisse haben, auch von einer großen englischen sozialdemokratischen Partei leider noch nicht reden können. (Sehr richtig!) Diese hat man bis heute in England nicht. Marx konnte vor 50 Jahren die englischen Trade Unions als die Preisfechter des europäischen Proletariats bezeichnen, heute würde er anders sprechen. Nach dem deutsch-französischen Kriege fiel der deutschen Sozialdemokratie die Macht und die Pflicht zu, in Europa voranzugehen. So ist es gewesen und so wird es bleiben, wenn wir vernünftig sind. Die Trade Unions haben Gewaltigen geleistet, aber ich bezweifle stark, ob heute unsere Gewerkschaften die englischen in ihrer Politik und in ihrer Taktik noch als mustergültig ansehen. (Zustimmung.) Aber ich hoffe, daß das nachgeholt wird. Denn wir haben das allergrößte Interesse daran, daß das gewaltige englische Proletariat in allen Fragen, die Lebensfragen des Proletariats sind, Hand in Hand mit uns marschiert. (Lebhafte Zustimmung.)

Keil hat als Wunsch der Württemberger zum Ausdruck gebracht, es möchte ein Vermittlungsweg in bezug auf die Abstimmung zum Budget geschaffen werden. Er hat als einen solchen den letzten Absatz der Lübecker Resolution bezeichnet. Keil hat dabei ganz übersehen, daß dieser Beschluß durch den Württemberger Beschluß geändert worden ist. (Keil ruft: Das ist falsch!) Ich verstehe, daß Sie in dieser Frage eine andere Stellung einnehmen. Sie halten für falsch, was andere für richtig ansehen. Solange die Mehrheit aber auf dem nach Ihrer Meinung falschen Standpunkte steht, müssen Sie sich fügen. Anders geht es nicht. Der Inhalt der Resolution ist maßgebend und damit müssen Sie sich abfinden. In Württemberg sagte Silbenbrand: nehmt Ihr die vorgeschlagene Resolution an, dann macht Ihr uns die Arbeit im Landtage unmöglich. Ihr habt mittlerweile zwei Jahre sehr fleißig gearbeitet. Die



Resolution hat Euch gar nicht geschadet. Werdet Ihr das nächste Mal vor die Frage der Budgetbewilligung gestellt, dann habt Ihr auch in Württemberg soviel Gründe, die gegen die Annahme des Budgets sprechen, daß Ihr es ruhig tun könnt. Ich muß Euch Süddeutschen und den anderen, die ebenfalls so wie Ihr denken, immer wieder in aller Schärfe sagen: Ihr überseht ganz und gar die Rolle, die die einzelstaatlichen Regierungen im Reich und im Bundesrat spielen. (Sehr richtig!) Die ganze Politik im Reich, die jetzt so ungeheure Erbitterung erweckt, ist doch durch die süddeutschen Regierungen mitgeschaffen worden. (Sehr richtig!) Wir können die einzelstaatlichen Regierungen für ihre Unterstützung der Reichspolitik im Reichstage nicht zur Verantwortung ziehen. Das ist Eure Sache in den Landtagen. (Frank: Das ist auch geschehen!) Diese Regierungen haben den Steuervorlagen zugestimmt, den Militär-, Marine-, Flotten-, Kolonialvorlagen und früher den Ausnahme-gesetzen. Sie haben die ganze Politik mitgemacht nach innen und außen. Einer solchen Regierung könnt Ihr doch kein Vertrauen aussprechen. Von diesem Standpunkt aus müßt Ihr immer gegen das Budget stimmen. Auch die Hölle sind durchlaufende Kosten in den Staatsbudgets der Einzelstaaten. Woher kommt denn die tiefe Erbitterung in den breiten Massen, nicht nur in der Partei, sondern im ganzen Volke? Es ist die heillose Mißwirtschaft im Reich, in Preußen und überall. Alle Regierungen sind aber an der Reichspolitik mit-schuldig. Die kleineren Regierungen, wenn sie zusammenstehen, sind stark genug, sie könnten eine solche Politik im Reich bekämpfen, tun sie es nicht, weil sie dazu den Mut nicht haben, müssen sie auch die Verantwortung tragen. Haltet Ihr diesen Standpunkt inne, könnt Ihr für kein Budget stimmen. Wenn Ihr das richtig motiviert, begreift das jeder Mensch, jeder Arbeiter. (Sehr richtig!) Es geht alles, man muß es nur mit der nötigen Geschicklichkeit, der nötigen Gründlichkeit und dem nötigen Ernst betreiben. Täuscht Euch doch nicht, die ungeheure Erregung, die diesmal den Debatten des Parteitag vorausgingen und die heute besonders stark bei den verschiebenen Rednern zum Ausdruck kam, ist nicht weiter, wie die Widerspiegelung der Erbitterung, die die breiten Massen des Volkes beherrscht. (Sehr richtig!) Die Massen begreifen es nicht, daß es Parteigenossen gibt, die Regierungen unterstützen, indem sie ihnen ein Vertrauensvotum geben, die sie am liebsten beseitigen möchten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe oftmals den Eindruck, daß ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Massen zu leiden haben (fürmische Zustimmung), daß sie der Lage der Massen entfremdet sind. Das kommt unbeschützt zur Geltung. Es herrscht ein ungeheures Maß von Erbitterung in ganz Deutschland. Denkt daran, daß Ihr vor Eure Wähler kommen müßt. Eines Tages könnte sich herausstellen, daß die Jungfrauen, die dem Heiland ihre Begrüßung bringen, kein Oel auf der Lampe haben; sie haben über anderen Dingen das Oel vergessen. Das ist ein Zustand der Dinge, der beachtet werden muß. Das sollten unsere Freunde in Süddeutschland nicht vergessen.

Man hat verschiedentlich von Spaltung gesprochen, ich bin fest überzeugt, daß kein Mensch im Saale ist, der den Gedanken an eine Spaltung hegt. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Man sagt uns: Ihr übertreibt, Ihr treibt mit Eurer Prinzipienreiterei die Dinge auf die Spitze, und da ist eine Gefahr vorhanden, daß es zu einer Spaltung kommt. Ich habe als junger Mann neun Jahre für die Einheit der Partei gekämpft, bis wir sie endlich hatten. Kein Mensch wird mir zutrauen, daß ich in meinen alten Tagen etwas tue, von dem ich es für möglich hielte, daß die Partei gespalten werden könnte. Das halte ich für ausgeschlossen. Wenn wirklich einzelne unter uns so tollkühn sein sollten, diesen Glauben zu hegen und wenn sie ihn in der gegebenen

Situation verwirklichen wollten, so wird keiner unter Euch diesem Moment so ruhig entgegensehen wie ich. Ich weiß, die Spaltung kommt nicht. Die Massen machen sie nicht mit. (Stürmischer Beifall.) Und wenn ein kleiner Kreis folgen wollte, es dauert keine paar Monate und wir haben sie wieder in unseren Armen. (Erneute fürmische Zustimmung.) Unsere Freunde in Süddeutschland, die gegen unsere Resolution sind, sollten sich doch einmal fragen, ob nicht auch in Süddeutschland seit dem Nürnberg-Parteitag ein merklicher Umschwung der Stimmung eingetreten ist. (Widerspruch der Süddeutschen.) Nun, heute ist doch im wesentlichen Nord-haltern gegen die Budgetbewilligung. (Widerspruch eines Teils der bayerischen Abgeordneten.) Nürnberg ist entschieden dagegen. Es haben zum Teil hier heute Genossen aus Stuttgart und aus anderen süddeutschen Orten gesprochen, die 1908 auf einem anderen Standpunkt standen. Ebenso ist es am Niederrhein. In Hessen ist es eine starke Minderheit, die niemals so stark war, die gegen die Budgetbewilligung ist. In Hannover sind Stimmen laut geworden, die früher ganz anders sprachen. Ich kann nicht auf alle diese Erscheinungen eingehen, ich will bloß auf sie hinweisen. Wenn man glauben würde, über all diese Erscheinungen in der Partei leichten Herzens hinweggehen zu können, dann täuschte man sich ungeheuer. (Sehr richtig!) Ich mache mich anheißig, wenn es darauf ankommt, auch in Baden eine andere Stimmung hervorzurufen als sie heute ist. (Zuruf: Macht's nur!) Na, macht's nur — das bringen wir fertig, wenn es sein muß! (Große Heiterkeit.) Die badischen Proletarier müßten keine Proletarier sein, wenn sie nicht anderer Meinung werden würden, sobald wir ihnen einmal unsere Meinung darlegen. (Lebhafte Zustimmung.) Ihr habt das ja bisher nicht getan (zu den Badenfern). (Frank: Da werden wir mal nach Berlin kommen! Große Heiterkeit.) Nieber Frank, nur nicht mit der Budgetbewilligung, da möchte es Ihnen schlecht gehen. (Heiterkeit.)

Heilmann hat sich, wie ich schon erwähnte, beklagt, nichts Neues hier gehört zu haben. Er bedauert, daß die langen Ausführungen Schippels in einem der Anträge hier nicht zur Erörterung gelangt seien, und er hält sie für hochwichtig. Ich habe sie dreimal durchgelesen, aber ich muß offen stehen, ich kann sie nach keiner Richtung hin akzeptieren. (Heilmann: Sehr richtig! Darum — Studentenkommision!) Ich halte die ganze Begründung für falsch, aber ich brauchte eine halbe Stunde, um das zu entwickeln. Es ist auch die Darstellung von Heilmann falsch, die er von der Abstimmung über das deutsche Reichsbudget gegeben hat, daß so große Unaufmerksamkeit herrsche und deshalb schon mancher sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für das Budget gestimmt hat, kurz, daß das keine Zustimmung bei dieser Abstimmung im Reichstage sei. Ich gebe Heilmann Recht, daß so wenig wie in einem anderen Parlament die Abgeordneten im Reichstag so ruhig wie in der Kirche sitzen. Ich habe an diese feierliche Aufmerksamkeit auch einmal geglaubt, als ich 1867 zum ersten Male ins Parlament kam; ich meinte, die Abgeordneten würden dasitzen und angestrengt horchen auf jedes Wort von der Tribüne, das wie aus einem Quell der Weisheit käme. Aber ich habe schon in meinem ersten Bericht über den Norddeutschen Reichstag meinen Wählern gesagt, ich wünschte, daß die Wähler zwangsweise 8 Tage auf die Tribüne des Reichstags geschickt würden, sie würden alsdann eine andere Auffassung von ihrem Parlament bekommen. (Heiterkeit.)

Die Spezialabstimmung über die einzelnen Posten wird ziemlich formlos vorgenommen. Der Präsident sagt, ich bringe die und die Postion aus dem und dem Kapitel zur Abstimmung; ich werde sie aufrufen, und wenn niemand dagegen das Wort wünscht oder eine besondere Abstimmung wünscht,

werde ich sie für angenommen erklären. Aber, Parteigenossen, wenn die Schlußabstimmung über das Budget stattfindet, sind alle unsere Reichstagsmitglieder, soweit sie in Berlin sind, auf dem Posten. Besonders habe ich stets alles aufgeboten, damit wir vollzählig sind, und ich muß sagen, es ist ein gewisser feierlicher Akt, weil die Gegner wissen, namentlich als wir eine starke Fraktion waren, daß sie die Abstimmung nicht versäumen dürfen, damit wir nicht zufällig die Mehrheit haben. Die Glocke tönt alsdann durchs ganze Haus und wird im vollen Hause feierlich abgestimmt. Wir sind stets sitzen geblieben, und es ist nicht wahr, wie Heilmann sagt, daß dies unbeachtet geblieben sei. Regelmäßig war unsere Abstimmung der Gegenstand der Besprechung in der bürgerlichen Presse. Den Tag würde die bürgerliche Presse segnen und preisen, an dem wir für den Etat stimmten. (Sehr richtig!)

Genosse David hat die Ansicht ausgesprochen, als hätte ich gesagt, die Partei könnte nationalliberal werden! Das könnte doch schon vom materialistischen Gesichtspunkt, den wir vertreten, nicht angenommen werden. Genosse David, glauben Sie denn, daß ich es für möglich hielte, daß auch nur ein namhafter Teil der deutschen Sozialdemokratie nationalliberal oder liberal würde? Sie haben mich falsch verstanden. Ich habe gesagt, die Politik, die von der rechten Seite getrieben wird, ist eine nationalliberale, und ihr verdanken wir allerdings einen ungünstigen Einfluß auf die Entwicklung der Partei. Diese Politik erweckt den Widerspruch der Genossen und zwingt jene, die diese Politik verfolgen, zu Konzessionen, zu denen sie im Anfang ihrer Tätigkeit gar nicht entschlossen waren. Wenn je eine Partei davor sicher ist, daß sie nicht korrumpiert werden kann, daß sie nie einer bürgerlichen Partei zum Opfer fallen kann, so ist es die Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sorge darum raubt mir keine Sekunde meines sonst guten Schlafes.

Genosse Heilmann hat weiter ausgeführt, Lassalle sei es gewesen, der seinerzeit die Abstimmung der Fortschrittspartei im preussischen Landtag gegen das Budget als „liberale Feigheit“ gebrandmarkt habe. Heilmann hat dabei nur vergessen, die Begleitumstände anzugeben, von denen Lassalle ausgegangen ist. Ich unterschreibe heute noch nach 48 Jahren all das, was in Lassalles Schriften: „Ueber Verfassungsweisen“ und „Was nun?“ enthalten ist, und ich kann der Partei nur dringend raten, daß sie die beiden Broschüren liest und sogar auswendig lernt, dann werden unsere Debatten über die Budgetfrage bedeutend kürzer werden. Nach Heilmann müßte man glauben, wenn Lassalle heute lebte, wäre er Revisionist. (Lebhafte Heiterkeit.) Heilmann bestreitet das. Sie haben zwar sehr kurze Haare, aber Lassalle würde Ihnen in die Parade fahren und sie zerfassen, lebte er noch. (Stürmische Heiterkeit.)

Lassalle ist davon ausgegangen, daß die Fortschrittspartei in Bismarck einen Feind der Nation und der Verfassung erblickte, daß sie ihn einen Verfassungsbrüchler nannte, der eine Anklage auf Hochverrat verdiene. Darauf antwortete Lassalle: ist dem so, dann genügt die Abstimmung gegen das Budget nicht, Ihr müßt es durch die Steuerverweigerung zum Konflikt treiben, selbst auf die Gefahr einer Revolution. (Lebhafte Zustimmung.) So war die Lassalle'sche Auffassung. Diese war also ganz anders, als Heilmann sie dargestellt hat. Und doch war damals noch mehr Kraft im Bürgertum als heute. Aber Lassalle hatte schon damals die Bankelmütigkeit des Liberalismus erkannt, und er bekämpfte sehr nachdrücklich jenen Optimismus, den David auch heute wieder bewiesen hat. Die Liberalen von heute sind allerdings nicht dieselben wie damals; sie sind nur noch viel schwächer, und alle Hoffnungen, die Sie (zu David und der Widerheit) auf den Liberalismus setzen, davon

werden wir bei einer anderen Gelegenheit reden, die schwimmen hochab, wie man in der Schweiz sagt. Ich habe wiederholt herborgehoben, wir müßten wünschen, eine wirklich starke liberale Partei zwischen uns und der Masse der Reaktionäre als Pufferpartei zu haben. Aber zu einer wirklich liberalen Partei fehlen leider alle Bedingungen. (Sehr richtig!) Das verhindert der wachsende Klassenkampf und die Furcht vor der Sozialdemokratie. Wie sind der großen Mehrheit der Liberalen unsere Siege bei den Nachwahlen in die Glieder gefahren, und wenn 1911 diese Siege sich auf ganz Deutschland übertragen sollten, Parteigenossen, dann sollt Ihr einmal sehen, mit welcher Gleichgültigkeit und schlotternden Knien unsere Liberalen herumlaufen, und wozu sie fähig sind. (Bewegung und Weisfall.) Damit die Liberalen das tun, was Ihr von ihnen wollt, müßt Ihr Euch vor ihnen auf die Knie werfen und unterwürdig bitten. Das wird aber keiner von Euch tun. (Sehr richtig!)

Heilmann hat weiter gefragt: warum, wenn diese Frage prinzipieller Natur ist, bringt man sie nicht vor das Forum der Internationale? Unter den Materialien zur Budgetfrage, die den Mitgliedern des Parteitagess vorliegen, ist doch auch die Amsterdamer Resolution enthalten. Dieselbe ist die Uebersetzung der Dresdener Resolution, und sie sagt ausdrücklich, daß die Internationale die Verantwortung ablehne, für Geseze und Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft die Mittel zu bewilligen. Das wurde in Amsterdam beschlossen. Man hat Genosse Kolb in seiner Broschüre gesagt, die Deutschen wären schuld, daß die Dresdener Resolution dort zur Verhandlung kam. Nein, Genosse Kolb, Sie irren sich, die Deutschen waren nicht schuld. Als wir in der Kommission in Amsterdam die großen Kämpfe mit Jaurès usw. hatten, kam am zweiten Tage, als ich noch gar nicht an eine Resolution dachte, Genosse Guesde zu mir und schlug aus eigenem Antriebe vor — ich bin an der Sache also so unschuldig wie Kolb selbst —: „Wir wollen die Dresdener Resolution beantragen. Was sagen Sie dazu?“ Ich sagte darauf: „Na, die paßt nicht so ganz, um sie hier in ihrem Wortlaut zu beantragen, doch macht, wie Ihr wollt, ich habe nichts dagegen.“ Darauf haben die französischen Genossen die Resolution vorgeschlagen, und wir haben selbstverständlich dafür gestimmt. Die Internationale hat also gesprochen, und der Entscheid hat auch bestimmend gewirkt auf eine Reihe von Staaten, die in Frage kamen. Wenn von Heilmann und anderen die Frage aufgerollt wurde, wie wir beim Gemeindebudget zu stimmen haben, und wenn aus Bayern speziell an mich die Frage gerichtet wurde, wie wir uns zu den Budgets der Landräte verhalten sollen, so muß ich bemerken, daß ich bei den letzteren Ausführungen leider nicht zugegen war, und ich habe auch nicht Einicht bekommen in das Budget, daß mir Genosse Wittl-München gestern zur Verfügung stellen wollte. Wenn ich aber die staatsrechtliche Stellung der bayerischen Landräte verstehe, so sind sie was Nebenliches wie die Provinziallandtage in Preußen. (Zustimmung.) Diese haben aber keine selbständige Stellung, sie können keine Geseze machen, sondern die Geseze werden ihnen vorgeschrieben; die sind reine parlamentarische Verwaltungskörperschaften. (Zuruf: Und die Gemeindel.) Auch die Gemeinden. In Bayern sind sogar die Gemeinden eingeschränkt in der Regelung ihres Steuerwesens. (Zurufe: Gebührentwesen!) Auch da können sie nur in gewissen Grenzen verfügen. Die Gemeinden sind nicht gesetzgebende Körperschaften, sondern es sind ihnen ihre Funktionen vorgeschrieben, und wenn es heißt, daß der Gemeinde die und die Beträge für Militäranlagen, Quartierung usw. zur Last fallen, können die Gemeinden nichts dagegen tun, sie müssen sich dem Landesgesetz einfach fügen. Das ist also etwas ganz anderes und kann mit der Frage des Landesbudgets gar nicht in Zusammenhang gebracht werden. (Sehr richtig!)

Genosse Quard hat gewünscht, daß die Abstimmung über die Resolution geteilt werde, daß über den ersten Satz und über die folgenden Teile getrennt abgestimmt werde. Es war stets parlamentarische Sitte, wenn eine größere Zahl eine solche Teilung verlangt, daß dem nachgegeben wird. Wir haben also nichts dagegen, daß die Abstimmung getrennt vorgenommen wird. — Genosse Quessel meinte, ich hätte die Frage, ob die Budgetfrage prinzipieller oder taktischer Natur sei, offen gelassen. Da muß er meine Rede nicht verstanden haben. Ich habe hervorgehoben, daß in allen bisherigen Parteitagsbeschlüssen hervorgehoben worden sei, daß die Frage prinzipieller Natur ist. Ich hätte auch darüber ausführlich geredet, aber ich habe schon vieles unter den Tisch fallen lassen, ich hätte noch 1½ Stunden reden können, aber das wäre für Sie und für mich zu viel gewesen. Es steht aber in der Resolution, daran kann gar kein Zweifel sein, daß auch dieser Parteitag die Frage als prinzipielle betrachten soll. (Sehr richtig!)

Die Geffen müssen, sagt Quessel, die Resolution 90 ablehnen, das ist ihr gutes Recht. Wenn er aber sagen will, daß sie eventuell wieder dagegen stimmen müßten, so wollen wir das abwarten, ich sage zunächst nichts dazu. Droben könnt Ihr, so viel Ihr wollt. (Frank: Das tut ja niemand!) Es kommt aber auf Eure Handlungen an, darauf werden wir sehen.

Quessel hat auch über die kleinen Konzeptionen gesprochen. Ich habe schon gesagt, daß die Worte eine ganz andere Bedeutung haben, als er annimmt. Er hält die Eisenbahnverstaatlichung für eine große Sache; aber er hat gleich hinzugefügt, daß heute auch die Staatsbahnen kapitalistisch betrieben würden. Ich würde für jede Eisenbahnverstaatlichung stimmen, die stattfinden könnte. Ich wäre sofort dafür, obwohl ich weiß, daß sie kapitalistisch betrieben wird. Aber sie bedeutet eine Expropriation der Expropriateure. Ich bin auch vor Jahren für die Verstaatlichung der Bergwerke eingetreten, obgleich ich weiß, daß zunächst das Los der in den Bergwerken beschäftigten Arbeiter durch die Verstaatlichung nicht verbessert werden wird. Aber es gilt vor allem, die großen Ausbeuter zu enteignen; je weiter diese Verstaatlichung um sich greift, um so besser für uns, denn es wird dann für uns eines Tages, wenn wir an der Macht sind, um so leichter sein, mit der ganzen Wirtschaft fertig zu werden. Darüber sind wir ja einig. (Heiterkeit.)

David hat weiter gemeint, daß gerade aus den Ausführungen Ledebours hervorgehe, wie notwendig es sei, daß die Resolution, die die Studentenkommmission verlangt, angenommen werde, und Müller-München war ebenfalls dieser Ansicht. Er hat uns aus allerlei staatsrechtlichen Ueberlieferungen aus Bayern nachzuweisen versucht, wie notwendig diese zu studieren sei. Ich bin verwundert, Genossen, daß Ihr nach 15 Jahren auf einmal das Bedürfnis nach einer Studentenkommmission habt. (Frank: Wir haben wenigstens die Hoffnung, daß sie zu einem anderen Ergebnis kommt!) Mit dieser Hoffnung fällt Ihr rein, das steht doch fest. (Heiterkeit.) Und nun die sehr scharfsinnigen, staatsrechtlichen Ausführungen, die da Genosse Müller nach veralteten bayerischen Gesetzen machte. (Zuruf: Sie bestehen aber doch!) Ihr nehmt sie auf einmal fürchterlich ernst. Und sie sind nicht mehr bloß der Gegenstand Eures Studiums, sondern sie beeinflussen sogar Eure Abstimmung, das ist doch geradezu toll; Vollmar und Grillenberger in Frankfurt hatten eine ganz andere Meinung und Ihr (zu den Bayern) habt ja dieses Mal auch gegen das Budget gestimmt und damit bewiesen, daß Ihr es könnt trotz der Müllerschen Ausführungen; Müller hat hier erzählt, daß, als Ihr das erste Mal gegen das Budget stimmte, der alte Finanzminister Riebel zu Euch herunterkam und sagte: Ich danke Ihnen bestens, meine Herren, für das Vertrauen. Das war ja ein guter Wisch vom alten Riebel, der ein sehr gemütlicher Herr war, aber doch nicht

mehr. Genosse Müller, glauben Sie wirklich, daß, nachdem viele Jahrzehnte lang die alten Bestimmungen unter Zustimmung der Regierung und der Kammern nicht mehr angewendet wurden, also durch die Praxis überholt wurden, sie jetzt noch Geltung haben? (Zuruf: Aber eines Tages wäre es doch möglich!) Das ist ein undenkbarer Fall. Bedor Ihr die Mehrheit in der bayerischen Kammer habt, seid Ihr und ich gestorben, also, wogu zerbrecht Ihr Euch den Kopf darüber. (Heiterkeit.) Aber selbst wenn die Regierung trotz der Ablehnung des Etats durch die Kammer das Budget auf dem Verordnungswege in Kraft setzen würde, dann würde ein so gewaltiger Sturm in ganz Bayern, in allen Parteien, im ganzen Volke ausbrechen, daß sich die Regierung wohl hüten würde. (Zurufe von den Bayern.) Wegen Eurer veralteten speziellen bayerischen Angelegenheiten sollen wir die Studentenkommmission einlegen? Die Frage, die uns alle gemeinsam angeht, ist längst und in der gründlichsten Weise besprochen, wir haben kein Bedürfnis mehr nach einer besonderen Studentenkommmission. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage ist sehr klar. (Müller: Ich habe vor zwei Jahren fünf Artikel in der „Münchener Post“ darüber geschrieben!) Es ist ja bedauerlich, daß sie nicht geholfen haben. (Müller: Sehr bedauerlich!) Sie können noch gehen schreiben, die werden auch nicht helfen. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Ich habe auch schon manches geschrieben, was nicht geholfen hat, namentlich gegen Euch Bayern. (Große Heiterkeit.) Wissen Sie, Parteigenossen, unter den 120 oder wieviel es sind, die den Antrag unterschrieben haben, sind, glaube ich, eine ganze Anzahl, die sich gesagt haben, ja, Studentenkommmission, warum nicht, das kann nichts schaden, die machen wir mit; und die anderen haben sich gesagt: das ist ein schönes Mittel, die Sache um die Ecke zu bringen, gelangt es uns, mit der Studentenkommmission zu keiner Entscheidung zu kommen, das wäre famos. (Heiterkeit.) Die im guten Glauben unterschrieben haben, sind den Schlawern zum Opfer gefallen. (Woh! bei den Süddeutschen.) Ja, es ist doch kein Fehler, schlau zu sein. (Heiterkeit.) Diese ganze Studentenkommmission ist so überflüssig wie nur denkbar. Ich habe mit großem Schrecken gehört, Ihr wollt den ganzen Vorstand in die Kommission nehmen. (Zuruf: Das will nur Klement!) Glücklicherweise bekommt Ihr ja keine Majorität für den Antrag, für dies Attentat, das Ihr auf uns berüben wollt. Würde der Antrag angenommen, die ganze Welt würde über uns lachen. (Sehr richtig!) Auf fünf Parteitagen hat die Sozialdemokratie tagelang über diese Sache debattiert und ist sich darüber in die Haare geraten, es sind Berge von Literatur darüber geschrieben worden, die Antragsteller wußten auch, was angeblich für geheime Dinge noch in den Akten verborgen sind, keiner hat was gesagt und noch all diesen großen und vielen Verhandlungen beschließen wir, eine Untersuchungskommmission einzusetzen, um zu prüfen, ob wir nicht früher zu dumm waren, die Frage zu verstehen. (Sehr richtig!) Ich wünsche Ihnen zum Studium sehr viel Vergnügen, aber machen Sie das Ding für sich fertig. (Heiterkeit.) Sie sind ja eine Masse intelligenter Leute. Sehen Sie eine Kommission nieder, lassen Sie das Material drucken und bringen Sie dasselbe das nächste Mal vor, und dann schauen wir uns die Geschichte an. (Heiterkeit.) Aber heute lassen wir uns auf die Sache nicht ein, das paßt uns nicht in den Kram. (Wah! bei den Süddeutschen.) Natürlich, alles, was ich nicht will, paßt mir nicht in den Kram, das ist doch selbstverständlich. — Wenn David meinte, Haase würde bei einem Examen über all die budgetrechtlichen Feinheiten der Einzelstaaten durchfallen, so würde das David genau so gehen. (David: Ich bin ja auch für die Studentenkommmission!) Ja, studieren Sie nur, denn während Sie studieren, haben Sie keine Zeit, uns andere Geschichten zu machen. (Große Heiterkeit.) — David hat uns getarnt, wir müßten alle

kluge Politiker anders mit den Nationalliberalen verfahren. Was jetzt die Badenfer gemacht, könnte man auch anderswo machen. Da dürfte man die Firkel der Nationalliberalen Partei nicht füren. Das sei un diplomatisch. Diese Davidsche Vertrauensseligkeit ist mir einfach unbegreiflich. (Sehr richtig!) Ich habe Ihnen gestern das Sündenregister der nationalliberalen Partei vorgetragen. Gewiß, wir müssen sehen, eine Mehrheit in den Reichstag zu bringen, die gegen die Lebensmittelzölle ist. Aber daß wir das fertig bringen, wenn nicht aus uns selbst heraus, glauben Sie doch ernsthaft nicht. Auf wen stützen wir uns denn? Selbst die Freisinnigen sind heute unzuverlässig, die noch 1902 gegen den Zolltarif waren. Die Nationalliberalen haben ja den ganzen Zolltarif auf dem Gewissen. Ich erinnere an die Gewaltaktion, die in den November- und Dezembertagen 1902 gegen uns verübt wurde, als man im Reichstag die Geschäftsordnung mit Füßen trat und mit Hurra-Hoch diesen schauderhaften Zolltarif annahm. Herr Wassermann hat die Hauptrolle dabei gespielt, und diese sollen wir jetzt als Bundesgenossen ansehen? Mir bleibt auch unbergeßlich eine Rede des verstorbenen Dr. Siemens, des Direktors der Deutschen Bank. Die Direktoren der Deutschen Bank sind immer sehr geschickte Leute und der verstorbene Siemens war einer der Geschicktesten. Als damals von uns gegen die Junkerraubzüge losgemettert wurde, erklärte Siemens namens der Freisinnigen Vereinigung: „Meine Herren, das preußische Junkertum hat dem Staat und der Gesellschaft die größten Dienste geleistet und der Staat hat die Verpflichtung, für die Erhaltung dieser Gesellschaftsschicht aufzukommen und ihr die Existenzmöglichkeit zu geben.“ (Hört, hört!) Das war die Auffassung eines der ersten Bourgeois in Deutschland, und diese Auffassung ist unter allen nationalliberalen Kapitalisten vorhanden, die in den Junkern die Männer mit dem Säbel sehen, die kommandierenden Generale, die gegebenenfalls zu kommandieren haben, wenn auf Vater und Mutter geschossen werden soll. (Bewegung.) Diese haben alsdann die Staats- und Gesellschaftsordnung zu verteidigen, für das die Herren Liberalen ihre eigenen wertigen Körper für zu schade halten, aber die Junker sind die Draufgänger, die richtigen Leute, die Jahrhunderte lang mit dem Kriegshandwerk vertraut sind und noch heute alle wichtigen Stellen im Staat und in der Armee einnehmen. Das sind die richtigen Leute, um Thron, Altar und Geldsack zu schützen. Und da glauben Sie, diese Liberalen würden heute noch gegen die Agrarpolitik sein? (Sehr richtig!) Dabei kommt noch ein anderes in Frage. In dem Augenblick, wo eine Mehrheit im Reichstag die gegenwärtige Agrarpolitik über den Haufen wirft, entstehen Ausfälle von hundert Millionen an Einnahmen. Dann taucht sofort die Frage auf, woher nehmen wir dann das Geld für Militär, Flotte, Kolonien usw. Schon jetzt wissen Regierung und Majoritätspartei nicht mehr, woher sie es nehmen sollen. Aber die Herren Nationalliberalen wollen nicht zahlen, das haben sie bewiesen. Genosse David ist ein sehr kluger Mann, aber manchmal macht er doch Behauptungen, bei denen man sich sagen muß, er hat nicht richtig nachgedacht. Leider haben wir heute keine Aussicht, das zu tun, was er will, wenn nicht der Volkszorn der Massen in dieser Richtung einen gewaltigen Erfolg erzielt. Die einzige Partei, die das könnte, wären wir, dann müßten wir aber von 50 auf mindestens 200 Abgeordnete steigen. Daran glaubt niemand. Es kommt gewiß einmal so, ich würde mich freuen, wenn ich es erlebte, denn bei dem Kampf, der dann entbrennt, möchte ich dabei sein. Was wir bisher durchgeführt haben, waren alles nur Korpostengefächte, Kleinigkeiten; bei der Hauptsache möchte ich sein. Aber ich fürchte, die wird noch länger auf sich warten lassen, als wir annehmen.

David hat gegen die Genossin Zeitlin polemisiert, daß wir die Zustände in Preußen als die Folge der junkerlichen Entwicklung angesehen haben. Das wäre, in der nahten Weise gesagt, natürlich nicht richtig. Ich glaube auch nicht, daß es so gesagt wurde. Aber richtig ist, die Junker sind die Hauptstütze für den Kapitalismus, und der Kapitalismus ist wieder die Stütze für die Junker. Dort im Osten das Junkertum, das absolut herrscht, im Westen die Schlotbarone, im Zentrum die Berliner Großbanken, die Magnaten des Kohlenbergbaues in Schlesien, diese alle reichen sich brüderlich die Hände, sie haben trotz aller Gegenkräfte die gleichen Interessen. Täuschen wir uns nicht, Parteigenossen, die herrschenden Klassen wissen, was ihnen nützt und tun nicht, was ihnen schadet.

Genosse Adolf Müller sagt weiter, er müsse zurückweisen, was ich über die Stellung der Bayern zur Dresdener Resolution gesagt hätte. Ich habe nicht verwiesen auf die Stelle von der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft, sondern habe den Satz auf das Budget gemeint und gegen den habt Ihr gehandelt. (Müller: Wir haben doch der Regierung keine Mittel bewilligt!) Ach, diese Feinheiten sind schlaue Erfindungen, sie sagen sogar, indem wir das Budget bewilligen, binden wir die Regierung, daß sie nicht mehr ausgibt. (Widerpruch.) So ungefähre. Ich habe mich in den Gedankengang noch nicht hineinfinden können. Aber die Bayern haben früher dagegen gestimmt und die kürzliche Abstimmung seiner eigenen Fraktion und Person hat bewiesen, daß sie auch gegen das Budget stimmen können.

Gekern hat Zubeil Ausführungen gemacht, die ich außerordentlich bedauerne — das sage ich namens des gesamten Parteivorstandes —, als er den Süddeutschen vorwarf, daß sie Mittel für die Bewegung bezogen hätten. Parteigenossen, dafür sind wir da, wenn wir selber haben, daß wir sie dorthin geben, wo sie gebraucht werden. (Sehr richtig!) Ich kann mir und meinen Kollegen im Parteivorstand das Zeugnis geben, daß bis heute unter all den vielen Hunderten und, wenn man auch die Gesuche um kleine Hilfe rechnet, Tausenden von Hilfsgebeten, niemals ein Parteigenosse hat sagen können: Wenn wir nicht Revisionisten wären oder wenn wir uns mit dem Vorstand in Uebereinstimmung befunden hätten, würden wir das Geld bekommen haben. Ich gehe sogar so weit, daß ich sage: lieber bewilligt du selbst dort, wo du anderenfalls nicht bewilligt hättest, damit man nicht einen solchen Verdacht auch nur andeuten kann. (Sehr richtig!) Von uns ist stets mit der größten Unparteilichkeit verfahren worden. Was nun die „Münchener Post“ anbelangt, so empfehle ich Adolf Müller, der die Finanzkräfte der „Münchener Post“ gar nicht kennt, mal seinen Nachbarn, den Genossen Cohn zu fragen — weiter will ich nichts sagen. Es wäre mir überhaupt lieber gewesen, diese Sache wäre gar nicht zur Erörterung gekommen. (Zuruf bei den Süddeutschen: Uns auch.) Die Unabhängigkeit der „Münchener Post“ ist wie bei allen unseren Blättern vorhanden. Ich frage, ob der Parteivorstand, der so und so viele Dutzende von Zeitungen aus Parteimitteln unterstützte, je irgendeine Bedingung in bezug auf die Haltung eines Blattes gestellt hat. Wir würden ganz mit Recht sofort denunziert werden. (Zuruf bei den Süddeutschen: Das hat niemand behauptet!) Es lag in dem Worte drin: wir sind unabhängig, als wenn andere Blätter nicht unabhängig wären. Die ganze Parteipresse ist vollkommen unabhängig und speziell die „Münchener Post“ hat diese Unabhängigkeit dem Parteivorstand mehr als einmal bewiesen. (Geisterzeit.) Ich erinnere an die Haltung der „Münchener Post“ bei der Differenz mit den Redakteuren des „Vorwärts“ und jetzt bei der Budgetfrage wieder. Sie hat dabei eine Haltung eingenommen, für die ich hier das richtige Wort nicht aussprechen will. (Müller: Wieso denn?) Sie war alles andere als objektiv. (Widerpruch bei den Süddeutschen.) Sie

haben drei Artikel für die Anhänger der Budgetzustimmung gebracht und keinen einzigen dazugegen. Die Widerlegung des Kautskyschen Artikels wurde aufgenommen, aber von Kautskys Artikel selbst wissen heute die Leser der „Münchener Post“ noch gar nichts. Ähnliches ist auch anderswo passiert. Es ist hierbei manches in unserer Parteipresse geschehen, was ich früher nicht für möglich gehalten habe. (Sehr wahr!) Es war das eine bittere Enttäuschung in meinen alten Tagen, wie ich offen gestehen muß.

Weiter hat Genosse Müller eine Aeußerung von mir offenbar mißverstanden, wenn er meinte, ich hätte gesagt, die Bayern wären nicht in der richtigen Weise für das allgemeine Wahlrecht eingetreten. Er sprach von dem verstorbenen Grillenberger, der auf der Wahlstatt gefallen sei. Das war ein böses Wort. Ich habe mit Grillenberger viel länger zusammen gekämpft wie Ihr alle, die Ihr dort sitzt. Keiner von Euch hat solange an seiner Seite gestanden, wie ich. Ich habe nur gesagt, Euch in Bayern ist das allgemeine gleiche Wahlrecht als gebratene Taube in den Mund geflogen. Das Zentrum hat es durchgesetzt. (Müller: 14 Jahre haben wir darum gekämpft.) Gewiß, aber Euer Kampf ist doch mit dem norddeutschen Kampf in gar keinem Vergleich zu stellen. (Sehr richtig!) Bei Eurem Erfolge kamen Euch die günstigen Umstände, die Salung des Zentrums zugute. Weiter wollte ich nichts sagen. Ich erkenne gern an, daß Ihr stets fleißig und eifrig für die Partei gearbeitet habt, außerhalb des Landtages. Ich habe das von jeher, früher vielleicht noch mehr, als ich alle Jahre im Interesse meines Geschäftes Bayern zweimal bereiste, gesehen. Ich kam überall mit den Genossen in Fühlung. Also mir hat jeder Vorwurf gegen Euch ferngelegen. Ich muß mich dagegen verwahren, als wenn ich unserem leider toten Grillenberger einen Mafel anhängen wollte. (Bravo! bei den Süddeutschen.) Das ist doch ganz selbstverständlich, daß ich so spreche, wie kann ich anders handeln gegen einen alten, treuen Parteigenossen.

Dann hat Genosse Müller auch auf den berühmten Zitatensack hingewiesen, mit dem wir bei jeder Gelegenheit überschüttet werden. Ich bin namentlich einer derjenigen, dessen Ansprüche herhalten müssen, das weiß ich. (Heiterkeit.) Nun, ich sitze in Wäld 50 Jahre im Kampf und ich will nicht leugnen, daß ich in diesem Zeitraum manches besser nicht gesagt hätte. Nun ist es aber gesagt und die Parteigenossen täten nur gut, die Säge im Zusammenhang zu lesen, dann wäre es anders. Den Zitatensack haben wir zum erstenmal im Jahre 1878 unter dem Sozialistengesetz kosten gelernt, als in Forzheim ein Pfarrer Schuster ein solches Buch herausgab mit Zitaten, wie sie jetzt der Reichsverband veröffentlicht. Das ist aber ein geeignetes Mittel, den Scharfsinn unserer Genossen anzureizen, damit sie fleißig studieren und unseren Gegnern gehörig antworten können. Besondere Erfolge haben die Gegner bisher damit nicht erreicht. (Sehr richtig!)

Genosse Müller hat weiter bestritten, daß meine Angaben von den fünf Stimmen in der Fraktion, die für das Budget waren, richtig seien. Er hat sich ja selbst als einen derjenigen bezeichnet, der aus staatsrechtlichen Gründen dafür stimmen wollte. Es muß also wahr sein. Ich will indes die Sache nicht breittreten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Es genügt, daß das zugegeben worden ist. Wäre der Standpunkt richtig, den Genosse Müller hier vertritt, dann müßtet Ihr in Bayern immer für das Budget stimmen, auch wenn es noch so schlecht wäre. (Müller: Nein, nur wenn wir Interesse für die Bindung haben!) Ich läte Sie nicht auf und Sie mich nicht. Da steht Meinung gegen Meinung.

Zu den Ausführungen Südbekums, der von allerprimitivster Phrasologie sprach, die sowohl in unseren Reden wie in unseren Resolutionen zum Aus-

druck gekommen sei, verliere ich kein Wort. Er hat sich auf Marx berufen — sogar Genosse Kolb hat sich auf Marx berufen! (Heiterkeit.) Was muß der arme Marx heute alles aushalten! Ich kann nur das eine sagen: Ich habe mein Leben lang nicht auf Marx geschworen und nicht auf Engels. Wenn meine Briefe an Marx und Engels eines Tages an die Öffentlichkeit kommen sollten, so werden sie beweisen, daß ich in sehr ernsten, sehr wichtigen Fragen mit diesen sonst höchst bedeutenden Männern in Konflikt gewesen bin, den wir aber immer freundschaftlich geschlichtet haben. Aber meine Meinung habe ich ihnen gegenüber stets vertreten. Ich bin ebenjowenig ein Marx-Anbeter oder ein Engels- oder ein Lassalle-Anbeter. Wenn ich an die anderen Götter nicht glaube, so glaube ich auch nicht an die unseren. (Heiterkeit.)

Nun ist — damit will ich schließen — eine Resolution vorgeschlagen worden von 211 Genossen als Zusatzantrag zu der Resolution des Vorstandes, daß diejenigen Parteigenossen, die unserer Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen. Der Parteivorstand hält diesen Antrag für unannehmbar. (Oho!) — Bitte, für unannehmbar. Ich gebe hier im Namen meiner Kollegen im Parteivorstand folgende Erklärung ab: Der Parteivorstand bittet, die Resolution 93 zurückziehen zu wollen. In der Sache selbst besteht zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit. (Hört! hört!) Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind. (Hört! hört!)

§ 23, der von allen Richtungen in der Partei beschlossen worden ist, wobei kein Mensch an Vorgänge, wie die heute hier erörterten, gedacht hat, lautet: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder des Parteitages das Parteinteresse schädigt.“ Alsdann kann ein Ausschlußantrag gestellt werden. Aber nach den weiteren Bestimmungen des Organisationsstatuts nur von einer Parteiorganisation, wobei nicht verlangt wird, daß die Parteiorganisation diejenige sei, der der Betreffende, gegen den der Antrag sich richtet, angehört, sondern jede Parteiorganisation im Reich kann einen solchen Antrag stellen. Die Sache selbst kann aber nur in dem Kreise, in dem der Angeklagte wohnt, entschieden werden. Es tritt alsdann ein Schiedsgericht zusammen, bestehend aus sieben Personen, wovon beide Teile je drei wählen und den Vorsitzenden der Parteivorstand ernannt. Alsdann wird das Verfahren, wie üblich in solchen Sachen, eingeleitet, wobei selbstverständlich der Angeklagte in ausgiebiger Weise zu Worte kommt. Es heißt weiter im Statut: „Unterläßt es der Angeklagte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen. Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.“ Mit anderen Bestimmungen für den Ausschluß darf also nicht gerechnet werden. In der Erklärung des Parteivorstandes heißt es weiter:



„Nach unserer Auffassung ist der Antrag 93 formell bedenklich. Wird derselbe angenommen, so ist damit keineswegs, wie die Antragsteller anzunehmen scheinen, der betreffende Parteigenosse aus der Partei ausgeschlossen. Die Organisation kennt kein Außerhalb-der-Partei-Stellen; außerhalb der Partei steht nur, wer auf Grund des § 23 ff. aus der Partei ausgeschlossen wird. Der Antrag erfüllt also nach unserer Meinung nicht den beachtlichsten Zweck. Er führt nur zu fortgesetzten Kontroversen und möglicherweise zur Anrufung der bürgerlichen Gerichte. Aus diesem Grunde bitten wir wiederholt, den Antrag zurückzuziehen, wobei wir noch einmal betonen, daß sachlich zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit besteht.“

Es ist nach unserer Auffassung gar kein Zweifel, daß, wenn ein solcher Beschluß gefaßt würde, der Parteitag damit gegen seine eigene Organisation verstieße. (Sehr richtig!) Er beschlösse etwas, was er nicht beschließen kann. Er darf keinen Staatsstreik machen, er würde ja damit den angeklagten Genossen jede Möglichkeit nehmen, sich zu verteidigen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Es ist doch auch in dem Lübecker Beschluß zugegeben, daß in zwei Fällen die Möglichkeit vorliegt, für das Budget zu stimmen. Nach Annahme des Antrages 93 würde das gar nicht in Betracht kommen, die Genossen säßen draußen, könnten kein Wort zu ihrer Verteidigung sagen, könnten ihre Handlung nicht begründen. Alle Juristen, mit denen ich heute über die Sache sprach, sind überzeugt, daß, wenn das geschähe, eine Verurteilung an ein bürgerliches Gericht möglich wäre, und daß die größte Wahrscheinlichkeit bestünde, daß das bürgerliche Gericht gegen einen derartigen Beschluß entscheiden würde. (Hört! hört!)

Damit würden wir uns also geradezu bloßstellen in einer Weise, wie wir es nicht tun dürfen. Deswegen möchte ich dringend bitten, folgen Sie dem Vorschlage des Parteivorstandes und ziehen Sie Ihren Antrag zurück. Stimmen Sie in möglichster Einmütigkeit für unsere Resolution. Lehnen Sie andererseits den Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission ab. Im übrigen hoffe ich, daß, wenn diese Beratungen zu Ende sind, wir in alter, geschlossener Kampfgenossenschaft zusammenstehen werden. (Stürmischer Beifall.)

Saase-Königsberg (zur Geschäftsordnung): Da durch die Erklärung Bebels die sachliche Uebereinstimmung des Parteivorstandes mit den Antragstellern der Resolution 93 festgestellt ist, da somit diese Resolution, die bereits von der Mehrheit der Parteitagbelegierten beantragt ist, die Zustimmung der großen Mehrheit des Parteitages gefunden hat, da aber in dieser wichtigen Frage nicht um Formalitäten getritten werden soll, so ziehen wir, nachdem die Erreichung des Zweckes der Resolution 93 sichergestellt ist, hiermit diese Resolution zurück. Das habe ich im Namen Zubeils und sämtlicher Mit Antragsteller zu erklären. Ich überreiche diese Erklärung zu Protokoll.

Dr. Frank (Schlußwort): Genosse Antrich hat mir mitgeteilt, daß er nicht zu denjenigen gehört habe, die persönliche Angriffe gegen die badische Landtagsfraktion gerichtet hätten. Ich nehme deshalb gern Gelegenheit, hier zu erklären, daß meine Ausführungen über ihn nicht zutreffen. Ich freue mich, daß er Wert darauf legt, dies hier konstatieren zu lassen. Stadthagen hat in einer persönlichen Bemerkung seine Ausführungen im wesentlichen zugegeben. Er hat mitgeteilt, daß er tatsächlich von dem Benehmen der badischen Landtagsfraktion gesagt habe, es sei nicht sozialdemokratisch, sondern hündisch. Er hat mit der Beweisraft und Ueberzeugungskraft, die ihm innewohnt, dann ausgeführt, er habe mit dem Wort „hündisch“ etwas anderes sagen wollen. (Stadthagen: Nein, nein!) Er sei bereit, es dahin zu ändern, daß er sage,

nationalliberal oder kompliziert. Genosse Stadthagen, Sie dürfen die Versicherung von uns annehmen, die Empfindung, die wir über Sie, über Ihre Erklärung und Ihre Rede haben, reicht an Entrüstung nicht heran. Genosse Bebel hat gemeint, daß ich für die badische Landtagsfraktion keine Gründe angeführt habe. Es kann sein, daß das, was ich angeführt habe, nicht neu war. Wir — ich spreche im Namen aller auf unserer Seite stehenden Süddeutschen — legen Wert darauf, daß unsere Gründe nicht neu, sondern richtig sind. Wir glauben — und darin hat uns die Debatte nicht erschüttert —, daß wir für die Wahrheit kämpfen, und für das, was für die Arbeiterbewegung notwendig ist. Aber, Genosse Bebel, es stimmt nicht ganz, daß das, was ich angeführt habe, nicht neu ist. In Nürnberg wurde unsere Abstimmung motiviert mit dem Inhalt einzelner Budgetposten, namentlich mit der Erhöhung der Arbeiter- und Beamtenlöhne. Diesmal wurde als Grund von uns die politische Situation angegeben. Das sind verschiedene Dinge, das wird auch Bebel gegeben. Im übrigen freue ich mich, daß Bebel in seinem Schlußwort gezeitigt hat, in wieviel großen Fragen, in wie vielen Dingen, über die wir jahrelang streiten, wir im Grunde genommen vollkommen einig sind. Wieviel Redner haben gestern und heute versucht, zu beweisen, daß man diese kleinen Konzeptionen, diese Scheinchen, die wir nach und nach zum Bau der Zukunft aufstürmen, nicht verachten dürfe. Bebel hat nun nach so langer fruchtbarer Arbeit in den Parlamenten erklärt, daß er der Letzte sei, der diese „kleinen Konzeptionen“ unterschätze. Er ist sich klar darüber, daß die große Aufstiegslinie auf allen Gebieten keine Konzeptionen zeigt, und daß aus diesen kleinen Siegen der große Sieg der Arbeiterklasse im Grunde besteht. Bebel ist auch mit uns einer Meinung darüber, daß die Negation, die man der Sozialdemokratie vorwirft, ein unbegründeter Vorwurf ist. Was Bebel vorgetragen hat, wird von uns tagtäglich nicht so gut, aber mit ähnlichen Gründen vertreten und den Gegnern gegenüber verteidigt. Auch wir wissen, daß für eine Partei in ihrer Jugend die Agitation die Hauptsache ist, ebenso wie ein Kind durch das Schreiben die Sprache weitet! Es kommt aber dann ein Zeitpunkt, wo sich durch das Wachstum der Partei neue Pflichten ergeben. Dieser Zeitpunkt ist gekommen, wenn wir infolge unserer Größe die Macht haben, die von uns kritisierten Zustände zu ändern und zu bessern. Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, wann wir stark genug dazu sind, das sind Fragen, über die wir uns in Ruhe und bei klarer Besinnung unterhalten können. Bebel hat auch noch einmal die monarchische Frage gestreift, und ich freue mich aufrichtig, aus seinen Worten herausgehört zu haben, daß sein Kaiserkandidat Prinz Ludwig noch nicht alle Hoffnungen aufzugeben braucht. (Heiterkeit.) Ich möchte aber, damit wir Wadener nicht benachteiligt sind, und damit es wenigstens zur Stichtags kommt, auch den badischen Thronfolger, Prinz Max, zu berücksichtigen bitten (große Heiterkeit), denn der hat sich auch für ein besseres Wahlrecht ausgesprochen, der ist auch für die Berücksichtigung der Interessen der unteren Klassen eingetreten, er hat sich sozialer erwiesen als die Vertreter der Scharfmacherliberalen in der ersten Kammer und des Zentrums. Aber diese Dinge sind nicht so unbedingt aktuell, daß es sich lohnen würde, über diese Alternative uns gegenseitig Unannehmlichkeiten zu sagen. (Heiterkeit.)

Nun hat Bebel die Frage angeknüpft — und damit komme ich zum eigentlichen Streitpunkt —, ob die Nürnberger Resolution auch Giltigkeit habe für die Genossen in den Gemeinden. Ich freue mich, daß er den vernünftigen Standpunkt vertritt, es könne keine Rede davon sein, daß in den Gemeinden, wo Tausende unserer Genossen Tag für Tag schaffen, das Budget abgelehnt werden muß. Aber Bebel ist hier in der Lage, wie mancher andere, er hat für eine richtige Taktik eine falsche Begründung gegeben. (Sehr wahr! bei den

Süddeutschen.) Denn wenn die Gemeinden nur Anhängel des Klassenstaates sind, wenn sie überall so abhängig vom Staat sind, wie Webel es irrtümlich annimmt, dann wäre das doch ein doppelter und dreifacher Grund, die Etats abzulehnen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Wenn er glaubt, die Gemeinden hätten eine gebundene Marschroute, sie könnten nichts machen — ja, glauben Sie denn, daß, solange die Reichsversammlung besteht, ein Bundesstaat die Matrifikularbeiträge abschaffen und auf die Zolleinnahmen verzichten kann? Das wären doch kindische Vorstellungen. Daß Sie aber, Genosse Webel, mit Ihrer Stellung zu den Gemeindeetats nicht alle Genossen hinter sich haben, das wissen Sie. Es gibt große Blätter, die darüber anders denken. Ich glaube, es war die „Leipziger Volkszeitung“, die einmal in einer Polemik geschrieben hat: „Ja, leben die Leute denn auf dem Monde. Selbstverständlich müssen wir die Gemeindebudgets ablehnen.“ Erst heute wurde mir aus der nächsten Nähe von Berlin, wo man doch nicht mehr nötig hat, Studien zu machen (Weiterkeit), ein charakteristischer Fall vorgetragen. In einer kleinen Gemeinde bei Werber hat sich die Notwendigkeit erwiesen, für ein Organ des Klassenstaates, für den Polizeidiener, eine neue Hofe anzuschaffen (Weiterkeit), es war dafür ein Budgetposten von 6 Mk. gefordert (erneute Weiterkeit), und die braven Genossen, die auf diesem Rathaus tätig sind — (Lebedour: Das ist ja ein Hoßn auf diese Debatten!) — Lassen Sie mich doch ausprechen, die braven Genossen haben die 6 Mk., natürlich mit schwerem Herzen (Weiterkeit) bewilligt, und der Polizeidiener hat die neue Hofe bekommen. Und nun kam das prinzipielle Nachspiel, Genosse Lebedour. In dem Wahlverein traten dann andere Genossen auf und sagten: wir verlangen von Euch Rechenschaft, Ihr habt gegen die Nürnberger Resolution verstoßen. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich weiß mich eins mit der erdrückenden Mehrheit des Parteitagcs darin, daß wir diesen armen Genossen Indemnität erteilen wollen. (Weiterkeit.) Aber Sie sehen doch, zu welchen Konsequenzen wir kommen, wenn wir uns an den Wortlaut einer Resolution halten, und es zeigt sich, daß die Aufklärung über diese Frage doch nicht so ganz gegenstandslos ist. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.)

Webel hat wieder auf das Ausland Bezug genommen. Ich kann nicht alle Staaten aufzählen, in denen immer und immer für das Budget gestimmt wird, wenn die Situation es verlangt. In Dänemark haben zwar unsere Genossen noch nicht beschlossen, zusammen mit den Radikalen in das Ministerium einzutreten, sie haben ja zusammen noch nicht die Mehrheit, aber gegen das Budget haben sie nicht gestimmt, weil man in Dänemark keine Gelegenheit hat, diesen gewaltig feierlichen Akt zu vollziehen, weil es dort keine Gesamtstimmung über das Budget gibt. In England wurde, wie Webel bereits ausgeführt hat, das Budget von der Arbeiterpartei angenommen, in Belgien werden unsere Genossen den gleichen Weg gehen müssen, wenn sie mit den Liberalen die Mehrheit bekommen, aber ich lege auf die Verhältnisse aller dieser Staaten keinen Wert, nicht einmal auf Oesterreich. Dort lehnen unsere Genossen zwar das Budget ab, aber sie stimmen für die Dringlichkeit, damit die anderen es annehmen können. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Die Oesterreicher haben die schätzenswerte Eigenschaft, wenn sie so etwas machen, hinterher immer eine sehr schöne marxistische Begründung dafür zu finden. Das müßten wir von ihnen noch lernen. (Große Weiterkeit. Zuruf: Die haben auch den Adler!) Ja, der Adler, der fehlt uns. Der einzige Staat, den man mit Zug und Recht zum Vergleich heranziehen könnte, das ist das Land, in dem Webel nahezu heimisch geworden ist, die Schweiz. Dort ist auch die Trennung des Budgets zwischen Staat und Kantonen gegeben und es werden auch keine Militärforderungen in den Kantonen bewilligt. Ich erinnere daran, daß die Berner Ge-

rossen, die Wert darauf legen, für möglichst radikal zu gelten, für das Budget stimmen, wenn sie glauben, daß die politische Situation oder der Inhalt des Budgets das rechtfertigt. (Hört! hört!)

Mit Recht hat Webel es dann als äußerst schwierig bezeichnet, im Reichstag eine Mehrheit zu schaffen, die imstande wäre, die Ausmagerungspolitik zu beseitigen, aber er hat doch selbst im Verlauf seiner Rede noch Dinge erwähnt, für die eine neue Reichstagsmehrheit erwünscht wäre. Er hat daran erinnert, daß unsere Fraktion die Caprivischen Handelsverträge gerettet hat, er hat zugegeben, daß man damit zwar äußerlich eine Rolle gespielt habe, daß man das aber im Interesse der Bewegung tun mußte. Ja, in derselben Situation waren wir im Landtag. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Wir haben bei der Gemeindeordnung scheinbar ein Klassenwahlrecht akzeptiert, weil wir damit eine große Verbesserung erreicht haben, aber so wenig unsere Reichstagsfraktion ihre prinzipielle Stellung gegenüber den Föllen durch die Zustimmung zu den Handelsverträgen aufgegeben hat, ebensowenig haben wir im Landtag auf unsere Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Gemeinden verzichtet, weil wir eine Verbesserung des heutigen Zustandes erreicht haben. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.)

Auf die Ausführungen über unsere Praxis in dem Landtag will ich bei der vorgeschrittenen Zeit nicht eingehen; ich muß nur daran erinnern, daß manche Gegner, die sich auf die Massen berufen haben, ganz vergessen, daß die geordnete Vertretung unserer badischen Genossen, die auch zur „Masse“ gehören, sich mit erdrückender Mehrheit auf unsere Seite gestellt hat, und das waren die Genossen, die die Verhältnisse kennen, die am eigenen Leibe erfahren werden, ob unsere Politik aufwärts oder abwärts führt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Nun meint Webel, wir dürften das nicht überschätzen, denn wir hätten in Baden die Presse zur Verfügung. Ja, wenn wir danach die Verhältnisse abwägen wollten, was läge näher, als zu sagen: Ihr habt ja in Berlin die Presse, Ihr habt in Berlin hunderttausend, die nur den „Vorwärts“ lesen und die über unsere Parteiverhältnisse und über die sozialen Verhältnisse des Südens doch immer nur die eine Seite hören. Wenn Webel die Zuversicht ausgesprochen hat, man könne die badischen Genossen ändern dadurch, daß man aus dem Norden nach Baden komme, so unterschätzt er doch ganz erheblich die Urteilskraft der süddeutschen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Vor Jahren hat man einmal den Berliner Arbeitern solche Wortwürfe gemacht, damals hat Vollmar auf einem Parteitag gesagt, es habe auf ihn nichts niederbrückender gewirkt, als daß über dieselben Parteimitglieder eine Versammlung mit 5000 Zuhörern einem der Jungen — ich glaube, es war Bruno Wille — zugejubelt und dann eine andere Versammlung mit 6000 Teilnehmern Webel zugejubelt habe. (Webel: Da war aber Wille dabei!) Mit solchen Argumenten kommen wir nicht weiter. Im stillen Kämmerlein wird auch der Radikalstake zugegeben, es kann nicht an den Personen, nicht an den Zeitungen, sondern es muß an den Verhältnissen liegen, wenn die Süddeutschen mit solcher Einmütigkeit an anderer Meinung sind als Sie. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen. Ruf bei den Norddeutschen: Das ist doch gar nicht der Fall!) In Baden erkennen selbst die Gegner der Budgetbewilligung im übrigen die Haltung der Fraktion an. Ein Genosse, dessen Artikel im „Vorwärts“ ganz abgedruckt und der wiederholt von Ihnen gelobt ist, hat geschrieben: „Ja, wenn unsere Landtagsabgeordneten von Ihnen gelobt sind, hat geschrieben: „Ja, wenn unsere Landtagsabgeordneten nicht für das Budget gestimmt hätten, wir hätten sie mit Jubel empfangen, so zufrieden waren wir mit ihnen.“ Aber ein Abgeordneter, der seine Haltung zufrieden waren wir mit ihnen.“ Aber ein Abgeordneter, der seine Haltung danach einrichtete, ob er das mit Jubel empfangen wird, der nicht auch dann, wenn er schwere innere Kämpfe gewärtigen muß, seinen Weg geht, der verdient aus dem Landtag oder aus dem Reichstag hinausgeworfen zu werden. (Beifall.)

Genosse Quard hat bemängelt, daß wir gegenüber der Gemeinde- und Städteordnung nicht rechtzeitig und nicht energisch genug eine Agitation entfaltet haben. Meiner Ansicht nach haben wir die Agitation energisch, planmäßig und erfolgreich betrieben. Was würden Sie aber dazu sagen, wenn wir den preussischen Genossen — vielleicht bietet sich ja hier noch die Gelegenheit dazu — die Art ihrer Agitation für das Landtagswahlrecht vorschreiben würden? Ich würde mich schämen, wenn ich das täte, denn die Genossen, die ihre harte Pflücht unter der Kontrolle der Partei tun müssen, die werden auch selbst am besten wissen, wie sie ihre Agitation einzurichten haben. (Sehr richtig!) Dem Genossen Quard möchte ich sagen: Wer hier öffentlich die badische Fraktion so rüffeln will, wer da glaubt, er habe das Geheimnis der richtigen Taktik erfaßt, der muß erst selbst den Befähigungsnachweis erbracht haben, daß er die richtige Taktik einzuhalten weiß. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Die Bemerkungen von Lehmann geben mir zu Ausführungen keinen Anlaß, ich will nur einen Punkt richtig stellen, damit nicht morgen schon in der Zentrumspreffe daraus eine Kette von Verleumdungen erwächst. Genosse Lehmann ist offenbar das Opfer eines hohhaften Klatsches geworden, wenn er behauptet, es sei schon ausgemacht gewesen, daß die Nationalliberalen später unsere Budgetablehnung rechtfertigen würden. Das ist ein hohhafter Klatsch, was von dieser Stelle aus zu sagen ich mich auch dem Gegner gegenüber für verpflichtet halte. (Sehr richtig! bei den Wadenern.) Die Genossin Lugemburg hat auf eine Ausführungsverordnung zum Schulgesetz Bezug genommen. Ich stelle fest, daß meines Wissens die Bedenken gegen diese Ausführungsverordnung nur in der Phantasie mancher Leute bestehen. Wenn es aber anders ist, wenn sich tatsächlich aus der Ausführungsverordnung ergäbe, das Ministerium wolle die Dissidentenkinder zwingen, in den Religionsunterricht zu gehen, dann würde damit doch nachträglich die dringende Notwendigkeit bewiesen sein, im Gesetz festzulegen, daß die Dissidentenkinder vom Religionsunterricht befreit sind. Es ist von Bebel gesagt worden: Warum stellt Ihr Euch denn hin und streicht Eure Erfolge so furchtbar heraus? Sie werden es uns nachfühlen, daß das niemand peinlicher ist als uns, aber wir befinden uns immer und immer wieder in dieser Zwangslage. Das sind ja die traurigsten Folgen dieser Debatten, daß man gezwungen ist, in der Notwehr diese Dinge vorzutragen. Uns wäre es viel lieber, wenn wir uns darauf beschränken könnten, wie wir das bei der Agitation tun, die Lücken der Gesetze zu zeigen, zu zeigen, was noch zu tun ist, was wir durchsetzen wollen. Sie werden uns glauben, daß wir Ihnen die Dinge nicht erzählt haben, um zu renommierten. Nein, wir waren dazu gezwungen und haben uns auf das Notwendigste beschränkt.

Aus der Gesamtdebatte will ich nur zwei Dinge von politischem Interesse herausgreifen. Von keiner Seite wurde der Großblock im Sinne eines Abkommens bei den Wahlen bemängelt, von mehreren Seiten wurde unser Vorgehen als politisch richtig anerkannt. Darüber, wie man dann im Parlament vorzugeben hat, gehen die Ansichten auseinander. Bebel hat der Meinung Ausdruck gegeben, es können Fälle eintreten, wo trotz der Nürnberg Resolution eine Fraktion gezwungen ist, sich der Stimme zu enthalten, weil sie glaubt, daß sie sonst die Interessen der Partei schädigt. Ich nehme gern Kenntnis davon, daß Bebel zugibt, es könne solche zwingenden Fälle geben, in denen man das Bekenntnis zum Kampf gegen den Klassenstaat, wie es in der Budgetverweigerung liegen soll, nicht zum Ausdruck bringt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Es ist natürlich auf aller Lippen die Frage, was soll geschehen, wie soll die Lösung der Dinge sein? Da will ich vor allem an die Spitze setzen das eine, daß in der ganzen Debatte gestern und heute weder vom Korreferenten

noch von einem Diskussionsredner, weder verdeckt noch offen eine Drohung ausgesprochen ist (sehr wahr! bei den Süddeutschen), und wenn Westmeyer hierher gekommen ist in der Absicht, gegen Drohungen zu polemisieren, dann hat er sich an die falsche Adresse gewandt. (Zuruf: Quessel hat gebroht!) Wenn Sie aus den sanften Worten von Quessel eine Drohung herausgehört haben (Geiterkeit), dann sind Sie wirklich viel sensibler als wir Süddeutschen alle. Von einem Genossen ist allerdings eine Drohung gefallen; ich nehme an, daß Genosse Westmeyer ein treuer Leser der „Neuen Zeit“ ist, und dort hat der Pfeil-Artikler davon geredet, daß man vom Gesamtstamm der Partei einen Zweig loslösen müsse. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Das wird wohl Westmeyer vorgeschwebt haben. Wir dagegen hatten es für selbstverständlich, daß die verantwortlichen Personen in der Partei alles tun werden, um zu vermeiden, daß unsere herrliche Bewegung solche Rückschläge erleidet. (Lebhafter Beifall.) Nun ist nur ein Weg gezeigt, der eventuell mal zum Frieden führen könnte und der sicher auch jetzt sofort den Waffenstillstand genährleistet hätte. Das war der Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission. Man hat den Vorschlag verächt, aber die Debatte hat soviel Beweise dafür erbracht, daß noch keine Klarheit über diese Dinge herrscht, daß ich mit Spinoza erbracht, daß noch keine Klarheit über diese Dinge herrscht, daß ich mit Spinoza sagen möchte: ignorantia non est argumentum — Unwissenheit ist kein Beweismittel. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wenn Bebel meint, wir können doch nicht jetzt nach 16 Jahren erst an die Untersuchung der Frage herantreten, dann sage ich: Sie haben heute ein Beispiel aus dem Leben gehabt, aus dem hervorgeht, daß die nächstliegenden Dinge am leichtesten übersehen werden. Sie haben gesagt, daß die Verfassungen der deutschen Staaten a l l e n Genossen bekannt seien. Haben wir es nicht erleben müssen, daß 208 Genossen über die Verfassung der eigenen Partei im unklaren sind (sehr gut! bei den Süddeutschen), haben wir nicht gesehen, daß die, die uns über die Pflichten der Disziplin belehren wollen, selbst mit einem Antrage gekommen sind, der mit den Pflichten der Disziplin, wie wir sie verstehen, nicht in Einklang zu bringen ist. (Erntetes Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Bebel hat Ihnen das viel besser und klarer bewiesen, als ich es tun könnte. (Dittmann: Er hat es nicht bewiesen!) Ja, Dittmann, wenn Sie nicht durch Bebel zu überzeugen sind, durch mich lassen Sie sich nicht überzeugen. (Geiterkeit.) Aber ich nehme dann wenigstens an, daß Sie, ohne überzeugt zu sein, im Sinne von Bebel stimmen werden. (Große Geiterkeit.) Haase hat erklärt, es werde des Eindrucks nicht ermangelt, daß feststeht, wieviel Genossen im voraus diesen Antrag unterschrieben haben. Da muß ich doch feststellen, daß der weitaus größte Teil der Unterschriften unter dem Antrag stand, bevor Bebel als Vertreter der Anklage und bevor einer der badischen Genossen zu seiner Verteidigung das Wort genommen hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Nun frage ich Sie, es stehen ja, glaube ich, mit Ausnahme von Geiterkeit, alle Parteijuristen unter diesem Antrag. (Seine: Ich nicht! — Geiterkeit.) Nein, Sie kommen nicht in diesen Verdacht. (Geiterkeit.) Was würden Sie von einem bürgerlichen Richterkollegium halten, das in den Gerichtssaal kommt, nicht bloß mit einem fertigen, sondern auch mit einem formell unterschriebenen Urteil? (Große Unruhe bei der Mehrheit. — Bedebour ruft: Sag etwa die Resolution Bebel nicht vor?) Was würden Sie davon halten, wenn der geistvollste Begründer dieses Antrages zugeben müßte, daß der solus eventualis dabei eine Rolle spielt? Wenn Sie einen der Süddeutschen gefragt hätten, bevor Sie Ihren Antrag unterzeichnet haben, dann hätte er gesagt, Sie sollten ihn unterschreiben, weil nach außen hin nichts die Situation so beleuchtet als die Tatsache, daß ein so großer Teil des Parteitagés, ohne die Angeklagten zu hören, das schärfste Urteil

über sie ausspricht. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Sie haben sich jetzt bei dem Rückzug, den der Genosse Gaase zu denken versuchte (Gaase: Es war doch kein Rückzug!), es war ein Rückzug des Antrages, was haben Sie denn gemeint, Genosse Gaase? (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Dittmann: Wir können den Antrag ja wieder aufnehmen. (Beifall.) Ich weiß, daß Sie den Antrag wieder einbringen können. (Dittmann: Probieren Sie doch nicht!) Soll denn Ihre ganze Tätigkeit auf den Parteitag darin bestehen, daß Sie in Situationen, wo die Parteigenossen einig sind, dann wieder alte Anträge einbringen? (Große Unruhe. Zuruf: Wir haben den Antrag eben nur aus Disziplin zurückgezogen.) Wenn Sie sich dadurch provoziert fühlen, daß ich in schlichter einfacher Weise die Tatsachen erzähle, dann kann ich Ihnen allerdings nicht helfen. Gaase hat sich darauf zurückgezogen, daß ja der Parteivorstand mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei. Was will denn das besagen? Glauben Sie, daß es in der Welt jemals eine Situation gibt, die genau der anderen gleich ist? Glauben Sie, daß eine Budgetabstimmung von heute unbedingt der in zwei Jahren gleichen muß? (Dittmann: Hört! hört!) Ach, Dittmann, Sie klammern sich in Ihrer rein äußerlichen Auffassung der Dinge an die Frage, ob ein Ja oder ein Nein ertönt. Was jetzt die Lage nach Zurückziehung des Amendements entscheidet, das ist die Tatsache, daß die Genossen, die das Unglück haben, in den Landtagen zu sitzen, wieder unter dem gleichen Recht stehen, wie die anderen Parteigenossen. Stellen Sie sich die Verhältnisse vor, wenn Ihr genialer Zusatzantrag angenommen würde. Wie wäre der Verlauf nach dem Parteistatut gesehen? An einem kleinen Plaque müßte sich eine Parteiorganisation schlüssig machen über eine Sache, die der Parteitag bereits entschieden hätte, ebenso ein Schiedsgericht. Sie hätten damit die statutarischen Bestimmungen zur Gance herabgewürdigt. (Beifall bei den Süddeutschen.) Die klugen Genossen, die den Antrag zurückgezogen haben, und die damit die Abgeordneten wieder auf den Boden des allgemeinen Parteirechts gestellt haben, haben sich das Verdienst erworben, daß sie die Partei vor einer Blamage bewahrt haben. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit. Gelächter bei der Mehrheit.) Es hat unter uns nicht einen gegeben in der ganzen Fraktion, der zu Ihnen mit dem Wunsche gekommen wäre, Gnade zu erbitten. Wir waren der Meinung, daß der Partei ihr Recht gehört, — wir wollten keine Gnade haben. Wir hatten dieselbe Empfindung gehabt, wie jene Frau der bekannten süddeutschen Geschichte. Die arme Frau hatte Holz gestohlen, was fünf Gulden Strafe kostete, wurde erwischt und dem Amtmann vorgeführt, und der sagte: Ich will dich diesmal nicht bestrafen, aber das nächste Mal kostet es drei Tage. Nichts da, sagte die Frau, ich stehl' mei Holz und ich zahl' mei Straf'. (Heiterkeit und Unruhe. Dittmann ruft: Was soll das heißen?) Das soll Ihnen beweisen, daß Sie nicht etwa hinausgehen dürfen in die Organisationen und sagen, wir haben Gnade für Recht ergehen lassen, wir haben die Leute diesmal geschont, sie hätten eigentlich hinausgeworfen werden müssen. — Dem ist nicht so. Wir wollen, daß Sie uns recht geben. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Wir wollen, daß Sie uns Recht sprechen, will ich sagen, das erste war natürlich aufrichtig gemeint.

Im Verlaufe seiner Ausführungen hat Gaase in seiner liebenswürdigen Art gesagt, man habe auf etwas gewartet von unserer Seite, auf eine Erklärung. Ich weiß nicht, da ich mit meinen Freunden nicht darüber geredet habe, ob sie nicht vielleicht dieser Liebenswürdigkeit, dieser Uebergangsrede erlegen wären, wenn nicht Gaase ihnen mit der geäußerten Resolution der 200 entgegengetreten wäre. Von dem Augenblick an war es etwas Undenkbares, unmögliches, daß irgendeiner der süddeutschen Genossen auf die Idee gekommen wäre, zu sagen: Wenn Sie eine Erklärung wollen, sollen Sie sie bekommen.

Heute sage ich Ihnen, wir haben selbstverständlich das allergrößte Interesse daran, daß die Partei einig und geschlossen bleibt. (Beifall.) Wir werden in jeder Richtung das unserige tun, um dafür zu sorgen, daß das geschieht. Aber keiner von Ihnen kann uns heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Frage der Verhältnisse. (Unruhe.) Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe. Ich hoffe, daß die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nummehr zur Arbeit gegen den Feind übergehen. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.)

Vors. Dieß: Nachdem wir die beiden Schlusssätze entgegengenommen haben, kommen wir zur Abstimmung. Vorher sind noch einige persönliche Bemerkungen zu erledigen.

Gaase-Königsberg (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, die Abstimmung auf morgen früh zu verlagern. Es ist eine namentliche Abstimmung, und es ist jetzt schon ½ 7 Uhr. Frank hat sein Schlussswort dazu benutzt, um verschiedene Angriffe gegen die Antragsteller Jubel usw. zu richten. Diesen muß Gelegenheit gegeben werden, darüber zu beraten, welche Erklärung sie zur Richtigmstellung der vorgebrachten Unrichtigkeiten abzugeben haben.

Vors. Dieß: Der anwesende Genosse Schramml aus Oesterreich wünscht das Wort zu einer Richtigmstellung. Da unsere deutschen Genossen auf Parteitagen in Oesterreich gleichfalls das Wort nehmen können, halte ich es für richtig, wenn wir ihm das Wort erteilen. (Zustimmung.)

Schramml (zur Richtigmstellung): Verzeihen Sie, wenn ich Ihre Zeit mit einer kurzen Richtigmstellung in Anspruch nehmen muß, aber Genosse Frank hat Oesterreich angezogen in einer sehr heißen Angelegenheit und es ist meine Pflicht, darauf zu reagieren, um seine Äußerungen richtig zu stellen. Er hat hier im Schlussswort erklärt, wir Oesterreicher stimmen für die Dringlichkeit des Budgets und legen danach unsere Handlungsweise im marxistischen Sinne aus. Wir haben, wenn wir für die Dringlichkeit des Budgets gestimmt haben, nur für die Vornahme der Abstimmung, aber nicht für das Budget selbst gestimmt. Im österreichischen Reichsrat wird das Budget, so wie bei Ihnen, in drei Lesungen verhandelt. Die dritte Lesung des Budgets kann aber nur dann sofort nach Erledigung der zweiten Lesung vorgenommen werden, wenn für die sofortige Vornahme der dritten Lesung eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Es ist also selbstverständlich, daß wir nur für sofortige Verhandlung gestimmt haben, das ist etwas ganz anderes, als für das Budget zu stimmen. Ich erkläre bei dieser Gelegenheit, daß die Genossen ganz beruhigt sein können über unsere Haltung im österreichischen Parlament (Zurufe: Das sind wir auch!), daß wir auf keinen Fall für ein Budget stimmen würden, ohne die Zustimmung unserer Genossen im Reich zu haben. Wir werden nicht selbstständig handeln, sondern uns immer den Beschlüssen fügen, die für die Angelegenheit gefaßt worden sind. (Beifall.)

Karl Liebknecht (zur persönlichen Bemerkung) verzichtet aufs Wort.

Peus-Deffau (zur persönlichen Bemerkung): Genosse Bebel hat in seiner Antwort auf meine Vorhaltung wegen seiner gegen mich vorgebrachten Beleidigung auf alte Geschichten hingewiesen, bezw. sie angedeutet, die vor 1908 liegen, ohne aber daß ich im geringsten erfahren hätte, was es denn eigentlich sei. Ich bin also ganz wehrlos (Schol) gegen derartige Angriffe. Ich muß es bedauern, daß mir nicht feinerzeit Gelegenheit geboten worden ist, mich zu äußern, dadurch, daß der Parteivorstand erklärt hätte, was er da gegen mich einzumenden hatte. Wenn das nicht geschehen ist, muß ich annehmen, daß meine Sünden doch nicht so groß waren, daß der Parteivorstand hätte nachsehen müssen, dagegen etwas zu tun, denn ich bin doch überzeugt, der

Vorstand ist vom größten Pflichtgefühl erfüllt und wird immer das tun, wozu er angestellt ist. Bebel sagt, 1908 sei er überrascht gewesen ob meiner Rede, die ich in der Wahlerversammlung nach ihm gehalten. Ich glaube, das ist kein Wunder, denn Bebel wird damals, wie wohl auch heute, in der Hauptsache seine Kenntnisse über das, was ich schreibe, nicht aus dem „Volksblättern“, sondern aus dem „Vorwärts“ oder der „Leipziger Volkszeitung“ entnommen haben. Dann hat er heute aus einer „Volksblatt“-Nummer eine Neuherung entnommen, in der ich sage, daß keine bürgerliche Partei für Arbeiterinteressen kämpft, nur die Sozialdemokratie und, wenn man den Begriff Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes nimmt, die Demokratische Vereinigung. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich nicht etwa von der Freisinnigen Vereinigung gesprochen habe, sondern von der Demokratischen Vereinigung und diese bezog. Den Dr. Dreifschmidt hat Bebel nachher so sehr herausgefordert, daß ich eigentlich allein darin die Berechtigung für meine Worte finden kann. Ich mache darauf aufmerksam, wie man sich in mehreren Wahlkreisen und auch in Berlin die Hilfe von Dreifschmidt sehr gern hat gefallen lassen. Was aber Bebel am meisten Anlaß gegeben hat, seine Neuherungen gegen mich zu tun, ist dies: ich habe in Brandenburg in meiner Rede erklärt, daß ein Bloß von Bebel bis Wassermann ein Blödsinn ist. Ich habe niemals, Genosse Bebel, niemals in meinem Leben, weder im „Volksblatt“ noch irgendwo sonst, das Gegenteil gesagt. Darum weiß ich nicht, wie Sie sich hierher stellen können und sagen, daß ich im „Volksblatt“ anders schreibe, als ich rede. Es kann sich nur darum handeln, ob ich im „Volksblatt“ in bezug auf diesen Gedanken anders gesprochen habe. Dann hat Bebel seiner Meinung über mich als Kandidaten für den Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland Ausdruck gegeben. Nun, ich glaube, wir haben alle unsere verschiedenen Meinungen über verschiedene Kandidaten, die hier und da aufgestellt werden. Ich nehme sogar an, daß Bebel noch so mancher andere Kandidat in manchem anderen Kreise nicht gefallen wird.

**Vorsitzender Diez:** Das ist nicht mehr persönlich, es geht uns gar nichts an, ob dem oder jenem die oder jene Kandidatur gefällt oder nicht.

**Peus** (fortfahrend): Wenn nun, nehmen Sie den Fall an — (Diez: Wir nehmen keine Fälle an. — Große Heiterkeit.) Ich muß das Recht haben, das Vorgehen des Genossen Bebel gegen mich zu charakterisieren. (Vors. Diez: Das haben Sie schon getan.) Wenn in meinem Wahlkreis nach meiner offiziell erfolgten Kandidierung ein Genosse sich herausnehmen würde, öffentlich so über mich zu sprechen, wie es Bebel getan hat, so würde das im Wahlkreis als grobe Disziplinwidrigkeit empfunden werden. (Zustimmung und Widerspruch.) Und ich meine, wenn das Bebel tut auf Grund seiner Stellung in der Partei, so wird die Disziplinwidrigkeit dadurch nicht geringer. Vorläufig haben nur die Wahlkreise über die Kandidaten zu entscheiden. (Bebel: Sehr richtig!) Und ich habe viel zu großen Respekt vor der Demokratie der Sozialdemokratie (Sehr gut! und Widerspruch), als daß ich annehmen könnte, daß die Neuherungen Bebel's irgendwelchen Erfolg haben könnten auf die Stimmung des Wahlkreises, in dem ich seit 20 Jahren arbeite und dessen Vertrauen ich seit 14 Jahren besitze.

**Braun-Königsberg** (zur persönlichen Bemerkung): Genosse Bebel hat in seinem Schlusswort gesagt, daß diejenigen, die den Antrag 94, der mein in der „Neuen Zeit“ gemachten Vorschlag enthält, die Dummen seien, die den Schläuen zum Opfer gefallen sind. Da der Gedanke, der dem Antrag 94 innewohnt, von mir zuerst in der Presse veröffentlicht worden ist, wäre es mir von Interesse, zu wissen, ob ich auch zu den Schläuen usw. gehöre, auf deren Leim die angeblich Dummen getrocknet sind. Ich habe sonst nichts da-

gegen einzubringen, wenn ich von Bebel in die Kategorie der Schläuen eingereiht werde; aber in dem Zusammenhang muß ich dieses Kompliment als sehr zweifelhaft mit allem Nachdruck ablehnen. Es wäre mir sehr erwünscht, von Bebel zu hören, ob er mich in die Kategorie der sogenannten Schläuen einrangiert, die die Leimrute ausgelegt haben. (Vorsitzender: Das ist doch nicht persönlich.) Über das geht mich doch freilich an. (Vorsitzender: Dann können Sie sich doch privatim bei Bebel erkundigen. — Große Heiterkeit.) Wenn Bebel das privatim am Mittagsstisch zu mir gesagt hätte, dann hätte ich ihm privatim meine Meinung dazu gesagt. Er hat es aber öffentlich erklärt und deshalb muß ich auch öffentliche Klarstellung herbeiführen. Es ist weiter erklärt worden, daß mein Vorschlag im Gegensatz zur Vorstandsresolution steht und daß sie dazu bestimmt sei, die klare Entscheidung in dieser Angelegenheit zu verschleppen. Ich lege Gewicht darauf, hier zu erklären und Genosse Kagenstein hat mich erjucht, das auch in seinem Namen zu tun, daß wir nicht im entferntesten daran denken, mit unserem Vorschlage etwas im Gegensatz zur Vorstandsresolution uns zu stellen oder die Entscheidung zu verschleppen, und wer meine Ausführungen in der „Neuen Zeit“ gelesen hat, kann gar nicht auf solchen Verdacht kommen. Ich will vielmehr über die Vorstandsresolution hinausgehen und für die Zukunft denartige Debatten vorbeugen. Es haben ja die Reden von allen Seiten in der Erwartung und Befürchtung ausgefallen, daß wir uns wieder mit der Sache zu beschäftigen haben werden und ich bin der Meinung, daß die Auseinandersetzungen selbst mit der Abstimmung über die Vorstandsresolution noch nicht beendet sein wird. (Puse: Sie reden ja zur Sache.) Ich bin leider durch den Schluß der Debatte um die Möglichkeit gekommen, meinen Vorschlag näher zu begründen. Die Studentenkommision soll spätere Erörterungen so vorbereiten, daß sie fruchtbarer als die bisherigen in den 18 Jahren ausfallen. Gehen Sie heute nicht darauf ein, vielleicht später werden wir es doch tun müssen. (Allseitiger Beifall.)

**Gaase-Königsberg** (zur persönlichen Bemerkung): Als Mitantragsteller des Antrages 93 habe ich einige persönliche Bemerkungen gegen Frank zu machen. Frank hat in seinem Schlusswort mit großer Emphase die Behauptung aufgestellt, daß die Antragsteller der Resolution 93, also auch ich, bereits mit einem fertigen Urteil hier in den Saal gekommen seien, bevor noch die Referenten ihre Ausführungen gemacht hätten. Frank muß wissen, daß diese Darstellung der Wahrheit widerspricht, und er hat diese Bemerkungen wohl auch nur gemacht, weil er sich davon gewisse Wirkungen nach außen verspricht. (Sehr richtig!) Kann man der Mehrheit des Parteitag's, nach der Art, wie die Debatten hier geführt worden sind, nichts am Zeuge fließen, so wird sich eine gewisse Presse mit Vergnügen wenigstens auf das Sprichwort stützen: So sind die Radikalen, bevor sie die anderen gehört haben, beurteilen sie schon. (Widerspruch.) Der Antrag 93 ist nicht anders wie Ihr Antrag (zur Minderheit) und die Vorstandsresolution zustande gekommen; auch die Resolutionen von Vorstand und Kontrollkommission wurden hier eingereicht, bevor noch die Referenten das Wort ergriffen haben, und Ihren Antrag auf die Einsetzung der Studentenkommision haben Sie ebenfalls gestellt und Unterschriften dafür gesammelt, bevor der Gegenstand zur Verhandlung gezogen wurde. (Karl Liebknecht: Noch bevor wir mit dem Unterschriften sammeln begonnen haben!) Daß wir uns vorher nicht gebunden haben, das kann ich beweisen. Frank hätte sich nur zu erkundigen brauchen und er hätte gehört, wie gerade ich und meine Mitantragsteller selbstverständlich bereit waren, obwohl bereits durch die öffentlichen Erörterungen das Material bekannt war, zu hören und erst, nachdem alle gesprochen, das Endurteil abzu-



geben. Wir haben uns außerordentlich zurückgehalten. Es ist richtig und ich glaube, das erkenne Frank als Jurist und alter Parteigenosse sehr wohl an, wenn behauptet wird, unser Antrag habe juristisch und technisch gegen das Organisationsstatut verstößen. In unserem Antrag stand nicht, daß jemand ausgeschlossen werden soll unter Umgehung der Bestimmungen des Statuts; er enthielt kein juristisches Urteil, sondern war der Ausdruck eines moralischen Urteils über einen etwaigen künftigen Disziplinbruch. Wir haben, wie es verschiedene Mal auch andere Parteigenossen getan haben, vor der Öffentlichkeit erklärt: Wenn Ihr Parteitag-Beschlüsse nicht achten wollt, dann habt Ihr auch nicht das moralische Recht, Euch mehr als Parteigenossen zu betrachten, nicht zu ir schließen Euch aus, sondern Ihr selbst löst das Band mit uns. Das ist ja das große Unglück, daß wir eine Anzahl von Leuten haben — ich meine hier nicht unsere badischen Freunde — die immer noch Parteimitglieder bleiben, obgleich sie Anschauungen sind. (Demonstrativer Beifall, lebhafte Händeklatschen, Rufe: Das ist nicht persönlich, das ist eine Wiedereröffnung der Debatte.) Genosse Frank hat, gestatten Sie mir den Ausdruck, etwas blauen Dunst machen wollen (Unruhe, — Glocke des Vorsitzenden) —, ich habe ja um die Erlaubnis zu diesem Ausdruck gebeten (Geisterkeit) — als er, um seine schwache Stellung zu verdecken, die Behauptung aufstellte, daß wir mit unserem Antrag einen Rückzug angetreten hätten. Frank hat dabei übersehen, daß Webel in der von ihm verlesenen Erklärung namens des Parteivorstandes an uns die Bitte gerichtet hat, unseren Antrag nicht aufrecht zu erhalten, aus formellen Gründen, obwohl der gesamte Parteivorstand sachlich mit uns einig und derselben Meinung sei. Frank hat weiter übersehen (Frank: das habe ich nicht übersehen, das habe ich gesagt), daß es in derselben Erklärung des Parteivorstandes heißt, daß, wenn die Genossen sich noch einmal über Parteitag-Beschlüsse hinwegsetzen, die Voraussetzungen des § 23 des Statuts gegeben seien. Es ist also hier, wie in dem zurückgenommenen Antrag, als selbstverständlich angesehen, daß zum Ausschluß selbst das statutengemäße Verfahren stattfinden soll. Wir haben somit weder einen Rückzug angetreten, noch treffen uns die von mir eingangs besprochenen Bemerkungen Franks. (Beifall bei der Mehrheit.)

**Webel** (zur persönlichen Bemerkung): Der Parteigenosse Reus hat sich darüber beklagt, daß ich mich auf Äußerungen in seinem Blatte bezog, die bis in das Jahr 1903 zurückreichen. Das sind keine alten Geschichten, die sieben Jahre zurückliegen und die Äußerungen, die mir vorlagen in seinem Blatte, und die ich jahrelang aufgehoben habe, reichen bis zum Jahre 1907. Was ich über den Inhalt dieser Äußerungen gesagt habe, halte ich voll und ganz aufrecht. Hätte ich eine Ahnung gehabt, daß die Dinge hier zur Sprache kommen würden, hätte ich sogar in dieser Stunde das Nötige veranlaßt, um die Blätter zu bekommen. Angesichts der Äußerungen in seinem Blatte und der Rede von 1903 hatte ich allerdings Anlaß genug, mich sehr zu wundern. Weiter hat Reus mir nach-gesagt, daß ich mein Urteil über seine Äußerungen nicht auf sein Blatt, sondern auf den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ stütze. Diese sind ganz außer Frage; ich habe mich nur auf die von ihm redigierten Blätter gestützt, die ich mir erbeten hatte und die mir zugesandt wurden, weil ich auf sie aufmerksam gemacht wurde. — Reus hat weiter gemeint, es sei eine Disziplinwidrigkeit von mir, wie ich mich in bezug auf seine Person als Kandidat für Brandenburg ausgesprochen habe. Ich habe nicht die Kandidatur getadelt und den Genossen natürlich nicht das Recht abgesprochen, Reus aufzustellen, ich habe nur mein persönliches Urteil ausgesprochen, und dieses abgeben, das darf ich. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Genossen eines Kreises einmal einen

Mann aufstellen würden, von dem im Falle seiner Wahl die Möglichkeit anzunehmen wäre, daß er der Partei Verlegenheiten bereite oder sie in peinliche Situationen bringen könnte, dann hat jeder Parteigenosse das Recht, dies öffentlich auszusprechen, das hier Gesagte trifft aber für Reus nicht zu. Ich habe meine Objektivität gegen Reus u. a. dadurch bewiesen, daß ich 1898 und 1908 eine Reihe von Versammlungen für seine Wahl in seinem Kreise abgehalten habe. — Dem Genossen Braun kann ich erklären, daß ich bei meinen Ausführungen an seine Person gar nicht gedacht habe. Ich habe keinen persönlichen Verdacht oder eine Verunglimpfung gegen Braun aussprechen wollen, ich weiß, daß er aus ganz korrekten Gründen heraus den Antrag stellte. Ich habe auch nur gesagt, daß ein Teil der Unterzeichneten glaubt, daß wirklich für die Sache noch etwas gewonnen werde, wenn man noch studiere. Von einem anderen Teil der Unterzeichner sagte ich allerdings, das sind die Schläuen, die hoffen, den Antrag so zu schieben, daß er die Mehrheit bekommt, denn, so schließen sie, erhält der Antrag auf eine Studienkommission die Mehrheit, dann ist die Entscheidung über den Antrag des Parteivorstandes beiseite gesetzt und wir sind schon heraus. (Geisterkeit.) Das ist doch keine Beleidigung; das ist sogar ein Kompliment. (Große Geisterkeit.) Damit wird doch gesagt, daß diese Genossen geriebene Burschen sind, daß sie etwas geplant haben, das, wenn es gelänge, mich fürchterlich ärgerte und sie fürchterlich freute. (Geisterkeit.)

**Frank** (zur persönlichen Bemerkung): Es tut mir leid, daß Gaase sich aus der Ruhe, die ich sonst an ihm schätze, durch mich hat bringen lassen. Er hat mir zwar nicht mit meiner Genehmigung, aber mit meiner hiermit erteilten nachträglichen Erlaubnis gesagt, daß ich „blauen Dunst“ oder nach außen hin Eindruck machen wollen durch die Feststellung, daß der weitaus größte Teil der Unterschriften unter seinem Antrag gesetzt worden sei, ehe ich gesprochen habe. Gaase kann das nicht bestreiten. Er hält uns aber entgegen, daß auch für unseren Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission Stimmen schon im voraus gesammelt worden sind. Ueberlegen Sie doch einen Augenblick, ob es dasselbe ist, wenn Sie eine Studienkommission verlangen, durch die kein Mensch diffamiert wird, oder ob Sie einen Antrag wie den Zubeilischen stellen, der nicht eine spätere Entscheidung vorbereiten, sondern der heute schon eine bedeutende Anzahl Parteigenossen um die Achtung der übrigen Genossen bringen will. Ich habe ein Interesse daran, den falschen Glauben bei den Delegierten und vor der Öffentlichkeit zu zerstreuen, als ob die Delegierten, nachdem sie Webel und uns gehört, es noch für notwendig gehalten hätten, den Antrag zu stellen, der uns moralisch verurteilen sollte. Ich freue mich, aus den Worten des Genossen Gaase entnehmen zu können, daß die Genossen, die den Antrag unterzeichneten, diese Absicht nicht gehabt haben. (Einzelnem Zurufe: Doch, moralisch beurteilen schon!) Gegner und Freunde würden in diesem Antrag nicht das sehen, was nach Ihrer Auslegung darin liegen soll, eine moralische Beurteilung eventueller späterer Taten, sondern sie würden mit Recht ein für jetzt gefälltes Urteil darin erblicken. Sie vergessen, daß wir doch später wieder hinausgehen müssen, um Schulter an Schulter mit den anderen Genossen zu arbeiten, daß wir doch gemeinsam wie bisher weiterkämpfen wollen und müssen, daß wir einen Bruch nicht wollen. Gegen solche Meinungen habe ich mich gewehrt. — Es liegt mir fern Ihnen, Genosse Gaase, ich schätze Sie, oder den anderen Genossen einen Vorwurf zu machen, ich hoffe, daß der heutige Tag der Beginn einer Zeit des Friedens sein wird. Genosse Gaase, Sie werden mir doch, wenn Sie gerecht sein wollen, zugeben müssen, daß man, ehe man die moralische Beurteilung von Parteigenossen beantragt, diese doch zuerst fragen kann, was wollt Ihr tun, was werdet Ihr tun? Ich weiß nicht, wie die Antwort gelautet hätte, aber das weiß jeder, daß unter uns ebenso Genossen sind, wie unter Euch, die den

allerdingensten Wunsch haben, der Partei ferner solche Debatten zu ersparen und entschlossen sind, alles zu tun, um dies zu erreichen. (Bewegung und Weisfall).

**Haase** (zur persönlichen Bemerkung): Es gibt keinen besseren Weg zu diesem Ziel, als daß Frank das tue, was alle Demokraten tun, nämlich sich den Mehrheitsbeschlüssen, soweit es auf das Handeln ankommt, zu fügen. Nur eines will ich noch sagen. Nachdem Bebel und Frank gesprochen hatten, haben die Antragsteller aufs sorgfältigste beraten, ob ein Grund vorliegt, von dem Antrag abzugehen, oder ob dabei stehen zu bleiben ist. Damit ist festgestellt, welchen Ursprung und welche Bedeutung unser Antrag hat: dieselbe, wie Ihr eigener Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission und wie der des Vorstandes und der Kontrollkommission. Wir haben uns die freie Entscheidung vorbehalten und in mehreren Besprechungen auf Grund aller Darlegungen unsere Entschlüsse gefaßt.

**Bebel**: Warum sollen wir die Abstimmung nicht vornehmen, wir wollen doch endlich mit einer Sache zu Ende kommen.

**Lipinski-Weipzig** (zur Geschäftsordnung): Wir ersuchen die Unterzeichner des Antrages 93, nach Schluß der Plenarsitzung sich zur weiteren Stellungnahme im Hotel Köhler einzufinden.

**Vorsitzender Diez**: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung. Es liegt der Antrag vor, die Abstimmung auf morgen zu verschieben. Wir sind jetzt so weit, um abstimmen zu können. Es stehen allerdings zwei namentliche Abstimmungen vor. Trotzdem empfehlen wir den Parteigenossen, die Abstimmung noch heute vorzunehmen, weil Bebel und noch mehrere andere morgen abreisen. Ich werde eine Pause von 15 Minuten eintreten lassen und dann die Sitzung wieder eröffnen.

Da von verschiedenen Seiten eine längere Pause verlangt wird, werden die Verhandlungen von 7¼ bis auf 7½ Uhr vertagt.

Um 8¼ Uhr werden die Verhandlungen wieder eröffnet.

**Vorsitzender Diez**: Wir kommen zur Abstimmung. Durch das Zurückziehen der Anträge 7, 47, 57, 60 und 67, alles Anträge, die auf die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses hinauslaufen, ist es jetzt möglich geworden, die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission Nr. 90 vorweg zur Abstimmung zu stellen. Wenn sie angenommen wird, dann sind alle Anträge zur badischen Budgetbewilligung bis auf Nr. 94 erledigt. Ueber Nr. 94 würde dann noch abgestimmt sein. Es sind drei namentliche Abstimmungen beantragt worden. Zunächst soll über den ersten Absatz zum Antrag 90 namentlich abgestimmt werden, dann über den Rest des Antrages und ferner über die Resolution, wie sie sich nach diesen beiden Abstimmungen gestaltet hat. Der Parteitag ist mit dem vorgeschlagenen Modus einverstanden.

**Rühls-Magdeburg**: Von dem Genossen Zubeil ist folgender Antrag neu eingebracht worden: „Angeichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort, daß er sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitages vorbehält, beantragen wir, folgenden Satz der Erklärung des Genossen Bebel, die Bebel namens des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben: Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 28 des Organisationsstatuts gegeben sind.“ (Bewegung.)

**Vorsitzender Diez**: Wir haben die Debatte geschlossen, haben die Schlußreden entgegengenommen und sind in die Abstimmung eingetreten. Nun ist es Sitte, daß in der Abstimmung neue Anträge nicht gestellt werden können.

Da wird mir jeder Parteigenosse recht geben. (Sehr richtig!) Wenn nach Schluß der Abstimmung ein solcher Antrag gestellt würde, läge es ja in der Hand des Parteitages selbst, ihn zuzulassen, dann müßte aber darüber eine Diskussion eröffnet werden. (Aufe: Einverstanden.)

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den 1. Absatz des Antrages 90. Er wird mit 268 gegen 108 Stimmen angenommen.

Mit Ja haben gestimmt: Albrecht, Apel, Martha Arendsee, Johanna Arnswald, Ottilie Baader, Bahrdt, Bartel, Bartels-Bernigerode, Bartels-Hamburg, Baubert, Bebel, Beckmann, Beed, Beißte, Beher, Bielig, Biniszkewicz, Bischoff, Blumtritt, Bod, Böhm, Frau Böhme, Böhm, Borgmann, Braun, Breccour, Bromme, Brühme, Bujold, Büßler, Bull, Bunge, Caslan, Daub, Davidsohn, Deutsch, Diefenbach, Dieke, Dikmann, Dittmann, Dietrich, Dobroslaw, Dönnel, Donalies, Dreißer, Dröner, Ebert, Ehardt, Eichhorn-Berlin, Emmel, Ernst, Esche, Faure, Fauth, Agnes Fahrenwald, Feldmann, Ficker, Richard Fischer-Berlin, Fischer-Weisburg, Fischer-Gera, Fode, Förster, Frank-Berlin, Frisch, Gek, Geher, Elfriede Geyer, Giebel, Göddner, Gottlieb, Grauer, Graupe, Greiner, Grenz, Grosse, Bruner, Grük, Haase, Haber, Hadelbusch, Haenisch, Hahn, Hafisch, Haug, Haugmann, Heckel, Heinrich, Heinrichs, Hengsbach, Hente, Hennig, Henze, Hentsch, Heßhold, Hoch, Hönisch, Paul Hoffmann-Hamburg, Artur Hoffmann-Saalfeld, Hoppe, Horn-Stettin, Horn-Lindenau, Hübener, Hummel, John, Jakobson, Jungnickel, Jürgensen, Kaden, Kagenstein, Kern, Keil-Wilkau, Kib, Klees, Klement, Knaut, Knuth, Koenen, Köpfe, Knöde, Kraucher, Kröger, Krüger-Königsberg, Krüger-Wandsbel, Krause, Kunert, Lachenmaier, Lachmann, Langer, Anna Leg, Leber, Ledebour, Lehmann-Mannheim, Lehmann-Weipzig, Leid, Leopold, Lepik, Leutert, Lemerenz, Limberg, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Litkin, Löwigt, Lufcher, Lüth, Rosa Luxemburg, Martin, Mader, Mantle, Mann, Meißel, Mehrens, Menke, Metzger, Meyer, Michelsen, Milow, Mittag, Mücke, Müller-Möglin, G. Müller-Berlin, Müller-Weipzig, Gustav Müller-Berlin, Müller-Blauen, Muth, Niendorf, Oeriel, Olion, Packel, Pannetsoel, Panger, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Alara Pöschel, Bollenber, Rauch, Raute, Reeber, Reinwand, Reike, Rieger, Riecke, Ritter, Rihert, Rohleder, Johanna Roth, Bruno Roth, Rosenfeld, Rußl, Rüssel, Sailer, Sauer, Seelmann, Seidel, Sühheim, Sperka, Stab, Staroffen, Stegner, Steinförer, Stiefenhofer, Stolle, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schmalfeld, Schäfer, Schullen, Schmidt-Wilhel, Rosa Schmidt-Berlin, Schmidt-Linden, Schnelle, Schmitt, Schoensfelder, Schöne, Schödel, Schödel, Schindhelm, Schulz-Berlin, Schulz-Wittenberge, Schuhmacher, Schwarz, Schwarz, Schwemke, Reichmann, Thelen, Thiele-Guben, Thiele-Halle, Marie Thiel, Tönnies, Ullm, Ummann, Vogtherr, Wagner-Mölln, Wagner-Braunschweig, Walter, Wassermann-Fürstenwalde, Wassermann-Schöningen, Weber, Wellmann, Wengels, Wenzel, Werner, Westkamp, Westmeyer, Willein, Minna Wieje, Wiesner, Wilbe, Will, Winter, Witzke, Wigorsowski, Woldt, Wurm, Zentgraf, Zellin, Ziek, Zubeil.

Mit Nein haben gestimmt: Auer, Beims, Binder, Therese Blase, Böhle, Böhmer, Böttger, Böhl, Brey, Cohn, David, Diener, Diez, Dredshagen, Engler, Ensting, Evers, Faist, Fischer-Hannover, Fischer-Brzesnik, Frank-Mannheim, Gaik, Göhre, Gölger, Charlotte Grahn, Helene Grünberg, Hafenzoll, Haugenstein, Hauschildt, Heine, Heilmann, Held, Silbenbrand, Hörsing, August Hoffmann-Celle, Karl Hoffmann, Paul Hoffmann-Breslau, Huber-Ludwigschafen, Huber-Landschut, Hug, Jung, Kuhn, Keil-Stuttgart, Klüß, Knapper-Heilbronn, Knieriem, Korn, Körner, Kolb, Kassner, Keinert, Leppert, Leise, Lewi,



am Rhein, Umland, Vogel, Vogtherr, Wagner-Mölln, Wagner-Draunschweig, Walter-Göschl a. M., Walter-Laubegast, Wassermann-Fürstenwalde, Wassermann-Schönningen, Weber, Wellmann, Wengels, Wenzel, Berner, Westkamp, Westmeyer, Wicklein, Minna Wiese, Wiesner, Wilde, Wilf, Winter, Wittich, Witzke, Wigorowski, Wolbt, Wurm, Zentgraf, Zetkin, Zick, Zubeil.

Mit Nein haben gestimmt: Auer, Binder, Therese Blase, Böhle, Böttger, Böhl, Breh, Eohn, David, Dredshagen, Engler, Ermring, Ewers, Faust, Fischer-Brzesnik, Frank-Mannheim, Gais, Göhre, Gölzer, Helene Grünberg, Hagenstein, Heine, Heilmann, Held, Hilbenbrand, Hoffmann-Vielsfeld, Huber-Ludwigsbafen, Huber-Landsbüt, Hug, Kahn, Keil-Stuttgart, Kühls, Knapper, Knieriem, Korn, Körner, Kolb, Kleinert, Leppert, Lesche, Levi, Loch, Maier, Mauerer, Men, Miß, Möller, Müller-Karlsdorf, Müller-Schöpfheim, Müller-München, Neu, Neukirch, Nimmerfall, Peuß, Pfeiffle, Proffit, Quessel, Riem, Sebering, Süßkind, Schneider, Stodinger, Sturmfels, Schläde, Schmitt-München, Schöne, Südekum, Timm, Thielemann, Töneböhn, Treu, Ulrich-Offenbach, Vogt, Wäbner, Weill, Weßler, Willi, Wittl, Ziemer, Zorn.

Vors. Dieß: Damit ist die Resolution 90 angenommen. Nun steht noch Antrag 94 zur Abstimmung. Er ist von 112 Delegierten unterstützt. Auf namentliche Abstimmung wird verzichtet. (Beifall.)

Darauf wurde der Antrag 94 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Vors. Dieß schlägt Vertagung vor. Es ist 10¼ Uhr.

Emmel: Wir könnten noch ganz gut den neuen Antrag Zubeil heute erlebigen.

Vors. Dieß: Wir sind jetzt mit dem Punkte unserer Tagesordnung, der sich auf die babische Budgetbewilligung bezieht, fertig. (Widerpruch.) Wir sind ganz fertig. (Rufe: Nein!) Da mögen Sie hundertmal nein sagen, wir sind ganz fertig. Nun kommt ein neuer Antrag, der sich allerdings auch auf einzelne Aeußerungen in der Budgetfrage bezieht. Das Recht, einen solchen Antrag zu stellen, will ich keinem abprechen. (Heine: O, doch!) Den Antrag heute zur Verhandlung zu stellen, werden Sie mir nicht zumuten. (Zurufe: Doch!) Der Parteitag soll dann entscheiden. Vergessen Sie nicht, daß wir dochhin auf Ihren eigenen Antrag eine Pause von ½ Stunde gemacht haben. Sie haben sie überschritten und es ist eine ganze daraus gemorden. Die anderen Delegierten haben darunter leiden müssen. (Dittmann: Sie sind ja schon daran!) Unser alter Parteiveteran Vebel ist eben davongegangen, weil er es nicht mehr aushalten kann. Es sind noch mehr ältere Leute in unserer Mitte, die reichlich genug von dieser Tagung haben. Ich bitte Sie, das Weitere bezüglich dieses Antrages mir zu überlassen.

Haase-Königsberg: Sie können mir glauben, daß wir gern jede Rücksicht auf unseren Vorstehenden üben wollen, dessen Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit wir in vollem Maße anerkennen, und ebenso auf die anderen älteren Personen. Aber es liegt im Interesse der Förderung unserer Geschäfte, daß diejenigen Anträge, die im engen Zusammenhang stehen, auch auf einmal zur Erledigung kommen, daß nicht etwa morgen noch von neuem große Debatten über diesen Gegenstand auftauchen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Ich bin überzeugt, daß heute in ganz kurzer Zeit die Angelegenheit erledigt wird, nachdem eine große Anzahl von Delegierten den Antrag, der in mündlicher Uebereinstimmung mit der feierlich abgegebenen Erklärung des Parteivorstandes steht, früher bereits eingereicht hatten und jetzt von neuem in der jener Erklärung entsprechenden Form eingereicht haben. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Ich werde jedenfalls zur Begründung des Antrages kaum drei Minuten brauchen.

Vors. Dieß: Wenn Sie mir die Behandlung des Antrages überlassen wollten, dann würde ich ihn entweder morgen oder bei passender Gelegenheit zur Verhandlung stellen. (Zuruf bei der Mehrheit: Heute noch!) Nun, dann werde ich abstimmen lassen, ob und wann der Antrag verhandelt werden wird.

Dr. Frank (zur Geschäftsordnung): Meine Freunde sind bereit, Ihnen jedes Entgegenkommen zu zeigen und keinerlei formelle Schwierigkeiten zu machen. Wir sind der Auffassung, daß an sich die Behandlung des Antrages in Widerspruch steht mit der Geschäftsordnung und den bisherigen Gepflogenheiten. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wir sind der Meinung — ich darf das, wenn es vielleicht auch, streng genommen, zur Geschäftsordnung nicht gehört, hinzufügen —, daß materiell dieser neue Antrag unmöglich ist, weil er nach unserer Ueberzeugung mit dem Parteistatut in Widerspruch steht (sehr richtig! bei der Mehrheit) wie der Antrag des Genossen Zubeil. Gestatten Sie mir, daß ich das mit wenigen Worten sage. Ich bin aber der Auffassung, daß Sie sich und uns und der Partei eine Wiederaufnahme der Verhandlungen, die ja sicherlich nicht heute erfolgen könnte, ersparen können, wenn Sie von folgendem Rortiz nehmen: Ihr Antrag beginnt mit folgenden Worten: „Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in dem Schlußwort, der sich um seinen Freunden die Stellungnahme zum Beschluß des Parteitages vorbehält usw.“ Diese Erklärung habe ich niemals abgegeben. Ich habe vielmehr nach dem stenographischen Protokoll folgendes gesagt: „Heute sage ich Ihnen im Namen der süddeutschen Genossen, wir haben selbstverständlich das allergrößte Interesse daran, daß die Partei einig und geschlossen bleibt.“ Es erlosb sich dann Beifall. „Wir werden nach jeder Richtung das unsere tun, um dafür zu sorgen, daß das geschieht, aber keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre.“ (Rufe: Na also!) Ich lese Ihnen doch etwas vor. „Keiner von uns, ich wiederhole, kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe. Ich hoffe, daß die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr zur Arbeit übergehen gegen den Feind.“ Wir sind der Auffassung, daß unsere Worte nicht in Widerspruch stehen mit der Nürnberger Parteitagresolution. (Bravol bei den Süddeutschen. Lachen bei der Mehrheit.)

Vorsitzender Dieß: Ich möchte zur Geschäftsordnung dem Genossen Frank erwidern: § 2 der Geschäftsordnung lautet: „Alle Anträge — dies ist einer von den Anträgen, die man unter „alle Anträge“ subsumieren kann — sind schriftlich einzureichen und müssen, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegierten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.“

Ich frage nunmehr, ob Sie diesen Antrag unterstützen wollen. — Die Unterstützung reicht aus.

Nun kommt die zweite Frage, wann dieser Antrag zur Verhandlung gelangen soll. Ich habe Sie gebeten, es mir zu überlassen, wann er auf die Tagesordnung zu stellen ist. (Widerpruch bei der Mehrheit.) Sie behaupten, er müsse gleich auf die Tagesordnung gestellt werden. Ich frage, ob Sie diesen Antrag sofort behandeln wollen. — Das ist die Mehrheit.

Frank (zur Geschäftsordnung): Wenn, was wir nicht erwartet haben, die Mehrheit des Parteitages darauf besteht, daß der Antrag verhandelt wird, so stelle ich nochmals formell den Antrag auf Vertagung bis morgen. (Zurufe: Das ist schon abgelehnt!) Wir haben doch nur beschlossen, daß überhaupt der Antrag verhandelt wird. (Widerpruch.)

**Vorsitzender Dietz:** Sie irren sich, wir haben beschlossen, daß der Antrag sofort verhandelt wird.

**Frank:** Wenn Sie darauf bestehen, dann werden wir, meine Freunde und ich, an einer Verhandlung dieses Antrages, der nur eine Wiederholung des zurückgezogenen Antrages Zubeil ist, uns nicht beteiligen.

(Ein Teil der süddeutschen Delegierten verläßt unter großer Unruhe des Parteitag's den Saal.)

Zur Begründung des Antrages erhält das Wort:

**Gaase-Königsberg:** Ich stelle zunächst fest, daß die letzte Äußerung des Genossen Frank überaus wertvoll ist zur Klärung der Situation. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Frank hat jetzt selbst zum Ausdruck gebracht, daß die Erklärung des Parteivorstandes, die wir in einen Antrag umwandeln wollen, sachlich identisch ist mit dem von uns zurückgezogenen Antrag. Es steht fest und ist uns aus seinem eigenen Munde bestätigt worden, daß niemals die Antragsteller Zubeil und Genossen einen Rückzug angetreten haben. (Sehr richtig!) Was die Antragsteller getan haben, war ein Akt des Entgegenkommens. Wir versetzten uns nicht auf eine bestimmte Form. Da die von uns gewählte Form, die, wie ich bereits früher nachgewiesen habe, durchaus korrekt war, doch an einigen Stellen mißdeutet zu werden schien, haben wir uns als vernünftige Leute gesagt: uns kommt es auf die Sache an, nicht auf die Form. Deshalb ist denn nun dieser Antrag von neuem notwendig geworden? Genosse Frank hat eben die Stelle, auf die es hier ankommt, zur Verlesung gebracht. Er wurde in den letzten Tagen immer wieder von uns, ich möchte fast sagen, angefleht, er solle doch einmal eine klare Erklärung darüber abgeben, wie er sich in Zukunft zu unserem Beschluß verhalten werde, und darauf kam in seinem Schlusswort, als man ihm sachlich nicht mehr antworten konnte, der Passus: keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was in der Budgetabstimmung der nächsten Jahre geschehen wird, das ist eine Frage der Verhältnisse. Diese Erklärung war eingeleitet allerdings in Friedensbeteuerungen, das gebe ich zu. Aber als Ganzes, Genossen, mußte diese Erklärung als Faustschlag in das Gesicht der großen Mehrheit des Parteitag's empfunden werden und ist er empfunden worden. (Lebhafte Zustimmung.) Daß unsere Parteigenossen erklärten, daß sie von den Verhältnissen ihre Stellung zur Budgetabstimmung abhängig machen würden und nicht vom Willen der Gesamtpartei, der zu wiederholten Malen auf das entschiedenste zum Ausdruck gebracht worden ist, das mußte hier Erregung erzeugen und wird sicherlich draußen im Lande noch viel mehr Erregung hervorrufen.

Wir mußten deswegen Klarheit schaffen, damit nicht der Anschein erweckt werden konnte, als ob der Parteitag die Erklärung des Parteivorstandes lediglich zu den Akten genommen habe, und als ob ein verbindlicher Beschluß in dieser Richtung nicht vorliegt. Der Beschluß war erforderlich, damit jeder ohne Zweifel weiß, daß der Parteitag nicht gewillt ist, sich einen neuen Disziplinbruch gefallen zu lassen, von welcher Seite er auch immer komme. (Weißall.)

**Bogherr-Wiesbaden** (zur Geschäftsordnung): Wir, die wir, an den Verhandlungen teilzunehmen, hiergeblieben sind, haben den erklärlichen Wunsch, festzustellen, welche Genossen es vorgezogen haben, den Verhandlungen fernzubleiben. Bedinglich aus diesem Grunde beantrage ich, über den jetzt zur Verhandlung stehenden Antrag namentlich abzustimmen. (Bravo!)

**Richard Fischer:** Parteigenossen, ich bedaure, daß ein solcher Antrag, wie er eben von Zubeil eingebracht und von Gaase begründet wurde, den Parteitag zu beschäftigen hat. (Lachen.) Wenn Sie glauben, es sei ein erfreuliches Schauspiel, daß diejenigen, über die Sie zu richten entschlossen sind, den Saal verlassen haben (lebhaftes Unterbrechung) — man hat Sie auch reden lassen,

ich nehme Ihre Zeit nicht übermäßig in Anspruch, aber meine Meinung auszubringen, das Recht lasse ich mir nicht abtrotzieren —, so ist auch zu fragen, ob dieses wenig erfreuliche Schauspiel notwendig war. Ich behaupte, es war nicht notwendig. Sie haben durch den Mund des Begründers erklärt, es sei Ihnen nicht um die Form zu tun, sondern nur um die Sache. Wem es nur um die Sache zu tun ist, der war befriedigt und mußte befriedigt sein, wenn ein Parteigenosse offiziell vor der ganzen Partei auf dem Parteitag erklärt, was Frank in seiner zuletzt abgegebenen Erklärung ausgesprochen hat. (Stürmisches Oh! und Gelächter.) Wenn Worte noch einen Sinn haben, dann war und ist kein Zweifel über diese Worte möglich, oder man kommt auf den Standpunkt, daß man sagt: ein Parteigenosse mag in feierlichster Form eine Erklärung abgeben, wir glauben ihm nicht. (Unterbrechungen.) Ja, Parteigenossen, wenn wir so zueinander stehen, dann braucht man miteinander nicht mehr zu verhandeln, dann muß man so vorgehen wie Sie, dann erwartet man aber auch den Anschein, daß man die Majorität mißbraucht, um seinen Willen rücksichtslos durchzusetzen. (Psuirufe.) Und ich glaube nicht, daß Sie in der Mehrheit dies wollen, daß Sie einen solchen Mißbrauch Ihrer Majorität wollen. Sie wollen die Gewißheit, daß die bayerischen, badischen und württembergischen Genossen sich dem Beschluß des Parteitag's fügen werden.

Was hat Frank gesagt? (Zuruf: Das Gegenteil!) Wenn Frank das Gegenteil gesagt hätte, stände ich nicht hier, um gegen den Antrag Zubeil zu reden. Frank hat gesagt, daß die Voraussetzungen, von denen Ihr Antrag ausgegangen ist, irrig sind. Ich würde Sie begreifen, wenn die Süddeutschen sich einen Vorbehalt ausbehalten hätten, ob sie sich dem Parteitag fügen wollen oder nicht. Sie kommen mir hier vor wie der Vater, der seinen Jungen staft und der verlangt, daß der Junge unter allen Umständen sagt: ich bitte um Verzeihung, ich wills gewiß nicht wieder tun. Frank hat offen erklärt, seine Erklärungen, daß sie künftig über die Abstimmung in den Einzellandtagen sich jetzt nicht äußern können, liegen in den Verhältnissen, bedeuten aber keinen Widerspruch gegen den Nürnberger Parteitag'sbeschluß. Von diesem Nachtrag steht aber gar nichts in Ihrem Antrag. Die Erklärung der 66 kann man hier damit nicht in Parallele stellen. (Lebebour: Haben Sie jetzt auf einmal diese Erfahrung gemacht?) Sie wurde abgegeben als offener Protest gegen den Beschluß des Parteitag's. Die Erklärung Franks, daß sie entschlossen seien, alles zu tun, um die Einigkeit der Partei aufrecht zu erhalten, und daß diese ihre Erklärung nicht im Widerspruch zum Nürnberger Beschluß stände, muß genügen, wenn man sie nicht absichtlich mißdeuten will. (Widerspruch.) Frank hat damit deutlich erklärt, daß für ihn selbstverständlich entsprechend dem Geist und der Tradition der Partei der Beschluß des Parteitag's maßgebend ist. (Widerspruch.) Wir können vom Parteigenossen nicht mehr verlangen. Sie wollen, daß die Badenser, Württemberger und Bayern hier mit dünnen Worten erklären, daß sie nicht mehr für das Budget stimmen wollen. (Widerspruch und Zuruf.) Also, Sie wollen, daß die Badenser sagen, daß sie sich den hier getakelten Parteitag'sbeschlüssen unterwerfen. (Zustimmung.) Frank hat auch nicht ein Wort des Vorbehaltes gesagt. Er hat nur gesagt, er könne heute nicht sagen, wie sie die Abstimmung zu den Budgetfragen in den nächsten Jahren vornehmen werden. (Na also!)

Das können sie auch nicht sagen. Darum haben die Lübecker und Nürnberger Beschlüsse ausdrücklich einen Ausnahmefall konstruiert. Wie können Sie verlangen, daß jemand die Erklärung abgibt, er werde niemals in seinem Leben für das Budget stimmen. Sie können gewisse Voraussetzungen festlegen und bestimmen, daß der Parteitag selbstverständlich in letzter Linie die Entscheidung darüber hat. Wenn Sie eine andere Erklärung von den Genossen haben wollten,



dann bringen Sie diese in einen Zwiespalt gegenüber allen zukünftigen Situationen. Wir wären politische Kinder, wenn wir unsere Genossen in eine solche Situation hineinbringen würden. Der Antrag ist auch sachlich unmöglich. Er vindiziert dem Parteitag damit ein Urteil über alle künftigen Fälle. (Lebebour widerspricht.)

Lebebour, man hat Sie wirklich ungehört reden lassen, die ganzen Tage aber sehen Sie Ihr Privilegium darin, durch Zwischenrufe zu hören. Seien Sie doch so freundlich, und machen Sie den Parteitag nicht nervös, wenn Sie schon selbst nervös sind. (Unruhe.)

Wenn aber der Parteitag als solcher beschließt, dann bindet er bereits alle Schiedsgerichte, die sich mit einer solchen Sache zu befassen haben, präjudizial, denn er hat ja bereits das Urteil gesprochen, daß die Voraussetzungen für das Ausschlußverfahren vorliegen. Deshalb bitte ich Sie, lassen Sie den Antrag heute nicht zur Abstimmung kommen. Bedenken Sie das Bild, das wir den Gegnern von uns selber geben! Sie sprechen damit indirekt aus, wir glauben einander nicht mehr. (Widerspruch.) Ja, sollte da nicht die Vernunft bei Ihnen sprechen und Ihnen sagen, in dieser Situation können wir nicht verhandeln? Sie selber haben den Antrag in aller Eile beraten, Sie sind kaum damit fertig, Sie haben verhandelt in Gegenwart aller bürgerlichen Journalisten, wir müssen gefast sein auf das, was darüber in die Öffentlichkeit kommt. Sie haben den Genossen von der Minderheit, denen Sie jetzt den Stempel der Unterwerfung aufdrücken wollen, keine Gelegenheit gegeben, sich zu beraten. (Zuruf: Dann hätten sie das ja beantragen können!) Sie stellen die Genossen vor die Alternative: entweder sagt Ihr: ja, oder wir fassen den Beschluß. Zu einer Stellungnahme geben Sie ihnen keine Zeit, und das könnte den Anschein erwecken, als ob Sie Ihre Majorität mißbrauchen wollen. Wenn Sie den anderen Gründen sich versagen, dann müßte doch der eine Grund genügen, daß die Minderheit keine Gelegenheit gehabt hat, sich zu beraten. Es sind doch von Ihnen selbst Verhandlungen dabei gepflogen worden: wenn von Seiten der Minderheit eine Erklärung vorliegt, die Sie befriedigt, dann wollten Sie auf den Antrag verzichten. Nun frage ich: gab es denn eine Möglichkeit, daß die Bayern, die Württemberger, die Badenser zu einer vernünftigen Besprechung und zur Formulierung einer Erklärung zusammenzutreten konnten, die sowohl uns befriedigte, die Sie befriedigte und die zugleich auch die Badenser nicht in die Lage setzte, eine Erklärung abzugeben, deren Tragweite sie in dem Augenblick der Aufregung nicht ermessen konnten. Das Solidaritätsgefühl und das Gefühl für das Ansehen des Parteitages, auch nach außen, sollte Sie dazu bringen, jetzt von einer Beschlußfassung abzusehen und der Minderheit Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Nehmen Sie die Abstimmung nicht heute Abend vor, wo die Genossen weggegangen sind, und meiner Meinung nach das Recht dazu hatten, denn man wollte ihnen den Stempel der Unterwerfung aufdrücken, und das könnte von böswilligen Leuten so gedeutet werden, daß es Ihnen allein darum zu tun ist, nach außen hin in Erscheinung treten zu lassen, daß Sie sie zur Unterwerfung gebracht haben, daß sie pater peccavi sagen mußten. Nicht wie Genossen, mit denen man morgen wieder gemeinsam, gegen den Feind kämpft, sondern wie Feinde, die man besiegt hat, so wollen Sie die Genossen vom Parteitag weggehen lassen. (Beifall und Zischen.)

Dittmann (zur Geschäftsordnung): Den Antragstellern wird der Vorwurf gemacht, daß sie die Erklärung von Frank nicht im Wortlaut in ihren Antrag aufgenommen haben. Das läßt sich nachholen, der Sinn wird dadurch nicht verändert. Um diesen Vorwand zu nehmen, nehmen wir den genauen Wortlaut dessen, was Frank gesagt hat, in den Antrag auf. Diese Erklärung von Frank lautet:

„Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe!“

Also dieser Passus, der von Frank selbst als authentisch bezeichnet ist, kommt in unseren Antrag hinein, im übrigen bleibt er bestehen.

Kagenstein (zur Geschäftsordnung): In der Erklärung von Dittmann fehlt die Fortsetzung. Frank hat hinzugefügt: „Wir sind überzeugt, daß unser Verhalten nicht im Gegensatz zur Nürnberger Resolution stehen wird.“ (Sehr richtig!) Die Erklärung der 68 in Nürnberg wurde allgemein aufgefaßt als ein Protest gegen die Nürnberger Resolution. (Sehr richtig!) Jetzt haben die Süddeutschen durch Frank erklärt, daß sie sich an die Nürnberger Resolution zu binden gedenken. (Widerspruch.) Wenn Frank erklärt hat, daß das von den Verhältnissen abhängt, so liegt es zunächst an der Nürnberger Resolution selbst, die auspricht, daß gewisse Verhältnisse eintreten können, die eine Ausnahme von dem allgemeinen Verbot der Budgetannahme gestatten. Ich kann Ihnen die Erklärung von Frank vielleicht aus den dortigen parlamentarischen Verhältnissen heraus erklären. (Zurufe: Zur Geschäftsordnung!) Vor neun Jahren, als die badischen Genossen beschloßen hatten (Zurufe: Zur Geschäftsordnung!) — Ich habe aus den Frank'schen Ausführungen entnommen, daß das eine Form ist, die ihnen von den bürgerlichen Gegnern nicht vorgeworfen werden kann. Es soll aber dadurch die Anerkennung des Parteitagsbeschlusses ausgesprochen sein. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich habe das nicht als Troß gegen den Parteitagsbeschluß, sondern als eine vielleicht nicht ganz geschickte . . .

Vorf. Dieß: Das sind ja rein sachliche Bemerkungen, das gehört nicht zur Geschäftsordnung.

Kagenstein: Um eine andere Fassung der badischen Erklärung zu ermöglichen, bitte ich Sie im Einverständnis mit Fischer, die Sache auf morgen früh zu vertragen. (Zurufe: Nein!)

Vorf. Dieß: Ich bitte noch einmal, es mir zu überlassen, den Antrag später auf die Tagesordnung zu setzen. Ich besitze zum Weispiel in diesem Moment nicht einmal das Manuskript des ersten Antrags Zubeil, geschweige denn die Zufäße. Man sollte doch eine so schwerwiegende Frage wenigstens im Druck vor sich haben, damit Sie wissen, wie Sie abzustimmen haben. Also überlassen Sie mir die Sache. (Lebhafte Zurufe: Nein! Nein!)

Dittmann (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat gesagt, er habe bis jetzt nicht einmal das Manuskript des ersten Antrags Zubeil in Händen. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Antrag Zubeil in seiner ursprünglichen Formulierung, geschrieben von Haase, die ganze Zeit auf dem Bureau gewesen ist. (Dieß: Ich habe gesagt, im Augenblick habe ich ihn nicht.) Ich habe mir dann das Manuskript ausgebeten und es Haase überreicht, um die Aenderung vorzunehmen. Im übrigen warne ich dringend vor einer Vertagung auf morgen. (Reinert: Ihr habt wohl Angst, daß noch etwas geschieht!) Die Genossen sind es satt, sich fortgesetzt einseifen zu lassen. (Sehr richtig!) Wir werden uns nicht von dem Entschluß abbringen lassen, heute zu verhandeln.

Vorf. Dieß: Das wären doch merkwürdige Delegierte, die sich einseifen lassen. (Geiterkeit und Sehr gut!) Dazu schäme ich die Delegierten zu hoch ein. (Bravol!)

Lehmann-Mannheim (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, daß wir nach dem Eryodus der Badener und Bayern in eine gewisse Erregung hineingekommen sind. Es kommt ferner hinzu, daß die Vertagung über Gebühr ausgedehnt worden ist und der Vorsitzende erklärt hat, daß ihm die Uebermacht

fehlt, weil die Anträge nicht gedruckt vorliegen. Deshalb glaube ich, daß man uns später nicht mit Unrecht in der Oeffentlichkeit den Vorwurf machen kann, daß wir einen wichtigen Beschluß in Eile gefaßt haben, und daß dieser Beschluß dann brauchen im Lande in den Versammlungen von den Genossen vielfach angefochten wird. Ich glaube also, daß wir klug handeln, wenn wir die Ruhe nicht verlieren. Wir haben Zeit (Kein! Oh!), der Antrag dann zu verhandeln, wenn er gedruckt vorliegt und wir uns klar darüber sind. Es sind auch in dieser Tagung genug Fehler gemacht worden, und zu dem Fehler des Exodus fügen wir einen zweiten, wenn wir diesen Antrag heute noch verhandeln. Wir vergeben uns doch nichts, es bleiben doch die Dinge, wie sie sind, es wird doch morgen dieselbe Mehrheit vorhanden sein wie jetzt. (Widerspruch.)

**Goch-Ganau:** In einem Punkte gebe ich Richard Fischer recht: es ist sehr traurig, daß wir diese Verhandlungen führen müssen. Aber, Parteigenossen, wodurch sind wir denn in diese Zwangslage gekommen? Das müssen wir vor allen Dingen im Auge behalten. Richard Fischer sagte, die Erklärung von Frank hätte uns genügen können und müssen, wenn wir nur die Sache im Auge haben. Ja, Genosse Fischer, was ist denn die Sache, um die es sich dreht? Einfach die, daß wir von den Genossen die einfache Erklärung verlangen, daß sie die Beschlüsse des Parteitag, die Bestimmungen des Organisationsstatuts auch für sich als maßgebend anerkennen. (Sehr richtig!) Wenn Frank dies ohne Nachsatz erklärt hätte, dann wäre die Sache für uns erledigt, wir hätten das gehabt, was wir wollten. Nun verlangen die Genossen doch im ganzen Lande, daß auf diesem Parteitag festgestellt wird, daß der Beschluß nicht nur sozusagen für die gewöhnlichen Arbeiter gilt, sondern für jeden Genossen. Wir haben die Verpflichtung, nicht eher fortzugehen, bis wir dies geregelt haben. (Zustimmung.) Wir mußten diese Erklärung haben. Das wissen Sie doch auch, Genosse Fischer. (Fischer: Die wurde doch gegeben!) Aber, Genosse Fischer, für so naiv hält Sie doch niemand! Aber daß die Badener Bedenken hatten, das eine Wort auszusprechen: wir fügen uns, das ist das Wichtige. (Weinert: Den Rotau müssen sie machen!) Nein, indem man erklärt, wir sind Parteigenossen, erklärt man auch, daß man sich fügt und die Statutbestimmungen befolgen will. Ist denn das ein Rotau, wenn ich sage: da ich der Partei angehöre, habe ich mich auch zu fügen. Fischer sagt: wie würden die Genossen vor den Gegnern dastehen, die ihnen sagen würden: Das habt nicht ihr beschlossen, sondern das hat euch der Parteitag vorgeschrieben. Aber gerade das verlangen wir von jedem Parteigenossen, daß er sich an die Parteitagebeschlüsse hält, und wenn er das nicht kann, dann hat er das Mandat niederzulegen. (Beifall und Handklatschen.) Das ist kein Herabwürdigen, das ist kein Verächtlichmachen. Darum dreht es sich hier, darum können wir nicht zurück, und darum müssen wir die Sache auch durchsetzen. Es wäre mir auch viel lieber gewesen, wenn es nicht so gekommen wäre, und ich habe allerdings das Vertrauen gehabt zur Vernunft und zum Parteibewußtsein des Genossen Frank und der anderen, daß sie das tun würden — der Sturm ist ja nun vorbei, der Parteitag hat seine Meinung geäußert, aber viel wichtiger ist, daß wir nicht noch einmal die Sache haben. Darum mußte die Erklärung abgegeben werden. — Vom Eingreifen des Parteivorstandes bei eventuellen künftigen Fällen will ich gar nicht reden. Bebel hat gesagt, in der Politik muß man mißtrauisch sein, und ich meine, nach den Erfahrungen in dieser Sache haben wir allerdings Grund dazu. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen vorjagen, daß sich das nicht wiederhole, und dazu brauchen wir ja nur zu wiederholen, was im Parteistatut steht. Fischer sagt: Der Parteivorstand kann wohl sagen, nach unserer Meinung müßte ein neuer Verstoß gegen den

Beschluß den Ausschluß zur Folge haben, aber der Parteitag dürfte das nicht tun. Ja, darf der Parteitag nicht auch seine Meinung aussprechen? Es ist ja kein Ausschluß erfolgt. Der Parteitag jagt den Genossen im Lande: Wir erkennen für niemand die Freiheit an, sich über den Parteitagebeschuß hinwegzusetzen, und darum muß auch jeder einzelne die Verantwortung tragen, die im Statut begründet ist. Wir wollen grade auch den Gegnern zeigen, daß es uns ernst ist mit unserer Disziplin, daß wir wohl jedem in unserer Partei das Recht wahren, seine Meinung zu äußern, daß wir aber auch den Gegnern zeigen, daß unsere Beschlüsse hochgehalten und durchgeführt werden müssen. So traurig es ist, Genossen, daß der Antrag angenommen werden muß — er muß aber angenommen werden! (Lebhafte Beifall.)

Der Vertagungsantrag Lehmann wird abgelehnt.

**Bogherr-Wiesbaden:** Wir haben den Versicherungen Fischers gegenüber ein gewisses Interesse daran, festzustellen, daß nicht die Majorität des Parteitages es gewesen ist, die die Minorität veranlaßt hat, sich von den Verhandlungen fernzuhalten. Fischer meinte, wir hätten die Minorität dazu gezwungen, weil wir ihr nicht Gelegenheit gegeben hätten, sich mit dem Antrage in einer Sonderberatung zu befassen. Beide Bestandteile waren aber der Minorität bekannt. Bekannt waren die Erklärungen Bebel's und Frank's, und es handelte sich für sie nur darum, Konsequenzen daraus zu ziehen, ob sie sich noch im letzten Augenblick dazu verstehen wollten, eine runde Zustimmungserklärung zu der Forderung des Parteitages zu geben. Die Erklärung Frank's war nicht so, wie wir sie verlangen konnten. Sie war verflauuliert nach allen Richtungen. Wir sind auch nicht unnachgiebig gewesen. Wir sind von einer Nachgiebigkeit zur anderen geschritten, bis uns die Geschichte zu dumm geworden ist. Es gibt eine Nachgiebigkeit, die selber eine Dummheit ist, die wollen wir nicht begehen. (Lebhafte Beifall.)

**Dr. Hasenfeld-Berlin** beantragt Schluß der Debatte.

**Ragenstein:** Es wurde heute abend eine Erklärung der Süddeutschen abgegeben, die uns nicht befriedigt. Wir können ihnen Gelegenheit geben, morgen eine bessere Erklärung abzugeben. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß sie das tun. Es drängt heute nacht nichts dazu, daß wir zu einem Beschluß kommen. (Widerspruch.) Ich bitte daher die Abstimmung auszusetzen. (Widerspruch.)

**Dich:** Das würde bedeuten, daß Sie einen Vertagungsantrag stellen. (Ragenstein: Ja!)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

**Wilk-Charlottenburg:** Es ist vorhin beantragt worden, namentliche Abstimmung erfolgen zu lassen. Diese würde verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nehmen. Ich würde daher empfehlen, da es eine nochmalige Debatte ja nach Annahme des Schlußantrages nicht mehr geben kann, die namentliche Abstimmung morgen vorzunehmen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Vertagung, der auch vom Bureau gestellt wird, wird abgelehnt.

**Gaase-Königsberg** zieht im Namen des Antragstellers den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück.

**Goch-Ganau** nimmt ihn wieder auf.

Die namentliche Abstimmung erfolgt und ergibt die Annahme des Antrages mit 228 Stimmen gegen 64.

Während der Abstimmung wird eine Delegierte ohnmächtig.

Mit Ja haben gestimmt: Albrecht, Apel, Martha Arendsee, Ottilie Baader, Bartels-Berngerode, Bartels-Hamburg, Bedmann, Beel, Beißke, Bischoff,

Blumtritt, Bock, Böhm, Frau Böhme, Böhm, Borgmann, Braun, Breour, Brühne, Busold, Büßler, Bull, Bunge, Easton, Daus, Davidsohn, Deufsch, Diefenbach, Dieke, Ditzmann, Dobrowski, Döhnel, Donales, Drescher, Dröner, Ebert, Eckardt, Eichhorn-Berlin, Emmel, Ernst, Esche, Faure, Faubh, Agnes Fahrenwald, Feldmann, Fider, Fischer-Duisburg, Fischer-Gera, Fode, Förster, Frank-Berlin, Ged, Geier, Elfriede Gesehr, Giebel, Gölmer, Gölzer, Goitweber, Grauer, Graupe, Greiner, Grewg, Grosse, Grütz, Haase, Haberer, Hadelbusch, Haenisch, Hahn, Hanisch, Haug, Haubmann, Heinrich, Heinrichs, Hengsbach, Hente, Hennig, Hense, Hentsch, Henschold, Hoch, Hönisch, Hoffmann-Gamburg, Hofmann-Saalfeld, Hopfe, Horn-Stettin, Horn-Lindenau, Hübener, Hunschede, John, Jacobsen, Jungnickel, Jürgens, Kaden, Keil-Wilkau, Kitz, Klees, Knauf, Koenen, Köpfe, Kraußner, Kröger, Krüger-Königsberg, Krause, Krüger-Wandabek, Kunert, Ladenmaier, Lachmann, Langer, Anna Leg, Leber, Ledebour, Leib, Leopold, Lepik, Leutert, Leventz, Limberg, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Littin, Lüscher, Lüth, Luxemburg, Martin, Muder, Mantke, Mann, Meißel, Mehrens, Mendel, Meßger, Meier, Michelsen, Milow, Mittag, Müller-Möglin, Müller (Partei-vorstand), Müller-Deipzig, Gustav Müller-Berlin, Niendorf, Oerdel, Olion, Paepel, Pannekoek, Panzer, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Pöschel, Pollender, Rauch, Raute, Reeber, Reimwand, Reize, Rieger, Riese, Rihert, Röhleder, Johanna Roth, Roth-Berndau, Rosenfeld, Rudolph, Ruffel, Sauer, Seelemann, Seidel, Sühheim, Stab, Starosson, Stegner, Stiefenhofner, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schäfer, Schulze, Schmidt-Wilbet, Schindhelm, Schulz-Berlin, Schulz-Wittenberge, Schuhmacher, Schwarz-Mügeln, Schwarz-Lübeck, Schwente, Reichmann, Thiele-Guben, Marie Thiel, Tönnies, Ullm, Umland, Vogtherr, Wagner-Mölln, Wagner-Braunschweig, Walter-Laubagast, Wassermann-Fürstentwalde, Wassermann-Schöningen, Wellmann, Wengels, Werner, Westkamp, Westmeyer, Widlein, Minna Wiese, Wiesner, Wilde, Wils, Winter, Wichte, Wolbt, Wurm, Zentgraf, Zettin, Zieg, Ziesner.

Mit Nein haben gestimmt: Bahrt, Bartel, Bécard, Binickiewicz, Böhmer, Breh, Bromme, Brüdner, Diener, Dieß, Dietrich, Dredshagen, Ernsting, Richard Fischer-Berlin, Fischer-Hannover, Frikisch, Göhre, Charlotte Grahn, Bruner, Gajenzoll, Gaußhildt, Gedel, Held, Hoffmann-Gelle, Hoffmann-Mielefeld, Hoffmann-Breslau, Jung, Katzenstein, Keil-Stuttgart, Klüß, Klement, Knoche, Reinert, Löwigt, Müde, Neukirch, Neus, Neese, Nitter, Stokten, Schliche, Schließedt, Schmidt-Hersford-Halle, Schnelle, Scholich, Schöne, Thiele-Halle, Tönchöhn, Ulrich-Frankfurt a. M., Ulrich-Offenbach, Walter-Schacht a. M., Wasner, Weber, Wenzel, Weßker, Wittich.

Vorsitzender: Dieß: Ich denke, daß wir jetzt vertagen können. (Geisterzeit.) Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 11¼ Uhr.

#### Erklärungen zu Protokoll:

Ich bin bei der Abstimmung über den Antrag 97 zugegen gewesen und habe mit ja gestimmt.

Bei den namentlichen Abstimmungen über die Anträge 90 und 97 haben Gescht und nachträglich zu Protokoll erklärt, daß sie gestimmt hätten:

In der ersten Abstimmung:

Mit Ja: Antick, Baumann, Bruno Eichhorn, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Luze, Moltenbuhr, Schneppenhorst, Schumann.

Mit nein hätten gestimmt: Koch, Koske, Sachse, Schöpflin, Silberschmidt.

In der zweiten Abstimmung:

Mit ja: Antick, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Koch, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Luze, Moltenbuhr, Sachse, Schneppenhorst, Schöpflin, Schumann, Silberschmidt.

Mit nein: Bruno Eichhorn, Koske.

In der dritten Abstimmung:

Mit ja: Antick, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Luze, Moltenbuhr, Schneppenhorst, Schumann.

Mit nein: Weims, Raßner, Koch, Koske, Sachse, Schöpflin, Silberschmidt.

In der vierten Abstimmung:

Mit ja: Antick, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Julius Lehmann, Liebknecht, Ludwig, Luze, Schöpflin, Wigorowski, Jubel.

Mit nein: Bruno Eichhorn, Raßner, Koch, Moltenbuhr, Koske, Sachse, Schumann, Silberschmidt.

## Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 22. September 1910. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Klüß eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die

### parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Abgeordneter Koske: Ich habe nur über eine kurze Tagung des Reichstags Bericht zu erstatten. Viel gutes können wir Ihnen über die Verhandlungen des letzten Jahres nicht mitteilen. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten vor ihren Wählern in den letzten Monaten Bericht erstattet haben, dann mußten sie ohne Ausnahme erklären, daß sie aus dem Reichstage fast mit ganz leeren Händen wieder heimgekommen sind. In dieser Tagungsperiode vom 30. November bis zum 10. Mai stand fortgesetzt noch die Frage der sogenannten Reichsfinanzreform im Vordergrund des Interesses. Der standalöse Plünderungszug auf die Taschen des deutschen Volkes hat zur Folge gehabt, daß ein wahres Lohwobohu zwischen den bürgerlichen Parteien eingetreten ist. Die Erbitterung der bürgerlichen Parteien aufeinander ist immer noch außerordentlich groß. Abgesehen von sonstigen Meinungsverschiedenheiten, sind die Parteien des neuen schwarz-blauen Blochs erboßt darüber, daß von den Liberalen fortgesetzt die Steuerfragen bei der Agitation in den Vordergrund des Interesses gezogen werden. Die Liberalen sind empört und wütend darüber, daß ihre Bühlordherrlichkeit ein Ende erreicht hat, und daß sie im wahren Sinne des Wortes von den Konservativen mit Fußtritten aus dem Bloch herausgeworfen wurden. Auch wir wollen dem schwarz-blauen Bloch seinen Raubzug nicht vergessen. Aber wir werden uns natürlich auch daran erinnern, daß die Liberalen bereit waren, ebenfalls 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen. Auch Bülow ist mit seinem Bloch in den Abgrund gefallen. Neue Männer sind gekommen. Die Rückständigkeit der politischen Zustände Deutschlands ist daran sehr deutlich zu erkennen, daß es den neuen Männern möglich war, 5 Monate ohne jede Kontrolle durch die Volksvertretung die Geschäfte zu führen. Selbstverständlich hat die Fraktion bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit gegen diese unhaltbaren Zustände Protest erhoben. In der bürgerlichen Presse stellt man den neuen Reichstagsler als einen welt-